

AUFTRAG



HEFT 260 – DEZEMBER 2005

45. JAHRGANG



45. Woche der Begegnung 2005

www.katholische-soldaten.de

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

editorial 3

KIRCHE UNTER SOLDATEN (I)

- „Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten“
Erklärung der Zentralen Versammlung aus Anlass
des 50-jährigen Bestehens der Bundeswehr und der
Einrichtung der Katholischen Militärseelsorge 4
- Bericht des Militärgeneralvikars zur Lage
bei der 50. Gesamtkonferenz der Katholischen
Militärseelsorger in Potsdam: „Neue Heraus-
forderungen für die Militärseelsorge“ 6

SICHERHEIT UND FRIEDENSPOLITIK

- Christen sichern den Frieden – Das Ziel ist eine
gerechte Ordnung: Der Staat muss mehr als nur
militärische Mittel für die Durchsetzung der inneren
und äußeren Sicherheit bieten
von *Manfred Spieker* 12
- Programm und Auftrag der Kirche für das
21. Jh. – 40 Jahre „Gaudium et spes“
von *Klaus Liebetanz* 14
- „Zentrale kirchliche Informations- und Meldestelle
für schwere Menschenrechtsverletzungen“
von *Klaus Liebetanz* 18
- Kindersoldaten – „Lost children“
von *Andreas M. Rauch* 20

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

- XX. WELTJUGENDTAG IN KÖLN**
- Bundeswehr beim XX. Weltjugendtag und
„Tag der Militärseelsorge“ von *Andreas M. Rauch*
und *Frank Geldmacher* 22
- Fröhliches Miteinander von Menschen mit Behinde-
rung und Soldaten von *Jürgen Werner* 26
- „Nostra Aetate“ – Erklärung über das Verhältnis der
Kirche zu den nichtchristlichen Religionen –
ein folgenreicher Konzilstext von *Klaus Brandt* .. 28
- Kritik des Heiligen Stuhls an der 60. Sitzung der
UN-Vollversammlung (*ZENIT*) 31
9. Internat. Kongress Renovabis: Neuer Reichtum
– neue Armut von *Heinrich Dorndorf* 32
- Kirchen bekommen Konkurrenz 33
- Zehn Jahre § 218: Überprüfung gefordert (*KNA*) .. 34
- Der Papst als „Medienstar“: Beobachtungen und
Anfragen (*KNA*) 34

CHRISTLICHES ZEUGNIS

- Das Prozedere von Selig- und Heiligsprechungs-
prozessen (*PS/KNA/ZENIT*) 35
- Zum Tode von Frère Roger Schutz in Taizé:
Jenseits von Konfessionsgrenzen Kardinal Kasper
leitet Pontifikalrequiem für einen Protestanten
von *Andreas M. Rauch* 35

- Seligsprechung von Clemens August Kardinal
von Galen von *Andreas M. Rauch* 37
- Charles de Foucauld – Offizier, Lebeamann,
Forschungsreisender und Glaubenszeuge. Zur
Seligsprechung von am 13. November im
Petersdom (*PS*) 38
- Konsequent bis zum Schafott. NS-Regime tötete vor
65 Jahren Kriegsdienstverweigerer Josef Ruf
von *KNA-Redakteur Uwe Renz* 39

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Multikulturalismus und die Politik der Schuld (bt)
..... 40
- Mit Rückendeckung. Wie der Humanistische
Verband in Berlin Politik macht
von *KNA-Redakteur Norbert Zonker* 41
- Polen: Umfangreiche Gedenkveranstaltungen
anlässlich des 66. Jahrestages des Überfalls der
Sowjetunion von *Joachim G. Görlich* 43
- Polens neuer Verteidigungsminister Sikorski:
Pole = Katholik von *Joachim G. Görlich* 43
- Russland: Ikonen der Subkultur von *Paul Roth* 44

BLICK IN DIE GESCHICHTE

- 50 Jahre Bundeswehr: Der zweite Bundespräsident
und die Bundeswehr Heinrich Lübke – ein fast
vergessener Freund von *Dieter Kilian* 48
- „... Ritterlichkeit als soldatischer und christlicher
Wert“. Christliche Werte, Innere Führung und
Militärseelsorge bei Tagung für Militärgeschichte
von *Andreas M. Rauch* 52
- Vor 40 Jahren: Nie wieder Krieg. Paul VI. als erster
Papst vor der UNO-Vollversammlung
von *KNA-Redakteur Johannes Schidelko* 54
- Vor 500 Jahren: Schweizergarde am 26. Januar
1506 gegründet (*KNA*) 55

BILD DES SOLDATEN

- Gewissensfreiheit endet nicht am Kasernentor.
Meinungen kirchlicher Experten für friedens-
ethischen Fragen zu einem Urteil des Bundes-
verwaltungsgerichts (*KNA*) 56
- „Selig sind die Frieden stiften“. Jugendoffiziere und
christliche Ethik von *Andreas M. Rauch* 57

KIRCHE UNTER SOLDATEN (II)

- 45. WOCHE DER BEGEGNUNG IN HAMMINKELN**
- Kirche unter Soldaten – Militärseelsorge zukunfts-
fähig gestalten *www.kmba.de*
- ZENTRALE VERSAMMLUNG**
- Tagesordnung 59
- Akademie Klausenhof 60

Bericht über die Arbeit im ZdK von Ralf Eisenhardt	60
Nachbarschaftshilfe von Peter Weber	62
Kirche unter Soldaten – Lagebericht von MD Michael Weihmayer	63
Aufruf Vorstand ZV zur Mitarbeit in Sachausschüssen	64
Das organisierte Laienapostolat zwischen Anspruch und Wirklichkeit von Bernhard Sutor	65
Embryonale Stammzellforschung und Klonen von Martin Keim	72
Zukunft hat der Mensch des Glaubens. Predigt von Weihbischof Prof. Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst 77	

BUNDESKONFERENZ DER GKS

Fahnenweihe und -übergabe von K.-J. Klein an P. Brochhagen	80
Ablauf der Bundeskonferenz	80
II. Vatikanisches Konzil und Synode der Bistümer – was bedeuten sie für die katholischen Verbands- arbeit? von Hans Maier	88

50. GESAMTKONFERENZ DER KATHOLISCHEN MILITÄRSEELSORGER

Missionarisch Kirche sein von Andreas M. Rauch	96
--	----

KIRCHE UNTER SOLDATEN (III)

AUS DEN STANDORTEN UND GKS-KREISEN

GKS-Rundbrief 02/2005	100
-----------------------------	-----

Treffen in Kabul	102
GKS im Bereich NRW	103
GKS Köln-Wahn	104
GKS Bad Neuenahr-Ahrweiler	106
GKS Birkenfeld	106
GKS Veitshöchheim	107
Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“	107

40 JAHRE AMI

Generalversammlung Vilnius 2005 von Christoph Auer	108
General Miguel Alonso Baquer Präsident AMI ...	109
Geschichte, Selbstverständnis, Zukunft AMI von Jürgen Bringmann	110
Der Hl. Stuhl zur Tätigkeit des A.M.I. von Josef Clemens	116

SOLDATENWALLFAHRT NACH SANTIAGO DE COMPOSTELA

von Franz Thiele u. Norbert Glinka	126
Wie war's – war's schön von Ludwig Strauss	129

KURZ BERICHTET: 33, 42

PERSONALIA 99, 107, 115

BUCHBESPRECHUNGEN 131

TERMINE 134

AUTOREN UND FOTONACHWEIS 134

editorial

Liebe Lesergemeinde!

Die Redaktion hofft, dass dieses umfangreiche Heft Sie alle noch vor Weihnachten erreicht. Allerdings ist es nicht als Weihnachtsgabe gedacht. Dafür ist der Inhalt wohl zu schwer verdaulich. Das Heft wurde so umfangreich, weil mit dem „XX. WELTJUGENDTAG IN KÖLN“, der „45. WOCHE DER BEGEGNUNG“ in Hamminkeln-Dingden, der „50. GESAMTKONFERENZ DER KATH. MILITÄRSEELSORGER“ in Potsdam und DER AMI-GENERALVERSAMMLUNG „40 JAHREN APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL“ in Vilnius/Litauen Vieles aufzuarbeiten und zu dokumentieren war.

Als besonders wichtig hat die Redaktion die Erklärung der diesjährigen Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten vom 13.09.2005 „MILITÄRSEELSORGE ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN“ und den Bericht des Militärgeneralvikars „ZUR LAGE DER KATH. MILITÄRSEELSORGE“ bei der Gesamtkonferenz in Potsdam gehalten. Beides ist deshalb auf den ersten Seiten dieses AUFTRAGS

(Erklärung S. 4-5, Lagebericht S. 6-11) wiedergegeben.

Die 10. Akademie Oberst Helmut Korn konnte in dieser Ausgabe noch nicht berücksichtigt werden, weil diese Dokumentation nicht nur den Rahmen des Heftes endgültig gesprengt hätte, sondern die Redaktion von der Arbeitskapazität damit auch überfordert gewesen wäre. Darüber wird im AUFTRAG 261/2006 berichtet. Dieser soll auch wieder eine Jahres-CD enthalten. Auf ihr werden die Ausgaben 257 bis 260 im PDF-Format zusammengefasst.

Darüber hinaus hat der Bundesvorstand der GKS der Redaktion den Auftrag erteilt, den ISLAM-Sonderdruck (AUFTRAG 251/Juli 2003) zu überarbeiten und neu herauszugeben. Weiterhin ist in der Planung die Dokumentation der zehn Seminare der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn von der Gründung 1987 bis zum Leiterwechsel 2005.

Sie sehen, es bleibt viel zu tun für eine quasi ehrenamtlich arbeitende Zwei-Mann-Redaktion.

Eine gnadenreiche Weihnacht und ein glückliches, friedliches, erfolgreiches, vor allem aber gesegnetes Jahr 2006 wünscht Ihnen allen

Herz Paul Korn



Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten

im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs

Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten

Erklärung der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten aus Anlass des 50-jährigen Bestehens der deutschen Bundeswehr und der Einrichtung der Katholischen Militärseelsorge

Seit Gründung der Bundeswehr ist die Militärseelsorge der von den Kirchen geleistete, vom Staat gewünschte und unterstützte Beitrag zur Sicherung der freien religiösen Betätigung (GG Art. 4) in den Streitkräften. Sie stellt sich die Aufgabe, unter Wahrung der freiwilligen Entscheidung der einzelnen Soldatinnen und Soldaten, das religiöse Leben zu wecken, zu festigen und zu vertiefen.

Dadurch fördert sie zugleich die charakterlichen, ethischen und sittlichen Werte in den Streitkräften und hilft die Verantwortung tragen, vor die Soldaten in ihrem Beruf und Dienst gestellt werden. Militärseelsorge ist Teil der gesamten kirchlichen Arbeit, ausgerichtet auf die Besonderheiten des militärischen Dienstes.

Ihren Auftrag erhält sie deshalb grundsätzlich von den Kirchen. Bei der Erfüllung ihres geistlichen Auftrages sind die Militärgeistlichen frei von staatlicher Einflussnahme.

Bei allem Wandel und Veränderungen in den Streitkräften hat die Militärseelsorge die Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien stets seelsorglich begleitet.

Sie wird darüber hinaus auch von religiös ungebundenen Soldatinnen und Soldaten in Anspruch genommen.

In der unverzichtbaren ethischen Reflexion des soldatischen Dienstes hat die Militärseelsorge von Anfang an Mitverantwortung für das innere Gefüge der Streitkräfte übernommen und leistet somit auch einen aktiven Beitrag zur ethischen Bildung und Orientierung der Soldaten, insbesondere der Unteroffiziere und Offiziere.

Für die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten steht fest:

Die Unabhängigkeit der Militärseelsorge schafft Offenheit, Vertrauen und Aufgeschlossenheit. Das enge ökumenische Miteinander der katholischen und der evangelischen Militärseelsorge ist von besonderer Bedeutung.

Soldatinnen und Soldaten suchen nach ethischer Orientierung und Antworten auf existentielle Fragen, gerade vor, während und in der Nachbereitung von Einsätzen. Hier liegt eine große und wichtige Aufgabe der Militärseelsorge.

Das neue, erweiterte Aufgabenspektrum der Streitkräfte, insbesondere die häufige Teilnahme an Auslandseinsätzen, auch in weit entfernten Regionen, beeinflusst spürbar die konkrete Lebenssituation der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien.

Soldatinnen und Soldaten erleben durch die mitten unter ihnen präsente Militärseelsorge im Truppenalltag, im Einsatz und zu Hause ein Stück unabhängige, aufgeschlossene, vertrauensvolle und vertrauliche Hilfe. Durch Gottesdienste, Werkwochen und Familienwochenenden erfahren die Soldatinnen und Soldaten gemeinsam mit ihren Angehörigen Begegnung, Zuwendung und Gespräch.

Soldaten und ihre Angehörigen schätzen und erwarten in ihrer besonderen Situation die Hilfe und den Beistand der Militärseelsorge bei der Sorge um den im Einsatz befindlichen Lebenspartner, bei Alltagsproblemen, bei der Erziehung der Kinder, beim Umgang mit Kameradinnen und Kameraden.

Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten

bittet den Deutschen Bundestag und die politischen Parteien

- den Dienst der Militärseelsorge unverändert anzuerkennen und für den notwendigen Rückhalt durch die Politik zu sorgen,
- bei der Bundesregierung für eine sachgerechte personelle und materielle Ausstattung der Militärseelsorge einzutreten.

fordert den Bundesminister der Verteidigung auf

- eine sachgerechte Ausstattung der Militärseelsorge sicher zu stellen,
- die Anzahl der Dienstposten für Militärpfarrer, Pastoralreferenten und hauptamtliche Mitarbeiter nach qualitativen Gesichtspunkten so festzulegen, dass die Vermittlung soldatischer Ethik, religiöser Betätigung und Seelsorge während der Einsätze, einschließlich der Vor- und Nachbereitung, sowie im Truppenalltag in vollem Umfang wahrgenommen werden kann,
- dafür zu sorgen, dass die Militärseelsorge die Familien der Soldatinnen und Soldaten nachhaltig unterstützen kann,
- den Lebenskundlichen Unterricht auch weiterhin durch die Militärseelsorge sicher zu stellen,
- allen Bestrebungen zum Einsatz von rein humanistischen Lehrkräften im Lebenskundlichen Unterricht entgegenzutreten;

erwartet von der militärischen Führung der Bundeswehr und den Führern aller Ebenen

- die mit der Weisung des Generalinspektors der Bundeswehr für die Zusammenarbeit mit den Angehörigen der Militärseelsorge festgelegten Grundsätze durchzusetzen und weiter zu entwickeln,
- der ethischen Bildung und Werteentwicklung der Soldatinnen und Soldaten unverändert das christlich-abendländische Menschenbild zu Grunde zu legen,
- die Themen der berufsethischen Orientierung, Aus- und Weiterbildung in die Ausbildungspläne der Truppe und vor allem Führerlehrgänge an Truppen-, Offizier- und Unteroffizierschulen fest zu integrieren,
- das ehrenamtliche Engagement von Soldatinnen und Soldaten für die Militärseelsorge zu unterstützen und zu fördern;

dankt den Bischöfen

- für die Freistellung von Seelsorgern für den Dienst in der Militärseelsorge trotz großer eigener personeller Nöte und Sorgen,
- für die Bereitschaft zur Feier der jährlichen Gottesdienste zum Welfriedenstag;

und bittet sie

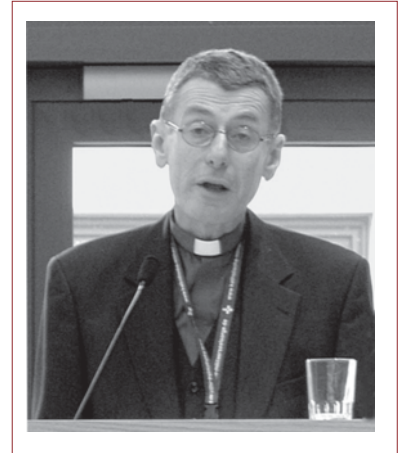
- in ihren Dekanaten und Ortsgemeinden Soldatenfamilien, besonders ihren Kindern Aufmerksamkeit zu schenken, wenn Familienmitglieder über längere Zeit abwesend sind,
- die Militärseelsorger in der Dekanatsarbeit zu berücksichtigen;

bittet ihren Militärbischof

- weiterhin bei der Deutschen Bischofskonferenz für die Belange der Militärseelsorge einzutreten, sowie dort auf die erforderliche Freistellung von Geistlichen in den Dienst der Militärseelsorge hinzuwirken,
- im Einvernehmen mit dem evangelischen Militärbischof nach Wegen und Formen ökumenischer Gemeinschaft zu streben und so das Verbindende zu fördern und das Trennende zu überwinden,
- die seelsorgliche Begleitung der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz sicher zu stellen,
- die Seelsorge an den Standorten und für die Familien in hoher Präsenz und Qualität sicher zu stellen und Kontakte zu den Ortsgemeinden zu fördern,
- die Gremien der Laienmitverantwortung (Mitarbeiterkreise, Seelsorgebezirksräte und Arbeitskonferenzen) weiter zu entwickeln und auch künftig die vertrauensvolle, mitverantwortliche Zusammenarbeit zu pflegen.

Von den Delegierten der Zentralen Versammlung einstimmig
verabschiedet am 13.09.2005 in Hamminkeln-Dingden

Bericht des Militärgeneralvikars zur Lage der katholischen Militärseelsorge bei der 50. Gesamtkonferenz der katholischen Militärseelsorger in Potsdam



Bei seinem Bericht zur Lage am 19. Oktober 2005 in Potsdam ging Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut auf neue Herausforderungen und Fragestellungen der Katholischen Militärseelsorge ein: Wie steht es nach fünfzig Jahren Bundeswehr um die Katholische Militärseelsorge im „Netzwerk“ Staat und Kirche? Wo sieht die Militärseelsorge ihre Aufgaben und welchen Beitrag können die Militärseelsorger und Militärseelsorgerinnen leisten, damit die Geschichte der Bundeswehr weiterhin eine Erfolgsgeschichte bleibt, wie Bundeskanzler Schröder bei der Eröffnung der Feierlichkeiten „50 Jahre Bundeswehr“ im Juni 2005 feststellte?

Der Militärgeneralvikar führte aus, dass 1956 den verantwortlichen Politikern klar und sehr bewusst gewesen sei, dass der Soldat kein blinder, in seinen Rechten eingeschränkter Befehlsempfänger sein dürfe, sondern dass er ein „Staatsbürger in Uniform“ werden solle. In diesem Zusammenhang und nur so sei das auf dem Grundgesetz gründende und im Soldatengesetz festgeschriebene Recht auf Seelsorge für jeden Soldaten und seine Umsetzung in der Bundeswehr zu betrachten. Durch die Einrichtung der katholischen wie der evangelischen Militärseelsorge sei dem Rechnung getragen worden. Der Dienst der Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorger unterliege keiner staatlichen oder militärischen Aufsicht, bemerkte Wakenhut. Die Seelsorge unter den Soldaten sei Teil des kirchlichen Dienstes im Auftrag und unter Aufsicht der Gesamtkirche. So sei die Militärseelsorge der von den Kirchen geleistete und der den Soldaten geschuldete, vom Staat gewünschte und unterstützte Beitrag zur Sicherung der freien religiösen Betätigung in den Streitkräften.

In einer Zeit der zunehmenden Entchristlichung auch in der Bundeswehr sei Militärseelsorge nach wie vor notwendig. Für die Militärseelsorger beider Zweige sei die seelsorgerliche Begleitung auch der konfessionsungebundenen Soldaten, sofern diese gewünscht werde, selbstverständliche Pflicht, bekräftigte der Generalvikar. Mit den veränderten Aufgaben der Bundeswehr habe die Militärseelsorge auch ein anderes Profil bekommen. Militärpfarrer begleiteten Soldaten bis an den Hindukusch, wo diese Recht und Freiheit des Deutschen Volkes tapfer verteidigten und treu dienten.

Der Staat sei sich bewusst, dass er diesen Seelsorgeauftrag zur Förderung der charakterlichen und sittlichen Werte in den Streitkräften den Kirchen als weltanschaulich, ja konfessionell gebundenen Institutionen übertragen habe. Die Militärseelsorger verwalteten ein kirchliches Amt. Auch wenn sie im staatlichen Bereich tätig seien, sind sie von staatlicher Weisung unabhängig. Sorge mache allerdings, wenn Militärseelsorge nur noch an Zahlen, nicht aber an ihren Aufgaben und Leistungen fest gemacht werde und wenn der Staat an Stelle des Militärbischofs festlege, ob und wo ein Seelsorger notwendig sei.

Die Erklärung der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten „Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten“, die bei der diesjährigen Woche der Begegnung in Hamminkeln beschlossen wurde (s.S. 4 f.), greift diese Bedenken auf und fordert dem Anliegen der Militärseelsorge gerecht zu werden.

Wakenhut erläuterte, dass in Zeiten des Umbruchs, der Transformation nicht nur in unserer Bundeswehr, sondern in der gesamten Gesellschaft der Familienseelsorge erhöhte Bedeutung zukomme, denn Ehe und Familie gehörten zu den gefährdeten Werten und bedürften deshalb der besonderen Sorge. Und im Blick auf Ereignisse in der Bundeswehr forderte der Prälat ein Profil des Soldaten mit geschärfter moralischer Urteilskraft und Urteilskompetenz.

Abschließend ging Wakenhut noch auf die seelsorgerliche Begleitung bei Auslandseinsätzen und die Neustrukturierung der Militärseelsorge im Rahmen des Prozesses der Transformation in der Bundeswehr ein. (KMBA-PrSt)

Es folgt der Lagebericht des Militärgeneralvikars im Wortlaut, wobei die Redaktion geringe redaktionelle Änderungen und eine Kürzung vorgenommen hat.

Neue Herausforderungen für die Militärseelsorge

VON MILITÄRGENERALVIKAR PRÄLAT WALTER WAKENHUT

Mit diesem Bericht zur Lage kann und will ich keinen umfassenden Zustandsbericht der Katholischen Militärseelsorge geben. Ich will vielmehr schlaglichtartig einige Aspekte unserer Arbeit beleuchten, die mir gegenwärtig bedenkenswert und nachdenkenswert erscheinen. Dies ist die 50. Gesamtkonferenz der Katholischen Deutschen Militärseelsorge; im Februar des nächsten Jahres wird diese 50 Jahre alt. Und so stellen sich uns Fragen:

- Wie steht es nach fünfzig Jahren Bundeswehr um die Katholische Militärseelsorge in dem „Netzwerk“ Staat und Kirche?
- Wo sehen wir selbst unsere Aufgaben und welchen Beitrag können und wollen wir als Militärseelsorger und Militärseelsorgerinnen leisten, damit die Geschichte der Bundeswehr weiterhin eine Erfolgsgeschichte bleibt, wie Bundeskanzler Schröder bei der Eröffnung der Feierlichkeiten „50 Jahre Bundeswehr“ im Juni 2005 feststellte?

Erste Gesamtkonferenz 1956

Schauen wir ein klein wenig zurück: Am 04.02.1956 wurde der Erzbischof von München-Freising, Joseph Kardinal Wendel, zum ersten Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr ernannt. Die Katholische Militärseelsorge feiert deshalb diesen Tag als ihren Geburtstag.

Noch im November desselben Jahres fand die erste Gesamtkonferenz in Maria Laach statt. Sie war noch gar nicht als „Gesamtkonferenz“ gedacht gewesen. Vielmehr firmierte sie als „Einführungslehrgang der hauptamtlichen katholischen Militärggeistlichen“. Sechs dienstaufsichtsführende und 20 hauptamtliche Militärggeistliche hatten sich in der berühmten Abtei am Laacher See um Kardinal Wendel versammelt. Der Dreiklang von asketischer Vertiefung (des geistlichen Lebens der Militärpfarrer), theologischer Besinnung und militärkirchlicher Unterweisung war vom ersten Militärgeneralvikar, Georg Werthmann, als

Struktur für diesen Lehrgang zugrundegelegt worden. Dieser „Dreiklang“, das war für alle Beteiligten nach der Woche klar, sollte auch in Zukunft für alle weiteren Konferenzen der Militärggeistlichen bestimmend sein. Nach Abschluss des einwöchigen Lehrgangs erwuchs zudem der Wunsch, dass eine gemeinsame Jahrestagung aller hauptamtlichen Militärggeistlichen ermöglicht würde. Sie böte dem Militärbischof und zugleich dem Ministerium die einzige Gelegenheit, ihre Anliegen allen Geistlichen persönlich und nachdrücklich nahe zu bringen und deren Ausrichtung und Verbundenheit erneut zu festigen – so die Begründung, wie sie in der Akte der „ersten Gesamtkonferenz“ festgehalten wurde. Die Akteure von damals gehören bereits der Geschichte an; ihren Spuren können wir nur noch in den Archiven folgen. Es gibt aber auch noch einige wenige Zeitzeugen, die von damals erzählen können. Einer davon ist Pater Harald Leibold¹, der von 1956-65 Militärpfarrer in München und damit Teilnehmer der ersten Gesamtkonferenzen war.

Die Vorgaben, die Werthmann mit der „ersten Gesamtkonferenz“ gegeben hatte, blieben auch in den nächsten Jahren für die Planung der Jahreskonferenz bestimmend. Gerade die Themen in der Programm-Sequenz „militärkirchliche Unterweisungen“ sind ein beredtes Zeugnis für die Aufbruchstimmung und das zum Teil experimentelle Agieren in einem völlig neuen Metier. Aber auch die Kritik am Katholischen Militärbischofsamt von der „Basis“ her nimmt fast unmittelbar in den ersten Gesamtkonferenzen ihren Anfang. Die Akten haben als Kuriosum nachfolgendes „Gebet“ überliefert: *„Bewahre uns vor wild gewordenen Amtsschimmeln! / Denn der furchtbarste Tod ist nicht der durch Gift*

oder Dolch, / sondern der unter den Hufen des Untiers – / der Tod unter gedrucktem Papier.“ – Ob das mit Lotus Notes besser geworden ist, wage ich sehr zu bezweifeln.

Der damals noch überschaubare Kreis des Militärseelsorge-Personals ermöglichte zugleich, dass in den ersten Jahren (bis 1960) die Jahreskonferenzen der katholischen und evangelischen Militärseelsorge stets zum gleichen Termin und in räumlicher Nähe zueinander stattfanden, damit an einem Tag eine gemeinsame Tagung in Anwesenheit der Vertreter aus dem Ministerium – mehrmals waren auch die Verteidigungsminister anwesend – erfolgen konnte. Doch mit wachsendem Personalaufkommen und Häufung der Termine wurde eine koordinierte Planung „beider Militärseelsorgen“ immer schwieriger.

Die Entwicklung der Gesamtkonferenz

Auch die ausländischen Gäste gehören zu den traditionellen Bestandteilen der Gesamtkonferenz. Seit 1959 nahm erstmals ein Vertreter der österreichischen Militärseelsorge teil, während zuvor schon die Vertreter der US-amerikanischen, der niederländischen, belgischen und französischen Militärseelsorge zu Gast bei der Gesamtkonferenz waren – eine Tradition, die also auch bis nahezu in die Anfänge zurückreicht.

Traditionell ist auch (fast) der Termin der Gesamtkonferenz geblieben. Bis 1964 traf man sich stets im Herbst (Oktober oder November). Von 1965 bis 1971 verlegte man die Gesamtkonferenz in das Frühjahr – sozusagen ein 6-jähriges Intermezzo, denn ab 1972 fanden und finden die Gesamtkonferenzen wieder in den Herbstmonaten (meist Oktober) statt.

Ab 1960 hielt die Technik Einzug bei der Gesamtkonferenz und das

¹ Pater Harald (Hugo Joseph) Leibold, (geb. am 27.02.1913, seit April 1932 OFM, Priesterweihe 1938) war von 1956-65 Militärpfarrer in München (mit Erding und anfangs auch Brannenburg-Degerndorf), von Januar 1966 bis Oktober 1967 Standortpfarrer im Nebenamt in Ulm (Bleidorn- und Boelckekaserne) für den bei einem schweren Unfall verletzten Militärpfarrer Mattenschlager und damit Teilnehmer der ersten Gesamtkonferenzen. Unter anderem war er es, der 1957 die ersten Soldatenexerzitien in Würzburg-Himmelspforten hielt. – Pater Harald nahm als Gast an der 50. Gesamtkonferenz teil.

gesprochene Wort wurde vor der schriftlichen Protokollierung auf Tonband aufgenommen.

In der Amtszeit von Wertmanns Nachfolger Dr. Martin Gritz wurden die Gesamtkonferenzen „akademischer“. Von nun an gab es meist zwei Vorlesungsreihen und mehrere Fach-/Arbeitskreise. Bei dem damit verbundenen erhöhten Planungsaufwand (und den wahrscheinlich „guten Ratschlägen“ aus jedem Militärseelsorge-Winkel der Republik) entstand zwangsläufig die Einrichtung einer eigenen „Planungsgruppe“ für die Gesamtkonferenz. So wurde 1968 ein beratender Ausschuss des Militärbischofs für die Gestaltung der Gesamtkonferenz gebildet (aus ihm entstand im darauf folgenden Jahr der Priesterrat des Militärbischofs). Er sollte 12 Mitglieder umfassen: die Militärdekane aus dem KMBA, ein dienstaufsichtsführender Militärgeistlicher, der von der Konferenz der Dekane mit einfacher Mehrheit zu wählen war, und Militär-(ober)pfarrer, die von den haupt- und nebenamtlichen Militärgeistlichen der einzelnen Wehrbereiche mit einfacher Mehrheit zu wählen waren. Die Aufgabe dieses vorbereitenden Ausschusses lag im Entwurf der äußeren und thematischen Gestaltung der Konferenz, also Vorschläge für die Themen der einzelnen Vorträge und der Referenten.

Die Durchsicht der im Archiv inzwischen auf einige laufende Meter angewachsenen Akten der Gesamtkonferenzen lässt noch manche interessante Einzelheit entdecken, die zu berichten aber an dieser Stelle zu viel Zeit beanspruchen würde. Doch die wenigen genannten Aspekte können vielleicht schon verdeutlichen, dass die Gesamtkonferenz – das Herzstück der Militärseelsorge-Konferenzen – bei aller Weiterentwicklung vom ersten Einführungslehrgang bis zur heutigen Gesamtkonferenz doch auch etliche Elemente bewahrt hat, die im 50-jährigen Wandel Kontinuität behalten haben und somit dem 1956 beschworenen Stil der Konferenz Dauer verliehen haben.

Das Bild des Soldaten und sein Recht auf Seelsorge

1956 waren die wenigsten von uns schon geboren oder haben gar aktiv das politische Geschehen in

der noch jungen Republik miterlebt und es mitgestaltet. Eines aber steht fest: was damals begonnen wurde, hat bis jetzt Bestand und hat sich bewährt – auch und gerade in diesen Zeiten der Neuausrichtung der Bundeswehr von Grund auf und des damit einher gehenden Prozesses der Transformation. Den Verantwortlichen von damals war klar und sehr bewusst, dass der Soldat kein blinder, in seinen Rechten eingeschränkter Befehlsempfänger sein darf, sondern dass er ein „Staatsbürger in Uniform“ werden soll. Die Wiederaufstellung von Streitkräften in Deutschland geschah – vor dem Hintergrund des Missbrauchs von Soldaten für ein verbrecherisches Regime – unter der politischen Vorgabe einer Militärreform, welche die Streitkräfte in die demokratische Ordnung einordnen wollte. Die Gewährleistung der Grundrechte der Soldaten ist ein wesentliches Element der Integration in die Demokratie.

In diesem Zusammenhang und nur so ist das auf dem Grundgesetz gründende und im Soldatengesetz festgeschriebene Recht auf Seelsorge für jeden Soldaten (also auch für die, die keine Kirchensteuer zahlen) und seine Umsetzung in der Bundeswehr zu betrachten. Bis in die jüngste Zeit wurde dieses Recht auch positiv gedeutet, der Staat ermöglicht und fördert die Seelsorge – und nicht nur dies, er verhindert und behindert sie nicht. Durch die Einrichtung der evangelischen wie der katholischen Militärseelsorge hat er dem Rechnung getragen. In der Bundesrepublik Deutschland entstand so ein im internationalen Vergleich vorbildhaftes Modell einer von staatlicher Weisung unabhängigen Militärseelsorge, die nicht in die militärische Hierarchie eingegliedert ist. Der Dienst unserer Militärseelsorgerinnen und Militärseelsorger unterliegt keiner staatlichen oder militärischen Aufsicht.

Seelsorge unter Soldaten – Teil kirchlichen Dienstes im Auftrag und unter Aufsicht der Kirche

Die Seelsorge unter den Soldaten ist Teil des kirchlichen Dienstes im Auftrag und unter Aufsicht der Kirche. Die Kirche weiß sich zu diesem Dienst in den Streitkräften verpflich-

tet aufgrund der besonderen moralischen, physischen und psychischen Gefährdungen, denen die Soldaten als Waffenträger in Ausübung ihres Berufes ausgesetzt sind. Die apostolische Konstitution „*Spirituali militum curae*“ aus dem Jahr 1986 spricht deshalb von den besonderen Lebensbedingungen der Soldaten, die eine spezielle Form der Seelsorge notwendig machen. So ist die Militärseelsorge der von den Kirchen geleistete und der den Soldaten geschuldete, vom Staat gewünschte und unterstützte Beitrag zur Sicherung der freien religiösen Betätigung in den Streitkräften.

Seelsorgliche Begleitung auch für konfessionsungebundene Soldaten

1956 waren unser Staat und damit auch die Bundeswehr im Wesentlichen „christlich“. Nahezu 100 % der Bürger und Bürgerinnen und damit auch der Soldaten gehörten einer der beiden großen christlichen Kirchen an.

Die Statistik spricht inzwischen in ganz anderen Zahlen. Die Zahl derer, die keiner der großen Kirchen angehören, ist inzwischen größer als die der katholischen oder der evangelischen Christen für sich genommen. Wobei nicht gesagt werden darf, dass diese annähernd 40% unserer Bevölkerung Heiden oder Atheisten seien. Da sind durchaus Christen dabei (Kirchensteuerflüchtlinge, Angehörige anderer christlichen Konfessionen und der Freikirchen) und Anhänger anderer Religionen. Die – leider Gottes – sehr große Zahl der Konfessionslosen ist deshalb keine homogene weltanschauliche Gruppe. Der Versuch eines auf einer Weltanschauung basierenden Verbandes (Humanistischer Verband) sich als Interessenvertreter aller Konfessionslosen in der Öffentlichkeit zu präsentieren, ist bloße Selbstermächtigung ohne Mandat. Dass dieser nicht legitimierte Anspruch in der politischen Öffentlichkeit zum Teil Gehör und Unterstützung findet, verwundert doch sehr.

Für die Militärseelsorger beider Zweige ist die seelsorgerliche Begleitung auch der konfessionsungebundenen Soldaten, sofern diese gewünscht wird, selbstverständliche Pflicht.

Ungebrochen aber wissen sich unser Staat und seine Repräsentanten in großer Mehrheit der christlich-abendländischen Tradition und des daraus entstandenen und im Grundgesetz festgehaltenen Wertekanons verbunden und verpflichtet.

Die Militärseelsorge hat in diesen fünfzig Jahren mit den veränderten Aufgaben der Bundeswehr ein anderes Profil bekommen. Das beste Beispiel: Militärpfarrer begleiten Soldatinnen und Soldaten jetzt auch bis an den Hindukusch, wo diese Recht und Freiheit des Deutschen Volkes tapfer verteidigen und treu dienen. Bis 1989, zur politischen Wende in Europa, wäre das undenkbar gewesen. Da galt: Bis zur Landesgrenze und keinen Schritt weiter.

Als „Kirche unter den Soldaten“ hat die Militärseelsorge die wichtige Aufgabe – deshalb auch außerhalb der militärischen Hierarchie stehend –, „unter Wahrung der freiwilligen Entscheidung des einzelnen das religiöse Leben zu wecken, zu festigen und zu vertiefen. Dadurch fördert sie zugleich die charakterlichen und sittlichen Werte in den Streitkräften und hilft die Verantwortung tragen, vor die der Soldat als Waffenträger gestellt ist.“

Und der Staat ist sich bewusst, dass er diesen Auftrag den Kirchen als weltanschaulich, ja konfessionell gebundenen Institutionen überträgt. Denn in der schon mehrmals zitierten ZDV 66/1, die der damalige Militärgeneralvikar Georg Werthmann euphorisch als „Magna Charta der Militärseelsorge“ bezeichnete, heißt es weiter: „Militärseelsorge ist Teil der gesamten kirchlichen Arbeit, ausgerichtet auf die Besonderheiten des militärischen Dienstes. Ihren Auftrag erhält sie deshalb von den Kirchen. Ihre Träger, die Militärgeistlichen, verwalten ein kirchliches Amt, auch wenn sie im staatlichen Bereich tätig sind.“

Die Militärseelsorge kann sich in dem vom Staat bereitgestellten organisatorischen Rahmen und innerhalb den von der Verfassung fest geschriebenen Grundrechten frei entfalten. Unser weltanschaulich neutraler Staat kann nicht selbst Seelsorger sein, das verbietet sich „ex se“.

Aufgabe der Militärseelsorge:

„... unter Wahrung der freiwilligen Entscheidung des Einzelnen das religiöse Leben zu wecken, zu festigen und zu vertiefen. Dadurch fördert sie zugleich die charakterlichen und sittlichen Werte in den Streitkräften und hilft die Verantwortung tragen, vor die der Soldat als Waffenträger gestellt ist.“

Dieses „System“ der deutschen Militärseelsorge hat sich bewährt, auch und gerade in den Herausforderungen, die die neuen Aufgaben der Bundeswehr „überall auf der Welt“ mit sich bringen.

Es erfüllt mich deshalb mit größter Sorge – und ich weiß mich hier in voller Übereinstimmung mit unserem Militärbischof Dr. Walter Mixa und unseren katholischen Soldaten –,

- wenn Militärseelsorge nur noch an Zahlen, nicht aber an ihren Aufgaben und Leistungen fest gemacht wird. Seelsorge ist zuerst und vor allem eine Qualität und keine Quantität,
- wenn der Staat an Stelle des Militärbischofs festlegt, ob und wo ein Seelsorger notwendig ist
- wenn die Zahl unserer Dienststellen nochmals reduziert wird,
- wenn die Dienstaufsicht durch die Leitenden Dekane und damit auch deren Seelsorge an den Militärseelsorgern erschwert wird.

In der Erklärung der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten „Militärseelsorge zukunfts-fähig gestalten“ (s.S. 4 f. in diesem Heft), die bei der diesjährigen Woche der Begegnung in Hamminkeln beschlossen wurde, greifen sie diese Bedenken auf und fordern den

Verteidigungsminister auf, dem Anliegen der Militärseelsorge gerecht zu werden. Ebenso bitten sie den Militärbischof alles Mögliche zu tun, dass seine Mitbischöfe den Belangen der Militärseelsorge gerecht werden, d.h. das Militärseelsorgepersonal in genügender Zahl zur Verfügung zu stellen.

Gefährdungen

Lassen sie mich zu den angesprochenen Punkten noch einige Anmerkungen machen:

Es ist der Versuch der Quadratur des Kreises, wenn versucht wird, das, was Seelsorge ausmacht, in ein nüchternes Zahlensystem zu zwängen. Seelsorge ist keine Massenveranstaltung, sondern hat zunächst vor allem mit dem Einzelnen zu tun. Das Individuum ist „Objekt“ der Seelsorge und dieses Individuum hat Anrecht auf Seelsorge, auf freie Ausübung seines Glaubens, auf seine uneingeschränkte Gewissensfreiheit. Unser demokratisch, weltanschaulich neutraler Staat kann und will diese Aufgabe nicht selbst erfüllen. Er hat sie den Kirchen – als dafür zuständig – übertragen. Und es war in den vergangenen Jahren unbestritten, dass die Kirchen diesen Dienst in eigener Verantwortung organisieren und gestalten. Das muss so bleiben!! Es liegt nämlich – und das will ich hier in aller Deutlichkeit sagen – in der alleinigen Zuständigkeit der Kirchen festzulegen, was kirchliche Seelsorge ist und welche Praxis ihr entspricht. Wir Militärseelsorger müssen uns im Gespräch untereinander und im Dialog mit der Gesamtkirche immer wieder unseren seelsorglichen Auftrag verdeutlichen und ihn klären. Es ist die alleinige Verantwortung der Kirchen, ihre seelsorglichen und pastoralen Dienste zu gestalten und zu strukturieren. Dies muss selbstverständlich gemäß den rechtlichen Regelungen in Absprache und Einvernehmen mit dem staatlichen Vertragspartner geschehen, dem freilich in den Fragen der Seelsorgeorganisation keine Entscheidungskompetenz zukommt.

Es war und ist deshalb eines der Grundprinzipien unserer Planungen, dass wir diesen Dienst allen Soldatinnen und Soldaten an-

Militärseelsorge ist

Teil der gesamten kirchlichen Arbeit, ausgerichtet auf die Besonderheiten des militärischen Dienstes. Ihren Auftrag erhält sie deshalb von den Kirchen. Ihre Träger, die Militärgeistlichen, verwalten ein kirchliches Amt, auch wenn sie im staatlichen Bereich tätig sind.

bieten können. Für uns heißt das,

- dass wir unsere Dienststellen gleichmäßig über die ganze Republik verteilen, unabhängig von der Zahl der vor Ort stationierten katholischen Soldaten,
- dass wir die Soldaten im Einsatz seelsorgerlich begleiten wollen und darüber die Familien und Angehörigen zu Hause nicht vergessen.

Das eine bedingt das andere, denn nur so können wir unseren Auftrag ganz erfüllen. Dass es dazu einer bestimmten hinreichend großen Zahl von Militärseelsorgern bedarf, muss wohl nicht besonders begründet werden. Denn das alles geschieht ja in Zeit und Raum. In concreto bedeutet das: Auch für den Militärseelsorger dauert der Tag nur 24 Stunden und er kann nur einen begrenztes, überschaubares Gebiet betreuen.

Aktuelle Herausforderungen

(1) Familienseelsorge

Denn die Herausforderungen bleiben: Da ist die eigentliche Aufgabe, wie sie in unseren gesetzlichen Grundlagen und in unseren pastoralen Zielen fest geschrieben ist: Die Seelsorge an den Soldaten und Soldatinnen sowie deren Familien.

Gerade in diesen Zeiten des Umbruchs, der Transformation nicht nur in unserer Bundeswehr, sondern in der gesamten Gesellschaft kommt der Familienseelsorge erhöhte Bedeutung zu, bekommt sie neues Gewicht. Der Soldatenberuf mit seiner ihm innewohnenden großen Mobilität bringt es mit sich, dass Familien immer wieder getrennt sind, dass die berufliche Beanspruchung des Partners das Zusammenleben erschwert.

Im Blick auf diese Situation von Ehe und Familie in unserer Gesellschaft im Allgemeinen und in den Streitkräften im Besonderen entwickelt das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft an der Katholischen Universität Eichstätt ein Weiterbildungsprojekt, das die Kompetenzen und Qualifikationen von Seelsorgern im Bereich der Familienpastoral verbessern soll.

Ehe und Familie gehören zu den gefährdeten Werten, und dies ist eine Gefahr für das Wertefundament unserer Gesellschaft selbst. Die Familien sind ohne Zweifel einer der wichtigsten Orte der Wertbildung und des

Normenlernens in unserer Gesellschaft. Emotionale Zuwendung, respektvolles Verhalten der Familienmitglieder, Anteilnahme am Geschick der Anderen, diese für ein gelingendes Familienleben charakteristischen Verhaltensweisen und Einstellungen konstituieren eine stabile moralische Identität. Das Funktionieren von Familien muss von der Gesellschaft aber auch von den Streitkräften als öffentliches Gut angesehen werden, das der besonderen Sorge bedarf.

(2) Wertebildung

Wertebildung – ihre Notwendigkeit und ihre Möglichkeit – ist in den vergangenen Monaten in unseren Streitkräften ein Thema geworden, nicht nur wegen der abstoßenden Ereignisse in Coesfeld und an anderen Orten. In ihrem Schreiben „Gerechter Friede“ aus dem Jahr 2000 haben die deutschen Bischöfe nachdrücklich betont, dass von den Soldaten, die Diener des Friedens sein sollen, ein hohes Maß an ethischem Entscheidungsverhalten und moralischer Urteilsfähigkeit verlangt wird, das auch in Extremsituationen und unter Stressbedingungen standhält. Die vielfältigen neuen Einsatzformen, die sich u.a. durch ein unterschiedliches Gewaltniveau vom traditionellen Kriegsszenario der Landesverteidigung unterscheiden, fordern das. Die Soldaten operieren in Konfliktlagen, die oftmals verantwortliche individuelle Situationsinterpretationen und selbstbestimmte Entscheidungen erfordern. (*Gerechter Friede Nr.141 f.*)

Gefordert wird deshalb ein Soldat mit geschärfter moralischer Urteilskraft, diese Urteilskompetenz muss das Ziel von ethischen Bildungsprozessen in der Bundeswehr sein.

In der Sprache unsere moraltheologischen Tradition nennen wir diese „Urteilsfähigkeit“ **Klugheit**, bekanntlich eine der Kardinaltugenden. Soldaten sollen nicht nur tapfer sein – **Tapferkeit** eine weitere Kardinaltugend –, sondern auch klug, d.h. fähig sein, in unterschiedlichen Situationen moralische Normen und Standards sachgerecht anzuwenden und inhaltlich das moralisch richtige Handeln zu bestimmen. Vielleicht haben wir dieses Ziel, den klugen Soldaten, der eben nur klug ist, wenn

er moralisch gebildet ist, manchmal aus den Augen verloren, auch in unserer eigenen Praxis ethischer Reflexion des soldatischen Dienstes. Zudem genießt in unserer Umwelt die Klugheit offensichtlich kein hohes Ansehen, weil man sie falsch versteht, nämlich als das Vermögen, erfolgreich seine Interessen durchzusetzen.

Klugheit als sittliche Tugend hingegen meint den moralisch gebildeten Menschen. Die Streitkräfte, die sich zurzeit um eine Intensivierung ethischer Bildung bemühen, können in der Idee eines klugen Soldaten durchaus ein soldatisches Leitbild finden.

(3) Lebenskundlicher Unterricht (LKU)

In seinen Bemühungen um eine Verbesserung der ethischen Bildung in der Bundeswehr plant der Führungsstab der Streitkräfte, die Rolle des Lebenskundlichen Unterrichts (LKU) neu und stärker zu gewichten. Dies wird von mir ausdrücklich begrüßt.

Seit Gründung der Bundeswehr wurde den Kirchen vom Staat die Aufgabe übertragen, einen LKU für Soldaten aller Dienstgradgruppen zu erteilen. Dieser LKU ist kein Chamäleon wie er sich manchen aufgrund seines scheinbar unklaren staatlich-kirchlichen Erscheinungsbildes darstellt.

Der LKU ist eindeutig eine staatliche Veranstaltung, dessen inhaltliche Ausgestaltung den Kirchen überlassen ist. Zwar schreibt die ZDv 66/2 vor, dass die Themen des LKU zwischen dem Ministerium und EKA und KMBA abzusprechen sind, in der inhaltlichen Durchführung sowie in methodischen und didaktischen Festlegungen sind die Militärseelsorger in keiner Weise reglementiert oder durch staatliche Weisung gebunden.

Die Aufsicht über den LKU haben die Kirchenämter (als staatliche Behörden) sowie die Leitenden Militärdekane. Der Unterricht unterliegt also nicht militärischer Aufsicht.

Die Militärseelsorger wurden mit der Erteilung des LKU nicht (nur) deshalb beauftragt, weil sie dafür besonders qualifizierte Lehrkräfte darstellen, sondern weil man in den 50er Jahren noch frische Erinnerun-

gen hatte an die fatalen Folgen einer staatlichen angeordneten politischen Pädagogik, die die „Werte des Staates“ indoktriniert – nicht zuletzt in der Wehrmacht. Gerade der aufgrund dieser Erfahrungen politisch gewollte Freiraum der Kirchen in der Gestaltung des LKU ließ Raum (auch in inhaltlicher Hinsicht) im militärischen Umfeld. Im Sinne der Inneren Führung trägt er dazu bei, das Entstehen einer militärischen Sonderkultur und eines militärischen Sonderethos zu verhindern.

Der LKU ist offen für alle Soldaten, er unterliegt einem Indoktrinationsverbot, das kann aber nicht heißen, dass der Unterrichtende seine religiös-konfessionelle Gebundenheit verleugnen muss. Das ist im Interesse des Gelingens ethischer Bildung. Stabile moralische Identität entwickelt sich nämlich nur in der Auseinandersetzung mit einer moralischen Position und nicht in einer „neutralen“ und wertrelativierenden Darstellung unterschiedlicher Standpunkte. Deshalb habe ich vor Soldaten der 10. Panzerdivision in Kloster Reute deutlich betont, dass Wertebildung im Lebenskundlichen Unterricht das persönliche Zeugnis des Seelsorgers für Gerechtigkeit und Solidarität bedingt. Dieses Zeugnis hat sein Fundament im christlichen Glauben.

Der Dienstherr erwartet zu Recht von seinen Soldaten, dass diese den Werten und Normen unserer staatlichen Ordnung innerlich zustimmen. Freilich kann diese notwendige moralische Loyalität, der über den bloßen Rechtsgehorsam weit hinausreicht, nicht erzwungen oder gar befohlen werden. Sie ist das Resultat gelungener ethischer Bildung.

Es bedarf verstärkter Bemühungen um die Verbesserung dieser ethischen Bildung in der Bundeswehr. Für uns katholische Militärseelsorger ist dies eine wichtige Aufgabe. Menschen zu helfen in Fragen moralischer Orientierung ist ein authentischer Bestandteil unseres seelsorglichen Dienstes.

Wir halten es deshalb für dringend geboten, in Absprache mit den zuständigen Stellen im Bundesministerium der Verteidigung Themen und Curricula für den LKU zu vereinbaren. Unsere Militärseelsorger erteilen LKU unabhängig von staatlichen

oder militärischen Weisungen und wir werden an dieser Unabhängigkeit auch zukünftig festhalten. Gerade dieser Freiraum bietet eine Chance für das Gelingen ethischer Reflexion. Der LKU in seiner jetzigen Gestalt ist gewollt ein ziviles Element in dieser Armee. Bemühungen, diesen Unterricht stärker zu reglementieren und staatlicher Weisung zu unterwerfen, konterkarieren die Anliegen der Inneren Führung. Die Kultur der Inneren Führung, die von unseren Bischöfen in ihrem Schreiben „Gerechter Friede“ ausdrücklich gewürdigt wird, gehört zu den unverzichtbaren Voraussetzungen unseres Dienstes in den Streitkräften. Für eine grundlegende Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen können wir deshalb keine zwingenden Gründe sehen.

(3) Auslandseinsätze

Der Deutsche Bundestag hat am 28.09.2005 einer wesentlichen Erweiterung des Engagements der Bundeswehr in Afghanistan zugestimmt. Das bedeutet für uns: Wir werden auch die Soldaten in Mazar-e-Sharif seelsorgerlich begleiten. Für Sie, liebe Mitbrüder, bedeutet das eine zusätzliche Belastung, denn die Ruhephasen zwischen den Einsätzen werden noch kürzer als es ohnehin durch die Verkürzung der Einsatzdauer auf vier Monate vorgegeben ist. Es wird für die weitere Planung unumgänglich sein, dass auch Pastoralreferentinnen und Pastoralreferenten als Seelsorger in den Einsatz gehen. Da Seelsorge für uns in der Katholischen Kirche in den Sakramenten gründet, bietet sich als Einsatzort nur der Kosovo an, wo Militärpfarrer und Pastoralreferent/in ein Seelsorgeteam bilden; die „sakramentale Versorgung“ ist dann gesichert. Allen, die durch ihre seelsorgerliche Arbeit und Mühe in den Einsätzen zum guten Ruf der Militärseelsorge beitragen und beigetragen haben an dieser Stelle ein herzliches Vergelt's Gott. Ich weiß, dass der Auslandseinsatz für einen jeden Herausforderung und Belastung zugleich ist. Die seelsorgerliche Begleitung bei diesen Einsätzen hat aber für uns absolute Priorität. An ihr hängt ein Stück weit unsere Glaubwürdigkeit und sie begründet unser Ansehen in der Truppe. Als Kirche

unter den Soldaten leisten wir diesen Dienst selbstverständlich.

(4) Neustrukturierung der Militärseelsorge

Wir haben für unsere Arbeit vor Ort 93 Planstellen für Militärseelsorger und Militärseelsorgerinnen. Diese sind vom Minister „abgesegnet“. Es ist Sache unseres Bischofs als oberster Seelsorger diese Stellen in der Fläche zu verteilen. Der Militärseelsorger soll überall erreichbar und ansprechbar sein, auch dort wo es rein numerisch wenige katholische Soldaten gibt.

Anders stellt sich für uns die weitere Planung auf der Mittleren Ebene der Katholischen Leitenden Militärdekane dar. Es wird in Zukunft katholischerseits nur noch vier Dienstaufsichtsbezirke geben – analog den vier Wehrbereichen, wenn auch nicht mit diesen deckungsgleich. Solches wird nur möglich sein, wenn die Stellung des Stellvertreters gestärkt und z.T. neu festgeschrieben wird.

Die Transformation hat auch Auswirkung auf die Organisation der Kurie. Hier stehen wir erst am Anfang, aber auch die Kurie kann sich der Veränderung nicht entziehen.

Dabei ist aber immer zu beachten: Diese Transformation muss die Grenzen respektieren, die unser kirchliches Selbstverständnis vorgibt. In der Praxis der Militärseelsorge, die ja Teil der Gesamtkirche ist, spiegeln sich unverzichtbar die Grundfunktionen der Kirche wieder:

- das Hören und Bezeugen des Evangeliums;
- das betende Feiern der Eucharistie und
- die Solidarität mit den bedürftigen und leidenden Mitmenschen.

In diesem Rahmen gilt es zu prüfen, was notwendig, was zu entbehren oder auch, was gar überflüssig ist.

...

Für Militärgeneralvikar Walter Wakenhut war dieser Bericht zur Lage der katholischen Militärseelsorge auch der Ort einen herzlichen Dank auszusprechen, der allen innerhalb und außerhalb der Militärseelsorge galt, die diese durch ihr Engagement unterstützen. □

Christen sichern den Frieden

Das Ziel ist eine gerechte Ordnung: Der Staat muss mehr als nur militärische Mittel für die Durchsetzung der inneren und äußeren Sicherheit bieten

VON MANFRED SPIEKER

Es dürfte kaum Widerspruch geben, wenn die Aufgabe, den Frieden zu sichern, als die erste aller Staatsaufgaben bezeichnet wird. Der Staat konstituiert sich geradezu dadurch, dass er den Frieden nach innen und die Sicherheit nach außen gewährleistet. War die Friedenssicherung schon in der Antike, in der griechischen Polis und der römischen res publica eine hervorragende Staatsaufgabe, so wurde sie es noch viel mehr nach den blutigen Kriegen zu Beginn der Neuzeit im 17. Jahrhundert. In der Antike war die Aufgabe, den inneren und äußeren Frieden zu sichern, noch eine Staatsaufgabe unter anderen, gleichsam die Voraussetzung dafür, dass der Staat seine eigentliche Aufgabe, nämlich das Gemeinwohl und das gute Leben der Bürger zu ermöglichen, überhaupt in Angriff nehmen konnte. Nach den Konfessions- und Bürgerkriegen des 16. und 17. Jhs. galt die bloße Friedenssicherung schon als konstitutive Staatsaufgabe. Die Staatsgewalt erwarb ihre Legitimität nun allein dadurch, dass sie die Waffen zum Schweigen brachte und den Krieg aller gegen alle beendete. Thomas Hobbes (1588-1679) gilt als der erste Repräsentant dieser neuzeitlichen Staatstheorie. Das Gemeinwohl wurde auf den Waffenstillstand reduziert, der Staat auf das Gewaltmonopol.

Die Mittel, mit denen der Staat nach Hobbes den Frieden sichern wollte, erwiesen sich jedoch als äußerst problematisch, um nicht zu sagen kontraproduktiv. Hobbes verpflichtete die Bürger, sich einer absoluten Staatsgewalt zu unterwerfen, zu deren Kompetenzen nicht nur die souveräne Gesetzgebungs-, Rechtsprechungs- und Polizeigewalt, sondern auch das Recht gehörte, die Wissenschaft und die Religion zu kontrollieren und die Wahrheit zu definieren. Eine Konfession wie die katholische, deren Oberhaupt außerhalb des eigenen Souveränitäts-

bereiches in Rom lebt, hatte da keinen Platz mehr.

Vorstaatliche Menschenrechte

Was Hobbes übersah: die Quelle der Friedlosigkeit, die in der menschlichen Natur liegt, prägt nicht nur den Untertan, sondern auch den Herrscher. Wie soll der Herrscher den Frieden sichern, den der Untertan ständig zerstört, wenn doch die menschliche Natur selbst aggressiv ist, weshalb Hobbes den Menschen ja auch als des Menschen Wolf beschrieb? So entsteht sofort das neue Problem, dass der Staat, der den Frieden sichern soll, zur Despotie und damit seinerseits zur Quelle der Friedlosigkeit wird. Diesem Dilemma ist nicht zu entkommen. Dennoch bleibt die Sicherung des inneren und äußeren Friedens eine, ja die zentrale Staatsaufgabe.

Was ist der Friede? Ein Zustand gerechter Ordnung, die erste Bedingung für soziale Beziehungen, die den Menschen die Selbstentfaltung in Freiheit ermöglichen. Er ist immer zerbrechlich, immer Gegenstand der Sehnsucht, Bedingung eines menschenwürdigen Lebens, Voraussetzung des Gemeinwohls, auch wenn das Gemeinwohl weit über ihn hinausgeht.

Die Mittel, derer sich der moderne Staat bedient, um den Frieden zu sichern, sind vielfältig. Das erste Mittel ist eine freiheitliche Rechts- und Verfassungsordnung, die der Staatsgewalt das Machtmonopol sichert, sie aber zugleich begrenzt, indem sie vorstaatliche Menschenrechte anerkennt und gewährleistet. Mit der Anerkennung vorstaatlicher Menschenrechte bringt eine Verfassung zum Ausdruck, dass sie die Würde des Menschen nicht der Souveränität der Staatsgewalt unterwirft, dass der Mensch Ursprung, Träger und Ziel aller Politik ist und die Staatsgewalt eine nicht verhandelbare Grenze zu achten hat. Nicht verhandelbar ist die Respektierung der

Menschenwürdegarantie und des Lebensrechts auch der Ungeborenen. Ein Staat, der den inneren Frieden sichern will, muss diese Grenze auch gegen die Wünsche abtreibungswilliger Schwangerer und gegen die Forschungs- und Therapieinteressen der so genannten Lebenswissenschaften verteidigen. Er kann nicht zulassen, dass die nach künstlicher Befruchtung übrig gebliebenen Embryonen für Forschungszwecke instrumentalisiert werden. Kein noch so hohes Forschungsziel rechtfertigt die Tötung von Embryonen. Verwaiste Embryonen als Rohstoff für Forschungs- und Therapieziele zu nutzen, würde bedeuten, sie schlechter als Sklaven zu behandeln. Die Wiedereinführung der Sklaverei aber würde den inneren Frieden zerstören. Das zweite Mittel zur Sicherung des inneren Friedens ist die Gewaltenteilung. Die Balance und die wechselseitige Kontrolle der legislativen, exekutiven und judikativen Gewalt fördern den Frieden. Sie sind keine Garantie gegen Machtmissbrauch, aber ein bewährtes Mittel, um den Machtmissbrauch zu erschweren und seine schädlichen Folgen zu begrenzen.

Die rechtlichen Instrumente genügen nicht, um den inneren Frieden zu sichern. Dazu bedarf der Staat auch der Umsetzung der anderen Leitprinzipien einer guten Verfassungsordnung, wie sie das Grundgesetz in Artikel 20 festgehalten hat: der Demokratie und des Sozialstaats. Die Demokratie ermöglicht dem Bürger die Teilhabe an der politischen Willensbildung, die seinem ursprünglichen Streben und seiner Würde als Person entspricht. Das sozialstaatliche Leistungssystem ermöglicht ihm jene soziale Sicherheit, die zu den Voraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens und damit des Gemeinwohls gehört und deren Bedeutung für den inneren Frieden oft erst dann deutlich wird, wenn sie fehlt. Die Verwirklichung des

Sozialstaatsprinzips erfordert aber nicht nur ein Leistungssystem, das soziale Sicherheit gewährleistet, sondern auch eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Eigeninitiative anregt, Mitbestimmung ermöglicht, Chancen- und Beteiligungsgerechtigkeit gewährleistet, soziale Integration fördert und Exklusion minimiert. „If you want peace, work for justice“ – eine zeitlose Maxime, die schon der Prophet Jesaja verkündete (32,17).

Last but not least erfordert der innere Friede eine politische Kultur, die jene Grundwerte achtet und schützt, von denen ein freiheitlicher Staat lebt, die er aber selbst nicht garantieren kann. Der Staat bleibt dazu auf den christlichen Glauben der Bürger angewiesen. Alexis de Tocqueville hat dies in der Mitte des 19. Jhs. als das Herz der amerikanischen Demokratie beschrieben. Die Religion war für ihn die erste der politischen Institutionen der amerikanischen Republik. Ernst Wolfgang Böckenförde hat es mit Hegel in die Frage gekleidet, ob nicht auch der säkularisierte Staat letztlich aus jenen inneren Antrieben und Bindungskräften leben muss, die der religiöse Glaube seiner Bürger vermittelt. Die Trennung von Kirche und Staat ist gewiss eine Voraussetzung des inneren Friedens, aber sie muss gerade jener Grundwerte wegen eine freundliche Trennung sein, die um den Wert der Partnerschaft zwischen Staat und Kirche weiß.

Bei der Staatsaufgabe Friedenssicherung denken viele zuerst an den äußeren Frieden, an den Schutz der Bürger vor Angriffen feindlicher Armeen oder terroristischer Kommandos. Diese Aufgabe ist in der Tat nicht weniger wichtig als die Sicherung des inneren Friedens. Auch hier sind die Mittel, derer sich der Staat bedient, vielfältig. Sie sind im Völkerrecht seit Jahrhunderten entwickelt worden. Ein Staat sichert den äußeren Frieden nicht dadurch, dass er sich abschottet und Mauern um sich zieht, sondern dadurch, dass er diplomatische, ökonomische und kulturelle Kontakte pflegt, dass er Bündnisse schließt und Grenzen abbaut. Die Gründung der Vereinten Nationen 1945 war ein ebenso ehrgeiziger Versuch, den internationalen Frieden zu sichern, wie die Ent-

wicklung der Europäischen Union, die 2005, nach fast einem halben Jahrhundert, in gewisse Turbulenzen geraten ist. Wie der innere Friede, so ist auch der äußere Friede ständig gefährdet und wie jener einer das Gewaltmonopol inne habenden, durchsetzungsfähigen Staatsgewalt bedarf, so bedarf dieser einer Gewalt, die bereit und in der Lage ist, den Frieden auch im Falle eines drohenden Angriffs zu schützen. Die Sicherung des äußeren Friedens bleibt deshalb immer auf eine militärische Gewalt angewiesen. Sie ist zwar das letzte Mittel der Friedenssicherung, aber sie ist entgegen allen pazifistischen Illusionen ein Mittel der Friedenssicherung, wie auch das Zweite Vatikanische Konzil in „Gaudium et Spes“ 79 und der Katechismus der Katholischen Kirche von 1993 unterstrichen haben: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Die militärische Gewalt hat zunächst die Aufgabe, einen potenziellen Angreifer abzuschrecken. Versagt die Abschreckung, ist sie noch nicht zu jedweden Einsatz gegen den Angreifer ermächtigt. Die ihr befehlende politische Führung hat vielmehr zu prüfen, ob Ziele, Erfolgsaussichten und Mittel der Verteidigung den Einsatz der Streitkräfte rechtfertigen. Die Lehre vom *bellum iustum* ist für die Prüfung unverzichtbar. Sie ist in der Theologie, der Philosophie und im Völkerrecht seit Jahrhunderten entwickelt worden und keineswegs überholt wie Theologen vor allem auf evangelischer Seite (zuletzt Wolfgang Huber in der Zeitschrift für Evangelische Ethik, Heft 2/2005) gelegentlich behaupten.

Auch die Deutsche Bischofskonferenz behauptete in ihrem Hirtenbrief „Gerechter Friede“ 2000 im Widerspruch zum Katechismus der Katholischen Kirche von 1993, die Lehre vom gerechten Krieg sei überholt, nicht ohne sie dann bei der Erörterung der Problematik humanitärer Interventionen exakt anzuwenden und zu bestätigen. Der Katechismus stellt demgegenüber nicht nur fest, dass die Kriterien der *bellum iustum*-Lehre gültig sind, sondern

auch, dass die Beurteilung, ob sie vorliegen, „dem klugen Ermessen derer zukommt, die mit der Wahrung des Gemeinwohls betraut sind“: Die Bedingungen, unter denen es einem Volk gestattet ist, sich in Notwehr militärisch zu verteidigen, seien genau einzuhalten. „Eine solche Entscheidung ist so schwerwiegend, dass sie nur unter den folgenden strengen Bedingungen, die gleichzeitig gegeben sein müssen, sittlich vertretbar ist: Der Schaden, der der Nation oder der Völkergemeinschaft durch den Angreifer zugefügt wird, muss sicher feststehen, schwerwiegend und von Dauer sein. Alle anderen Mittel, dem Schaden ein Ende zu machen, müssen sich als undurchführbar oder wirkungslos erwiesen haben. Es muss ernsthafte Aussicht auf Erfolg bestehen. Der Gebrauch von Waffen darf nicht Schäden und Wirren mit sich bringen, die schlimmer sind als das zu beseitigende Übel. Beim Urteil darüber, ob diese Bedingung erfüllt ist, ist sorgfältig auf die gewaltige Zerstörungskraft der modernen Waffen zu achten. Dies sind die herkömmlichen Elemente, die in der so genannten Lehre vom ‚gerechten Krieg‘ angeführt werden.“ So bedeutsam Systeme kollektiver Sicherheit wie die UNO mit dem Sicherheitsrat für den internationalen Frieden sind, es gibt weder im Völkerrecht noch in der Christlichen Gesellschaftslehre ein Gewaltmonopol des Sicherheitsrates.

Versöhnung und Solidarität

Der Aufgabe, den äußeren Frieden zu sichern und zum internationalen Frieden einen Beitrag zu leisten, wird der Staat nur gerecht, wenn er sich über die militärische Sicherheit hinaus auch um das globale Gemeinwohl kümmert. Entwicklungshilfe zu leisten, Märkte zu öffnen, Korruption zu bekämpfen, Bildungssysteme zu stärken, die demokratischen Strukturen in den Ländern der Dritten Welt zu festigen, erträgliche Schuldenentilgungsregelungen zu finden und im Einzelfall auch einen Schuldenerlass zu gewähren, all dies ist auch Teil der Friedenssicherung.

Auch der internationale Friede bedarf einer politischen Kultur, deren Voraussetzungen von den Staaten und ihren Systemen kollektiver Si-

Fortsetzung auf Seite 14 unten

Programm und Auftrag der Kirche für das 21. Jahrhundert – 40 Jahre „Gaudium et spes“

VON KLAUS LIEBETANZ

Mit der Verabschiedung der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“, auch bekannt unter dem Namen „Die Kirche in der Welt von heute“, hat sich die katholische Weltkirche während des II. Vatikanischen Konzils (1962-65) in vielfacher Weise vom Mittelalter verabschiedet. Während die mittelalterliche Kirche dazu neigte, Gott zu finden, in dem man die Welt hinter sich ließ, fordert „Gaudium et spes“ die Gläubigen dazu auf, in die Welt zu gehen und am Aufbau und der Vollendung derselben teilzunehmen, um dabei Gott zu finden. Damit wird der christliche Glaube zu einer Einigungs- und Zukunftsreligion und in der Nachfolge Christi zum „Motor“ für die Vollendung der Welt. Der christliche Glaube kann nicht mehr verdächtigt werden, „Opium für das Volk zu sein“, das von den eigentlichen Problemen der unterdrückten Menschen ablenke. Deshalb hat auch heute im Jahr 2005 diese Pastoralkonstitution nichts an Aktualität eingebüßt. Im Folgenden werden einige wenige Ziffern der Pastoralkonstitution in dem o.a. Sinne zitiert und aus Sicht eines Soldaten und Fachberaters für Katastrophenmanagement kommentiert. Sie sollen dazu anregen, „Gaudium et spes“ als Ganzes nochmals oder gar erstmals zu lesen, auch wenn der ursprünglich lateinische Text dieser Pastoralkonstitution etwas spröde erscheinen mag.

Das Konzil richtet sich an alle Menschen

„Vor seinen Augen steht also die Welt der Menschen und der gesamten Menschheitsfamilie im Zusammenhang des Alls der Dinge, in dem sie lebt; die Welt, der Schauplatz der Geschichte des Menschengeschlechts, von seinen Anstrengungen, Niederlagen und Siegen geprägt, die Welt, die nach dem Glauben der Christen in der Liebe des Schöpfers ihre Grundlegung und ihren Bestand hat; die unter die Herrschaft der Sünde gera-

ten, von Christus aber, dem Gekreuzigten und Auferstandenen, der die Macht des Bösen gebrochen, befreit ist, bestimmt, verwandelt zu werden nach Gottes Heilsratschluss und so zur Vollendung zu kommen.“ (Ziff. 2)

Achtung vor der menschlichen Person

„Um zu praktischen und dringlicheren Folgerungen überzugehen, will das Konzil die Achtung vor dem Menschen einschärfen: Alle müssen ihren Nächsten ohne Ausnahme wie

ein „anderes Ich“ ansehen und um sein Leben sowie die zu einem menschenwürdigen Leben notwendigen Mittel vor allem bedacht sein, damit sie nicht jenem Reichen gleichen, der sich um den armen Lazarus gar nicht kümmert. ... Was immer die menschliche Würde angreift, wie unmenschliche Lebensbedingungen, willkürliche Einkerkierung, Verschleppung, Sklaverei, Prostitution, Mädchenhandel und Handel mit Jugendlichen, sodann auch unwürdige Arbeitsbedingungen, bei denen die Arbeiter als bloße Erwerbsmittel und nicht als freie und verantwortliche Personen behandelt werden; all diese und ähnliche Dinge sind an sich eine Schande; ... Zugleich sind sie ein schwerer Angriff auf die Ehre des Schöpfers.“ (Ziff. 27)

Kommentar: Spätestens seit dem Milleniumsgipfel von Regierungschefs aus aller Welt bei den Vereinten Nationen in New York im Jahr 2000 stehen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen (WSK) Menschenrechte auf der Agenda der Vereinten Nationen (VN).

Auf erheblichen Druck der Kirchen und der NGO's wurden folgende wesentliche Ziele von den Staaten vereinbart:

- Halbierung der Weltarmut bis 2015 (22% der Erdbevölkerung hat ein tägliches Einkommen unter einem Dollar)
- Halbierung der Anzahl von Personen bis 2015, die keinen Zugang zu sauberen Trinkwasser haben (Bislang sind es 20% der Weltbevölkerung ohne Zugang)
- Sicherstellen bis 2015, dass alle Kinder der Welt einen Zugang mindestens bis zur Primärausbildung haben
- Die Ausbreitung von Aids weltweit bis 2015 zu stoppen und einen Umkehrprozess einzuleiten.

Fortsetzung auf Seite 13

icherheit nicht garantiert werden können. Die Versöhnung zwischen zwei Völkern nach einem grausamen Krieg, die Verzeihung erlittenen Unrechts, etwa einer Vertreibung, die Solidarität mit einem ehemaligen Aggressor, alle diese Einstellungs- und Handlungsänderungen sind auf Antriebe und Bindungskräfte angewiesen, die der säkulare Staat nicht aus sich selbst schöpfen kann. Sie werden ihm durch den religiösen Glauben seiner Bürger vermittelt. Deshalb kommt den Christen auch bei der Sicherung des internationalen Friedens eine große Verantwortung

zu. Papst Johannes Paul II. hat sie in den 26 Jahren seines Pontifikats in hervorragender Weise wahrgenommen. Auch die materiellen Beiträge zur Sicherung dieses Friedens in Form von Entwicklungshilfe sind eine besondere Leistung der Länder des christlichen Kulturkreises, auch wenn die meisten von ihnen die 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die sie für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen wollten, nicht erreicht haben. Sie können und sollen ihre Anstrengungen steigern. „If you want peace work for justice.“

(DT vom 23.07.2005)

2005 wird die erste Überprüfungskonferenz zu den Millenniumszielen stattfinden. Die Kirchen und die ca. 2.500 NGO's, die bei den Vereinten Nationen offiziell akkreditiert sind, werden sehr sorgfältig darauf achten, welche Staaten ihrer Verpflichtung zur Erreichung der Millenniumsziele nicht nachgekommen sind. Unter anderem haben sich EU-Länder verbindlich verpflichtet, bis 2006 ihre ODA-Mittel (Official Development Aid, Mittel für Entwicklungshilfe) falls noch nicht geschehen auf 0,33 % des Bruttosozialprodukt zu steigern. Deutschland liegt derzeit bei 0,28%.

Über die bloße individualistische Ethik hinausgehen

„Die tiefe und rasche Veränderung der Dinge stellt mit besonderer Dringlichkeit die Forderung, dass niemand durch mangelnde Beachtung der Entwicklung oder durch müde Trägheit einer rein individualistischen Ethik verhaftet bleibe. Der Pflicht der Gerechtigkeit und der Liebe wird mehr und mehr dadurch entsprochen, dass jeder gemäß seinen eigenen Fähigkeiten und den Bedürfnissen der Mitmenschen zum Gemeinwohl beiträgt und auch die öffentlichen und privaten Institutionen, die der Hebung der menschlichen Lebensbedingungen dienen, fördert und unterstützt. Es gibt aber auch solche, die zwar großzügige und hochherzige Auffassungen im Munde führen, in Wirklichkeit jedoch immer so leben, als ob sie keine Sorge für die Bedürfnisse der Gesellschaft kennen würden.“ (Ziff. 30)

Kommentar: In diesem Zusammenhang schreiben der Rat der evangelischen Kirche und die Deutsche Bischofskonferenz in ihrem Wort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“: „Es gibt innerhalb der Kirchen zwar eine hohe Sensibilität für ihren Dienst an der Gesellschaft und eine Fülle beeindruckender Aktivitäten, aber auch nicht wenige Gemeinden und Christen, die in besorgniserregender Weise selbstbezogen sind und den Vorgängen in der Gesellschaft zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Dass das Eintreten für Solidarität und Gerech-

tigkeit unabdingbar zur Bezeugung des Evangeliums gehört und im Gottesdienst nicht nur der Choral, sondern auch der Schrei der Armen seinen Platz haben muss, dass „Mystik“, also Gottesbegegnung, und „Politik“, also Dienst an der Gesellschaft, für die Christen nicht zu trennen sind. Dazu passt das bekannte Wort von Karl Barth „Der Christ von heute muss in seiner linken Hand die Bibel und in der rechten die Zeitung haben.“

Das Konzil geißelt die Spaltung zwischen Glauben und Leben

„Das Konzil fordert die Christen, die Bürger beider Gemeinwesen, auf, nach treuer Erfüllung ihrer irdischen Pflichten zu streben, und dies im Geiste des Evangeliums. Wohl wissen wir, dass wir hier keine bleibende Stätte haben, sondern auf der Suche nach der künftigen sind; fern der Wahrheit aber sind die, welche glauben sollten, darob ihre irdischen Pflichten vernachlässigen zu dürfen. Sie würden dabei ja übersehen, dass sie, jeder nach der Maßgabe der ihnen zuteil gewordenen Berufung, gerade durch den Glauben um so mehr zu deren Erfüllung gehalten sind. Im selben Grade aber irren alle, die im Gegenteil glauben, sich so dem irdischen Tun und Treiben ausliefern zu können, als hätte dieses gar nichts mit dem religiösen Leben zu tun, das sich ja ihrer Meinung in bloßen Kultakten und in der Erfüllung von gewissen sittlichen Pflichten erschöpfe. Diese Spaltung zwischen dem Glauben, den man bekennt, und dem täglichen Leben vieler ist zu den größten Verirrungen unserer Zeit zu rechnen... Hüten wir uns also davor, berufliche und soziale Tätigkeit hier und religiöses Leben dort in verkehrter Weise zueinander in Gegensatz zu bringen. Ein Christ, der seine irdischen Pflichten vernachlässigt, versäumt damit seine Pflichten gegenüber dem Nächsten, ja gegen Gott selbst und bringt sein ewiges Heil in Gefahr.“ (Ziff. 43)

Kommentar: Der Glaube des Christen muss sich im praktischen Leben bewähren. Daher beginnt sein eigentlicher Gottesdienst erst, wenn er die Kirchentür hinter sich gelas-

sen hat. Nicht wenige Gläubige haben ihr „religiöses Pulver“ schon bei den frommen Anmutungen während der Hl. Messe verschossen. Es gibt zu viele „Sonntagschristen“ und zu wenig „Werktagschristen“.

Das Konzil würdigt die besondere Rolle der Laien

„Die Laien sind eigentlich, wenn auch nicht ausschließlich, zuständig für die weltlichen Aufgaben und Tätigkeiten. Wenn sie also, sei es als einzelne, sei es in Gruppen, als Bürger dieser Welt aktiv werden, so sollen sie nicht nur die jedem einzelnen Bereiche eigenen Gesetze beobachten, sondern sich um gutes fachliches Wissen und Können in den einzelnen Sachgebieten bemühen. Sie sollen bereitwilligst mit den Menschen, die die gleichen Anliegen haben wie sie, zusammenarbeiten. Im Wissen um die Forderungen des Glaubens und mit seiner Kraft ausgerüstet sollen sie, wo es angeht, Neues planen und ausführen.“ (noch Ziff. 43)

Kommentar: Wenn man z.B. eine Pfarrei mit einem Fußballverein vergleichen würde, dann wären die Kleriker Trainer und Begleiter. Den Laien wäre es dagegen aufgetragen, auf dem Fußballfeld (im Leben) die Tore zu schießen. Das Zölibat und die Spiritualität der Priester einerseits und die Weltzugewandtheit der Laien andererseits bedingen sich gegenseitig und ergänzen sich komplementär.

Das Konzil fordert die Beteiligung der Laien am demokratischen Prozess

„Aus dem lebendigeren Bewusstsein der menschlichen Würde erwächst ja in den verschiedenen Teilen der Welt der Eifer, eine neue rechtliche Ordnung zu schaffen, in der die Rechte der menschlichen Person im öffentlichen Leben besser geschützt sind, so etwa das Recht auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit und das Recht auf privates und öffentliches Bekenntnis der Religion. Der Schutz dieser personalen Rechte ist nämlich die notwendige Bedingung dafür, dass die Bürger einzeln oder organisiert am öffentlichen Leben und an der Lei-

tung des Staates tätigen Anteil nehmen.“ (Ziff. 73)

Kommentar: Die Demokratie ist die Regierungsform, die der Würde des einzelnen Menschen am angemessensten ist. Agere sequitur esse (Das Handeln folgt dem Sein). Glauben und demokratisches Handeln bedingen einander, da „die demokratische Gesellschaft von Kräften lebt, die sie selbst nicht hervorbringen kann“ (Böckenförde).

„Die heute dem Volk und besonders der Jugend so notwendige staatsbürgerliche Erziehung ist eifrig zu pflegen, so dass alle Bürger am politischen Leben aktiv teilnehmen können. Wer dazu geeignet ist oder sich dazu ausbilden kann, den schweren, aber zugleich ehrenvollen Beruf des Politikers auszuüben, soll sich darauf vorbereiten und sich in der Ausübung dieses Berufes eifrig bemühen unter Hintansetzung eigener Bequemlichkeit und wirtschaftlicher Vorteile. Sittlich intakt und klug zugleich, soll er angehen gegen alles Unrecht und jede Unterdrückung, gegen die Unduldsamkeit und Willkürherrschaft eines einzelnen oder einer politischen Partei. Redlich und gerecht, voll Liebe und politischen Mutes, soll er sich dem Wohle aller widmen.“ (Ziff. 75)

Kommentar: Bedauerlicherweise gibt es zur Zeit in Deutschland zu wenig Christen, die bereit sind, politische Verantwortung zu übernehmen. Dagegen gibt es jedoch eine große Anzahl sog. frommer Christen, die sich ständig über die „Charakterlosigkeit der Politikerklasse“ beklagen. Dieser Widerspruch zeigt u.a., dass „Gaudium et spes“ bei der Mehrzahl der deutschen Katholiken noch nicht angekommen ist. Andererseits soll nicht vergessen werden, dass die CDU/CSU, als Antwort der katholischen und evangelischen Christen in Deutschland auf den Nationalsozialismus und auf die kommunistische Erziehungsdiktatur, mit der Entwicklung und Durchsetzung der „Sozialen Marktwirtschaft“ und dem europäischen Einigungsstreben inklusive einer Friedenszone von Portugal bis Lettland zum menschlichen Fortschritt erheblich beigetragen hat. Sie ist daher mit Recht eine

Partei der „praktischen Befreiungstheologie“, ohne dass viele ihrer Mitglieder und Funktionsträger diesen Umstand überhaupt realisiert haben und darüber hinaus nicht wenige ihrer Mitglieder und Abgeordneten „getaufte Neuheiden“ sind.

Friede und Gerechtigkeit

Zu diesem Thema folgen vier wichtige Zitate aus „Gaudium et spes“:

- „In unseren Tagen, da die Schrecken und Nöte im Gefolge von Krieg, Gräuel und Kriegsdrohung noch schwer auf den Menschen lasten, ist die ganze Menschheitsfamilie in ihrem Reifungsprozess an einem Punkt schwerwiegender Entscheidung gekommen. Allmählich zur Einheit zusammengewachsen und sich dieser Einheit überall schon besser bewusst, kann sie ihre Aufgabe, die Welt für alle Menschen in allen Ländern menschlicher zu gestalten, nur erfüllen, wenn alle sich durch ein neues Denken wandeln zu einer Haltung, die dem wahren Frieden zugewandt ist.“ (Ziff. 77)
- „Der Friede ist nicht einfach Nicht-Krieg, noch lässt er sich auf das Gleichgewicht entgegen gesetzter Kräfte zurückführen. Er entspringt auch nicht menschlichem Machtgebot, sondern ist im wahren und eigentlichen Sinn das Werk der Gerechtigkeit.“ (Ziff. 78)
- „Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges und wird sie ihnen drohen bis zur Wiederkunft Christi; insofern sie aber, in Liebe verbunden, die Sünde überwinden, wird auch die Gewalttätigkeit überwunden, bis das Schriftwort erfüllt ist: „Sie werden ihre Schwerter umschmieden in Pflugscharen und ihre Lanzen in Sicheln. Nicht wird Volk gegen Volk das Schwert mehr erheben, noch werden sie ferner rüsten zum Kriege“ (Is 2,4) (noch Ziff. 77)
- „Wer aber als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, soll sich als Diener der Sicher-

heit und Freiheit der Völker betrachten. Er trägt durch diese rechte Ausübung seines Dienstes wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (Ziff. 79)

Kommentar: Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hat sich in ihrer jüngsten Erklärung „Der Friede ist möglich!“ (Vgl. AUFTRAG Heft 257; S. 67) kritisch mit Friedenseinsätzen deutscher Kräfte auseinander gesetzt. Es wird vor allem ein fehlendes Gesamtkonzept angemahnt. Neben der militärischen Stabilisierung seien vor allem effektiver Polizeiaufbau, wirtschaftliche Entwicklung, Stärkung der Zivilgesellschaft und Entwicklung einer rechtstaatlichen Demokratie, Voraussetzungen zum Entstehen weiterer Regionen des Friedens. Ohne ausreichende Mittel für zivile Konfliktbearbeitung blieben Militäreinsätze ein unbefriedigender Torso. Die eingesetzten Soldaten würden zwangsläufig in die Rolle von Lückenbüßer kommen. Neueste Äußerungen von führenden Christdemokraten machen Hoffnung darauf, dass sich am Missverhältnis von militärischen und zivilen Mitteln bei Friedenseinsätzen deutscher Kräfte in der Friedenskonsolidierung etwas ändern wird. (vgl. AUFTRAG 259; S. 14 ff. „Stärkere Verzahnung von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik“ – Interview mit dem entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Christian Ruck)

Gründung der Kommission „Justitia et Pax“

„Das Konzil aber hält es angesichts der großen Nöte, unter denen der größere Teil der Menschheit auch heute noch leidet, und um der Gerechtigkeit und Liebe Christi den Armen gegenüber im Geiste Christi zu fördern, für sehr opportun, ein Organ der Gesamtkirche (Justitia et Pax) zu schaffen, dessen Aufgabe es ist, die Katholiken immer wieder anzuregen, den Aufstieg der notleidenden Gebiete und die soziale Gerechtigkeit zu fördern.“ (Ziff. 90)

Kommentar: Leider hat „Justitia et Pax“ die ungeheure Katastro-

phe im katholischsten Land Afrikas 1994 in Ruanda, wo ca. 850.000 Menschen, meist Frauen, Kinder und ältere Menschen fast ausschließlich in Kirchen regelrecht abgeschlachtet wurden, nicht verhindern können. Im Heft „Versöhnung in Afrika und Europa“ zitiert Dr. Jörg Luer, der Referent von Justitia et Pax in Berlin, den ruandischen Autor Joel Nsengiyaremye mit folgenden Worten: „Beim Genozid in Ruanda 1994 haben praktisch alle Kirchen Schuld auf sich geladen. Die meisten Kirchenführer haben sich entweder passiv verhalten oder die Morde sogar noch unterstützt. Das war scheinbar ganz ähnlich wie in Deutschland im zweiten Weltkrieg.“

Forderung nach einer „Zentralen kirchl. Meldestelle“

Es wird daher endlich Zeit, dass eine „Zentrale kirchliche Informations- und Meldestelle für schwere Menschenrechtsverletzungen“ eingerichtet wird, in der rechtzeitig Meldungen aus kirchlichen Organisationen weltweit über schwere Menschenrechtsverletzungen gesammelt, verdichtet und verifiziert werden, damit schon weit im Vorfeld einer größeren Katastrophe reagiert werden kann. Seit kurzem gibt es erste Gespräche zwischen Mitgliedern der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) und dem „Netzwerk Afrika Deutschland“ (NAD) in Bonn, dem 41 deutsche Ordens- und Missionsgesellschaften angehören, um den Anfangskern einer solchen zentralen kirchlichen Meldestelle einzurichten. Dabei sollen pensionierte Offiziere und Feldwebel der GKS aus dem Bonner Raum ihre beruflich erworbenen Fähigkeiten in der Stabsarbeit einbringen, um in Bonn in Zusammenarbeit mit dem NAD ein solches kirchliches humanitäres Lagezentrum einzurichten.

Die Aufgabe der Kirche in der Welt

„So hat denn diese Kirche zugleich „eine sichtbare Versammlung und geistliche Gemeinschaft“, den Weg mit der ganzen Menschheit gemeinsam und erfährt das gleiche

Erdenlos mit der Welt. So wird sie aber auch zum Sauerteig und gleichsam zur Seele der menschlichen Gesellschaft, die in Christus erneuert und in die Familie Gottes umgebildet werden soll.“ (Ziff. 40)

Christus – Anfang und Ende

Während sie selbst der Welt hilft oder von dieser vieles empfängt, strebt die Kirche nach dem einen; dass das Reich Gottes sich nahe und das Heil der ganzen Menschheit verwirklicht werde. Was aber das Gottesvolk in der Zeit seiner irdischen Pilgerschaft der Menschheitsfamilie an Gutem mitteilen kann, fließt letztlich daraus, dass die Kirche das „allumfassende Sakrament des Heiles“ ist und das Geheimnis der Liebe Gottes zu den Menschen zugleich offenbart und verwirklicht. Gottes Wort, durch das alles geschaffen ist, ist selbst Fleisch geworden, um in vollkommenen Menschsein alle zu retten und das All zusammenzufassen. Der Herr ist das Ziel der menschlichen Geschichte, dem das Streben der Geschichte und der Zivilisation gilt, der Mittelpunkt der Menschheit, aller Herzen und Freude und Erfüllung ihrer Sehnsucht. Ihn hat der Vater von den Toten auferweckt, erhöht zu seiner Rechten gesetzt; ihn hat er zum Richter der Lebendigen und der Toten bestellt. Von seinem Geiste belebt und geeint, schreiten wir der Vollendung der menschlichen Geschichte entgegen, die mit dem Plan seiner Liebe zusammenfällt: „Alles in Christus zu erneuern, was im Himmel und auf Erden ist“ (Eph 1, 10) (Ziff. 45)

Schlussbetrachtung

1. In seinem Geistlichen Testament fordert Johannes Paul II., der am Konzil vom ersten bis zum letzten Tag als Bischof teilgenommen und an „Gaudium et spes“ insbesondere sehr intensiv gearbeitet hat, „weitere Generationen auf, noch lange die Reichtümer dieser Konstitution auszuschöpfen“.
2. Auch Benedikt XVI., der als Konzilstheologe entscheidend an vielen Dokumenten des zweiten Vatikanums mitgewirkt hat, hat

am Tag nach seiner Wahl zum Papst vor den Kardinälen sich entschieden für die Umsetzung dieser Dokumente eingesetzt, weil sie auf „die neuen Erfordernisse der Kirche und der gegenwärtigen, globalisierten Gesellschaft“ zugeschnitten seien. Er hält „Gaudium und spes“ für den „wohl dynamischsten und meisten nach vorn weisenden Text des Konzils überhaupt“. Es ist daher absurd zu behaupten, er wolle die Kirche hinter das Konzil zurückführen. Er ist jedoch ein entschiedener Gegner einer Konzilsauslegung „light“, bei der im Sinne der „68er“ alles Unbequeme über Bord geworfen werden soll. Beim Weltjugendtag in Köln mussten seine erstaunten Kritiker erfahren, dass nicht Beliebigkeit sondern Authentizität und Spiritualität bei den Jugendlichen gefragt sind.

3. In dem bemerkenswerten Buch „Salz der Erde“, wo sich Kardinal Ratzinger den äußerst kritischen und interessanten Fragen des Journalisten Peter Seewald stellt, äußert er sich wie folgt zur Zukunft der Kirche: „Vielleicht müssen wir von den volkskirchlichen Ideen Abschied nehmen. Möglicherweise steht uns eine anders geartete, neue Epoche der Kirchengeschichte bevor, in der das Christentum eher wieder im Senfkorn-Zeichen stehen wird, in scheinbar bedeutungslosen, geringen Gruppen, die aber doch intensiv gegen das Böse anleben und das Gute in die Welt hereintragen; die Gott hereinlassen.“ So muss wohl auch das Wirken der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) als Salz in der Bundeswehr gesehen werden. Benedikt XVI. ist sicher zuzustimmen, wenn er ein Leben im katholischen Glauben als „die womöglich alternativste, selbstbewussteste und radikalste Art zu leben“ bezeichnet (Salz der Erde; S. 18). Ohne Zweifel ist der christliche Glaube am ehesten geeignet, das weit verbreitete Gefühl der Hoffnungslosigkeit zu überwinden. □

„Zentrale kirchliche Informations- und Meldestelle für schwere Menschenrechtsverletzungen“

Einrichten dieser Meldestelle unter Beteiligung von Mitgliedern der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

VON KLAUS LIEBETANZ

1. Warum ist diese zentrale Kirchliche Informations- und Meldestelle notwendig?

Dies soll im Folgenden am Beispiel des Völkermordes 1994 in Ruanda erläutert werden, der ein Super-GAU für die Katholische Kirche darstellte. Ferner muss auch klargestellt werden, dass es bei dieser kirchlichen Informationsstelle nicht ausschließlich um Völkermord geht, sondern auch um andere schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen.

So geht es u.a. auch um das Sammeln und systematische Auswerten von Indikatoren für eine Genozidgefährdung, wie verstärkte Hasspropaganda, die gezielte Ermordung von Oppositionellen und Menschenrechtlern und einzelne Massaker. Genozidgefährdung sollte vornehmlich durch „crisis prevention“ mit Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung gemindert werden.

1.1 Das Beispiel Ruanda

In der Zeit vom 6. April bis zum 31. Juni 1994 wurden in Ruanda ca. 850.000 unschuldige Frauen, Kinder und ältere Menschen zumeist in Gotteshäusern in einer der deutschen Katholischen Kirche sehr verbundenen Partnerkirche regelrecht abgeschlachtet, ohne dass verantwortliche Vertreter der deutschen Katholischen Kirche rechtzeitig davon Kenntnis erhielten und ihren gesamten Einfluss hätten geltend machen können, um diese unglaubliche Barbarei an Glaubensschwestern und -brüdern zu verhindern. Ruanda hat 60% Katholiken und 15% Protestanten damit den größten Bevölkerungsanteil an Christen in Afrika. Viele Missionare, darunter ca. 50 Weiße Väter, wurden bei den o.a. Massakern verschont und mussten teilweise tagelang in kirchlichen Nebenräumen mit anhören, wie ihren Gemeindemitgliedern Kopf und Glieder zerschlagen wurden. Sie waren die einzigen unverdächtigen Zeugen, die den Völkermord hätten bezeugen können.

1.2 Keine systematische Aufbereitung von Meldungen bei der deutschen Bischofskonferenz

Bei der Deutschen Bischofskonferenz gab es offensichtlich keine systematische Aufbereitung der ersten Meldungen und Zeugenaussagen, um sich ein Gesamtbild des Völkermordes in Ruanda zu machen. Dadurch ist eine rechtzeitige, entschlossene Intervention mit nachvollziehbaren Beweisen bei der Bundesregierung unterblieben, die dann als Unterzeichnerstaat der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen verpflichtet gewesen wäre, alles zu unternehmen, um das weitere Abschachten von Frauen, Kindern und älteren Menschen zu unterbinden. Die Bundesregierung ihrerseits war über die Vorgänge in Ruanda wenig informiert, da die deutsche Botschaft in Kigali frühzeitig evakuiert wurde. So fand am 18. Mai 1994, sieben Wochen nach Beginn des Mordens und auf dem Höhepunkt des Völkermords in Ruanda, eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses statt, auf der mit keinem Wort auf den seinerzeit akuten und laufenden Völkermord eingegangen wurde. Auch aus dem Sitzungsbericht vom Unterausschuss „Menschenrechte und Humanitäre Hilfe“ am 25. Mai 1994 geht hervor, dass sich das Auswärtige Amt nicht darüber im Klaren war, dass sich in Ruanda ein gigantischer, systematischer Völkermord an den Tutsi-Zivilisten vollzog. In dem Artikel „Deutscher Bundestag im Glashaus – Kein Grund zu moralischer Überheblichkeit“ (AUFTRAG 247) wurde anhand von BT-Ausschussprotokollen nachgewiesen, dass die Bundesregierung von kirchlichen Stellen keine beweiskräftigen Informationen zur Lage in Ruanda erhalten hatte.

1.3 Ein untaugliches Gegenargument

Als Hauptargument für eine Ablehnung einer „Zentralen kirchlichen Informations- und Meldestelle für schwere Menschenrechtsverletzungen“ wird häufig genannt, „dass das Problem bei Völkermorden nicht in einem Mangel an Information, sondern einem Mangel an politischen Willen der Regierungen liegt, sich mit den entsprechenden Konsequenzen zu engagieren.“ Dieses Argument ist in seiner Ausschließlichkeit nicht ganz korrekt. Im Fall Ruanda hat es leider zu Beginn des Völkermordes an eindeutigen, beweiskräftigen Informationen gefehlt. Ein einziges Foto mit einer Kirche voller massakrierter Leichen in den ersten 14 Tagen hätte genügt, um den Völkermord zu belegen. So konnte der amerikanische Botschafter bei entsprechenden Konferenzen immer noch behaupten: „Alle Welt spricht von Völkermord, aber bitte schön, wo sind die Beweise.“ Diese Informationen hätten nur von weißen Missionaren kommen können, weil diese bewusst von den Mörderbanden verschont wurden, um die Weltgemeinschaft nicht zu involvieren.

1.4 Die Macht der Bilder

Ein anderes Beispiel: Als das erste Foto von den unglaublichen Menschenrechtsverletzungen der Amerikaner in Gefängnis Abu Greib um die Welt ging, konnte selbst der mächtige amerikanische Präsident, die Vorgänge in diesem Gefängnis nicht unter Verschluss halten und musste handeln. Es besteht ein starkes Abhängigkeitsverhältnis von Medien, Öffentlichkeit und Regierungshandeln. Das wird durch das o.a. Hauptgegenargument nicht berücksichtigt. Das in diesem Zusammenhang auch mit Klugheit und Verantwortungsbewusstsein umgegangen werden muss, versteht sich von selbst. Aus diesem Grunde ist eine hohe Professionalität im Umgang mit Informationen und deren Quellen unabdingbar.

2. Warum sich GKS-Mitglieder beteiligen sollen?

2.1 Das „Netzwerk Afrika Deutschland“ (NAD)

Bevor die o.a. Frage beantwortet werden kann, muss über das Netzwerk Afrika Deutschland (NAD, Sträßchenweg 3, 53113 Bonn, St. Winfrid) informiert werden:

Im „Netzwerk Afrika Deutschland“ (NAD) sind 41 deutsche Ordens- und Missionsgesellschaften zusammengeschlossen. In Ihrer programmatischen Schrift heißt es u.a.:

Mission heute ist auch Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden.

- Wir werden uns einmischen, wenn die Menschen unterdrückt werden.
- Wir legen den Finger auf die Wunde.
- Wir werden Missstände beim Namen nennen, aber wir werden auch die Zusammenarbeit suchen mit Regierungen in Afrika und Europa.

Das Netzwerk Afrika Deutschland (NAD) soll den Kern einer Meldestelle bilden, weil die Missionare nicht nur in den großen Städten, sondern auch tief auf dem Lande arbeiten. Dort wo die schweren Menschenrechtsverletzungen passieren, weil die Verantwortlichen glauben, unbeobachtet zu sein. Das Netzwerk selbst verfügt aus personellen Gründen über keine funktionsfähige Informationszentrale für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen. Im NAD arbeiten regelmäßig ein Ordenspriester und eine Ordensschwester.

2.2 Die Beteiligung geeigneter Pensionäre der GKS

Der Leiter vom NAD, Pater Schonecke von den Weißen Vätern, ist an einer Unterstützung durch Mitglieder der Gemeinschaft katholi-

scher Soldaten (GKS) interessiert. Dafür gibt es drei Gründe:

2.2.1 Offiziere und Feldwebel der GKS sind auf Grund ihrer beruflichen Ausbildung in der Lage, Informationen zu sammeln, zu verdichten und als beweiskräftige Aussagen darzustellen. Dazu müssen auch die vielfältigen Informationen aus dem Internet und anderer nationaler und internationaler Institutionen zum Vergleich herangezogen werden. Damit ist das NAD in seiner derzeitigen personellen Besetzung überfordert.

2.2.2 Soldaten wird eine gewisse Objektivität, Nüchternheit und Verschwiegenheit zugetraut. Außerdem scheinen sie im Gegensatz zu einigen NGO's weniger interessenorientiert zu sein. Für NGO's sind exklusive Informationen bares Geld für ihre Organisationen.

2.2.3 Pensionierte Offiziere und Feldwebel aus dem Köln/Bonner Raum könnten ggf. mit 400 Euro-Jobs oder gegen ein vergleichbar geringes Honorar (eher eine Aufwandsentschädigung) ein solches humanitäres Lagezentrum wesentlich preisgünstiger gestalten. Die weiter sinkenden Kirchensteuereinnahmen lassen Vollzeitstellen für ein solches Lagezentrum illusorisch erscheinen. Es werden keine neuen Stellen eingerichtet, sondern eher gestrichen

2.2.4 Ein zusätzlicher Gewinn für die pensionierten Soldaten: Eine fordernde und Sinn erfüllte Aufgabe im 3. Lebensabschnitt führt nach wissenschaftlichen Untersuchungen zu mehr Lebensqualität und beugt Altersdemenz vor.

schenrechtsvergehen vor Ort berichten.

3.2 GKS-Bundeskonferenz begrüßt die Mitarbeit von pensionierten Mitgliedern der GKS an einer zentralen kirchlichen Meldestelle.

Bei der Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) wurde das mögliche Konzept einer „Zentralen kirchlichen Informations- und Meldestelle für schwere Menschenrechtsverletzungen“ mit der Beteiligung von pensionierten GKS-Mitgliedern vorgestellt und durch den neuen Bundesvorsitzenden, Oberstleutnant Paul Brochhagen, ausdrücklich begrüßt.

3.3 Räumliche Ansiedlung der zentralen kirchlichen Meldestelle.

Es wird angestrebt, möglichst in der Nähe von NAD im Bonner Raum einen geeigneten Raum für ein Lagezentrum zu finden.

3.4 Justia et Pax als Trägerorganisation für eine zentrale kirchliche Meldestelle.

Es wäre sinnvoll und wünschenswert, wenn die deutsche Kommission von Justia et Pax die Trägerschaft für die neu zu errichtende „Zentrale kirchliche Informations- und Meldestelle für schwere Menschenrechtsverletzungen“ übernehmen würde.

Dabei würden ihr drei Aufgaben zufallen:

3.4.1 Justia et Pax übernimmt die grundsätzliche politische Unterstützung für eine solche Meldestelle.

Unter dem Dach von Justia et Pax würden sich dann auch andere kirchliche Organisationen, wie Misereor, Adveniat, Missio u.a. an der „Zentralen kirchlichen Informations- und Meldestelle für schwere Menschenrechtsverletzungen“ beteiligen können.

3.4.2 Justitia et Pax unterstützt die Meldestelle organisatorisch. Justitia et Pax stellt u.a. einen Antrag an den Arbeitsstab Menschenrechte des Auswärtigen Amtes auf finanzielle Unterstützung der Erstausrüstung einer Zentralen Informations- und Meldestelle für schwere Menschenrechtsverletzungen und für

3. Wie soll eine solche Zentrale kirchliche Informations- und Meldestelle funktionieren?

3.1 Das NAD kann keine strukturelle Verantwortung übernehmen aber relevante Informationen liefern. Das NAD ist nach gründlicher Diskussion im eigenen Vorstand aus räumlichen und personellen Gründen nicht in der Lage, eine strukturelle Verantwortung für die zentra-

le kirchliche Meldestelle zu übernehmen. Gleichzeitig wäre NAD jedoch bereit, relevante Informationen an eine solche Stellen zu vermitteln, wie es ja schon gelegentlich an andere kirchliche und politische Stellen geschehen ist, wenn Missionare von Men-

die relativ geringen Personalkosten für das erste Jahr dieses Pilotprojektes. Eine entsprechende mündliche Zusage für eine finanzielle Unterstützung des Arbeitsstabes Menschenrechte liegt bereits vor. Dabei wäre es Aufgabe der entsprechenden Stabsoffiziere, einen Antragsvorschlag zu formulieren, der den operativen Anforderungen entspricht.

3.5 Aufgabe der pensionierten Offiziere und Feldwebel der GKS in einer Meldestelle:

- (1) Eingehende Meldungen kirchlicher Stellen zu sammeln, zu verdichten, zu verifizieren und beweiskräftig aufzubereiten.
- (2) Auswerten von allen verfügbaren Informationen zur Menschenrechtslage in der betreffenden Krisenregion aus dem Internet und von Informationen der nationalen und internationalen Organisationen, sowie der betreffenden deutschen Ministerien.

- (3) Systematische Auswertung von Meldungen über schwere Menschenrechtsverletzungen, die auf eine verstärkte Genozidgefährdung hinweisen, wie aufkommende Hasspropaganda, adressenmäßige Erfassung von Opfergruppen, Auftauchen von Tarnbegriffen für geplante Tötungen, Ausbildung von speziellen Mordinheiten (Paramilitärs und Jugendverbänden und Auftauchen von Flüchtlingen ohne typische Fluchtanlässe.
- (4) Feststellen von kirchlichen Organisationen, die Erfahrung in „crisis prevention“ haben und durch Maßnahmen der zivilen Konfliktbearbeitung zur Minderung der Genozidgefährdung beitragen können. Dafür stehen ausreichende Mittel im AA und

BMZ bei den betreffenden Titeln zur Verfügung.

Abschließende Bemerkung

Mit der Einrichtung einer „Zentralen kirchlichen Informations- und Meldestelle für schwere Menschenrechtsverletzungen“ würde die Kirche einen weiteren guten und notwendigen Dienst an der Menschheit leisten und die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ mit zusätzlichen Leben erfüllen, sozusagen als Anwalt der geschundenen Menschen weltweit. Die Katholische Kirche kann es sich darüber hinaus nicht ein zweites Mal erlauben, dass Hunderttausende von Frauen, Kindern und älteren Menschen in Kirchen Zuflucht nehmen und anschließend durch mangelnde Professionalität im Stich gelassen werden.

Interessierte (pensionierte) Offiziere und Feldwebel aus dem Köln/Bonner Raum können sich beim Bonner GKS-Kreisvorsitzenden melden:

OTL Bertram Bastian, Email: BertramBastian@t-online.de

Kindersoldaten – Lost children

Kann man von Frieden träumen, wenn man nur Krieg kennt?

VON ANDREAS M. RAUCH

Der Einsatz von Kindern als bewaffnete Kämpfer in Kriegen ist für jedweden, skrupellosen Kriegsherrn äußerst attraktiv. Kinder sind billig und willig, sie lassen sich leicht verführen, weil sie ihr Gewissen als acht- oder zehnjährige nicht vollständig ausgebildet haben und sie sind leicht zu ersetzen. Kinder erwarten keinen Sold und müssen keine Familie ernähren – und sie brauchen weniger Nahrung. Aber sie vermögen ebenso gut zu töten wie Erwachsene – je jünger sie sind, desto weniger moralische Skrupel haben sie, da sie die Tragweite ihres Tuns nicht begreifen und vieles noch als „Spiel“ verstehen. Kinder machen die Drecksarbeit in vielen Bürgerkriegen von heute. Sie sind willige Vollstrecker, Kanonenfutter, Späher, Träger, Sexsklaven. Hilfreich ist dabei der Umstand, dass viele Waffen inzwischen vom Gewicht und von der Handhabung her „kinderleicht“ geworden sind.

Kindeseinsatz im Krieg ist völkerrechtlich verboten und wird vom Internationalen Strafgerichtshof als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verfolgt. Doch bestehen auf internationaler Ebene bislang weder Sanktionen gegen Kindeseinsatz im Krieg noch effektive Strategien, um Bürgerkriegsparteien am Kindeseinsatz zu hindern. Die Zahl von Kindersoldaten weltweit wird seit Jahren konstant auf rund 300.000 geschätzt. Der jüngste Bericht der Vereinten Nationen zur Lage von Kindern in bewaffneten Konflikten, veröffentlicht im Februar 2005, spricht allerdings von nur 250.000 Kindersoldaten, verteilt auf 54 Kriegsparteien in elf Ländern: Birma, Burundi, Elfenbeinküste, Kolumbien, Demokratische Republik Kongo, Nepal, Philippinen, Somalia, Sri Lanka, Sudan und Uganda. Erfolge hingegen habe es in Afghanistan, Angola, Äthiopien, Eritrea, Liberia, Osttimor und Sierra Leone gegeben.

Als brutalste Rekrutierer von Kindern nennt der Bericht der Vereinten Nationen drei Gruppen in Afrika: die regierungstreuen Janjaweed-Reitermilizen im sudanesischen Darfur, die ruandische Hutu-Milizengruppe FDLR (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas) im Osten der Demokratischen Republik Kongo und die ugandische LRA (Lord's Resistance Army).

Allen drei Gruppierungen wird neben dem Einsatz von Kindern im Krieg „Tötung, Verstümmelung, Entführung, Vergewaltigung und andere schwere sexuelle Gewalt an Kindern“ durch die Vereinten Nationen vorgeworfen. Der internationale Kampf gegen Kindesmissbrauch geht auf einen aufrüttelnden, anklagenden Untersuchungsbericht der Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen Graca Machel aus dem Jahr 1996 zurück. Auf der Grundlage dieses Berichts der einstigen First Lady von Mosambik und heutigen Ehefrau von Nelson Mandela verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Mai 2000 ein Zu-

satzprotokoll zur internationalen Kinderrechtskonvention, das die Rekrutierung und den Einsatz von Kindern in bewaffneten Konflikten verbietet – allerdings ist seine Anwendung freiwillig. 85 Länder haben das Protokoll bislang unterzeichnet. Weitergehende Maßnahmen scheitern regelmäßig am Unwillen des UN-Sicherheitsrats. Dieser lässt lediglich jedes Jahr die Lage Revue passieren. Erst im Juli 2005 lehnte der Sicherheitsrat erneut verbindliche Strafmaßnahmen ab und beschloss lediglich die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe, um die Lage von Kindern im Krieg zu beobachten.

Bürgerkrieg und Kindersoldaten in Uganda

Der gerade in den deutschen Kinos angelaufene Dokumentarfilm „Lost Children“ von Ali Samadi Ahadi und Oliver Stoltz geht auf Kindersoldaten im ugandischen Bürgerkrieg ein. Der Krieg im Norden Ugandas zwischen der Regierungarmee und der Rebellenbewegung LRA ist heute der längste ununterbrochene Bürgerkrieg Afrikas und einer der brutalsten überhaupt. Kaum eine Woche vergeht, an dem nicht aus der Kriegsregion entsetzliche Verbrechen der Rebellen gemeldet werden: Massaker an Zivilisten, Entführung von Kindern durch Bewaffnete, Anzünden von Dörfern. Die Antwort der Regierung – Luftangriffe mit Kampfhubschraubern, Anheuern von Milizen, Zusammenlegung der Bevölkerung in Wehrdörfern und Vertriebenenlagern – zeugt nicht davon, dass dieser Krieg bald zu Ende gehen könnte – trotz aller Friedensbemühungen der vergangenen Jahre.

Die LRA ist unter den Rebellenbewegungen auf dieser Welt einzigartig darin, dass sie auch nach 19 Jahren Krieg kein zusammenhängendes Territorium kontrolliert oder überhaupt den Anspruch darauf erhebt. Ihre Führung hat kein politisches Programm. Die LRA ist eine sich selbst ernährende Kriegs- und Terrormaschinerie, in der Krieg und Terror Selbstzweck sind – und den Menschen Ugandas beweisen soll, dass die Regierung von Präsident Yoweri Museveni einen großen Teil ihres Landes nicht unter Kontrolle hat.

Museveni errang 1986 die Macht in Uganda als Chef einer Rebellenarmee; genauso alt ist der Kampf der LRA und ihrer Vorgängerorganisation „Holy Spirit Movement“ – wobei beide Namen lediglich Ausdruck des religiösen Anspruchs einer Sekte sind, die mit der christlichen Kirche nichts gemein haben, ja sie geradezu ins Gegenteil verkehren, wenn sie Kinder zum Foltern und Morden anstacheln. Musevenis Sieg setzte einer Zeit blutigen Wirren in Uganda ein vorläufiges Ende, die mit der menschenverachtenden Diktatur von Idi Amin (1971-1979) ihren Anfang nahm und das Land in der ersten Hälfte der achtziger Jahre zum schlimmsten Schlachtfeld Afrikas machte. Museveni war der erste Präsident aus dem Süden Ugandas und sein Sieg bedeutet eine Entmachtung des Nordens, was viele nordugandische Soldaten nicht akzeptierten und deshalb zur LRA übertraten. Für die Kämpfer der LRA sind alle Vertreter und Kollaborateure des Staates des Teufels, und nur wer den Teufel aktiv bekämpft, ist des Himmels sicher – so die Ideologie der LRA.

Soziale Hilfestellungen der katholischen Caritas für ehemalige Kindersoldaten

„Lost children“ ist ein bewegender Film über die gemeinste Form des Kriegs – den Einsatz von Kindern als Soldaten. Kinder werden entführt, bewaffnet und gezwungen, ihre eigenen Familien zu ermorden. Kinder werden gezwungen, jedwede menschliche Regungen gegen andere Menschen abzulegen, indem sie Menschen einzelne Glieder mit Macheten abhacken, um sie dann zu töten. Kinder werden unter Androhung ihres eigenen Todes dazu gezwungen, das rohe Gehirn aus abgehackten menschlichen Köpfen aufzuessen und menschliche Schädel auszulecken und abgehackte menschliche Köpfe in die Luft zu werfen mit der Drohung, dass wenn ein Kopf auf den Boden fällt, sie selbst geköpft werden.

Die Probleme Afrikas mögen uns in Deutschland weit entfernt zu sein, doch in „Lost children“ erfährt der Zuschauer einen persönlichen Einblick in den Alltag dieser Kinder und ihrer Familien in den Flüchtlingslagern Nord-Ugandas. Der Dokumen-

tarfilm enthält das eindringliche und sensible Porträt von vier ehemaligen Kindersoldaten zwischen 8 und 14 Jahren, die nach gelungener Flucht aus den Buschlagern der Rebellen nur Eines wollen: wieder Kind sein und leben. Da sie nicht zu ihren Familien zurückkehren können, um diese nicht in Todesgefahr zu bringen, hat die Caritas in Pajule ein Auffangcamp vor drei Jahren gegründet. Im Pajule Centre der Caritas erhalten die ehemaligen Kindersoldaten medizinische und psychologische Hilfe, Unterkunft und Verpflegung. Parallel dazu machen sich die Sozialarbeiter des Zentrums auf die Suche nach den Familien der ehemaligen Kindersoldaten, um Schritte einer Wiedereingliederung der Kinder in ihre ehemaligen Familien zu versuchen. Dabei sehen sie sich mit Angst und Misstrauen seitens der Familien konfrontiert. Zudem bietet Caritas für die betroffenen christlichen Gemeinden Informationsveranstaltungen und Trainingsworkshops an, um auf die besonderen Probleme der traumatisierten Kinder vorzubereiten.

Der Dokumentarfilm „Lost Children“ ist ein zutiefst erschütterndes Dokument über den Einsatz von Kindersoldaten, über die fatalen Folgen von Bürgerkrieg und den Selbstzerstörungskräften, die bis heute in Afrika wirken. Denn dem politischen Konflikt in Uganda wie in zahlreichen anderen Regionen der Welt, wo Kindersoldaten eingesetzt werden, scheint das politische Ziel entweder abhanden gekommen zu sein oder es steht in überhaupt keinem Verhältnis mehr zum nun angerichteten politischen Unrecht und zum menschlichem Leiden vieler Afrikaner.

Der Film ist seit 3. November 2005 in deutschen Kinos zu sehen. Weitere Informationen zum Film unter: www.lost-children.de und über die Arbeit der Caritas unter:

www.caritas-international.de

„Lost children – Kann man von Frieden träumen, wenn man nur Krieg kennt?“ (Deutschland 2005, Buch & Regie: Ali Samadi Ahadi, Oliver Stoltz), Dreamer Joint Venture Produktion in Koproduktion mit ARTE/WDR, gefördert von der Nordmedia Filmförderung □

„Komm Heiliger Geist, entzünde in uns das Feuer Deiner Liebe“

Bundeswehr beim Weltjugendtag und „Tag der Militärseelsorge“ mit Militärbischof Walter Mixa

VON ANDREAS M. RAUCH/FRANK GELDMACHER

Mehrere hunderttausend Jugendliche aus aller Welt strömten im August nach Köln, um dort gemeinsam mit Papst Benedikt XVI. den XX. Weltjugendtag zu feiern. Es war der erste Weltjugendtag ohne Papst Johannes Paul II., der den Weltjugendtag 1985 ins Leben gerufen und regelmäßig Pilger aus aller Welt dazu eingeladen hatte. Benedikt XVI. verfolgt, wie sein Vorgänger, mit dem Weltjugendtag das Anliegen, die Jugend der Welt wieder für die Kirche zu begeistern und den christlichen Glauben ins Zentrum ihres Lebens zu rücken.

Der XX. Weltjugendtag fand vom 16.-21. August 2005 in Köln statt und stand unter dem Leitwort: „WIR HABEN SEINEN STERN GESEHEN UND SIND GEKOMMEN, UM IHN ANZUBETEN“. Mit „Ihn“ ist Jesus Christus gemeint. Zuvor gab es vom 11.-15. August Tage der Begegnung in den deutschen Diözesen. Seit dem 1. Weltjugendtag 1985 in Rom fanden weitere statt in Buenos Aires (1987), Santiago de Compostela (1989), Tschenstochau (1991), Denver (1993), Manila (1995), Paris (1997), Rom (2000) und in Toronto (2002). Den bislang größten Zulauf erlebte der Weltjugendtag bei der Abschlussmesse in Manila mit vier Millionen Menschen. Zum Weltjugendtag in Köln kamen 417.000 angemeldete Teilnehmer aus 120 Nationen, die in 90.000 Privatquartieren sowie in Schulen, Turnhallen und Pfarrgebäuden nächtigten. Zur Abschlussmesse auf dem Marienfeld versammelten sich nach Angaben von Prälat Dr. Heiner Koch, dem Generalsekretär des Weltjugendtages 2005, rund 1,1 Millionen Menschen – dem an Menschen größten Gottesdienst in der deutschen Geschichte.

Der Weltjugendtag kostete rund 100 Mio. Euro. Dieser Betrag wurde finanziert zu 40 % durch Pilgerpakete von 40 bis 169 Euro, zu 30 % durch die deutschen Bistümer, zu 15 % durch die öffentliche Hand (Bund 7,5 Mio. Euro, NRW 3 Mio. Euro, EU 1,5 Mio. Euro, Stadt Köln 1,5



Papst Benedikt XVI. während des XX. Weltjugendtages in Köln.

(Foto: PS nach einem Fernsehbild)

Mio. Euro) und zu 15 % durch Sponsoren und Merchandising. Vor allem für die kirchlichen Dienststellen war es ein hartes Ringen, die öffentliche Hand gerade angesichts der schwierigen Kassenlage davon zu überzeugen, sich wie beim Ökumenischen Kirchentag in Berlin 2003 finanziell zu engagieren. Entsprechend war anfänglich die Ablehnung groß, die jedoch aufbrach, je näher der Weltjugendtag rückte. Hierzu trug auch das Weltjugendtagskreuz bei, welches durch die deutschen Diözesen wanderte, aber auch etwa im Reichstagsgebäude des Deutschen Bundestages bei einem Termin mit Bundestagspräsident Thierse und Jugendbischof Bode sowie der Berliner Katholischen Hochschulgemeinde Halt machte. Für Sanitäts- und Rettungsdienste waren die Berufsfeuerwehr mit 961 Personen und die freiwillige Feuerwehr mit 676 Personen beteiligt. Darüber hinaus befassten sich Ordnungskräfte der Stadt Köln, des Bundesgrenzschutzes und der Polizei mit Fragen der Sicherheit am Weltjugendtag.

Bundeswehr beim Weltjugendtag

Aufgrund einer ministeriellen Genehmigung koordinierte das Streitkräfteunterstützungskommando (SKUKdo) alle Unterstützungsleistungen der Bundeswehr für den Weltjugendtag. Dies betraf beispielsweise Menschen mit Behinderung,

die in Feldbetten der Bundeswehr nächtigen konnten. Es wurden Busparkplätze auf Bundeswehrgelände und Leuchtwesten der Bundeswehr zur Verfügung gestellt – teilweise gegen Entgelt. Der Fliegerhorst Nörvenich stellte Parkraum für ca. 1.000 Busse zur Verfügung und betreute auch die Busfahrer. Die Boelke-Kaserne in Kerpen bot den rund 750 angereisten Bischöfen und Kardinälen Umkleidemöglichkeiten. In zahlreichen Kasernen wurde für die Pilger gekocht und Unterkunft bereitgehalten. Zur Umsetzung der Genehmigung des Staatssekretärs wurde Oberleutnant Alberts vom Wehrbereichskommando 31 an das Weltjugendtagsbüro abgeordnet. Hauptfeldwebel Michael Schellknecht hatte seit Mai die Aufbauleitung auf dem Marienfeld. Rund 12.000 Tonnen Schotter waren notwendig, um den Platz und die Abstellflächen zu befestigen. Oberfeldwebel Jeffrey Heß war verantwortlich für den Bereich Strom- und Wasserversorgung auf dem Marienfeld.

Für den Weltjugendtag wurden Soldaten der Bundeswehr, die an den Universität der Bundeswehr in München und Hamburg studieren, gezielt angesprochen. Es gab Plakate zum „Tag der Militärseelsorge“ am 17. August, die in allen Kompanien ausgingen. Des Weiteren waren Jugendoffiziere der Bundeswehr beim Weltjugendtag engagiert und mit Angelegenheiten der Presse, der Logistik und der Sicherheit befasst. Darüber hinaus sollten die Jugendoffiziere als Ansprechpartner für die Jugendlichen fungieren, um für die Bundeswehr als ein Träger von Krisen- und Konfliktprävention zu werben. Die Bundeswehr stellte dem Malteserorden die Donnerbergkaserne bei Eschweiler für die Dauer des Weltjugendtages zur Verfügung, um sein XXII. Internationales Behinderten-camp einzurichten und durchzuführen.



ren. Dieses Camp stand unter der Schirmherrschaft von Eva Luise Köhler, der Frau des Bundespräsidenten. Beim Weltjugendtag waren die Malteser für die sanitätsdienstliche Versorgung der Pilger verantwortlich (s. dazu Beitrag S. 26).

Auf dem Marienfeld, dem zentralen Veranstaltungsort des Weltjugendtages, war die Bundeswehr mit Hilfen bei der medizinischen Erstversorgung zugegen. Gut ausgerüstet mit medizinischem Gerät und Sachverstand stand der Sanitätsdienst der Bundeswehr bereit, um nicht nur bei Kollaps, Kopfweh oder Katarrh Erste Hilfe zu leisten. Im Medical Center der Bundeswehr gab es ein Röntgengerät und die nötige Ausstattung für kleine internistische Eingriffe. Das Medical Center der Bundeswehr auf dem Marienfeld hatte die Größe eines Kreiskrankenhauses, in dem ca. 130 Soldatinnen und Soldaten, darunter mehr als 30 Ärzte und 50 medizinische Assistenten zur medizinischen Versorgung bereit standen. Wo es sich zeigte, dass ein kranker Teilnehmer nicht zur Veranstaltung zurück kann, wurde er von der Bundeswehr zur Behandlung ins Krankenhaus transportiert. Die Bundeswehr hielt zwei Großraumrettungshubschrauber vom Typ CH-53 und zwei SAR-Rettungshubschrauber vom Typ Beil UH-1 D in Bereitschaft. Über 700 Patienten wurden zwischen dem 19. und 21. August 2005 im Medical Center aufgenommen, gesichtet und behandelt. Etwa 150 Patienten wurden stationär aufgenommen. Zwei Mal kam der Rettungshubschrauber zum Einsatz. Für den Transport der Arzneien, Medikamente und weiteres Material waren zwei 7,5-Tonner mit Anhänger notwendig. Für die Kontrolle der Medikamente war Hauptfeldwebel Thomas Nossem verantwortlich.

Darüber hinaus war die Bundeswehr beim Weltjugendtag mit Sicherheitsfragen befasst. So war Papst Benedikt XVI. als Staatsoberhaupt Gast der Bundesregierung, für dessen Sicherheit von der Ankunft bis zum Abflug im Auftrag des Bundespräsi-

denten neben Polizei und Bundesgrenzschutz sowie privaten Sicherheitskräften auch die Bundeswehr zuständig war. So hielt die Bundeswehr etwa für den Papst permanent einen Hubschrauber und Unterstützungspersonal für den Evakuierungsfall bereit. Der Papst selbst hatte lediglich zwei Schweizer Gardisten aus der Vatikanstadt nach Köln mitgebracht. Am Flughafen Köln/Bonn wurde das Oberhaupt der katholischen Kirche mit militärischen Ehren im Beisein des Bundespräsidenten von der Bundeswehr empfangen und wieder verabschiedet. Im Weltjugendtagsbüro war für Fragen von Protokoll und Sicherheit seitens der Bundeswehr Oberst a.D. Gerhard Leimann zuständig. Neben Protokoll- und Sicherheitsfragen des Papstes galt es auch, diese hinsichtlich des Bundespräsidenten und Angehörigen der Bundesregierung zu koordinieren. Aufgrund des Bundestagswahlkampfes und der Terroranschläge der jüngsten Zeit in Europa bestand während des gesamten Papstbesuches Sicherheitsstufe 1, womit die damit einhergehenden erhöhten Sicherheits-

bestimmungen galten. Die Bundeswehr beteiligte sich an Planung und Durchführung des gesamten Weltjugendtages, so auch an der Abschlussfeier am 21. August auf dem Marienfeld mit Papst Benedikt XVI. und den nach Abschluss des Weltjugendtages erforderlichen Abbaumaßnahmen. Nach dem Abschlussgottesdienst sorgte auf dem Marienfeld die Big Band der Bundeswehr für musikalische Unterhaltung, damit nicht alle Pilger gleichzeitig vom Marienfeld strömten.

„Tag der Militärseelsorge“

Die zentrale Veranstaltung der Bundeswehr beim Weltjugendtag war der „Tag der Militärseelsorge“ am 17. August in der ehemaligen belgischen Kaserne in Troisdorf-Altenrath, zu der rund 1.200 Menschen kamen. Seitens des Bundesverteidigungsministeriums war der Parlamentarische Staatssekretär Hans-Georg Wagner vertreten. Von den 635 Soldaten stammten 360 Soldaten aller Dienstgradgruppen aus nahezu 100 Standorten in Deutschland. 265 internationale Soldatenpilger reisten aus dreizehn Ländern an, die für die Dauer des Weltjugendtages in der ehemaligen Kaserne nächtigten. Unter ihnen stellten Polen (68 Teilnehmer), Österreich (45 Teilnehmer), Spanien (55 Teilnehmer) und Litauen (42 Teilnehmer) die größten Besuchsgruppen. Kleinere Delegationen kamen aus Großbritannien, Irland, Kroatien, Argentinien, den Niederlanden, der Schweiz, der Slowakei, Ecu-



Mittelpunkt des „Tages der Militärseelsorge“ bildeten die Katechese (Glaubensgespräch) von Militärbischof Mixa. Der nach einem Sturz an den Rollstuhl gefesselte Bischof setzte sich mit rund 650 Soldaten über das Thema „Die Wahrheit als tiefen Sinn menschlicher Existenz suchen“ in einer zur Zeltkirche ausgebauten Halle von 5.000 qm Größe auseinander.

Soldaten zahlreicher Nationen nahmen im Rahmen des Weltjugendtages am „Tag der Militärseelsorge teil.

lagerpfarrer Militärdékan Simon. Die verantwortliche Dienststelle für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bestand im Presse- und Informationszentrum der Streitkräftebasis Köln-Wahn. Die Absicherung erfolgte

durch die Feldjägerbataillone 350/252. Die gesamt-militärische Koordination lag beim FüS im BMVg. In der Bundeswehr lief die Planung für Camp Altenrath seit Mai 2005. Da die Liegenschaft Altenrath seit 2003 außer Betrieb war, galt es seitens der Bundeswehr eine Infrastruktur von Null auf Hundert zu erstellen. Für die Werkwoche der angereisten ausländischen Soldaten und den „Tag der Militärseelsorge“ waren der Transport von mehr als 100 Tonnen Material erforderlich, darunter ca. 1.100 Betten und Matratzen der Bundeswehr und des technischen Hilfswerkes sowie rund 20 Wasch- und Duschcontainer. Die Pioniere waren für die Bühne in der Zeltkirche, die Aufklärer für die Technik und die Jugendoffiziere für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Die Bundeswehr arbeitete eng mit dem Technischen Hilfswerk zusammen, welches für den Weltjugendtag rund 600 Mitarbeiter im Einsatz hatte. Neben der Zeltkirche und einem Verpflegungszelt standen Gottesdienst- und Meditationsräume zur Verfügung. Die etwa 5.000 qm große Zeltkirche war mit Fahnen aus vielen Ländern geschmückt. Die Fahne des Freistaates Bayern, der Heimat von Papst Benedikt XVI. und des Militärbischofs für die deutsche Bundeswehr, Dr. Walter Mixa, stand leicht gerückt vor den übrigen Fahnen.

„Die Wahrheit als tiefen Sinn menschlicher Existenz suchen“

Mittelpunkt des „Tages der Militärseelsorge“ bildeten die Katechese (Glaubensgespräch) und das Pontifi-

kalamit mit Militärbischof Mixa. Am Eingang zur Zeltkirche wurden Gedenkzettel verteilt, in dem Bischof Mixa um Gebet und Unterstützung in seinem bischöflichen Dienst bittet. Der Militärbischof überzeugte in Katechese und Predigt durch brillante Rhetorik und theologisch eindrucksvolle Argumentationsführung. „Die Wahrheit als tiefen Sinn menschlicher Existenz suchen“. Mit diesem Thema setzte sich der deutsche Militärbischof Mixa in seiner Katechese mit den etwa 650 Soldatinnen und Soldaten auseinander. Bischof Mixa ging auf die Erfahrungen ein, die er in Gesprächen mit Soldatinnen und Soldaten sammeln konnte – so auch auf die Frage nach Gott. Bei der Katechese erzählte Mixa von einem Truppenbesuch im nördlichen Teil Deutschlands mit Unteroffizieranwärtern, die in einer Gesprächsrunde nach Sinn und Wert der Militärseelsorge fragen: „Brauchen wir überhaupt eine katholische Militärseelsorge oder könnten wir nicht darauf verzichten und so auch Geld einsparen?“ Sehr schnell und fast unvermittelt sagte einer von den Soldaten: „Militärseelsorge brauchen wir alle dringend notwendig! Militärseelsorge brauch’ auch ich, Gott aber brauche ich nicht!“. Der Bischof unterstrich, dass die Militärseelsorger als mitmenschliche Helfer, als einfühlsame, zuhörende Vertrauenspersonen und erfahrene Ratgeber in zahlreichen Lebenslagen ohne weiteres respektiert und hoch geschätzt werden. Wie aber stehe es mit der Frage nach Gott, wenn der eine Soldat für sich feststelle: „Gott aber brauche ich nicht!“. Würden die Militärseelsorger und er als Bischof nicht als Männer gesehen, die für den christlichen Gottesglauben stünden?

Militärbischof Mixa sagt, dass gerade in Deutschland der Gottesglaube scheinbar verdunste. Viele Menschen seien innerweltlich ausgerichtet, also von einer sehr materialistisch geprägten Denk- und Lebensweise bestimmt. Doch auf die Dauer – so Mixa – lasse sich der so genannte „Sinnfrage“ nicht aus dem Weg gehen. Gerade der Soldat im Auslandseinsatz frage sich: Ist mit dem Tod alles vorbei oder gibt es eine Wahrheit als tiefen Sinn menschlicher Existenz? Beendet der Tod alles?

Neben der Sehnsucht nach Liebe

ador und Ungarn. Für die Teilnahmegebühren am Weltjugendtag erhielten deutsche und einige ausländische Soldaten je nach ihrem finanziellen Hintergrund einen Zuschuss des Katholischen Militärbischofsamtes. Die verschiedenen Uniformen sorgten für ein buntes und festliches Bild – letzteres etwa durch die schmutzigen Ausgehuniformen der argentinischen Soldaten.

Am „Tag der Militärseelsorge“ waren 31 Teilnehmer des Katholischen Militärbischofsamtes und rund 50 soldatische Teilnehmer der Bundeswehr mit dienstlichen Aufgaben befasst. Feldlagerkommandant war Oberstleutnant Strauch und Feld-

Großer Einzug zum Bischofsgottesdienst



Nach der Katechese feierte Militärbischof Mixa mit gut 1.200 Gläubigen, darunter 700 Soldatinnen und Soldaten aus 14 Nationen ein internationales Pontifikalamt. Aufgrund seiner Fußverletzung hatte Bischof Mixa den österreichischen Militärbischof Christian Werner gebeten, die Hauptzelebration zu übernehmen. In Konzelebration mit Bischof Werner feierten sechs ausländische Militärbischöfe aus Litauen, Slowakei, Ungarn, Großbritannien, Spanien, sowie zahlreiche Militärpfarrer aus verschiedenen Nationen den Gottesdienst. – Der Eucharistiefeier angemessen war die Zeltwand hinter dem Altar gestaltet. Auf großen Tafeln waren das „Vaterunser“ und die Kernaussagen der Bergpredigt in verschiedenen Sprachen angebracht. (Fotos: F. Geldmacher)

trügen Menschen noch ein Verlangen in sich, ein Verlangen nach einem unvergänglichen Leben, das über die wenigen Jahrzehnte des irdischen Daseins hinaus gehe und das bereits unsere Urahnen in sich trugen. Uralte Kulturen, wie die der Ägypter und Babylonier, seien herausragende Zeugnisse dafür, dass der Mensch sich mit Sterben und Tod nicht einfach abgefunden habe. Mag die Vorstellung vom Schöpfer, vom Ursprung des gesamten Seins, noch so unterschiedlich gewesen sein, so sei die Gewissheit sehr groß, dass der Tod nicht endgültig sei, sondern dass es in einer anderen, einer göttlichen Welt die Erfüllung unseres Daseins, die Erfüllung unserer Sehnsüchte nach Liebe, Glück und Leben geben werde. Der König der Liebe und des Lebens ist Jesus Christus, so dass wir, wie einst die Sterndeuter, anbetend vor Jesus in die Knie gehen könnten und uns mit der Macht seiner Leibe und seines Lebens beschenken lassen könnten. Dadurch ergebe sich ein bleibender Sinn bei allen Höhen und Tiefen im täglichen Leben, ergebe sich ein bleibender Sinn für die Stunde unseres Sterbens.

Wie lässt sich eigentlich das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“ mit dem Beruf des Soldaten vereinbaren? Hierzu äußerte Bischof Mixa in einer sich an die Katechese anschließenden Fragerunde. Er führte aus, Soldaten hätten eine wichtige und herausragende Aufgabe, da sie den Frieden in der Welt verteidigen und erhalten und für die Sicherheit von unschuldigem Leben eintreten. Sie hätten das Recht auf Notwehr, um ihr eigenes Leben zu erhalten und die Verpflichtung zur Notwehr, um das von unschuldigen Menschen zu schützen. Bischof Mixa könne keinesfalls nachvollziehen, wenn Menschen im Namen Gottes einen Krieg führten.

„Wo ist der neu-geborene

König der Juden?“

In seiner Predigt führte Mixa aus, dass es Wissenschaftler wie Max Planck oder Werner von Braun waren, die sagten, dass sie sich den Ursprung und die Vielfalt des Lebens und des Universums nicht ohne Gott und einen schöpferischen Akt erklären könnten. Deshalb gewannen der Geist der drei Waisen aus dem Morgenland und der Stern, dem sie folgten, an inhaltlicher Strahlkraft. Der Stern von Bethlehem stehe für einen neuen Anfang in der menschlichen Geschichte, für eine Verbindung von Menschlichem und Göttlichem, die sich konkretisiere in Jesus Christus. Jesus als historische Persönlichkeit sei bestätigt, doch wer war er wirklich? Sei er auf eine Ebene zu stellen mit Sokrates, Mahatma Ghandi, Martin Luther King und Theresa von Kalkutta? Oder sei Jesus auf einer höheren Ebene angesiedelt? Letzteres könne mit einem klaren „Ja“ beantwortet werden. Mixa äußerte, dass er keine Angst habe vor den Muslimen, aber vor tauben, lahmen und feigen Christen. Durch die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus habe sich Gott mit dem Blut, den Tränen und dem „Dreck“ der Menschen verbündet, zeige der christliche Gott ein menschliches Gesicht. Mixa forderte dazu auf, sich vom guten Geist der Heiligen Drei Könige und von Jesus Christus leiten zu lassen, vom Geist der Lebensfreude, die in der Gewissheit auf ein ewiges Leben gründe. Militärbischof



Mixa rief den Teilnehmern des Weltjugendtages in Troisdorf zu: „Komm Heiliger Geist, entzünde in uns das Feuer Deiner Liebe.“

Abschließend sei festgestellt, dass nach den Worten von Papst Benedikt XVI. Deutschland als Gastgeber des XX. Weltjugendtages ein positives Bild in die Welt getragen hat. Zudem habe der Weltjugendtag Impulse in viele gesellschaftliche Bereiche in Deutschland getragen – und seien es solche Nebenwirkungen wie dieser, dass der Soziologe Prof. Ronald Hitzler im Rahmen eines Projektes der Deutschen Forschungsgemeinschaft den Weltjugendtag als ein Element von Eventkultur untersucht. Papst Benedikt XVI. erwähnte das „Böse“, das im 20. Jahrhundert von Deutschland ausging. Jedoch sei die Bundesrepublik Deutschland heute ein anderes Land als das Deutsche Reich von 1933-1945 und von „einzigartiger

Fortsetzung auf S. 26, Sp.1 u.



Fröhliches Miteinander von Menschen mit Behinderung und Soldaten

JÜRGEN WERNER



*Johanna Freifrau von Heereman, Leiterin des Camps, beim Eröffnungsgottesdienst, (sitzend v.l.):
Erzbischof Angelo Acerbi, Prälat des Malteserordens,
Dr. Erich Prinz von Lobkowitz, Vizepräsident der dt. Assoziation des Ordens und Albrecht Freiherr von Boeselager, Groß-Hospitalier des Ordens.*

den Unterstützungsauftrag an den Kasernenkommandanten der Donnerberg-Kaserne, OTL Jürgen Werner.

Im Rahmen des XX. Weltjugendtages fand in der Zeit vom 14. bis 22. August in der Donnerberg-Kaserne in Eschweiler bei Aachen das XXII. Internationale Behindertencamp des Malteserordens statt, an dem über 450 Gäste für eine Woche teilnahmen. Diese Kaserne ist eine von vier der Technischen Schule des Heeres und Fachschule des Heeres für Technik verteilt auf die Standorte Aachen und Eschweiler. Nach der Unterstützungszusage des BMVg für das Treffen der Jugend der Welt mit dem Papst kam im Frühjahr 2004 die Leiterin des Behindertencamps, Johanna Freifrau von Heereman, mit ihrer Anfrage, das Camp an der Heeresschule durchführen zu dürfen. Der Standortälteste und stellvertretende Schulkommandeur, Oberst Dieter Diekmann, prüfte und erteilte

Die Kaserne, auf der Stadtgrenze zwischen Eschweiler und Stolberg gelegen, zeigte sich als ideale Adresse für diese Großveranstaltung. Aufgrund der langen Vorbereitungszeit konnte die übliche Lehrgangspause so im Lehrgangskatalog geplant werden, dass das Camp in die letzte lehrgangsfreie Woche fiel. Auch die infrastrukturellen Voraussetzungen eigneten sich ausgezeichnet. Die vier sogenannten Internatsgebäude, sonst Unterkünfte für die Lehrgangsteilnehmer, sind als Standardgebäude im Erdgeschoss behindertengerecht konzipiert. Im Teilsozialgebäude mit Offizier- und Unteroffizierheim wurde kurzerhand der Organisationsstab, mehr als 80 engagierte Freiwillige der Jugendorganisation des traditionsreichen Malteserordens um die junge Aristokratin von Heereman, mit Sekretariat und Pressestelle etabliert. Der Betreuungsbereich diente Gästen wie Soldaten von früh bis spät für das leibliche Wohl und bei der allabendlichen Disco teilweise bis in die frühen Morgenstunden zum „Abrocken“. Im Wirtschaftsgebäude wurde die von allen mit viel Lob gepriesene Truppenverpflegung eingenommen. Für das vielfältige Programm boten die Sporthalle mit Sportplatz, das Truppenkino, die alte Sporthalle sowie eine derzeit freistehende Ausbildungshalle ausgezeichnete Bedingungen. Die Ausbildungswiese diente als Festplatz für alle

Aktivitäten im Freien. Besonders freuten sich die jungen Malteser mit ihrem Campkaplan Freiherr von Lengerke über das Kasernenkirchlein, ein Relikt aus den frühen 50er Jahren, als die Donnerberg-Kaserne noch belgische Kaserne war. Hier wurden täglich morgens und abends Gottesdienste gefeiert.

Bereits in der mehr als einjährigen Vorbereitungszeit konnte sich die militärische Leitung von der Vielseitigkeit, dem ansteckenden Enthusiasmus, der nicht endenden Kreativität, dem hervorragenden Engagement und der tiefen fröhlichen Religiosität der jungen, meist adligen Organisatoren überzeugen. Die Verantwortlichen und Helfer auf militärischer Seite, die Innendienstleiter, die Betreuungsgesellschaft, der Heimbetrieb, die Truppenküche Donnerberg-Kaserne, die Materialgruppe, der Wartungstrupp und der Versorgungstrupp der Kaserne gaben ihr Bestes, um die Ideen in die Realität und in die Tat umzusetzen. Alle waren davon begeistert, was dann in der Woche, bevor die ersten Gäste kamen, gemeinsam – Volontäre mit Soldaten – in der Kaserne aufgebaut und vorbereitet hatten. Alles wurde bunt geschmückt, die Stuben wurden entsprechend eingerichtet, alle Stufen wurden behindertengerecht mit Rampen versehen, behindertengerechte Sanitärcontainer und Dixi-Toiletten aufgestellt und der Festplatz mit Bühne, Zelten, Fahnen und Feuerstellen hergerichtet.

Am Sonntag kamen dann die nahezu 400 Gäste aus 17 europäischen Nationen sowie aus den USA und dem Libanon im Camp an. Über 200 Menschen mit Behinderung, darunter 90 Rollstuhlfahrer, mit ihren Betreuern. Montags folgte die feierliche Eröffnung mit einem bewegenden und mitreisenden Gottesdienst, den der Prälat des Ordens, Erzbischof Angelo Acerbi, zelebrierte. Anschließend gab es Spiele, um sich untereinander kennen zu lernen, aber auch um das Gastland Deutschland mit 16 Stationen entsprechend

Fortsetzung von Seite 25

menschlicher, kultureller und spiritueller Werte“ – so der Heilige Vater. Es sollte hinzugefügt sein, dass unsere deutschen Soldaten mit großem Erfolg einen erheblichen Beitrag dazu leisteten, um dieses neue Bild von Deutschland in die Welt zu transportieren, indem sie, wie Botschafter, in weltweiten Einsätzen – und auch beim Weltjugendtag und dem „Tag der Militärseelsorge“ – ihrem Vaterland dienen. □



der Anzahl der Bundesländer bekannt zu machen. Am Dienstag wurde tagsüber ein Karneval der Kulturen vorbereitet. Abends wurden dann von den einzelnen Delegationen die vorbereiteten und einstudierten Beiträge vorgeführt. Mittwochs nahm man an einer Veranstaltung des Weltjugendtages in Köln teil.

Am Donnerstag war dann buntes mittelalterliches Treiben auf dem Festplatz angesagt. Ritterspiele, Falkner, Streichelzoo und Wildschwein am Spieß bildeten den Rahmen. Bei Workshops wie Kerzenziehen, Korbflechten, Papierschöpfen, Töpfen, Schönschrift, aber auch mittelalterlichen Tänze und sogar Bogenschießen wurde das Mittelalter zur Gegenwart. Ein ganz besonderer Höhepunkt war dann der Besuch der Gattin des Bundespräsidenten, Frau Eva Luise Köhler, die an diesem Tage als Schirmherrin des Behindertencamps vom Schulkommandeur und General der Instandsetzungstruppe, Brigadegeneral Kurt Helmut Schiebold, dem Bürgermeister der Garnisonsstadt, Rudi Bertram, sowie dem Groß-Hospitalier des Malteserordens, Albrecht Freiherr von Boeselager begrüßt werden konnte. Über zwei Stunden nahm sie sich Zeit, wurde in das Camp eingewiesen, besuchte die Workshops, unterhielt sich ausgiebig mit den Gästen, war von der Hilfsbereitschaft der jungen Malteser und Soldaten gleichermaßen begeistert und verfolgte interessiert die einstudierten Vorführungen der behinderten Gäste. In ihrer Ansprache brachte sie ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die im Camp verbreitete Lebensfreude hoffentlich lange anhalten möge. „Wenn alle so miteinander umgingen, würden unsere Länder einen großen Schritt vorwärts tun auf dem Weg zu einer humaneren, sozialen Gesellschaft.“

Am Freitag folgte dann ein Ausflug nach Bonn und am Samstag war Gelegenheit zum Segeln und Kanufahren auf dem Blausteinsee bei Eschweiler. Aufgrund der schlechten Witterung und einer in der Nacht diffusen Sicherheitslage musste am Sonntag auf den Besuch bei der Abschlussmesse mit Papst Benedikt XVI. verzichtet werden. Da man aber in der Kaserne auf einer Großleinwand dem Zeremoniell folgen konnte, tat dies der stets ausgelassenen

Der Kasernenkommandant Oberstleutnant Dipl.-Ing. Jürgen Werner begrüßt die Ehefrau des Bundespräsidenten und Schirmherrin des Camps, Eva Luise Köhler (oben).

Ein Blumengruß für die Schirmherrin (Mitte). Ritterspiele bei mittelalterlichem Treiben auf der Ausbildungswiese der Kaserne (unten) (Fotos: Dirk Taufenbach, TSH/FSHT, FMZ)

und fröhlichen Stimmung keinen Abbruch.

Mit dem Aufbruch der Gäste in ihr jeweiliges Heimatland im Laufe des Montags, dem Abbau des Camps und der Volontärs-party am Abend ging eine wirklich eindrucksvolle Woche, ein fröhliches und auch besinnliches Fest zu Ende. Die Gäste und die Malteser waren begeistert von der Hilfsbereitschaft, der Herzlichkeit, der Toleranz und der Freundlichkeit der Soldaten. Es war beeindruckend, wie harmonisch und selbstverständlich ohne Berührungsängste miteinander umgegangen wurde. Die Donnerberg-Kaserne mit ihren Menschen, Soldaten, zivilen Mitarbeitern und Lehrgangsteilnehmern, hatte in dieser Zeit ein großes Interesse in der Bevölkerung und in den Medien über die regionalen Grenzen hinweg erfahren. Das humane und soziale Verhalten, sowie die glaubwürdige Anteilnahme hatte nicht nur bei der Ehefrau des Bundespräsidenten und Schirmherrin des Behindertencamps, Frau Eva Luise Köhler, einen tiefen, äußerst positiven Eindruck hinterlassen.

Damit war dieser Einsatz beste Werbung für die Bundeswehr weit über die nationalen Grenzen hinaus und ein Beweis für die Früchte der Inneren Führung, dem geistigen Exportschlager schlechthin. Auch die Soldaten, die regen Anteil an allen Aktivitäten der Gäste genommen hatten und in den Unterkunftsgebäuden gemeinsam mit den Gästen die Woche über wohnten, nahmen wichtige Eindrücke mit. Die Lebens-

freude der Menschen mit Behinderung sowie ihr tiefer, ehrlicher Glaube waren überzeugend und bewundernswert. Der unvoreingenommene und unkomplizierte Umgang miteinander, der gegenseitige Respekt und ein freundliches und uneigennütziges Füreinander erwies sich als der beste Dienst am Nächsten und Mitmenschen und ist sicher ein Garant für eine lebenswerte und lebenswürdige Gesellschaft. □



„Nostra Aetate“ – Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen – ein folgenreicher Konzilstext

Zum 40. Jahrestag der Unterzeichnung der Erklärung durch Papst Paul VI

VON KLAUS BRANDT.

Unter den Texten des Zweiten Vatikanischen Konzils hat die Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen geradezu Hochkonjunktur. Dies erstaunt umso mehr, als dieses Dokument das kürzeste des Konzils ist und in seiner Verbindlichkeitsstufe unter der Autorität einer Konstitution angesiedelt werden muss. In der Zwischenzeit ist dieser Text, nicht zuletzt wegen der Bedeutung des interreligiösen Dialogs mit dem Judentum aber auch mit dem Islam – vorangetrieben durch Papst Johannes Paul II. – viel stärker beachtet worden.

Ein neues Verhältnis zu den Religionen

„Am 28. Oktober 1965 verabschiedete das II. Vatikanische Konzil in Rom die Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen. Sie wird oft nach den Anfangsworten *Nostra Aetate* – *In unserer Zeit* genannt. In dieser Erklärung äußert sich die katholische Kirche erstmals umfassender in ihrer Geschichte positiv zu den anderen Religionen und vor allem zum Judentum. Das Konzil weiß, dass diese Religionen sich den gleichen Fragen nach den ungelösten Rätseln des Lebens wie die Kirche stellen:

- Was ist der Mensch?
- Was ist Sinn und Ziel unseres Lebens?
- Was ist das Gute, was die Sünde?
- Woher kommt das Leid, und welchen Sinn hat es?
- Was ist der wahre Weg zum wahren Glück?
- Was ist der Tod, das Gericht und die Vergeltung nach dem Tode?

Und schließlich:

- Was ist jenes letzte und unsagbare Geheimnis unserer Existenz, aus dem wir kommen und wohin wir gehen? (Art. 1).

Das Konzil erkennt an, dass es in diesen Religionen Antworten gibt, die auch die katholische Kirche bejaht. ... Sowohl in Äußerungen des

Lehramtes wie in Aktivitäten der Gemeinden wurden positive Akzente gesetzt. Es zeigt sich, dass die Kirche und die Religionen voneinander lernen können.“ Mit diesen Worten beginnt die Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Karl Kardinal Lehmann zum 40. Jahrestag von *Nostra Aetate*.

Die Kirche und der Islam

Es heißt weiter: „Dies ist besonders aktuell im Blick auf den Islam (vgl. Art. 3). Er hat in den letzten vierzig Jahren weltweit und in unserem Land an Bedeutung gewonnen. In unseren Tagen läuft er Gefahr, auf Terrorismus und Fundamentalismus festgelegt zu werden. Demgegenüber sieht das Konzil im Islam eine Religion, in der die Menschen zu dem Einen Gott beten und wichtige religiöse Pflichten erfüllen. Auf diese Weise können in der Beurteilung des Islam und der Muslime gefährliche Einseitigkeiten vermieden werden.“

1991 hatte der verstorbene Papst Johannes Paul II. im Sinne von *Nostra Aetate* den muslimischen Brüdern und Schwestern zum Ende des Ramadan eine Botschaft gesandt, in der er die Notwendigkeit betonte, „eines aufrichtigen, tiefen und beständigen Dialogs zwischen gläubigen Katholiken und gläubigen Muslimen, aus dem eine bessere gegenseitige Kenntnis und mehr gegenseitiges Vertrauen entspringen kann.“

Und der Nachfolger, Papst Benedikt XVI., hat beim Empfang der Vertreter anderer Religionen anlässlich seiner Amtsübernahme festgestellt: „Ich bin besonders dankbar für die Anwesenheit von Mitgliedern der islamischen Gemeinschaft in unserer Mitte. Ich drücke meine Genugtuung aus für den Fortgang des Dialogs zwischen Muslimen und Christen sowohl auf örtlicher wie auf internationaler Ebene. Ich versichere Ihnen, dass die Kirche fortfahren will, Brücken der Freundschaft mit den Anhängern aller Religionen zu bauen, um das echte Wohl jedes einzelnen und der Gesellschaft im Ganzen zu suchen.“ Bei seinem Treffen am 19. August 2005 in Köln mit Vertretern muslimischer Gemeinschaften sprach Benedikt XVI. von den heutigen Aufgaben der Religionen und betonte: „Gemeinsam müssen wir Christen und Muslime uns den zahlreichen Herausforderungen stellen, die unsere Zeit uns aufgibt. Für Apathie und Untätigkeit ist kein Platz.“

Seit einigen Jahren schon führen die deutschen Bischöfe immer wieder einen lebendigen Dialog mit verschiedenen muslimischen Gemeinschaften in Deutschland, den sie fortsetzen und vertiefen wollen.

Die besondere Beziehung der Kirche zu den Juden

In der Erklärung schreibt Lehmann dazu: „Am ausführlichsten äußert sich das Konzil zu den Juden (vgl. Art. 4) – und das nicht ohne Grund. Es macht deutlich, dass das Verhältnis der Kirche zu den Juden anders ist als zum Islam, Hinduismus und Buddhismus (vgl. Art. 2). Denn die Kirche hat ihre Wurzeln im Judentum und ist mit dem Judentum bleibend innerlich verbunden wie mit keiner anderen Religion.“

Nostra Aetate stellte fest, dass die Kirche – sobald sie über sich nachdenkt – auf ihr untrennbares

Band zum Judentum stößt. Damit war ein Weg beschritten, auf dem die Kirche in den vergangenen 40 Jahren entschieden weiterging. In der Praxis wurde bewusst, wie groß die Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden waren, wie gering dagegen die Kenntnis ihrer Tradition und die Zahl direkter Begegnungen. ... In der christlichen Theologie entdeckte man, wie viele der althergebrachten Begriffe und Argumente ausdrücklich oder implizit Judenfeindschaft nahe legen konnten oder den Vorwand dafür abgegeben haben. Die Suche nach einem Christusbekenntnis, das nach Möglichkeit von solchen Vorstellungen frei ist, hält an. Sie ist getragen von einer Grundeinsicht des Paulus, auf die auch *Nostra Aetate* zurückgreift: Wenn Christen die Treue Gottes zu seinem auserwählten Volk bestreiten, zerstören sie die Grundlage ihres eigenen Glaubens, der auf der Treue des Vaters Jesu Christi, des Gottes Israels baut (vgl. die Rolle von Röm 11 in Art. 4).“

Kardinal Lehmann stellt dann weiter fest, dass die Kirche zunehmend erkannte, ein Ruf zur Umkehr vom Götzendienst zum lebendigen und wahren Gott (1 Thess 1,9) als Mission nicht auf Juden zutreffen. Deshalb gebe es heute auf diesem Gebiet keine entsprechenden Aktivitäten der katholischen Kirche mehr. Zwischen der Kirche und den Juden gehe es um die Begegnung „auf der Ebene ihrer je eigenen religiösen Identität“ (Papst Johannes Paul II. am 12.03.1979).

Daraus ergebe sich auch eine neue Lesart der beiden Teile der christlichen Bibel – das Alte und Neue Testament – wie das Dokument „Das jüdische Volk und seine Heilige Schrift in der christlichen Bibel“ der Päpstlichen Bibelkommission aus 2001 herausstelle. Die negative oder kritische Zeichnung von Juden habe für lange Zeit als Rechtfertigung für ein verzerrtes Bild des Judentums mit all seinen unheilvollen Auswirkungen in der Geschichte des Christentums gegolten. Besondere Bedeutung für die Bestimmung des religiösen Verhältnisses zwischen Juden- und Christentum gewinne der zweifache Ausgang des Alten Testaments

in einem Dokument, wenn dadurch der eigenständigen und daher je für sich berechtigten Lesart alttestamentlicher Traditionen durch Juden und Christen Rechnung getragen werde. „Christen können und müssen zugeben, dass die jüdische Lesung der Bibel eine mögliche Leseweise darstellt, die sich organisch aus der jüdischen Heiligen Schrift des Zeit des Zweiten Tempels ergibt, in Analogie zur christlichen Leseweise, die sich parallel dazu entwickelte. Jede dieser beiden Leseweisen bleibt der jeweiligen Glaubenssicht treu, deren Frucht und Ausdruck sie ist,“ unterstreicht der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz.

Das Engagement der Päpste

Die Erneuerung des Verhältnisses der Kirche zum Judentum begann bereits durch Papst Johannes XXIII., Papst Paul VI. setzte es fort und bei Johannes Paul II. wurde es zu einer zentralen Aufgabe seines Pontifikats u.a. mit seinen Aussagen: „Der Bund Gottes mit Israel ist nie gekündigt worden. Das jüdische Volk ist Erbe jener Erwählung, der Gott treu ist. Die Tatsache, dass Jesus Jude war und sein Milieu die jüdische Welt, ist nicht ein einfacher kultureller Zufall. Wer diese Bindung lösen will und durch eine andere Religion ersetzen wollte, würde die Identität der Person Christi zerstören. Die jüdische Religion ist für die Kirche nicht etwas Äußerliches, sondern gehört in gewisser Weise zum Inneren der christlichen Religion. Der Antisemitismus ist eine Sünde gegen Gott und die Menschheit.“

Papst Johannes Paul II. habe vor der Weltöffentlichkeit mit seinem historischen Besuch am 13. April 1986 der Synagoge in Rom, dem Abschluss des Grundlagenvertrags zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Staat Israel vom 30. Dezember 1993, seiner Reise vom 21. bis 26. März 2000 nach Israel mit dem Besuch der Holocaustgedenkstätte Yad Washem und der Westmauer in Jerusalem – dort hinterlegte er eine Vergebungsbitte – die Wertschätzung des Judentums sowie seine Anteilnahme am jüdischen Leiden bekräftigt, heißt es in der Erklärung des Mainzer Kardinals.

Aber auch sein Nachfolger, Papst Benedikt XVI., hat sich mit dieser Thematik seit seiner Studienzeit in München im Winter 1947/48 immer wieder eingehend beschäftigt. Und so konnte er am 09. Juni 2005 gegenüber den Vertretern der wichtigsten jüdischen Organisationen auf Weltenebene (International Jewish Committee on Interreligious Consultations) äußern: „In den Jahren nach dem Konzil haben meine Vorgänger,..., bedeutende Schritte unternommen, um das Verhältnis zum jüdischen Volk zu verbessern. Meine Absicht ist es, auf diesem Weg weiterzugehen. Die Geschichte der Beziehungen zwischen unseren beiden Gemeinschaften war komplex und nicht selten schmerzvoll, ...“ Es bleibe eine moralische Notwendigkeit und eine Quelle der Läuterung, für Versöhnung und Gerechtigkeit, für die Achtung der menschlichen Würde und für den Frieden Gottes zu beten und zu arbeiten. „Ihrer besonderen Natur zu Folge muss diese Notwendigkeit eine ständige Reflexion über die tiefen historischen, moralischen und theologischen Fragen beinhalten, die die Erfahrung der Shoah aufwirft“, erklärte Benedikt XVI.. Anlässlich seines Besuches in der Kölner Synagoge am 19. August 2005 im Rahmen des XX. Weltjugendtages erinnerte er an *Nostra Aetate*, das „neue Perspektiven in den jüdisch-christlichen Beziehungen eröffnet hat, die durch Dialog und Partnerschaft gekennzeichnet sind.“

Mit einer offiziellen Feier gedachte der Vatikan am 27. Oktober 2005 des 40. Jahrestages des Konzilsdokuments in Anwesenheit von Rabbiner David Rosen (Präsident des Internationalen Jüdischen Komitees für Interreligiöse Konsultationen), des Pariser Kardinals jüdischer Abstammung Jean-Marie Lustiger, Kurienkardinal Walter Kasper sowie über 200 im Dialog aktiven Katholiken und Juden aus aller Welt.

Aufnahme in Kirche und Judentum

Bischofskonferenzen, Bischöfe und Synoden hätten zentrale Aussagen der Konzilerklärung aufgegriffen und weitere Akzente hinzugefügt.

Die Deutsche Bischofskonferenz veröffentlichte am 28. April 1980 eine grundlegende Erklärung über das Verhältnis der Kirche zum Judentum. Mit ihren Stellungnahmen zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 und der Befreiung der Vernichtungslagers Auschwitz 1945 habe sie der schweren Last der Geschichte unseres Landes und der Kirche gedacht. Das damalige Verhalten der Christen und der Kirche erinnerte die Bischöfe daran, „dass die Kirche, die wir als heilig bekennen und als Geheimnis verehren, auch eine sündige und der Umkehr bedürftige Kirche ist.“ Damit betreffe das Versagen und die Schuld der damaligen Zeit die Kirche als Institution und ist nicht nur das oft betonte und beklagte Versagen einzelner Christen, stellt die *Nostra Aetate*-Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz fest.

Karl Kardinal Lehmann fasste in einem Referat zum Jubiläumstag am 28. Oktober 2005 in Aachen die Kernaussagen des Konzilsdokuments zusammen:

1. Kirche und jüdisches Volk sind bis heute vielfältig miteinander verbunden. Die Kirche hat jüdische Wurzeln. Darum gibt es eine geistige Verbundenheit der Kirche mit dem Judentum von der Wurzel her.
2. Jede Form von Antisemitismus wird abgelehnt.
3. Prediger und Katecheten werden ermahnt, sich vor jeglicher Verfälschung der christlichen Botschaft durch feindselige Ausfälle der Juden der Zeit Jesu und der heutigen Zeit zu hüten. Es widerspreche der biblischen Wahrheit, wenn gesagt wird, die Juden seien „von Gott verworfen oder verflucht“. Im Gegenteil bekräftigt das Konzil unter Hinweis auf Röm 11,28, dass die Juden „weiterhin von Gott geliebt werden“, der sie mit einer „unwiderstehlichen Berufung“ erwählt hat.
4. Der Antijudaismus kann sich nun nicht mehr auf christliche Motive und kirchliche Argumente berufen.
5. *Nostra Aetate* erweist sich als gute Grundlage für theologische, pastorale und katechetische Weiterführungen. Das Dokument hat vieles über sich selbst hinaus an-

gestoßen und bleibt die entscheidende Richtschnur, so etwas wie eine Magna Charta des Verhältnisses zwischen Kirche und Judentum.

Die jüdische Seite hat den kirchlichen Versuch zur Neubestimmung des Verhältnisses zum Judentum zum Teil mit Skepsis aber auch mit kritischer Zustimmung aufgenommen. Unter dem Titel „Dabru emet – Redet Wahrheit“ haben im Jahr 2000 jüdische Gelehrte vor allem aus den USA und Kanada zu der kirchlichen Richtungsänderung anerkennend Stellung genommen. In der Erklärung formulieren die Verfasser ihre Sicht von den Gemeinsamkeiten und Unterschieden, die es zwischen Juden und Christen gibt.

Bei der Jubiläumstagung in Aachen zog der israelische Botschafter in Berlin, Shimon Stein, in seinem Referat aus jüdischer Sicht eine „ehrlche Bilanz“. Zu ihr gehörten sowohl „die Licht- als auch die Schattenseiten, denn in der Geschichte unserer Beziehungen überwiegt leider der Schatten.“ Stein sprach das unterschiedliche Jesus-Verständnis von Christen und Juden an. Im Gegensatz zum Christentum kennen die Juden nur den einen Gott in ihrem Bekenntnis: „Höre, Israel, der Herr ist einer.“ (Dtn 6,4) Dieses Gebot habe selbst Jesus als das vornehmste bezeichnet. Nach dem christlichen Jesus-Verständnis hätten die Juden Jesus als Messias erkannt. Diese „sogenannte Blindheit“ empfänden die Juden wiederum als „Erniedrigung“. Weiteren Anlass für Spannungen mit dem Judentum ergebe sich auch aus der Frage „Wie kann in einer Welt, in der die Juden so großes Leid tragen müssen, behauptet werden, der Messias sei schon gekommen?“ Der „Messias der Endzeit, der den Weltfrieden bringt, der Klassen- und Rassenhass ein Ende setzt“, gibt der israelische Botschafter zu bedenken. Dagegen sei die Antwort des Christentums, der Gekreuzigte, ein leidender und erniedrigter Messias“, dessen „Kommen ein Rätsel“, dessen „Erlösungswerk noch verborgen“ und dessen „Geschichte nicht vollendet“ sei. Dieser „bis heute nicht endgültig überwundene Gegensatz im histori-

schen Vorstellungsbild“ habe über Jahrhunderte eine Grundlage des kirchlichen Erziehungsbildes untermauert, was zur folgenreichen Erniedrigung der Juden geführt habe. Der von Anfang an religiös geprägte Antijudaismus sei einer der „Wegbereiter des späteren politischen und rassistischen Antisemitismus“ gewesen, meinte Shimon Stein.

Deswegen sei *Nostra Aetate* ein Dokument von hoher Wichtigkeit, das eine Wende in dem Verhältnis der katholischen Kirche zum jüdischen Volk darstellte und 1992 zur Anerkennung des Staates Israels und der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen führte. Die Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils habe, „nicht nur wegen ihres Inhalts eine zentrale Bedeutung, sondern auch, weil die Erklärung in der katholischen Kirche in eine neue Sprache der Diskussion und des Dialogs mündete.“ Es komme jetzt darauf an, die Botschaft der Erklärung an die Basis zu vermitteln und sie dort zu vertiefen, forderte der israelische Botschafter Stein.

(nach: DT v. 05.11.05, S. 4)

Aufgaben für die Zukunft

Noch immer und wieder verstärkt gebe es in Deutschland und anderen Ländern Europas anti-jüdische „Ideologien, Propaganda und Ausschreitungen“. Diesen Tendenzen sei entgegenzutreten, wozu die Deutsche Bischofskonferenz unterstützt von der gesamten Kirche aufrufe.

Wichtig würden aber auch gemeinsame Anstrengungen von Christen und Juden zur Bewahrung der Schöpfung, Friedenssicherung, Armutsbekämpfung, Klärung bioethischer Fragen, Kritik an der zunehmenden Ökonomisierung unseres Lebens und zum Eintreten für die Menschenrechte. „Theologisch wird noch tiefer zu ergründen sein, welche Bedeutung die beiden verschiedenen Traditionen füreinander haben. Von der Wahrheit des einen Gottes Zeugnis zu geben, ist die gegenwärtig wohl wichtigste Aufgabe von Christen und Juden“, schließt die Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, zum 40. Jahrestag von *Nostra Aetate*. □

Kritik des Heiligen Stuhls an der 60. Sitzung der UN-Vollversammlung

Vorrangige Aufgaben Armutsbekämpfung und Förderung des Gemeinwohls

Der Heilige Stuhl begrüßte die meisten Entscheidungen der UN-Vollversammlung im September in New York, übte zugleich aber heftig Kritik an der Tatsache, dass es zu keiner Übereinstimmung im Bereich der Waffenkontrolle gekommen ist, und daran, dass der schwammige Begriff „reproduktive Gesundheit“ nach wie vor verwendet wird.

Am Ende der siebentägigen Sitzung, bei der Repräsentanten aus mehr als 175 Ländern das Wort ergriffen hatten, ging Erzbischof Celestino Migliore, ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei den Vereinten Nationen, am 23. September auf die positiven und negativen Aspekte der Versammlung ein, die aus Anlass des 60. Jahrestages des Bestehens der Vereinten Nationen stattgefunden hatte.

In seiner Ansprache kritisierte der offizielle Vertreter des Heiligen Stuhls die „Schwächen des Systems der Nichtverbreitung“ von Waffen. Nukleare Abschreckung bedrohe die Existenz ganzer Völker und könne zum Vorwand für den Aufbau von Atomwaffen-Arsenalen dienen. Das Völkerrecht brauche eine starke Organisation, die den Abbau und die Vernichtung von Atomwaffen in aller Welt durchsetze, so der Erzbischof.

Militärausgaben höher als eine Trillion Dollar

„Das Schweigen über die Abrüstung und die Nichtverbreitung von Waffen im Abschlussdokument ist besorgniserregend“, erklärte Erzbischof Migliore. Die internationale Staatengemeinschaft hatte sich nicht auf ein gemeinsames Dokument zur Waffenkontrolle einigen können. „Kernwaffen sind für alle Völker und die ganze Umwelt einfach verheerend; sie zerstören Menschenleben und die Basis einer funktionierenden Wirtschaft. Wir müssen folglich auf dem Bann jeglicher Verbreitung von Atomwaffen beharren. Wir wollen es an keiner Bemühung fehlen lassen, um nicht nur die Produktion von Kernwaffen zu stoppen, sondern auch jeglichen Handel mit entsprechen-

den Materialien einzudämmen.“

Als ähnlich beunruhigend bezeichnete der Erzbischof „die Tatsache, dass die geschätzten weltweiten Kosten für Militärausgaben im Jahr 2004 die 1 Trillion-Dollar-Marke überstiegen hat“. Und diese Summe werde höchstwahrscheinlich in diesem Jahr überschritten werden. Kaum Augenmerk werde dagegen auf die hohe Todesrate gelegt, die durch unerlaubten Handel mit kleinen und leichten Waffen verursacht worden sei. „Dass mehr Geld und Intelligenz für den Tod als für das Leben aufgewendet wird, ist ein Skandal, der alle Völker höchst nachdenklich machen sollte.“

Ganzheitliches Gesundheitskonzept des Heiligen Stuhls

Der Vertreter des Heiligen Vaters verwies außerdem auf das ganzheitliche Lebensschutz-Konzept des Heiligen Stuhls und erklärte, dass seine Delegation die gleichen Vorbehalte hinsichtlich der Bezeichnung „reproduktive Gesundheit“ einbringe wie bei der UNO-Entwicklungskonferenz in Kairo und der UNO-Frauenkonferenz in Peking. Der Heilige Stuhl verwende diesen Begriff in Zusammenhang mit einem ganzheitlichen Gesundheitskonzept, in dem die Abtreibung nicht vorkomme. Einige Delegationen begriffen scheinbar die Bezeichnung „reproduktive Gesundheit“ als eine Reihe von Dienstleistungen, die unter anderem auch Abtreibung umfasse, merkte Erzbischof Migliore an.

Beim UN-Weltgipfel der Staats- und Regierungschefs, der dem Treffen vorangegangen war, hatte Kardinal-Staatssekretär Angelo Sodano vorgeschlagen, auf den Begriff 'reproduktive Gesundheit' zu verzichten und stattdessen von der „Gesundheit der Frauen und Kinder“ zu sprechen.

Drei vorrangige Aufgaben

In seiner Ansprache ging Erzbischof Migliore unter anderem auch auf die Rolle der Vereinten Nationen ein. In diesem Zusammenhang nannte er „drei konkrete Bereiche“, die

man vorrangig angehen müsse:

- (1) Solidarität mit den Armen,
- (2) Förderung des Gemeinwohls und
- (3) nachhaltige Entwicklung“.

Der Erzbischof sprach sich für die Reform zur Verbesserung der Menschenrechtskommission aus und betonte, dass die Menschenrechte nicht etwas Relatives seien und von kulturellen oder sonstigen Umständen abhingen. Vielmehr handle es sich um unveräußerliche Rechte, die unantastbar seien und deshalb „ihrem Wesen nach weltweit anerkannt werden müssen“.

Gott als Bezugspunkt

Schließlich betonte der offizielle Vertreter der Heiligen Stuhls, dass man alle „Initiativen im Bereich der interreligiösen Zusammenarbeit und des interkulturellen Dialogs insbesondere dann unterstützt, wenn sie von einem Geist getragen werden, in dem Gott als Bezugspunkt und die Abhängigkeit von ihm anerkannt wird, und auf diese Weise die Gewissen geformt, die gemeinsamen moralischen Werte gefördert und das interkulturelle Verständnis sowie konkrete Maßnahmen erzielt werden können.“ (ZENIT.org)

KURZ BERICHTET:

Bereit zum Dialog? fragt Andrea Wohnhaas im Rottenburg-Stuttgarter „Katholischen Sonntagsblatt“ (48) mit Blick auf die Politik und die Kirche unter Bezugnahme auf die Regensburger Vorgänge: „Gewiss, die katholische Kirche ist keine politische Demokratie, hier gelten eigene Regeln und Gesetze. Deshalb aber darf sich ein Bischof der Realität von heute nicht verschließen und erwarten, dass aus mündigen Christen folgsamen Schafe werden. Es ist gut, dass sich die Kirche die positiven Errungenschaften der Gesellschaft und auch der Politik angeeignet hat. Schade nur, dass sich das Gebot der Toleranz und der Anerkennung noch nicht überall herumgesprochen hat.“

(KNA - ID Nr. 48 / 23.11. 2005)

Neuer Reichtum – neue Armut

VON HEINRICH DORNDORF

Der 9. Internationale Kongress Renovabis fand vom 1. bis 3. September in Freising unter dem Thema „NEUER REICHTUM – NEUE ARMUT. SOZIALE UMBRÜCHE IN MITTEL- UND OSTEUROPA“ statt.

Renovabis, die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa war 1993 von der Deutschen Bischofskonferenz ins Leben gerufen worden. Seit dieser Zeit brachten die deutschen Katholiken über 350 Millionen Euro auf. Diese Mittel flossen in den Bau von Kirchen und Gemeindezentren, Ausstattung von Familien-, Frauen- und Jugendzentren, zur Unterhaltung von Heimen für Waisen- und Straßenkindern, aber auch in die Ausbildung von Priestern, Ordensleuten und in der Seelsorge tätigen Laien ein.

Es sei hierbei erwähnt, dass die katholischen Soldaten der Bundeswehr im Rahmen der „Nachbarschaftshilfe“ sich an der Aktion Renovabis beteiligen (z.B. für landminengeschädigte Kinder im ehemaligen Jugoslawien).

„NEUER REICHTUM – NEUE ARMUT“, zu diesem Thema waren ca. 350 Teilnehmer aus dem In- und Ausland in Freising zusammengekommen. In vielen Beiträgen kam zum Ausdruck, dass sich der Osten dem Westen zwar angeglichen hat, aber die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander klafft und ein bestimmter Teil der Bevölkerung sich die Verhältnisse vor 1989 zurück wünscht.

Bei der Veranstaltung sollten vor allem die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen seit der Wende betrachtet werden, insbesondere der EU-Mitgliedsländer wie z.B. Litauen und Polen. Neben erfreulichen Entwicklungen in diesen Ländern sind auch bei vielen Menschen Enttäuschungen nicht zu übersehen.

So stellt der Trierer Bischof Prof. Dr. Reinhard Marx fest, dass Europa nicht vorstellbar sei ohne soziale Ge-

rechtigkeit. Sie sei eine Herausforderung an Kirche und Gesellschaft. Es müsse den Menschen geholfen werden, die nicht in der Lage seien, sich selbst zu helfen, jedoch so, dass sie sich in Zukunft selbst helfen könnten. Voraussetzung sei jedoch eine politische Gerechtigkeit. Dazu seien funktionierende Gemeinwesen und ein politisches System erforderlich, welche die soziale Gerechtigkeit auch gewährleisten könne, so Bischof Marx. Kirche und Gesellschaft gingen ineinander über, jedoch sei die Kirche kein Instrument der Politik, um das Volk zu beruhigen. Darüber hinaus könnten wir keinen christlichen Staat wollen, wenn wir die Freiheit des Menschen akzeptierten. Jedoch stelle die Kirche einen wichtigen Beitrag für die Würde des Menschen dar. Bischof Marx betrachtete besonders für Osteuropa die Frage, ob eine soziale Marktwirtschaft, die eine funktionierende Demokratie voraussetzt (die in Teilen Osteuropas noch nicht ganz verwirklicht sei), im 21. Jh. sich aufbauen bzw. erhalten lasse? „Es ist bleibender Auftrag der ganzen Kirche, sich effektiv für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Dazu braucht es auch – wie die Aktion Renovabis zeigt – ein Netzwerk an partnerschaftlicher Kooperation“, so Bischof Marx.

In einer Podiumsdiskussion kam zum Ausdruck, dass es gerade in Russland an politischer Stabilität fehlt. Gemäss Präsident Putin heißt Stabilität aber, die jetzige Lage zu erhalten, was aber auf Dauer nicht gut gehen kann. Weil aber die soziale Krise zz. nicht beendet wird, wünschen sich viele Menschen die Stalinära zurück, denn 30% der arbeitslosen Jugendlichen haben keinen Abschluss, geschweige eine qualitative Ausbildung. Da sich so die Schere zwischen Arm und Reich nicht schließt ist dem Radikalismus besonders bei diesen Jugendlichen Tür und Tor geöffnet.

In einigen Ländern Osteuropas

gibt es keine Krankenversicherung. So müssen die Menschen hohe Schulden machen, wenn eine ärztliche Behandlung unausweichlich ist. Im Kommunismus waren alle Menschen versichert. Heute heißt es: Zahlen. Es entstehen viele Privatkliniken, d.h. wer zahlen kann – lebt gesünder. Während man sich in Kroatien eine baldige Aufnahme in die EU erhofft, um Stabilität im politischen Alltag zu erlangen, ist man in Armenien weit davon entfernt. Waren die Menschen vor der Wende Brüder und Schwestern, so ist sich heute jeder selbst der Nächste. Viele junge Menschen verlassen das Land, weil sie keine Perspektive für sich sehen und gehen ins Ausland. In Armenien leben ca. 2 Millionen Menschen, jedoch 7-8 Millionen in anderen Ländern. Wie soll aber Stabilität im Lande einkehren bei 80 Parteien, vielen Sekten und keiner funktionierenden Justiz.

Ein Arbeitskreis während des Kongresses befasste sich mit dem Thema: „Umbruch in Litauen – eine Erfolgsgeschichte?“ Litauen ist seit Mai 2004 Mitglied der EU und hat seit der Wende 1989/90 tiefgreifende Veränderungen erlebt. Aber auch der Unterschied zwischen Arm und Reich ist sehr gravierend. Die Regisseurin vom BR hat im Rahmen der Fernsehsendung „Sternstunden“ das Projekt Menschen helfen Müllkindern in Litauen in einem Kurzfilm dargestellt. Kinder suchen Schätze. „Schätze“ – das sind Plastik, Papier, Aluminium – liegen in Litauen auf Müllhalden. Das wenige, das sie beim Verkauf dieser „Schätze“ verdienen, reicht vielleicht gerade zum Überleben, sofern ältere Jugendliche ihnen dieses Geld nicht wieder abnehmen. Auf der Müllhalde von Klaipeda, am Rande der Ostsee, „arbeiten“ ca. 200 Menschen, einschließlich Kinder. Diese Kinder sind die eigentlichen Verlierer der Wende.

Es gibt jedoch Lichtblicke.

Salesianerpater Hermann Schulz und Beate Blaha haben die Don Bosco Stiftung „Kinder- und Jugendhof Litauen“ ins Leben gerufen. Diese Stiftung kümmert sich um Kinder und Jugendlichen, die auf der Müllhalde Klaipeda arbeiten und in Bretterbuden nahebei oder auf der Müllhalde wohnen. Ihr Ziel ist es u.a. diese Kinder und Jugendlichen vor Ort zu betreuen, die Grundversorgung zu gewährleisten, Notschlafplätze einzurichten, wenn Kriminalität und Alkoholkonsum unerträglich werden, und vor allem die Möglichkeit zu einer Ausbildung in den eigenen Werkstätten. – Leider gibt es in Litauen aber nicht nur die Müllhalde von Klaipeda.

Etwas anders stellt sich die Lage in Polen dar. Polen ist ebenfalls seit 2004 Mitglied der EU. Die Hoffnung auf neue Arbeitsplätze hat sich nicht erfüllt. Es hat sich eine sogenannte Arbeitsmigration gebildet, das bedeutet ein Familienleben auf Distanz. Hat es bis 1989 keine offizielle Sozialfrage gegeben, so bekommen

heute die sozialen Probleme – Arbeitsmangel, die daraus folgende Massenarbeitslosigkeit (schafft Armut, 59% der Polen leben unter dem Sozialminimum), Mangel an Wohnungen, Alkoholismus, Drogensucht, mangelnde Zukunftsaussichten auf dem Lande – besondere Bedeutung. In Polen stellt sich die Frage: Suchen wir gemeinsam eine neue soziale Ordnung in der EU, oder wollen wir

den jetzigen Status erhalten?

Im Schlusswort des Hauptgeschäftsführers von Renovabis, Pater Dietger Demuth CSsR, kam zum Ausdruck, dass bei aller gewonnenen Freiheit, Wege gefunden werden müssen, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen, um Frustration, Arbeitslosigkeit, Armut und Migration zu überwinden. □

KURZ BERICHTET: Deutsche „Justitia et Pax“: Europa-Präsidenschaft

Die Deutsche Kommission „Justitia et Pax“ hat für drei Jahre die Präsidenschaft der Konferenz der Europäischen Kommissionen übernommen. Der bereits im Vorjahr zum Präsidenten gewählte Trierer Weihbischof Leo Schwarz (73) erklärte nach der Europa-Konferenz in Lissabon/Portugal, die Überwindung der Teilung Europas sei nach wie vor eine der zentralen Herausforderungen. Angesichts der vielfältigen Formen von Unversöhnlichkeit auf diesem Kontinent komme der Stärkung der Friedensarbeit nicht zuletzt für den europäischen Einigungsprozess eine wesentliche Rolle zu. Weitere Arbeitsschwerpunkte seien die Armutsbekämpfung, die Frage eines schnelleren und umfassenderen Schuldenerlasses für die ärmsten Länder, der Einsatz für faire Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und der Menschenrechtsdialog mit dem Islam. Die „Justitia et Pax“-Kommissionen in Europa bilden ein Netzwerk aus 29 nationalen Kommissionen. (KNA-ID 40)

EZW: Kirchen bekommen Konkurrenz (idea)

Zahl der eigenständigen christl. Gemeinden wuchs in 10 Jahren um 100%
Die Volks- bzw. Landeskirchen bekommen in Deutschland immer mehr Konkurrenz. Das geht aus einer Übersicht der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) in Berlin hervor. Rund 21 Millionen Menschen bezeichnen sich danach als konfessionslos. Neben der römisch-katholischen Kirche mit 26,2 Millionen Mitgliedern und den evangelischen Landeskirchen (25,8 Millionen) gibt es rund 1,4 Millionen Orthodoxe in 13 Kirchen und knapp 500 000 (andere sprechen von fast 900 000) Angehörige von protestantischen Freikirchen (280 000) und unabhängigen evangelikalen Gemeinden (200 000). Insbesondere die Entstehung von Gemeinden, die sich bewusst keinem Dachverband anschließen, zeige die zunehmende Differenzierung des religiösen Spektrums, sagte EZW-Leiter Reinhard Hempelmann gegenüber idea. Vielfach handele es sich um Gründungen von Aussiedlern, ausländischen Missionaren und Christen aus der Dritten Welt, die ihre Prägungen behalten wollten.

Konfessionen in Deutschland	2003	1993	Veränderung
Römisch-katholische Kirche	26.165.153	27.552.000	-5,0%
Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)	25.836.000	28.460.000	-9,3%
Orthodoxe Kirchen	ca. 1.400.000	500.000	+180%
VEF (Vereinigung Evangelischer Freikirchen) – Mitgliedskirchen (einschl. Gastmitglieder)	ca. 280.773	ca. 265.000	+5,9%
Unabhängige evangelikale Gemeinden	ca. 200.000	100.000 ⁽¹⁾	+100%
Sondergemeinschaften u.a.:			
• Neuapostolische Kirche	382.800	430.000	-11%
• Jehovas Zeugen	163.092	160.000	+1,9%
• Mormonen	ca. 36.000	39.000	-7,7%
• Christengemeinschaft (anthroposophisch)	ca. 10.000	12.000	-16,7%
• Universelles Leben (früher Heimholungswerk)	ca. 4.000 - 5.000	40.000	-88,6%
Moslems	3.500.000	2.000.000	+75%
Juden	ca. 270.000	ca. 53.000	+409%
Buddhisten	ca. 250.000	ca. 70.000	+257%
Hinduisten	ca. 95.000	15.000	+533%
Konfessionslose	ca. 20.000.000	ca. 15.600.000	+28%

Quelle: meist aus dem Materialdienst der EZW (7/2005), bei den Sondergemeinschaften ⁽¹⁾ 1997

aus: ACP 5/2005

Zehn Jahre Paragraf 218: Überprüfung gefordert

Kaum zur Kenntnis genommen – außer in kirchlichen Kreisen – wurde am 1. Oktober ein Jahrestag: Vor zehn Jahren trat das Abtreibungsrecht mit Pflichtberatung in Kraft. Der Berliner Kardinal Georg Sterzinsky rief den Bundestag aus diesem Anlass zur Überprüfung des Paragrafen 218 StGB auf, da dieser das „Lebensrecht des ungeborenen Kindes nicht wirksam genug“ schütze. Seit 1995 wurden offiziell 1,3 Millionen Kinder abgetrieben. Hinzu kommen geschätzte weitere 1,2 Millionen nicht gemeldete Fälle. Etwa jede vierte Schwangerschaft ende heute mit einem Abbruch, so Sterzinsky. In weiten Teilen der Gesellschaft gelte die Abtreibung als eine Art „Spätverhütung“. Der Bundesverband Lebensrecht (BVL), Dachverband von 12 Vereinen und Organisationen, forderte den neuen Bundestag auf, eine Enquetekommission zu diesem Thema einzurichten.

Der Bonner Rechtswissenschaftler Christian Hillgruber betonte bei einem BVL-Symposium in Berlin, der Bundestag sei bisher der ihm vom Bundesverfassungsgericht auferlegten Verpflichtung nicht nachgekommen, die Auswirkungen der Beratungspflicht auf den Schutz des Lebens zu überprüfen und auftretende Defizite zu beseitigen. Eine „Erfolgsquote“ der auf den Schutz des ungeborenen Lebens ausgerichteten Pflichtberatung sei nicht verlässlich messbar, weil es keine Meldepflicht gebe. Die BVL-Vorsitzende Claudia Kaminski rechnete vor, dass sich hinter einer in etwa konstanten Zahl der registrierten Abtreibungen von durchschnittlich 130.000 pro Jahr tatsächlich ein Anstieg verberge: Gemessen an den Zahlen der Frauen im gebärfähigen Alter und der Geburten nehme die Häufigkeit von Abtreibungen dabei kontinuierlich zu.

(KNA - ID Nr. 41)

Der Papst als „Medienstar“: Beobachtungen und Anfragen

In der Währung der Medienmacher hat der Papst Konjunktur. Einen Beleg dafür bieten allein die Quoten der Fernsehübertragungen beim Tod und bei der Besetzung von Johannes Paul II. sowie bei der Wahl des neuen Papstes im April und zuletzt beim Deutschlandbesuch Benedikt XVI. im August. Welche Ursachen dieses Phänomen aus medientheoretischer und theologischer Sicht hat, darüber disputierten Ende September zwei Theologinnen in Düsseldorf. Die Protestantin Johanna Haberer, Professorin für Christliche Publizistik in Erlangen, und die Katholikin Dorothea Sattler, Direktorin des Ökumenischen Instituts der Universität Münster, formulierten ihre Positionen zum Thema „Urbi et Orbi. Der Papst als Medienstar“.

Als Oberhaupt einer „global agierenden Agentur für Weltanschauung und Religion“ gebühre dem Papst, so Haberer, qua Amt öffentliche Aufmerksamkeit. Entdecker der medialen Möglichkeiten für die Kirche sei Johannes Paul II. gewesen, ein „Zauberer der Symbolik“. Er habe die Medien konsequent als Instrumente der Mission verstanden und genutzt – bis

zu seinem Tod. Haberer: „Es ist ihm eine Inszenierung des Sterbens auf hohem Niveau gelungen, und er selbst war nie Opfer.“ Hörfunk, Fernsehen und Printmedien seien zwar nicht Zeugen seiner letzten Stunden gewesen. Doch habe das der Vatikan vergangene Woche indirekt mit der Veröffentlichung seiner Sterbe-Chronik nachgeholt. Als Meister der Selbstinszenierung habe er ein Vorbild geliefert. Seinem deutschen Nachfolger Benedikt XVI. sei damit die Aufgabe zugefallen, „einzutreten in dieses medial geprägte Bild“ des Papstamtes. Die mit Spannung erwartete erste Probe stand beim Weltjugendtag in Köln an.

Doch schon bei der Ankunft Benedikt XVI. wurden für die Dogmatikerin Sattler die Unterschiede klar erkennbar. Eines der ersten Fotos, die um die Welt gingen, sei das der vom Winde verwehten päpstlichen Kopfbedeckung gewesen. Was Johannes Paul II. als Charisma geschenkt war, müsse sein Nachfolger offenbar noch einüben: den wachen Sinn für sein Bild in den Medien. Vor dem Papstamt sei Kardinal Joseph Ratzinger ein „eher stiller Mann des Wortes

Statistik:

25.986.384 Katholiken waren nach den von der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichten „Eckdaten des kirchlichen Lebens in den Bistümern Deutschlands 2004“ Ende vergangenen Jahres registriert. Rund 101.000 Menschen, etwa 30.000 weniger als 2003, traten aus der Kirche aus, 9.000 und damit fast doppelt so viele wie rund ein Jahrzehnt zuvor, wurden wieder aufgenommen.

Der Gottesdienstbesuch am Sonntag sank im Jahresvergleich um 0,3 Prozentpunkte auf 14,8 Prozent. Die Zahl der Taufen nahm um etwa 5.000 auf 200.635 und die Erstkommunikanten um 12.000 auf 259.082 ab. Bestattet wurden 256.678 Katholiken, 14.000 weniger als 2003. Fast konstant blieben mit rund 14.000 die Zahl der Welt- und mit 2.300 die der Ordenspriester. Leicht erhöht auf fast 7.500 hat sich die Zahl der Laienseelsorger. (KNA)

und weniger ein Mann der Gesten und dramaturgischen Inszenierungen“ gewesen. Die Konzentration auf das „Bild des Papstes“ sieht Sattler eher kritisch: „Ist es denn wirklich so wichtig, wie der Papst auftritt, oder ist nicht vielmehr wichtig, was er vermittelt?“ Damit vertrat auch sie im Grunde eine protestantische Position: Diese reklamiert das Ohr als das Organ des genauen Hinhörens und der kritischen Analyse. Die Herrschaft des Bildes in der katholischen Theologie, angefangen mit der mittelalterlichen „Biblia pauperum“, sieht Sattler im 20. Jh. mit der „Gegenreformation“ des Bildes durch das Fernsehen und schließlich mit dem „Medienpapst“ auf die Spitze getrieben.

Dass dem Papst eine mitunter völlig unkritische Verehrung zuteil werde, ist nach Sattlers Meinung weder theologisch begründet noch einem ökumenischen Dialog zuträglich. Derartige Sorgen suchte Haberer zu zerstreuen: Allsonntäglich verfolgten 3,5 Millionen Menschen wechselseitig die katholischen bzw. evangelischen Gottesdienste in Funk und Fernsehen. Ihre Analyse: „Die Realität der Deutschen ist ökumenischer als man es sich vermutlich träumen lässt – und das wird vermutlich kein Papst ändern.“ (KNA - ID Nr. 40)

KANONISIERUNG IN DER KATHOLISCHEN KIRCHE:

Das Prozedere von Selig- und Heiligsprechungsprozessen

Eine Selig-/Heiligsprechung bedeutet, dass die katholische Kirche durch das Urteil des Papstes feststellt, dass eine verstorbene Person vorbildlich aus dem Glauben gelebt hat und Christus in besonderer Weise nachgefolgt ist. Daraus ergibt sich die offizielle Empfehlung an die Lebenden, sie als Vorbilder und als Fürsprecher bei Gott anzunehmen. Im Unterschied zu Heiligen werden Selige in der Regel nicht weltweit, sondern lediglich in einer begrenzten Region oder von einer bestimmten kirchlichen Gemeinschaft verehrt.

Das Kirchenrecht schreibt eine Fünfjahresfrist zwischen dem Tod einer Person und dem Beginn des Seligsprechungsverfahrens vor. Mitte Mai kündigte Papst Benedikt XVI. überraschend an, dass der Prozess für seinen im April verstorbenen Vorgänger Johannes Paul II. unverzüglich beginnen kann.

Eine Selig-/Heiligsprechung beginnt immer mit dem Antrag einer Diözese oder Ordensgemeinschaft. Der so genannte „Actor“ („Antragsteller“) holt beim Apostolischen Stuhl eine Unbedenklichkeitserklärung ein, das „nihil obstat“, und beauftragt – sollte der Aufnahme des Verfahrens nichts entgegenstehen – einen „Postulator“ („Forderer“) mit der Sammlung biographischer Informationen und Schriften der betroffenen Person sowie schriftlicher und mündlicher Zeugnisse von Zeitgenossen. Der daraus resultierende Bericht, auf Lateinisch „Transcriptum“ genannt, wird seit 1969 bei der Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungsprozesse eingereicht, wo die Unterlagen geprüft werden und festgestellt wird, ob die betreffende Person tatsächlich für eine Heiligsprechung geeignet ist. Falls es sich um eine historisch bedeutsame Person handelt, werden zusätzlich Historiker konsultiert. Falls die Person kein Märtyrer war, muss außerdem ein Wunder vorliegen – meist ein Heilungswunder, das von Ärzten genau untersucht wird. In letzter Instanz muss schließlich ein „Anwalt des Glaubens“ – früher: „Advocatus diaboli“, also „Anwalt des Teufels“ –

die zusammengetragenen Belege und Argumente für die Heiligsprechung anfechten und eigene Argumente gegen die Kanonisation einbringen. Der Postulator und die Befürworter der Heiligsprechung müssen ihn widerlegen. Wenn mindestens zwei Drittel der versammelten Theologen für die Heiligsprechung stimmen, liegt die letzte Entscheidung beim Papst. Sind alle Bedingungen erfüllt, steht der Heiligsprechung, dem „Kanonisationsakt“, durch den Heiligen Vater im Rahmen einer liturgischen Feier nichts mehr im Wege. Wichtigster offizieller Schritt hierbei ist der Eintrag in das „Martyrologium“, das „Verzeichnis der Heili-

gen“. Dieses Verzeichnis wird seit Jahrhunderten weitergeführt und listet alle offiziell Heiliggesehenen auf.

Am 5. Dezember 2004 hat der Heilige Stuhl ein neues Gesamtverzeichnis der Heiligen und Seligen der katholischen Kirche vorgelegt. Das Werk trägt den Titel „Martyrologium romanum“ und enthält auf 844 Seiten in lateinischer Sprache biographische und liturgische Angaben zu 6.650 namentlich bekannten Seligen und Heiligen. Ferner werden rund 7.400 nicht namentlich bekannte Persönlichkeiten angeführt, die aufgrund von Christenverfolgungen ihr Leben verloren haben.

(PS nach KNA u. ZENIT)

ZUM TODE VON FRÈRE ROGER SCHUTZ IN TAIZÉ:

Jenseits von Konfessionsgrenzen

Kardinal Kasper leitet Pontifikalrequiem für einen Protestanten

VON ANDREAS M. RAUCH



Vor ihrer Zeit bei der Bundeswehr oder danach mögen Soldaten bei einem der Treffen im französischen Taizé selbst, wo mehr als 100 Ordenbrüder aus 25 Ländern, Katholiken und Protestanten leben, oder bei einer der Jugendtreffen in einer europäischen Stadt, sei es Rom, Wien, Paris oder Köln, dabei gewesen sein. Wer einmal ein Taizé-Treffen miterleben durfte, der behält es zumeist ein Leben lang in guter Erinnerung. Wesentlich leisten dazu die weithin bekannt gewordenen meditativen und eingängigen Taizé-Gesänge ihren Beitrag, von denen das „Halleluja“ das Bekannteste ist. Auch der Umstand, dass während Gottesdienst und Meditation alle auf dem Boden sitzen und nur Kerzen zur

Beleuchtung eingesetzt werden, fördert Spiritualität, ein besonderes Gruppengefühl und ein andächtiges Miteinander. Alle Teilnehmer erleben eine außergewöhnliche Gemeinschaft in Harmonie, Eintracht und Frieden.

Die Taizé-Treffen sind wie ein Ausschnitt aus einer anderen Wirklichkeit, wie ein Erahnen dessen, was sich im Reiche Gottes erfüllt. Umso größer war die Trauer und Bestürzung, als Gläubige aus aller Welt vom tödlichen Attentat auf den 90-jährigen Gründer von Taizé, Frère Roger Schutz, erfahren haben. Eine möglicherweise geistesgestörte 36-jährige Frau aus Rumänien hatte den Gründer der ökumenischen Gemeinschaft Taizé am 16. August 2005

beim Abendgebet mit mehreren Messerstichen verletzt, und zwar an der Kehle und dann im Nacken, sodass Frère Roger wenig später seinen Verletzungen erlag. Die Attentäterin erklärte, sie habe Frère Roger nicht töten, sondern nur seine Aufmerksamkeit erlangen wollen. Offenbar war sie bereits einmal im Juni 2005 in Taizé erschienen und hatte um eine Begegnung mit Frère Roger nachgesucht, der jedoch in Anbetracht seines hohen Alters von seiner Umgebung vor solchen Besuchen abgeschirmt wurde. Einem Mitglied der Glaubensgemeinschaft schien die Frau ein „psychiatrisches“ Problem zu haben, doch wäre dies nicht von einer solchen Art, dass sich eine Einweisung in eine Anstalt aufgedrängt hätte, so der örtliche Staatsanwalt. Der Protestant Roger Schutz hatte sein Leben der Zusammenführung aller Christen gewidmet. Im August 1940, als Frankreich nach Hitlers Triumph im Westfeldzug am Boden lag, war der Schweizer Theologiestudent aus Lausanne im Alter von 25 Jahren nach Frankreich aufgebrochen, um eine Gemeinschaft Gleichgesinnter zu gründen. In den ersten Jahren fanden in seinem Haus in Taizé Flüchtlinge Schutz – vor allem Juden, die er vor den Nazis versteckte – ganz geleitet vom Vorbild seiner Großmutter, die im I. Weltkrieg französische Flüchtlinge aufnahm. Nach Kriegsende kümmerte Frère Roger sich um deutsche Kriegsgefangene. Immer mehr Freunde und Gleichgesinnte schlossen sich ihm an. 1949 legten die ersten sieben Brüder die klassischen Ordensgelübde ab.

Für Frère Roger galt die Gemeinschaft und die menschliche Solidarität immer mehr als alle Konfessionen. Seine Botschaft war Liebe und Einheit unter allen Menschen. Die Taizé-Bewegung erfreut sich bis heute vor allem unter jungen Menschen aus aller Welt großer Beliebtheit. Jedes Jahr pilgern zehntausende von ihnen nach Taizé. Für seinen Einsatz für den Frieden erhielt Frère Roger 1974 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, 1988 den UNECSO-Preis für Friedenserziehung und 1989 den Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen. Bereits vor acht Jahren bestimmte Frère Roger den deutschen Katholiken Bruder Alois zu seinem Nachfolger.

Der 51-jährige Frère Alois gehört seit 32 Jahren der Taizé-Gemeinschaft an.

Benedikt XVI.: „Die Seele dieses treuen Diener Gottes der Güte des Herrn anvertrauen“

Papst Benedikt XVI. äußerte, dass der gewaltsame Tod von Frère Roger eine „schauerliche Nachricht“ gewesen sei; in diesem Augenblick könne man nichts anderes tun, „als die Seele dieses treuen Diener Gottes der Güte des Herrn anzuvertrauen.“ Diese überaus traurige Nachricht trafe ihn umso mehr, weil er gerade erst einen Brief von ihm erhalten habe, in dem er seine Teilnahme am Weltjugendtag in Köln aus gesundheitlichen Gründen absagte. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, sagte, dass der Taizé-Gründer ein Schicksal erlitten habe, das „an das gewaltsame Geschick Jesu und anderer Zeugen für ein gewaltfreies Leben der Menschen erinnert.“ Bundespräsident Horst Köhler hob hervor, dass Frère Roger zeitlebens für Brüderlichkeit, Verständigung zwischen den Kirchen und Nationen und vor allem für Gewaltlosigkeit eingetreten sei. Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte, dass Frère Roger eine große Persönlichkeit der Gegenwart war.

Am 23. August 2005 wurde Frère Roger unter großer internationaler Anteilnahme beigesetzt. Mehr als 10.000 Gläubige, darunter sehr viele Jugendliche, nahmen in und vor der Versöhnungskirche an dem katholischen Trauergottesdienst teil. Das Pontifikalrequiem wurde von Kardinal Walter Kasper, dem Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, geleitet. Zum Auftakt der Feier bat der neue Prior der Gemeinschaft, Frère Alois, um Vergebung für die Rumänin, die Frère Roger vor einer Woche getötet hatte: „Mit Christus am Kreuz sagen wir zu dir: Vater, verzeih ihr, sie wusste nicht, was sie tat.“ Es folgte ein Gebet für das rumänische Volk und die jungen Rumänen, die der Gemeinschaft von Taizé ans Herz gewachsen seien. Vor einer Woche hatte eine Gruppe rumänischer Jugendlicher nach der Tat abreisen wollen, ließ sich aber von den Brüdern zum Bleiben überreden.

Zu den Teilnehmern der Trauerfeier gehörten der deutsche Bundespräsident Horst Köhler und Frankreichs Innenminister Nicolas Sarkozy, der Primas von Frankreich, Kardinal Philippe Barbarin von Lyon sowie mehr als 20 katholische Bischöfe wie der Bischof von Dijon, Roland Minnerath. Auch der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber, war gekommen. Der Ökumenische Rat der Kirchen, der „Rat der Europäischen Bischofskonferenzen“ (CCEE) und die „Konferenz der Europäischen Kirchen“ (CEC) entsandten ihre Generalsekretäre. Der Nachfolger von Frère Roger, Frère Alois, begrüßte auch die Schwester des Ordensgründers, Genevieve.

Kardinal Walter Kaspers hob hervor, dass die völlige Hingabe an den Willen Gottes für Frère Roger zu einer Quelle des inneren Friedens, der Hoffnung und des Glücks geworden sei. Der Taizé-Gründer habe „einen Strahl der Liebe und der Hoffnung“ erzeugt, der über die Grenzen und die Spaltungen der Welt hinausgereicht habe. Kasper verwies darauf, dass die Spaltung der Christen Frère Roger verletzt habe. Seit seiner Jugend habe er sich bemüht, diese Trennung zu überwinden. Auch die Spaltung der Völker und Nationen in Reiche und Arme habe Frère Roger geschmerzt; jede Form von Ungerechtigkeit habe ihn zutiefst getrübt, so der Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen. Zwar sei Frère Roger ein Mann des Gebets, der Stille und der Einsamkeit klösterlichen Lebens gewesen. Gleichzeitig habe er aber sein Herz und die Gemeinschaft von Taizé der Jugend der ganzen Welt geöffnet. Für viele sei er dadurch zu einer Vaterfigur geworden. Kardinal Kaspers endete seine Predigt mit den Worten: „Lass ihn das Antlitz des ewigen Vaters in seiner ganzen Schönheit betrachten, jenes Gesicht, in dem jeder Blick aus Liebe seine Erfüllung findet und auf dem das Leben leuchtet, das ohne Ende ist, und schenke uns die Gnade, gemäß seinem Beispiel und voll Hoffnung weiter zu gehen auf dem Weg der Versöhnung, der Gemeinschaft und des Friedens, als Vorwegnahme deines ewigen Reiches.“ □

Zivilcourage in schwieriger Zeit

Zur Seligsprechung von Clemens August Kardinal von Galen

VON ANDREAS M. RAUCH

Bei der Tagung des militärgeschichtlichen Forschungsamtes „50 Jahre Bundeswehr“ im September 2005 im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stellte Major Zimmermann heraus, dass Zivilcourage bis heute ein ganz wichtiger, soldatischer Wert sei. Diese Zivilcourage hat Clemens August Kardinal Graf von Galen in schwieriger Zeit als Bischof von Münster bewiesen. Papst Benedikt XVI.: „Er war ein Mann, der das Motto seines Bischofswappens wahrhaftig zum Programm seines Lebens erkoren hatte: „Nec laudibus, nec timore (weder durch Schmeichelei noch durch Drohungen) weiche ich von Gottes Wegen ab.“ Diese Furcht ließ ihn in den Worten des Papstes „in finsterner Zeit das Licht der Wahrheit aufrichten, als kluge Leute der Verblendung anheim fielen und so viele Starke schwach wurden.“ Benedikt XVI. äußerte, dass von Galen Gott mehr gefürchtet hat als den Menschen und dies habe ihm Mut gegeben, Dinge zu sagen und zu tun, die andere sehr intelligente Menschen zu jener Zeit in Deutschland nicht gewagt hätten. Der Papst betonte, dass von Galen Kraft zum Widerstand gehabt hat „in einer Zeit, in der starke und intelligente Menschen schwach und feige waren.“

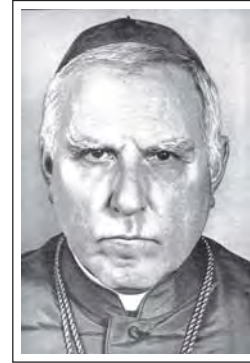
Aufgrund seiner mutigen Gegnerschaft zum Nazi-Regime wurde Kardinal Graf Galen (1878-1946) am 9. Oktober selig gesprochen. Von Galen habe sich „einer Ideologie, die die Menschlichkeit verachtete, und der Todesmaschinerie des nationalsozialistischen Staates entschlossen entgegengestellt“, so Kardinal Jose Satrio Martins, der die Seligsprechungszeremonie in Rom leitete. Martins weiter: „Wir, die wir in scheinbar weniger bedrohlichen Zeiten leben, die aber dennoch in Bezug auf das menschliche Leben nicht weniger problematisch sind, sollten seinem Beispiel nacheifern.“ An der Zeremonie nahmen mehrere tausend Pilger aus Deutschland sowie die Kardinäle Karl Lehmann, Joachim

Meiser und Maximilian Sterzinsky, der Münsteraner Bischof Reinhard Lettmann und der Erzbischof von Hamburg, Werner Thissen, teil.

Als Bischof von Münster prangerte von Galen im Sommer 1941 in Predigten die von den Nazis organisierten Euthanasie-Programme zur Ermordung Behinderter an und erstattete Anzeige wegen Mordes. Aufgrund dieser Predigten erhielt er im Volksmund den Beinamen „Löwe von Münster“. Die Seligsprechung Graf von Galens erfolgt zugleich im Jahr des 1200-jährigen Bestehens des Bistums Münster.

Der von Zeitzeugen als hühnenhaft und unerschrocken beschriebene Geistliche hatte unter anderem maßgeblich zur Veröffentlichung der regimekritischen päpstlichen Enzyklika „Mit brennender Sorge“ (14. März 1937) beigetragen, in der es heißt: „Wer in sakrilegischer Verehrung ... irgend einen Sterblichen, und wäre er der Größte aller Zeiten, neben Christus zu stellen wagt oder gar über ihn und gegen ihn, der muss sich sagen lassen, dass er ein Wahnprophet ist, auf den das Schriftwort erschütternde Anwendung findet: ‚Der im Himmel wohnt, lachet ihrer.‘“ In drei legendären, späteren Predigten rechnete der Bischof mit dem sogenannten Euthanasie-Programm der Nazis ab. Vor zehntausend Menschen sprach von Galen offen über die Grausamkeit, mit der geistig behinderte Menschen als „lebensunwert“ bezeichnet und ermordet wurden.

Die Zivilcourage von Graf Galen war keinesfalls selbstverständlich oder gar in seiner Persönlichkeit angelegt. So war von Galen etwa für den Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing ein „ganz durchschnittlicher Zeitgenosse von durchaus beschränkten Geistesgaben, der bis in die jüngste Zeit hinein nicht gesehen hat, wohin die Reise geht, und daher immer zum Paktieren neigt“. Von Galen galt über lange Zeit als Rechtskatholik, Militarist, autoritärer Nichtdemokrat, Gegner der Zentrumspartei, Papenfreund und Weimarfeind.



Auch stellte sich von Galen nicht als ein perfekter Mann ohne Fehl

und Tadel dar: als national-konservativer und streng anti-bolschewistischer Bischof war von Galen den Nationalsozialisten anfänglich nicht unwillkommen. Doch schon 1934 wandte sich der Geistliche gegen das nationalsozialistische Bekenntnis zum sogenannten positiven Christentum und brandmarkte die rassistische und pseudo-germanische Ideologie von Alfred Rosenberg. Unumstritten blieb die Persönlichkeit von Galens allerdings deshalb nicht, da er Historiker ihm die moralische Unterstützung des Krieges gegen die Sowjetunion, einen strikten Antikommunismus und ein Verständnis von Nation, Demokratie und Moral vorwerfen, welches sich in Teilbereichen mit nationalsozialistischem Ideengut deckte.

Die Ablehnung der NS-Rassenlehre durch den Bischof und sein Eintreten für die Juden und die Schwächsten der Gesellschaft verstanden die deutschen Katholiken sofort. Ihre Solidarität mit von Galen gegen die Euthanasie-Programme der Nationalsozialisten bezeugte die Bevölkerung im Bistum Münster durch machtvolle Kundgebungen, zu denen auch Prozessionen gehörten. Mit Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung und der Furcht, von Galen könne zum Märtyrer im katholischen Westfalen hochstilisiert werden, ließ Adolf Hitler die Tötungsaktionen offiziell einstellen.

Goebbels sprach über von Galen als einen „Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Front“. Von Galen wurde jedoch nicht wie erwartet verhaftet; statt seiner holte die Gestapo 24 Priester und 18 Ordensleute ab, von denen zehn im Konzentrationslager umkamen. Insgesamt gesehen fiel die Zivilcourage des Grafen Galen in schwieriger Zeit auf fruchtbaren Boden. □



Charles de Foucauld (1858-1916), der große französische Sahara-Forscher und Glaubenszeuge, wurde am Sonntag, dem 13. November 2005, im Petersdom selig gesprochen.

Ursprünglich war geplant, dass Papst Johannes Paul II. den französischen Priester am 15. Mai dieses Jahres in Rom selig sprechen sollte. Doch dieser ausdrückliche Wunsch des Vorgängers von Benedikt XVI. erfüllte sich wegen dessen Tod am 2. April nicht. Deshalb die Verschiebung auf den 13. November. Zusammen mit Charles de Foucauld wurden zwei Ordensfrauen aus italienischen Ordensgemeinschaften selig gesprochen.

Charles de Foucauld wurde am 15. September 1858 im französischen Straßburg geboren. Er stammte aus einem der ältesten Adelsgeschlechter Frankreichs: katholisch, aristokratisch, reich. Im Alter von sechs Jahren verlor er Vater und Mutter. Zunächst schlug er eine Soldatenlaufbahn ein. 1876 trat er in die renommierte Militärschule Saint Cyr ein, wo in zwei Jahren allein 45 Strafen über ihn verhängt wurden, nicht etwa wegen Disziplinlosigkeit, sondern wegen Interesselosigkeit

Charles de Foucauld – Offizier, Lebemann, Forschungsreisender und Glaubenszeuge

Zum Seligsprechung am 13. November im Petersdom

und Sich-gehen-lassens. Es folgten 1878 die Kavallerieschule von Saumur und 1879-80 Truppenverwendungen. In diesen drei Jahren geriet er sich als „Operetten-Subaltern-Offizier“. Aus einem tiefsitzenden Unbehagen heraus verstieß er gegen alle Regeln des Soldatenlebens und gegen die bürgerliche Konvention. Obwohl der Kavallerie-Leutnant im März 1881 aus der Liste der aktiven Offiziere gestrichen wurde, nahm er an militärischen Unternehmungen in Algerien teil. Dort wird seine Liebe zur Wüste und ihren Bewohnern geweckt. Foucauld wird Forschungsreisender um 1883 eine ruhmreiche Expedition in die marokkanische Wüste zu unternehmen, die ihm die Goldmedaille der geographischen Gesellschaft eintragen sollte.

Im Jahre 1886 bekehrte er sich, zwei Jahre später machte er eine Pilgerreise ins Heilige Land. Nach seinen Erfahrungen als Trappist in Syrien und als Eremit in Nazareth wurde der Forscher 1901 zum Priester geweiht. Er erlernte die arabische und die hebräische Sprache. Seine Lebensbestimmung aber fand Foucauld in einer Einsiedelei in Tamanrasset in Nordafrika.

„Er führte ein Leben in Armut, in Kontemplation und Demut und bezeugte brüderlich die Liebe Gottes unter den Christen, Juden und Moslems“, daran erinnerte Kardinal José Saraiva Martins, Präfekt der Kongregation für die Selig- und Heiligsprechungsprozesse, am 20. Dezember 2004 anlässlich der feierlichen Promulgation des Dekrets zur Seligsprechung. „Um das verborgene Leben Jesu in Nazareth nachahmen zu können, zog es ihn in die tiefste Wüste der Sahara, nach Tamanrasset“, fügte der portugiesische Kardinal hinzu.

Das Berbervolk hatte ihn „Marabut“ genannt, ein Name, der für islamische Einsiedler in Gebrauch ist. Über das Volk der Tuareg, die größ-

ten dort ansässige Bevölkerungsgruppe, verfasste Foucauld mehrere Bücher. Großen Bekanntheitsgrad erlangten eine Grammatik und ein Wörterbuch. Um den Franzosen entstand nach und nach die Gemeinschaft der kleinen Brüder Jesu, die es sich zur Aufgabe machte, den Tuareg das Evangelium nahe zu bringen.

Am Abend des 1. Dezember 1916 wurde Charles de Foucauld von einer Bande bewaffneter Männer überfallen, die bei ihm Waffen und Wertsachen suchten. Ohne Widerstand ließ er sich festnehmen und berauben. Ein junger Mann, der ihn bewachte, hörte das Herannahen anderer Truppen. Darüber verlor er die Nerven und erschoss seinen 58-jährigen Gefangenen, der sich „Kleiner Bruder Karl von Jesus“ genannt hatte.

Von seinem Charisma und Zeugnis angespornt, sind bis heute elf Ordensgemeinschaften und acht Gemeinschaften und Säkularinstitute entstanden –

vgl. www.charlesdefoucauld.org.

Zu dieser „geistlichen Familie“ gehören unter anderem die Kleinen Schwestern Jesu, die Kleinen Schwestern vom Evangelium, die Kleinen Brüder Jesu, die Kleinen Brüder vom Evangelium, die Priestergemeinschaft Jesus Caritas, die gleichnamige Fraternität, die Frauengemeinschaft Charles de Foucauld sowie die Gemeinschaft Charles de Foucauld.

Zwei Bücher geben einen vorzüglichen Einblick in das bewegte Leben des neuen Seligen:

- *Gerhard A. Treffer: „Charles de Foucauld begegnen“. Reihe Zeugen des Glaubens; St. Ulrich Verlag, Augsburg 2000, kartoniert, 152 Seiten.*
- *Der Historiker G. Treffer, Autor zahlreicher Werke zur franz. Geschichte und Pressesprecher der Stadt Ingolstadt, zeichnet das bewegte Leben des Ordensgründers und Einsied-*

Fortsetzung auf S. 39, Sp 1 u.

Konsequent bis zum Schafott

NS-Regime tötete vor 65 Jahren Kriegsdienstverweigerer Josef Ruf

VON KNA-REDAKTEUR UWE RENZ

Morgens um sechs Uhr beendete das Fallbeil das Leben von Josef Ruf. Bis zuletzt hatte der 34-jährige gelernte Schneider aus Hochberg beim oberschwäbischen Städtchen Saulgau sich geweigert, Waffendienst im NS-Regime zu leisten. Vor 65 Jahren, am 10. Oktober 1940, wurde der ehemalige Franziskanermönch im Zuchthaus Brandenburg-Görden wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ hingerichtet. Am Tag vor seiner Hinrichtung schrieb der Sohn eines Eisenbahnbediensteten und Bruder von sechs Geschwistern an seine Familie: „Wäre ich auch nur im geringsten im Zweifel über meinen Weg, den ich eingeschlagen habe, so hätte ich mich der Allgemeinheit angepasst.“ Rufs Leichnam wurde eingäschert, das Urnengrab ist nicht erhalten.

Eigentlich konnte der Katholik mit dem Gewehr bestens umgehen. Im Frühjahr 1940 war er zur Wehrmacht eingezogen worden und kam ins Ausbildungslager Pinkafeld im österreichischen Burgenland. Dort war er bester Schütze seiner Kompanie und wurde dafür ausgezeichnet. Doch er wollte Sanitäter werden, weil

er als solcher Mut und Opfergesinnung mindestens so gut zeigen könne, „als wenn ich mit der Waffe kämpfen würde“. Neben dem Waffendienst verweigerte er auch den Fahneneid auf Adolf Hitler – eine lebensgefährliche und letztlich tödliche Entscheidung. „Ich kann den Waffendienst mit der Lehre Christi einfach nicht vereinbaren und fühle mich verpflichtet, unter allen Umständen auch danach zu handeln“, schrieb Ruf an seine Schwester Maria. Er gehört zu jenen nur zehn namentlich bekannten Katholiken, die für ihre Wehrdienstverweigerung während der NS-Zeit den Tod in Kauf nahmen.

In einer tief religiösen Familie wuchs der „Märtyrer der Gewaltlosigkeit“, als der Ruf von der katholischen Friedensbewegung Pax Christi verehrt wird, auf. 1925 trat er nach seiner Schneiderlehre mit 20 Jahren in den Franziskanerorden ein und wurde als Bruder Canisius 1929 eingekleidet. Vier Jahre später verließ er den Orden aus eigenen Entschluss. Sein „aufgeregtes Wesen würde zu viel Schwierigkeiten bereiten“, meinte er gegenüber seinem älteren Bruder Karl. Einen entscheidenden Impuls für sein Leben erhielt er wenig später durch die von dem Freiburger Diözesanpriester und Pazifisten Max Josef Metzger gegründete und in Meitingen bei Augsburg ansässige karitativ tätige Christkönigsgesellschaft. Dort trat er im Dezember 1933 als Bruder Maurus ein und legte an Weihnachten 1939 die Ewigen Gelübde ab. „Wie freue ich mich, dass es mir am Weihnachtsfest noch vergönnt war, mich meinem Herrn und König ganz hinzugeben, den ich nun bald zu schauen bekomme“, schrieb er kurz vor seiner Hinrichtung.



Josef Ruf, Schneidergeselle*)
* 15. Dezember 1905
Hochberg/Oberschwaben
† 10. Oktober 1940
Zuchthaus Brandenburg

Rufs Familie reagierte auf Josefs konsequentes Handeln weitgehend mit Unverständnis. Besonders Karl, der sich vom christlichen Glauben abkehrte und als SA-Mann der NS-Ideologie zuwandte, brachte keinerlei Verständnis für seinen Bruder auf. Zuletzt hatte er noch vergeblich seine Beziehungen spielen lassen, um den Bruder zu retten. Nach der Hinrichtung schrieb er, Josef sei „als Opfer religiöskirchlichen Wahns aus dem Leben geschieden“. In der Christkönigsgesellschaft, deren Gründer Metzger 1944 ebenfalls hingerichtet wurde, galt dessen Anweisung von 1933, dass sich die Mitglieder jeder politischen Äußerung und Tätigkeit enthalten sollten.

Ruf wusste um die letzten Konsequenzen seiner Entscheidung. Wenn es um die Erfüllung des Willens Gottes gehe, so schrieb er einmal, dann müsse „auch das Liebste zurücktreten, wenn es auch noch so weh tut“. Im März 2005 hob die Staatsanwaltschaft Berlin das Urteil gegen Ruf auf Antrag des Saulgauers Kommunalpolitikers Claus-Dieter Reinhardt als Unrechtsurteil eines politischen Terrorsystems auf. □

Fortsetzung von Seite 38

lers vor dem Hintergrund der Geschichte Frankreichs und Nordafrikas um die Jahrhundertwende.

- Jürgen Rintelen: „Der das Leben suchte. Die vielen Schritte des Charles de Foucauld“. Echter Verlag, Würzburg 2005, broschiert, 223 Seiten.

J. Rintelen ist Mitglied der Priestergemeinschaft von Charles de Foucauld und seit 1961 im Sekretariat Charles de Foucauld für den deutschen Sprachraum. Eine sehr detaillierte Biographie, die vollständig darauf verzichtet, die Aktualität der Seligsprechung verkaufsfördernd zu nutzen. (PS)

*) Foto: Archiv Bischöfliches Ordinariat Augsburg. Ausführliche Quelle: Helmut Moll, Hrsg.: Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jhs., S. 72-75. Schöningh 1999.

Multikulturalismus und die Politik der Schuld

Studie über den „demokratischen Verwaltungsstaat“

Auf drei Bände hat Paul Edward Gottfried, Politikwissenschaftler und Professor am Elizabethtown College in Pennsylvania, eine Studie über den „demokratischen Verwaltungsstaat“ angelegt. Der erste Band „After Liberalism: Mass Democracy and the Managerial State“ (1999) befasst sich mit dem Übergang vom bürgerlichen Staat zum massendemokratischen Wohlfahrtsstaat. Dabei gilt seine Aufmerksamkeit dem Aufstieg und der Konsolidierung der zentralisierten Verwaltungsregime in der westlichen Welt.

Im zweiten Teil seiner Studie – 2004 im Ares Verlag, Graz, unter dem Titel „Multikulturalismus und die Politik der Schuld“ erschienen – richtet er den Brennpunkt auf die Umwandlung des Charakters heutiger Verwaltungsstaaten. Nicht mehr der Ausbau von Sozialleistungen stünde heute auf der Agenda, sondern der Versuch, Einfluss auf das Bewusstsein und das Verhalten der Bürger zu nehmen.

Gottfried (Jg. 1941), Sohn österreichisch-jüdischer Emigranten, sieht den Multikulturalismus als eines der hervorstechendsten Merkmale der neueren westlichen Zivilisation. Er stellt dieses Phänomen in einen politischen und religiösen Zusammenhang. Für die heutige politische Elite seien Verstaatlichung oder Einkommensumverteilungen weniger wichtig geworden als die Kontrolle über Meinungen, Gedanken und Redefreiheit. Eine auch von den Medien geförderte und stetig steigende unterschwellige Feindschaft gegenüber tradierten christlichen Werten ist das Kennzeichen dessen, was der konservative Kritiker der derzeitigen US-Politik den „therapeutischen Staat“ nennt.

Für den Autor habe eine immer aufdringlicher werdende political correctness insbesondere in den protestantisch geprägten westlichen Gesellschaften das traditionelle Christentum in eine Form der aggressiven Zivilreligion verwandelt. Religion reduziere sich immer mehr auf Sozialarbeit. Dabei wird auch die Rolle des liberalen Christentums des ausge-

henden 20. Jhs. als Verfechter der „Politik der Schuld“ untersucht. Nach Meinung des Autors wandeln die liberalen bestehenden weißen Kirchen die metaphysische Schuld um in eine freiwillige Selbsterniedrigung; die ungerecht leidenden Opfer der herrschenden Verhältnisse werden hingegen identifiziert mit rassistischen, kulturellen und lifestyle-Minderheiten. Die hieran anknüpfende Schuld-Rhetorik schaffe die Voraussetzungen für einen immer weiter ausgreifenden Opfer- und Minderheitenkult. Dieser führe unter anderem dazu, dass sich weiße Europäer und US-Amerikaner ihrer kulturellen und ethnischen Wurzeln zu schämen beginnen und sich von ihnen entfremden. Die Selbststilisierung in gesellschaftliche Opferrollen sei eines der Kennzeichen des sich in der Folge entwickelnden therapeutischen Staates.

Gleichzeitig aber sorgt sich Gottfried auch um das Anwachsen eines amerikanischen „Empire“, das versucht europäische Werte und Überlieferungen maßgeblich zu beeinflussen und zu ändern. Die Europäer, so der Autor, hätten begonnen, die aus dem amerikanischen Protestantismus entstandene multikulturelle Bewegung als essenziell notwendig für eine demokratischen Entwicklung hinzustellen. Im gleichen Maße werde dadurch der staatlich propagierten „multikulturellen Gesellschaft“ der Weg bereitet, die alle Traditionen zu kappen drohe, auf denen die westlichen Nationalstaaten einmal fußen. Sie hätten, bei aller sonstigen Kritik, auf diesem Gebiet in geradezu autoritätshöriger Weise amerikanische Vorstellungen übernommen. Eine vernünftige Entwicklung, weg von der „Politik der Schuld“ wird aber nach Ansicht des Politikwissenschaftlers, so lange nicht stattfinden, wie die Menschen einer radikal verzerrten Karikatur ihrer eigenen Geschichte hinterherlaufen. Es sei ganz offensichtlich, dass sich die therapeutisch ausgerichteten Führungskräfte der Zukunft sicher fühlten, solange sie eine als „unglücklich“ und „dämonisch“ bezeichnete

Vergangenheit austreiben könnten. Gottfried fragt dann, wie diese Politiker reagieren würden, wenn große Wählerscharen ihnen das Vertrauen entzögen? Wenn z.B. politisch unkorrekte Politiker trotz aller gegen sie gerichteten Angriffe überlebten und als Brennpunkte einer Opposition Erfolg hätten. Als Beispiel dafür wird u.a. das Auftreten des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider mit seiner FPÖ in Österreich und die darauffolgende Reaktion des Auslands gegenüber der Wiener Regierung angeführt.

Ein letztes Charakteristikum der global ausgreifenden Ideologie der Weltverbesserung, die sich in den USA und ihren Nachahmern entwickelt habe, betreffe die Aufhebung der Unterschiede zwischen nationalen und internationalen Politikfeldern. Die sich neugebildete Rechte (neokonservativ) sowie die linke Mitte billigten beide eine weltweit ausgerichtete Formulierung der amerikanischen Identität. Das Bild einer US-Nation, die durch fremde Einflüsse in riskante außenpolitische Verwicklungen gedrängt werde, müsse – so der Autor – als eine nationalistische Illusion der Konservativen in den USA betrachtet werden.

Hinsichtlich der amerikanischen Identität gibt Gottfried jedoch zu bedenken, dass durch die starke Einwanderung der Multikulturalismus ein selbstzerstörerisches Gesellschaftsmodell sei. Der völlig unreflektierte Grundsatz, einem jeden seine Authentizität zu belassen und zu bewahren, ziele zwangsläufig auf ein zeitlich gar nicht so fernes Ende der Toleranzkultur ab. Dies gelte auch für andere multikulturelle Gesellschaften des Westens. Aus der Dritten Welt zugewanderte Rassisten und Patriarchen mit ihren überkommenen Vorstellungen würden wahrscheinlich die gegenwärtige Regierungsform wegfegen, sobald sie aufgrund ihrer demografischen Entwicklung die Gelegenheit dazu bekämen, befürchtet der amerikanische Professor.

Fortsetzung auf S. 42, Sp1 u.

Mit Rückendeckung

Wie der Humanistische Verband in Berlin Politik macht

VON KNA-REDAKTEUR NORBERT ZONKER

Der Berliner Landesverband des Humanistischen Verbands Deutschlands (HVD) verstärkt seine Bemühungen um politischen Einfluss. Seine Kontakte zum Senat und zu den Abgeordnetenhausfraktionen, die bisher schon gut waren, knüpfte er bei den jüngsten Vorstandswahlen noch enger. So wurden jetzt zwei neue Landesparlamentarier in das Leitungsorgan des Verbands gewählt – ohne dass die bisherigen Verbindungen damit abrisen.

Zu diesen gehört Berlins Kultursenator Thomas Flierl (Linkspartei/PDS), von Amts wegen zuständig für die Beziehungen zu Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Er lässt seine HVD-Mitgliedschaft seit einiger Zeit „ruhen“, wie es heißt. Flierl, schon seit DDR-Zeiten gut mit dem heutigen HVD-Bundesvorsitzenden Horst Groschopp bekannt, bleibt dem Verband gleichwohl ideologisch verbunden, ebenso wie seine Lebensgefährtin Carola Bluhm, die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei-Fraktion im Abgeordnetenhaus ist und bisher auch dem HVD-Landesvorstand angehörte.

Neu im HVD-Vorstand ist die bildungspolitische Fraktionssprecherin der SPD, Felicitas Tesch, die bisher ihre Verbandsmitgliedschaft offiziell nicht angegeben hatte und gleich zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde. Die bildungspolitische Fraktionssprecherin der Linkspartei, Siglinde Schaub, bisher schon im Landesvorstand des Humanistischen Verbands, wurde bestätigt.

Würde sich der Verband überwiegend mit atheistischen Hochzeits- oder Trauerfeiern beschäftigen, wäre dies nicht weiter bemerkenswert, doch gehören gerade bildungspolitische Themen zum Kerngeschäft des HVD, der an den Berliner Schulen mit seinem Lebenskundeunterricht rund 37.000 Schüler erreicht. In der Diskussion um das geplante neue Pflichtfach „Ethik“ mischt der Verband kräftig

mit, nachdem er bereits die Versuche von Bildungssenator Klaus Böger (SPD) untergraben hat, den Status des Religionsunterrichts aufzuwerten. Das im März vorgestellte PDS-Konzept zum neuen Fach wurde maßgeblich von Schaub und Bluhm gestrickt, und in der SPD zeigt sich das Mitglied des Landesvorstands der Arbeitsgemeinschaft für Bildung, Gerd Eggers, besonders rührig. Er ist auch Sprecher des Humanistischen Verbands Berlin-Brandenburg.

Wie weit den Parteien dieser Einfluss immer bewusst ist, sei dahingestellt: SPD-Chef Michael Müller zeigte sich jedenfalls im Frühjahr überrascht, wie sehr die „Diskussion zum Werteunterricht“ auf der Homepage der Sozialdemokraten von dessen Positionen dominiert war. Die Interessen des HVD gelten aber nicht nur der Bildungspolitik, wie die Besetzung der weiteren Vorstandsposten zeigt. So wurden auch die sozialpolitische Sprecherin der Abgeordnetenhausfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Elfi Jantzen, sowie der Leiter der Geschäftsstelle Bezirke des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin, Eberhard Löhnert, in das Leitungsgremium gewählt. Das ist folgerichtig, hat sich doch der vorher unbedeutende Freidenker-Verband seit 1990 zu einer Art Sozialkonzern der weltlichen Betreuung von der Wiege bis zur Bahre entwickelt. Er betreibt an die 20 Kindertagesstätten sowie mehrere Beratungsstellen und Projekte im Gesundheits- und Sozialbereich und eine Sozialstation, die wiederum dem Paritätischen Wohlfahrtsverband angehören.

„Strategisches Ziel“ des HVD, der sich als Interessenvertretung der Konfessionslosen versteht, ist es nach Darstellung des Landesvorsitzenden Bruno Osuch, Körperschaft des öffentlichen Rechts zu werden. Das scheiterte erstmals 1996 am Senat und anschließend an den Gerichten. Das Verwaltungsgericht Berlin urteilte damals, die als Indiz für die Körperschaftsaner-

Der HVD ist eine Weltanschauungsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik und eine Kultur- und Interessenorganisation von Humanistinnen und Humanisten in Deutschland. In diesem föderalistischen Verband haben sich Menschen zusammengeschlossen, die für einen modernen Humanismus eintreten. Sie sind miteinander durch säkulare ethische Lebensauffassungen verbunden. ...

Zweck des Verbandes ist die Förderung von Humanismus und Humanität auf weltlicher Grundlage. Der Verband ist der Überzeugung, dass ein moderner praktischer Humanismus im Kern darin besteht, dass Menschen ein selbstbestimmtes und verantwortliches Leben führen und einfordern, ohne sich dabei religiösen Glaubensvorstellungen zu unterwerfen.

Mit seinem Bekenntnis zu einem modernen praktischen Humanismus knüpft der HVD über den Einschnitt von II. Weltkrieg und Kaltem Krieg hinweg an ältere Traditionen des weltlichen Humanismus an. Gleichzeitig sieht er sich als Verband herausgefordert, diese Weltauffassung als eine lebendige gesellschaftliche Kraft in Deutschland neu zu etablieren.

(aus: Humanistisches Selbstverständnis v. 10.11.2001)



kennung dienende Grenze von einem Promille der Bevölkerung sei „nicht ansatzweise erreicht“ und die Finanzierung des Verbands stehe „auf tönernen Füßen“.

Der Verband finanziert sich in der Tat zum größten Teil aus öffentlichen Mitteln. 2003 betrug der Eigenanteil des HVD nach Auskunft des Senats 54.140 Euro aus Beiträgen und Spenden. Demgegenüber stand eine staatliche „institutionelle Förderung“ in Höhe von 582.460 Euro. Hinzu kommt die Kostenerstattung für die mittlerweile rund 700 Mitarbeiter in den Diensten und Einrichtungen des Verbands, die sich aus öffentlichen Mitteln oder durch andere Kostenträger finanzieren. „Mit seinen Eigeneinnahmen konnte der HVD noch nicht einmal seinen eigenen Geschäftsführer finanzieren“, hieß es in der Antwort des Senats auf eine Anfrage aus dem Abgeordnetenhaus. Ungeachtet dessen strebt der HVD die Gründung einer Stiftung sowie einer eigenen Privatschule an. Auf politische Rückendeckung kann er dabei zählen. Bei einem Empfang zum 100-jährigen Verbandsjubiläum versicherte im Frühjahr jedenfalls Senator Flierl: „Der Unterstützung dieses Senats können Sie sich gewiss sein!“ (KNA)

ISLAMISMUS:

Selbstmordattentate als Freikarte fürs Paradies?

Das Institut für Islamfragen (IfI) in Bonn weist darauf hin, dass die Gewalttaten islamischer Extremisten nur vor dem Hintergrund der Verheißungen des Korans verstanden werden können. Unter den Motiven der Attentäter würden religiöse Gründe die bei weitem wichtigste Rolle spielen, betont Dr. Christine Schirrmacher, die wissenschaftliche Leiterin des Institutes.

Wer im Kampf für Allah stirbt, geht direkt ins Paradies ein. Seine guten und schlechten Taten werden nicht erst gegeneinander abgewogen. Eine möglicherweise qualvolle Höllenstrafe auf Zeit bleibt ihm erspart. Auch die Selbstmordattentäter des 11. September 2001 und der letzten Anschläge in Madrid, Bagdad, London und Izmir glaubten an eine paradiesische Belohnung für ihren Terror und beriefen sich häufig auf entsprechende Koranstellen. Sie meinten auf der Seite Gottes den gerechten Kampf gegen die Ungläubigen zu kämpfen.

„Und denen, die um meinetwillen ... Ungemach erlitten haben, und die gekämpft haben und getötet worden sind, werde ich ihre schlechten Taten vergeben, und ich werde sie in Gärten eingehen lassen, in deren Niederungen Bäche fließen als Belohnung von

Seiten Gottes. Bei Gott wird man gut belohnt.“ (Sure 3,195)

In einer offiziellen Fatwa verurteilte zuletzt allerdings der Rat der Sunniten in England den Londoner Anschlag als Verstoß gegen den Koran. Ihr Vorsitzender Mufti Muhammad Gul Rehman Qadri erklärte in Birmingham: „Wer hat irgendjemand das Recht gegeben, andere zu töten? Das ist eine Sünde. Jeder, der Selbstmord begeht, kommt in die Hölle.“

Mohammed – Vorbild auch in der Kriegsführung?

In Sure 5,32 und vermutlich zu Beginn seines Wirkens setzt Mohammed das Töten eines Menschen, der weder ein Mörder noch ein Unheilstifter ist und auch keine schwere Sünde, wie Ehebruch oder Glaubensabfall, begangen hat, noch mit dem Töten der ganzen Menschheit gleich. Selbstmordattentäter finden hier keine Legitimation. In Medina gewann Mohammed schnell an politischem Einfluss und militärischer Stärke. Gleichzeitig wuchs die Ablehnung durch Juden und Christen. Mohammed ging verstärkt militärisch gegen seine Gegner vor – auch gegen die ablehnenden arabischen Stämme von Mekka.

Der erst eher friedlich verstandene Aufruf zum „Djihad“ (wörtlich: Anstrengung auf dem Weg Gottes) wurde nun zunehmend kämpferisch

interpretiert. Einen jüdischen Stamm in Medina vertrieb Mohammed, die Männer eines anderen brachte er um, ihre Frauen und Kinder verkaufte er in die Sklaverei. In dieser Zeit postulierte Mohammed zunehmend den Krieg für Gott und gegen die Ungläubigen als heilige Pflicht:

„Die Gläubigen sind diejenigen, die an Gott und seinen Gesandten glauben und hierauf nicht in Zweifel hegen, und die mit ihrem Vermögen und in eigener Person um Gottes Willen Krieg führen. Sie sind es, die es ehrlich meinen.“ (Sure 49,15) „Prophet! Führe Krieg gegen die Ungläubigen und die Heuchler und sei hart gegen sie! Die Hölle wird sie aufnehmen – ein schlimmes Ende!“ (Sure 66,9)

Das „Haus des Islam“ und das „Haus des Krieges“

Der sunnitische Rechtsgelehrte al-Mawardi entwickelte im 11. Jh. n.Chr. eine bis heute einflussreiche Theorie des „Djihad“. Nach seiner Auffassung führen die Muslime als „Haus des Islam“ beständig einen gerechten Eroberungskrieg gegen die ungläubige Welt als das „Haus des Krieges“. Beide Bereiche können auf Dauer nicht friedlich nebeneinander existieren. Erst wenn die islamische Ordnung in Staat und Gesellschaft überall aufgerichtet ist, hört nach dieser Theorie der Krieg auf und ist ein dauerhafter Frieden möglich. Dieser Theorie hängen extremistische Gruppen an, wenn sie mit den Attentaten den Krieg gegen den Westen proklamieren. (IfI)

Fortsetzung von Seite 40

Dieses sowohl geistig als auch gesellschaftlich herausfordernde Buch verlangt vom interessierten Leser politischen und historischen Sachverstand, um seine Aussagen richtig einordnen zu können. Sie werden durch viele amerikanische und europäische Quellenhinweise untermauert, so dass ein einfaches „Überfliegen“ der Lektüre nicht sinnvoll erscheint. Umso mehr reizt es, sich mit dem Inhalt dieses in verständlicher Sprache verfassten Werkes kritisch auseinanderzusetzen. (bt)

Paul Edward Gottfried: Multikulturalismus und die Politik der Schuld, Ares Verlag 2004, Graz, 222 Seiten.

KURZ BERICHTET:

Türkische Republik: Kein Fortschritt seit zwei Jahren

Weiter kulturelle Unterdrückung und Bedrohung von Christen

Vor zwei Jahren, am 23. September 2003 richteten offizielle Vertreter der griechisch-, armenisch und syrisch-orthodoxen Kirche sowie der katholischen Kirche in der Türkei einen gemeinsamen Brief an den Menschenrechtsausschuss der Türkischen Nationalversammlung. Bis zum Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 war der Brief noch immer unbeantwortet. Deshalb wies die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) auf das Fortbestehen der in diesem Dokument genannten „grundsätzlichen Schwierigkeiten“ hin. Ebenfalls vor zwei Jahren ratifizierte die Türkische Republik den „Pakt für bürgerliche und politische Rechte“ der Vereinten Nationen. Die Menschenrechtsgesellschaft stellt fest, dass zwar von der EU geforderte Gesetze geschaffen wurden, aber den politischen Institutionen der Türkischen Republik offenbar die Kraft und der Wille zu deren Durchsetzung fehlten. (igfm)

POLEN: Umfangreiche Gedenkveranstaltungen anlässlich des 66. Jahrestages des Überfalls der Sowjetunion

VON JOACHIM G. GÖRLICH

Zum ersten Mal fielen die Gedenkveranstaltungen anlässlich des Überfalls der Sowjetunion am 17. September 1939 besonders ausgiebig aus, obwohl die Zahl 66 eher eine „Schnapszahl“ ist. Der Hintergrund ist klar: Der zunehmende Flirt Schröder-Putin, der den Argwohn der Polen besonders schürt.

Die renommierte bürgerliche „Rzeczpospolita“ (Die Republik) im FAZ-Format an der Spitze brachte ein Zwei-Seiten-Interview mit dem besten Kenner der russisch-polnischen Beziehungen, Prof. Dr. Pawel Wiczorkiewicz, vom „Historischen Institut der Universität Warschau“. Auf Seite 1 ein idyllisches Kartensstudium sowjetischer und deutscher Offiziere auf dem Hintergrund eines großen Stalin-Konterfeis.

Der Professor beteuerte, dass der Überfall der Roten Armee auf Polen heute fast überall übersehen wird, obwohl er von großer Bedeutung für den Verlauf des II. Weltkrieges war. Für den Oberbefehlshaber der polnischen Streitkräfte, Marschall Edward Rydz-Smigly, und somit für dessen Armee, kam der Überfall unerwartet. Übrigens: Rydz-Smigly verstarb nahezu incognito 1941 im NS-besetzten Warschau. Von seinem Aufenthalt wusste Admiral Canaris mit seiner „Abwehr“, gab diese Kenntnisse aber nicht nach Berlin weiter.

Wie es laut Prof. Wiczorkiewicz angeblich im Westen des damaligen Polens eine deutsche „V. Kolonne“ gab, so gab es etwas Analoges im damaligen Osten Polens. Da gab es eine sogenannte „Volksmiliz“, bestehend aus polnischen Kommunisten und dann gab es die „massive Illoyalität“ der jüdischen Bürger, von denen nicht wenige bald mit dem sowjetischen Geheimdienst NKWD zusammenarbeiteten. Ausschließen muss man davon die loyal gegenüber Polen sich verhaltenden jüdischen Eliten. Aber: „... ein Großteil der Juden fiel später den sowjetischen Säuberungen zum Opfer.“

Jedenfalls führten die „Volksmilizen“ im Vorfeld Sabotageakte, wie Überfälle auf polnische Einheiten

und Terrorakte durch. Nach dem Einmarsch der Roten Armee setzte der NKWD den Terror fort. Unterstützt wurden die „Volksmilizen“ von Sowjet-Fallschirmjägern. Prof. Wiczorkiewicz erinnerte schon in seinem Buch „Die Todeskette. Die Säuberung in der Roten Armee 1937-1939“ daran, dass nach Polen eine völlig undisziplinierte Streitkraft einmarschierte, deren Soldaten partiell ihr Gewehr an einem simplen Strick trugen und deren Offiziere völlig orientierungslos waren. Das Szepter führten bolschewistische Politkommissare und NKWD-Kommissare.

Und so muss man konstatieren, dass der Terror der Roten Armee und ihrem Gefolge unweigerlich immenser

war, denn auf der deutschen Besetzterseite – und auch viel brutaler

Als eines von vielen Beispielen berichtete der Professor, wie die rote Soldateska einem gefangenen polnischen Oberstarzt den Bauch aufschlitzte, ihm die Därme herausholte und sie um eine Brunnenkurbel wickelte usw. Dies geschah auf einem Bauernhof vor den Augen der Kinder des Dorfes.

Ergänzt sei, dass all diese sowjetischen Verbrechen von der „Kommission für die Fahndung der Verbrechen begangen an der polnischen Nation“ des „Instituts für nationales Gedenken“, die eigene Staatsanwälte besitzt, akribisch gesammelt werden. Dazu gehört auch die Zwangsdeportation nach Sibirien und Enteignungen. Was ja auch heißt, dass Polen de facto bereits ein Anti-Vertreibungszentrum besitzt. □

Polens neuer Verteidigungsminister Sikorski: Pole = Katholik

VON JOACHIM G. GÖRLICH

Eine eminente Rolle in Polens neuer nationalkonservativer Regierung wird mit aller Sicherheit Radoslaw Sikorski (42) spielen, der schon einmal unter Premier Buzek Verteidigungsminister war, und nicht von ungefähr der „Mann aus Washington“ genannt wird. Er hat dorthin die besten Beziehungen und war dort auch Direktor eines Instituts für Strategische Studien.

Zudem: Seine Frau Anne Applebaum, Pulitzer-Preis-Trägerin und Verfasserin des Bestsellers „Gulag“, kommt aus einer der einflussreichsten jüdischen Familien der USA. Die beiden Kinder, wie sie hervorhob, werden nach den Traditionen des polnischen Adels „Pole = Katholik“ erzogen; und auf ihrem Gutshof in Zentralpolen hält das Ehepaar öfters Hof.

Mit seinen Eltern gehört Sikorski zu den Pionieren der „Solidarnosc“-Gewerkschaft. Eines Tages tauchte er in London im Umfeld von Margaret Thatcher auf und studierte in Oxford. Möglicherweise war das kein Zufall,



denn in London gab es zu diesem Zeitpunkt noch die polnische Exilregierung, deren Premier einst der legendäre Armeeführer General Wladislaw Sikorski war – ein Sippenmitglied derer von Sikorski.

In den USA stehen bei Vizepräsident Cheney für ihn die Türen offen. Ebenso bei Richard Perle und beim Ex-Ghostwriter von Präsident Bush, David Frum. Der schwärmt gerade zu vom „einmaligen Paar“ Sikorski-Applebaum. Und im Pentagon schätzt man „Radek“ schon deswegen, weil er ein ausgezeichnete Afghanistan-Kriegsreporter war, der von der internationalen Presse dafür ausgezeichnet wurde. Die Franzosen dürften es sehr schen haben, ihn für sich zu gewinnen. Und antirussisch ist er schon von seiner Provenienz her. □

Russland: Ikonen der Subkultur

VON PAUL ROTH

1995 veröffentlichte M. Olgred eine Broschüre „Tätowierung: Geheimnis und Sinn“ (Moskau). Er stellte fest: „Auf Grund einiger Untersuchungen, die 1984 und 1985 gemacht worden sind, haben sich während der Militärdienstzeit 75 bis 82 Prozent der Gesamtzahl der Soldaten tätowieren lassen ... Die Prozentzahl tätowierter verurteilter beträgt 94 Prozent derjenigen im Freiheitsentzug.“

Natürlich hat es auch in der Zarenzeit Tätowierungen gegeben. Als 1872 ein Häftling aus Sachalin entlassen wurde, ließ er sich eine Tätowierung einstechen, die ihn mit einer Ikone und der Jahreszahl 1872 zeigte. Sein Sohn, der sich zur Sowjetzeit in einem Lager befand, übernahm diese Tätowierung, um zu zeigen, dass er aus einer Familie von Häftlingen stammte.

Die satirische Zeitschrift „Krokodil“ (Nr.11/95) veröffentlichte eine Karikatur, die ein nacktes Paar im Bett zeigt. Sein Körper ist bedeckt mit Tätowierungen. Sie fragt ihn. „Liebling, wieso ist bei dir der ganze Körper mit Tätowierungen bedeckt?“ Er antwortet: „Das sind Muttermale

Religiöse und magische Bedeutung der Tätowierungen

Tätowierungen kamen vor langer Zeit durch Seefahrer aus Afrika und Asien. Sie hatten ursprünglich eine religiöse, eine magische Bedeutung. Sie konnten Auskunft geben über die Herkunft des Trägers, sein Leben, seine Neigungen.

Tätowierungen vermitteln Informationen – vorausgesetzt man kann sie deuten. Denn ebenso wie die „Diebessprache“ in Russland, die nicht jedem verständlich ist, sind Tätowierungen vielfach mehrdeutig, können im Laufe der Zeit ihre Bedeutung verändert haben. Besonders deutlich wird das bei Tätowierungen mit religiösen Symbolen.

Hat man eine große Anzahl von Tätowierungen aus der Sowjetzeit, die alle nur denkbaren Themen darstellen – Hass gegen die Herrschenden, Pornographie, Tier- und Teufelsfratzen, Kampfszenen, Frauengesichter, Drohungen usw – so fällt auf, dass häufig religiöse Motive auftauchen (Abb. 1 u. 2). Dass diese Motive eindeutig von Ganoven und Kriminellen gewählt worden sind, macht stutzig, zumal eine Tätowierung aus der Vorkriegszeit nur aus dem Text besteht: „Mitleid des Menschen gegenüber einem Menschen erniedrigt einen Blatnoi (Bezeichnung für einen Kriminellen) und einen Dieb im Gesetz“.

Wenn heute in Russland ein Verdächtiger verhaftet wird, dann wird der Körper nach Tätowierungen abgesucht. Sie geben Aufschluss darüber, ob der Verdächtige schon einmal abgeurteilt worden ist, in welchem Lager er war, ob er eine „Diebes-Autorität“ gewesen ist, bzw. noch ist. Und sie wissen z.B., dass das eintätowierte „Diebeskreuz“ nicht über die moralische oder religiöse Einstellung des Trägers aussagte, sondern ihn als „Dieb im Gesetz“ kennzeichnet.

Die umfunktionierte Ikone

Die Ikone war und ist „Theologie im Bild“. Sie ermöglicht den Übergang vom Sichtbaren zum Unsichtba-



Abb. 2

ren, ist ein Fenster zum Absoluten. Sie soll beim Betrachter ein Gebet auslösen. Die Tätowierungen im Lager verwenden zwar häufig religiöse Symbole, sind jedoch Umfunktionierungen, die keineswegs auf Gott verweisen. In der Diebessprache bedeutet „Ikone“ entweder eine Fotografie oder aber die Lagerordnung.

An die Stelle der religiösen Bedeutung war eine Art magische Bedeutung getreten: „Daran hast du dich zu halten, wenn du Überleben willst.“

Natürlich gibt es Tätowierungen, die christliches Gedankengut enthalten. Das kann in der Darstellung der Muttergottes mit Kind (Abb. 3), in der Darstellung Jesu Christi ein Hilferuf



Abb. 1

des Sozialismus.“ Für russische Betrachter war klar, dass diese Tätowierungen zur Sowjetzeit in einem Lager eingestochen worden waren.

Tatsächlich beginnt die Tätowierungsmode oder Manie in den 20er und 30er Jahren in den Zwangsarbeitslagern. Und man könnte eine Geschichte der Sowjetunion schreiben, die sich aus den Tätowierungen der verschiedenen Entwicklungsabschnitte zusammensetzt.



Abb. 3

sein. In den achtziger Jahren entstand eine Tätowierung, die Gläubige auf den Knien vor Patriarch Alexej II. – im Hintergrund eine Kirche – zeigen mit dem Text „Herr, rette unsere sündigen Seelen.“ Doch die meisten Tätowierungen mit christlichen Symbolen sind nicht Ausdruck einer christlichen Gesinnung des Trägers. Das trifft z.B. auf die Darstellung der Kreuzigung Christi zu, die oftmals ganze Rücken bedeckt.

Die „Diebe im Gesetz“

Wenn der Unkundige erstaunt ist über religiöse Motive in Tätowierungen von Kriminellen, so muss man darauf verweisen, dass neben dem orthodoxen Christentum im Russland immer ein Rest heidnischer Vorstellungen und von Aberglauben weiterlebt. Zahlreiche mit religiösen Motiven ausgestattete Tätowierungen haben mehr eine magische Bedeutung, sind eher Talismane, die nur äußerlich etwas mit dem Christentum zu tun haben.

Die nach der Revolution einsetzende und sich ständig verschärfenden Religionsverfolgung führte nicht nur zur massenhaften Vernichtung von Kirchen, sondern auch von Ikonen. Sie wurden eingesammelt, verbrannt oder zerhackt, in Museen „unschädlich“ gemacht oder ins Ausland verkauft. Wo einst die Ikonenecke im Bauernhaus war, wurde nun eine Lenin-Ecke eingeführt, der Weg zur Umfunktionierung war beschriftet. Im Moskauer Argo bezeichnet man mit „Ikonostas“ die mit Orden übersäte Brust eines Kriegsteilnehmers oder Funktionärs.

Um die religiösen Motive in Tätowierungen zu verstehen, muss man in die zwanziger und dreißiger Jahre der Sowjetmacht zurückblicken. In den Lagern befanden sich sowohl die „sozial- Nahestehenden“, d.h. Kriminelle, die man umzuerziehen meinte. Man nannte sie anfangs „Urki“, die an die Stelle der Kriminellen aus der Zarenzeit getreten waren. Dazu kamen die „sozial Gefährlichen“, d.h. Nichtkriminelle, die auf Grund ihres Besitzes, ihrer Einstellung zur Sowjetmacht, auf Grund ihrer religiösen Überzeugung ins Lager gebracht worden waren.

So ist es nicht verwunderlich, dass diese „sozial-Gefährlichen“ auch religiöse Symbole mit einbrach-

ten. Diese konnten von den Nichtreligiösen mit eingebaut und umfunktioniert werden. Solange sich dies beschränkte z.B. auf die Darstellung Jesu Christi mit der Schrift „Heiliger Vater, rette und bewahre dein Gottesknecht“, scheint es die Tätowierung eines Gläubigen zu sein.

Dann kam es – wahrscheinlich Ende der 20er Jahre zur Organisation der Kriminellen unter dem Namen „Diebe im Gesetz“. Sie schufen nicht nur eine Gaunersprache mit mehr als 10.000 Wortbedeutungen, sondern auch ein eigenes Gesetz, das über die Zugehörigkeit zu ihrer Organisation bestimmte. Ein einfaches zumeist auf einem Finger eintätowiertes Kreuz wurde zur Kennzeichen eines „hohen“ Diebes in der Hierarchie der Diebe. Auch die Darstellung von Kirchenkuppeln oder einer nackten gekreuzigten Frau konnte eine ähnliche Bedeutung haben (Abb. 4).

Die „Diebe im Gesetz“ nahmen



Abb. 4

in Anspruch, dass bestimmte Tätowierungen nur ihnen zuständen. Tauchte ein Tätowierter auf, der sich nicht daran hielt, so hatte dies üble Folgen für ihn. Ein Häftling, der keine Tätowierung der „Diebe im Gesetz“ vorzuzeigen hatte, wurde „Petuschok“ (Hähnchen) genannt und behandelt, als gäbe es ihn überhaupt nicht.

Im Laufe der Jahrzehnte hat sich die Bedeutung der „Diebe“ verändert. Im Krieg dienten viele – entgegen dem Diebesgesetz – in den Streitkräften. In der nachsowjetischen Zeit raffen sie soviel Besitz und Kapital zusammen wie nur möglich, obwohl ihnen das einst vom Diebes-Gesetz verboten worden war.



Abb. 5

Ungeachtet dessen sind sie gefürchtete Kriminelle geblieben.

Tätowierungen gegen Ideologie und Sowjetmacht

Ein großer Teil der Tätowierungen verurteilt die kommunistische Ideologie und die Sowjetmacht. Bei einigen ist erkennbar, dass sie von einem Gläubigen stammen.

Schwieriger wird die Bewertung, wenn etwa eine Frauengestalt (Erzengel?) mit Schwert den Kopf von Karl Marx in der Hand hält (Abb. 5), darüber ein großes Kreuz. Der Text lautet: „Wer glaubt noch an die marxistische Lüge?“ und „Tod allen Teufeln der KPdS!“ Allerdings ist diese Tätowierung aus den sechziger/siebziger Jahren, als die Entstalinisierung die Ideologie ins Schwanken gebracht hatte.

Den „Dieben im Gesetz“ war es streng verboten, in irgendeiner Form mit dem Staat, der Partei zusammenzuarbeiten. Es ist bereits erwähnt worden, dass seit den fünfziger Jahren – bis heute sowohl die Ideologie, wie die Machthaber als Werkzeuge des Teufels in Tätowierungen angeprangert wurden. Natürlich schlug sich das auch in der Diebesprache nieder. Für Karl Marx tauchte die Spottbezeichnung „Kyl – Myrla“ auf. Der „Leuchtturm des Sozialismus“ war die Bezeichnung für das männliche Glied mit 25 cm, der „Leuchtturm des Kommunismus“

Abb. 6



hingegen für eine Länge von 30 cm.

Die Darstellung Stalins auf dem Mausoleum Lenins ist wahrscheinlich erst nach der Sowjetzeit entstanden. Der Text dazu lautet „Der vom Satan und dem Teufel nach Russland geschickte Bote“ (Abb. 6).

Sowjetpatriotismus und Antisemitismus

Neben den Tätowierungen gegen Ideologie und Sowjetmacht gab es jedoch auch solche für die Sowjetmacht.

Ob etwa die Entätowierung eines Stalinkopfes aus Überzeugung veranlasst war oder auf eine Verbesserung der Lagersituation hinzielte, muss offen bleiben. Es fällt jedoch auf, dass sich in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg sowjetpatriotische Tätowierungen auftauchen. Als politischen Hin-

tergrund kann man auf den von Stalin veranlassten russischen Sowjetpatriotismus hinweisen. Hinzukam jedoch die Tatsache, dass viele vorherige Kriminelle in der Armee gedient hatten – gegen das Diebesgesetz – und nun einen entsprechenden Sinneswandel vorzeigen wollten.

Da konnte man einen russischen Recken unter einem Kreuz mit dem Schwert in der Hand sehen mit dem Text „Wir tapferen Russen sind das von Gott selber erwählte Volk auf der Erde.“ (Abb. 7)

Ebenfalls aus den 50er Jahren stammt die Darstellung eines Engels, der einen knieenden russischen Ritter segnet (Abb. 8).

Diese Tätowierungen vermengen

Abb. 8



sich mit antisemitischen. Der Antisemitismus war keine Erfindung der Bolschewiki, wurde jedoch von

Stalin zusammen mit dem Sowjetpatriotismus gefördert. So zeigte eine Tätowierung der siebziger Jahre Iwan den Schrecklichen vor einem Christusbanner mit dem Zusatztext „Schlage und verjage aus dem heiligen Russland die Jidden!“

Aber auch die Regimegegner funktionierten den Antisemitismus in Tätowierungen um. So zeigt eine solche den Teufel, der vom Blitzstrahl Gottes getroffen wird (Abb. 9). Und der Text erklärt: „Der Allmächtige bestraft die Kommunisten“ und „Die Juden haben unseren Zar und dessen Familie erschlagen.“

Die Anhänger der rechts-natio-

Abb. 9



nalistischen Partei Barkaschows scheuen sich auch nicht, Hakenkreuze oder Hitlerköpfe entätowieren zu lassen. Absurd wird es, wenn die Bekämpfung von Juden und Muslimen vorausgesagt wird. Die Tätowierung zeigt einen russischen Recken, der gegen einen Muslim kämpft mit dem Text „Jahr 2000. Schlag die Jidden und Musulmanen! Bald wird es zum Zusammenstoß zwischen dem russischen Kreuz und

Abb. 7



Abb. 10



dem muslimanischen Halbmond kommen.“ (Abb. 10)

„Mit uns ist Allah!“

In den siebziger Jahren tauchen Tätowierungen mit dem Bekenntnis zum Islam auf. Zuerst scheinen es ganz harmlose zu sein, etwa die Darstellung einer Moschee. Dann verschärft sich der Ton. Aus Kasachstan kam in den 70ern eine großformatige Tätowierung mit Schild und Schwert und Halbmond und dem Text „Muslime, steht alle auf zur Verteidigung von Glauben und eigener Erde“. Die Berufung auf Allah wird mehrfach wiederholt. „Allah ist mit uns. Mit uns ist der Geist Dschingis-Khans“.

Mit dem Konflikt im Kaukasus verschärft sich der Ton. Eine Tätowierung zeigt einen angreifenden Wolf mit dem Untertext: „Für die Tschetschenen sind die Russen Feinde“. Über dem Wolf ist der Halbmond zu sehen (Abb. 11). Der Wolf ist ein altes Tätowierungssymbol, das später von den Tschetschenen vereinnahmt worden ist.



Abb. 11

Die Tätowierungen im Laufe der Zeit

Der vorliegende Text hat seinen Blick auf jene Tätowierungen geworfen, die religiöse Symbole verwendet oder umfunktioniert haben. Alle anderen, so z.B. die zahlreichen pornographischen Tätowierungen, wurden übergangen. Veränderungen in der Bedeutung der religiösen :Bedeutung hat es gegeben, als sich mit der Ent-

stehung der „Diebe im Gesetz“ die „sozial gefährlichen Elemente“ von den „sozial nahe stehenden“ trennten.

Der Sowjetpatriotismus und die Kriegszeit funktionierten zahlreiche religiöse Symbole um (Abb. 12). Diese Umfunktionierung zieht sich bis heute hin. So gibt die Eintätowierung der Kirche mit mehreren Kuppeln heute Auskunft über die Anzahl der Haftjahre an Hand der Anzahl der Kuppeln. Die Darstellung der Gottesmutter mit Kind wird zur Bitte oder zum Dank für einen gelungenen Raub. Die drei Buchstaben BOG für „Gott“ bedeuten in der Diebssprache „Ich werde weiter rauben“.

Die Vielfalt der Tätowierungen ist verwirrend und entspricht insofern der politischen und gesellschaftlichen Situation in Russland. Inzwischen lassen sich zahlreiche Jugendliche tätowieren als eine Art Jugendprotest. Sie wählen nach Lust und Laune alte und neue Motive, die auf Dauer eingestochen werden oder nach wenigen Tagen abgewaschen werden können. In den Großstädten gibt es „Tatu-Salons“.

Die politische Führung war verständlicherweise nicht interessiert an Veröffentlichungen über Tätowierungen. Denn sie hätten gezeigt, dass der prophezeite „neue Mensch“ nicht geworden war. Bezeichnenderweise erschien der erste Artikel aus Russland hierüber in der ungarischen Zeitung „Mozgó világ“ (Nr. 11/88)1 es war ein Interview mit dem einstigen KGB-Major D. Baldajew. Er hatte über Jahrzehnte hinweg Tätowierungen abgezeichnet und ein Teil dieser Zeichnungen sind auch in dem vorliegenden Artikel verwendet worden. Baldajew charakterisierte die Thematik der Tätowierungen folgendermaßen: „Abweichung von den leninschen Normen, Erstickung jeglicher Form der Demokratie, Fehlen von Glasnost, Verfälschung historischer Fakten, Existenz von lebenden Göttern in den obersten Machträngen ...“

Baldajew versuchte dann, in Russland eine eigene Untersuchung zu veröffentlichen. Man gestattet ihm allerdings nur 400 Exemplare für den Dienstgebrauch.

A. Bronnikow soll für den

Abb. 12



Dienstgebrauch 20.000 Tätowierungen gesammelt haben. Am 03.02.1992 zeigte eine Ausstellung in Moskau Tätowierungen aus dieser Sammlung. Im Mai 1995 kam es in Moskau zu einem internationalen Treffen von Tätowierern. Im Jahre 2001 stellte Baldajew knapp 800 Abzeichnungen von Tätowierungen zur Veröffentlichung zur Verfügung. Zwei weitere Bände sind vorgesehen.

Literaturhinweise:

- H. Schiffmacher, B. Riemschneider (Hrg.) 1000 Tatoos. Köln 1996.
- D. Baldajew. Tatuировки заключенных. St. Petersburg 2001.
- M. Djomin. Die Tätowierten. Frankfurt/M. 1973.
- Slovar' lagerno blatnogo tjuremno zargona. Moskau 1992.
- T. Nikitina. Tak govorit molodez. Petersburg 1998.
- A. Gurov, V. Rjabinin. Isповед vora v zakone. Moskau 1995.
- M. de Santerre. Ihr Name ist Legion. München 1962. □



50 JAHRE BUNDESWEHR:

Der zweite Bundespräsident und die Bundeswehr

Heinrich Lübke – ein fast vergessener Freund

VON DIETER KILIAN

Heinrich Lübke wurde am 14. Oktober 1894 im sauerländischen Enkhausen bei Arnsberg in der Nähe der Sorpe-Talsperre als eines von fünf Kindern (vier Söhne und eine Tochter) eines katholischen Schumachers und Landwirtes geboren. Der Vater Fritz starb früh – Heinrich war gerade acht Jahre alt. Aber der handwerkliche Betrieb und die sieben Hektar Land boten den Lübkes zumindest eine unabhängige und sorglose, wenngleich sparsame Grundlage, und der älteste Bruder Franz (1884?-1916) trat mannhaft in des Vaters Fußstapfen. Lübkes Familie war „militärisch vorbelastet“. Seine Vorfahren hatten u.a. 1815 in der Völkerschlacht von Leipzig und 1866 auf den Düppeler Schanzen im Krieg gestanden. Auch er selbst hatte sich schon als Junge für militärische Dinge interessiert. Nach dem Abitur im Jahre 1913 am Gymnasium Petrinum in Brilon arbeitete Heinrich Lübke zunächst als Praktikant in einem Vermessungsbüro und begann danach mit dem Studium der Geodäsie in Bonn, musste es aber schon nach einem Semester kriegsbedingt abbrechen.¹

Heinrich war 20 Jahre alt, als der Erste Weltkrieg begann. So war es selbstverständlich, dass er sich 1914 in Köln als Kriegsfreiwilliger meldete, weil er fürchtete, er würde „sonst zu spät an die Front kommen“, wie er in seiner Antrittsrede am 15. September 1959 einräumte. Nach seiner Grundausbildung bei der Artillerie – er selbst hatte sich diese Truppengattung ausgesucht, da auch seine Vorfahren als Kanoniere gedient hatten – kämpfte Heinrich Lübke ab dem Spätherbst 1914 an der Ostfront

(Masuren und Seehöhe) und war später an der Westfront eingesetzt, u.a. als Grabenbeobachter bei Langermark in Flandern. Vor Verdun wurde Lübke verschüttet und erlitt eine Gasvergiftung. Sein Bruder Franz fiel im Februar 1916 an einem anderen Frontabschnitt vor Verdun, ein schwerer Schlag für Heinrich, war ihm der älteste seiner Brüder doch immer Vorbild und Vaterersatz gewesen.

Mit dem Eisernen Kreuz II. und I. Klasse ausgezeichnet wurde Heinrich Lübke nach seiner Verwundung ins Hauptquartier des Armee-Oberkommandos 4 unter Generalfeldmarschall Herzog Albrecht von Württemberg (1865-1939) versetzt und kam anschließend ins Große Hauptquartier nach Kreuznach. Bei Kriegsende war Lübke Leutnant.

Den zweiten, ebenfalls älteren Bruder Friedrich-Wilhelm (1887-1954), einen gelernten Landwirt, hatte schon früh die See fasziniert: Von 1901 bis 1920 befuhr er auf Handelsschiffen – unterbrochen durch die Kriegsjahre – die Weltmeere, zuletzt mit dem Kapitänspatent für Große Fahrt (A6). Diese Zeit hat er später literarisch in vier Büchern verarbeitet, darunter „Hoch am Wind im Pazifik“. Im Ersten Weltkrieg diente er als Leutnant zur See in der I. U-Boot-Flottille und bekleidete bei Kriegsende den Rang eines Kapitänleutnants. Im Jahre 1920 wurde er sesshaft, da nach dem Versailler Vertrag die Handelsflotte aufgelöst wurde. Er ließ sich als Landwirt in dem kleinen Dorf Augaard südlich von Flensburg nieder. Im II. Weltkrieg leitete Friedrich-Wilhelm Lübke als Korvettenkapitän die Seetransportstelle des Oberkommandos der Marine im dänischen Aarhus. Er blieb auch nach dem II. Weltkrieg den norddeutschen Gefilden, seiner Wahlheimat, treu: 1946 wurde er Landrat des Kreises Flensburg und zugleich Mit-

glied des schleswig-holsteinischen Landtages in Kiel. Im Jahre 1951 trat er als fünfter Ministerpräsident an die Spitze von Schleswig-Holstein, nachdem sein Vorgänger Walter Bartram (1893-1971) nach nur einem Jahr im Amte zurücktreten musste. Er behielt dieses Amt bis zu seinem Tod im Oktober 1954; zeitgleich war er auch Vorsitzender der CDU im nördlichsten Bundesland. Nachfolger als Ministerpräsident wurde Kai-Uwe von Hassel (1913-1997), der spätere dritte Verteidigungsminister.

Von 1918 bis 1921 studierte Heinrich Lübke Volkswirtschaft und Verwaltungsrecht, sowie Boden- und Siedlungsrecht in Münster und Berlin. Seit 1931 vertrat er als Abgeordneter die Zentrumsparterie im Preussischen Landtag, wurde aber 1933 durch die Nationalsozialisten aus allen Ämtern entlassen und kam längere Zeit in Haft. Während des II. Weltkrieges arbeitete Lübke in einem privaten Architekturbüro, das später für die Mitarbeit der „Organisation Todt“ dienstverpflichtet wurde. Als Soldat wurde er jedoch nicht mehr einberufen. Nach dem Krieg schlug Lübke die politische Laufbahn ein, zunächst als Landtagsabgeordneter der CDU und von 1947 bis 1952 als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nordrhein-Westfalen. Von 1949 bis 1950 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. 1950 legte er sein Mandat nieder und trat im Jahre 1952 auf eigenen Wunsch auch als Landesminister zurück. Doch 1953 wurde er zum zweiten Mal Mitglied des Bundestages und übernahm das Ressort für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Kabinett Konrad Adenauers. Im Juli 1959 wurde Heinrich Lübke zum zweiten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt und trat im Herbst die Nachfolge von Prof. Theodor Heuss an, der nach zwei Amtsperioden verfassungsgemäß nicht wiedergewählt

werden konnte. Die Bundeswehr stand zu dieser Zeit gerade im fünften Jahr ihres Aufbaues. Wie später Helmut Schmidt, Franz Joseph Strauß und Richard von Weizsäcker betonte auch Lübke die prägende Kraft des Krieges

„Besonderen Einfluss auf meine Entwicklung hatten mein Elternhaus, der I. Weltkrieg ... und meine Tätigkeit als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. ... Im Kriege und als Minister für Ernährung und Landwirtschaft lernte ich Verantwortung für Leben und Gesundheit anderer zu tragen und erkannte Sinn und Bedeutung der Verpflichtung des einzelnen für die Gesamtheit.“²

Zwischen dem Ende des I. Weltkrieges und seinem Amtsantritt als Bundespräsident waren mehr als vier Jahrzehnte vergangen. Das Militärwesen hatte sich vor allem durch die Atomwaffen grundlegend verändert. Die beiden strategischen Atomwaffeneinsätze im August 1945 gegen Japan machten zwar das gewaltige Zerstörungspotential deutlich, aber ließen keine direkten und erfahrbaren Rückschlüsse auf die Nutzung taktischer Nuklearwaffen in einem europäischen Kriegsschauplatz zu. Und so wurde die Diskussion über Folgen und Konsequenzen zwar konträr und mit Schärfe und Engagement geführt, blieb aber letztlich immer im Theoretischen haften:

„Lübke bezog seine sicherheitspolitischen und strategischen Vorstellungen aus seinen Erfahrungen im I. Weltkrieg, den er als Leutnant der Reserve miterlebt hatte. Es war nicht leicht, ihm die veränderten Verhältnisse in den 60er Jahren und die Besonderheiten bündnisgemeinsamer operativer Planungen verständlich zu machen.

... Die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden lehnte er ab.“³

US-General Lauris Norstad (1907-1988), NATO-Oberbefehlshaber (SACEUR) von 1956-63, kam zu einer anderen Bewertung. Er hatte Lübke im Juli 1963 einen offiziellen Besuch abgestattet und war begeistert von dessen großem Interesse für Fragen der Bündnisverteidigung⁴, ein Urteil, das sicher mehr als nur di-

plomatische Höflichkeit war.

Lübkes Distanz zu Atomwaffen – basierend auf dem Erleben des Stelungskrieges im Westen – fand auch unter führenden Militärs, wie z.B. bei General Hans Röttiger (1896-1960), dem ersten Inspekteur des Heeres, Unterstützung. Strauß stellt fest, der militärische Überblick Lübkes, seines „väterlichen Freundes“, sei „nicht sehr groß“ gewesen.⁵ Doch für die dringend notwendige Normalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Streitkräften war nicht das militärische Fachwissen des Staatsoberhauptes gefragt, sondern dessen grundlegende Einstellung dem Militär gegenüber. Überdies sieht das Grundgesetz – anders als z.B. die Weimarer Verfassung – keine besonderen politischen und rechtlichen Beziehungen zwischen dem Staatsoberhaupt und der Bundeswehr vor. Hinsichtlich seiner inneren Einstellung zu den Streitkräften im Vergleich zum Vorgänger Heuss urteilt de Maizière: „Bundespräsident Heinrich Lübke war dem Soldaten innerlich enger verbunden.“⁶

Diese engere Beziehung war darin begründet, dass Lübke – anders als Heuss – als Soldat im Krieg gekämpft hatte; doch in der Grundhaltung zu den Streitkräften und ihrer Rolle in einem demokratischen Staat lagen beide Präsidenten auf der gleichen Linie.

Offenbar auf der Grundlage seiner eigenen Erfahrungen als Reserveoffizier im Kaiserreich ging es Lübke darum, das Verhältnis zwischen staatlicher Autorität und Bundeswehr durch eine Person an der Staatsspitze zu festigen und zu manifestieren. Dabei dachte er jedoch nicht an eine Änderung des Oberbefehls – wie sein Vorgänger Heuss – oder eine Eidesbindung an den Bundespräsidenten, sondern wollte dies vor allem durch Besuche und Gesten zum Ausdruck bringen. Zwar scheiterte er mit seinem Versuch, der durch den Eid begründeten Bindung des Soldaten an den Staat eine persönliche Note zu verleihen, in dem er den Bundespräsidenten als Integrationsfigur herausstellte, doch es gelang ihm – wie seinem Vorgänger Heuss – vor allem durch seine ungekünstelte Glaubwürdigkeit und Anteilnahme Distanz abzubauen. Lübke

stand der Wehrpflicht und dem Prinzip des „Bürgers in Uniform“ positiv gegenüber. Wehrdienstverweigerer fanden sein Verständnis nur, wenn sie sich in echter Gewissensnot gegen den Dienst mit der Waffe entschieden. Hierin unterschied sich Lübke z.B. von seinem Nachfolger Gustav Heinemann. Als ehemaliger Reserveoffizier und ausgezeichnete Frontkämpfer des I. Weltkrieges legte er den Grundstein für ein harmonisches und ausgewogenes Verhältnis zwischen Staatsoberhaupt und Bundeswehr und setzte dieses auch mit einer Reihe von Neuerungen um. Im Jahre 1960 – fünf Jahre nach Gründung der Bundeswehr – lud Lübke zu seinem Neujahrsempfang auf Empfehlung von Verteidigungsminister Strauß erstmals auch die militärische Führungsspitze in die Villa Hammer Schmidt, seinen Amtssitz, ein: Generalinspekteur Heusinger sowie die Inspektoren der drei Teilstreitkräfte, die Generale Röttiger (Heer), Kammlhuber (Luftwaffe) und Admiral Ruge (Marine), sowie Generalstabsarzt Dr. Joedicke, den Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens – ein protokollarisches Novum. Die Empfehlung des Ministers vom 4. Dezember 1959 war damit begründet worden, dass auch während der Weimarer Republik die Spitze von Heer und Marine vom Reichspräsidenten empfangen worden seien⁷ – hier war der Rückgriff auf traditionelle Gepflogenheiten erfolgreich.

Sein wohlwollendes Interesse und sein Verständnis auch für „optische Belange“ der Armee und ihrer Tradition bewies Lübke durch die Stiftung der Truppenfahnen im Jahre 1965. Am 7. Januar 1965 übergab er die erste Truppenfahne an das Wachbataillon, und am 24. April 1965 folgte die Übergabe durch Generalinspekteur Heinz Trettner und den Inspekteur des Heeres Ulrich de Maizière in einem Sportstadion in Münster an alle Kommandeure von Heer und Luftwaffe.⁸ Er hatte ferner angeordnet, dass der Generalinspekteur, die Inspektoren der Teilstreitkräfte und die deutschen Offiziere in den höchsten NATO-Verwendungen bei Übernahme und Beendigung ihres Amtes vom Staatsoberhaupt zu einem offiziellen Besuch empfangen werden.

Lübke wollte die Bundeswehr auch in den Wachdienst vor seinem Amtssitz und in das Protokoll bei Antritts- und Abschiedsbesuchen ausländischer Botschafter einbinden, scheiterte jedoch damit. Im Vergleich zum feierlichen Ablauf des Überreichens von Beglaubigungsschreiben in den meisten anderen Staaten bewegte sich das deutsche Protokoll damals noch am unteren Ende der internationalen Höflichkeitsskala: „zwei Polizisten mit Tschako“ am Eingang der Villa Hammerschmidt gewährten ein „Mindestmaß an Begrüßung pseudo-militärischer Art,“ meinte der damalige Verbindungsoffizier, Kapitän zur See Karl Heinz Herche.⁹ Doch seitdem hat sich manches geändert, und nicht zuletzt gab Lübke hierzu den Anstoß. Heute wird ein Botschafter, der dem Bundespräsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht, vor dem Gästehaus in der Pacellistraße in Berlin durch eine Ehrenformation der Bundeswehr begrüßt und später auch verabschiedet. Am Beglaubigungszeremoniell nimmt seither auch der Verbindungsoffizier der Bundeswehr beim Bundespräsidenten teil.¹⁰

Lübke erlebte in den zehn Jahren seines Amtes vier Generalinspektoren: Heusinger, Foertsch, Trettner und de Maizières. Im Jahre 1967 stimmte er einem Vorschlag de Maizières zu, bei den Auslandsreisen des Bundespräsidenten einen Vertreter der Bundeswehr in seiner Entourage (*persönliches Umfeld, Gefolge*) mitzunehmen – ebenfalls ein Novum. Erst nach Beginn seiner zweiten Amtszeit, im Dezember 1964, wurde dem Bundespräsidenten – nach langem Widerstand von ziviler Seite – auch ein Verbindungsoffizier des Verteidigungsministeriums im Range eines Kapitäns zur See bzw. Obersten zugeteilt, der u.a. den Bundespräsidenten bei Auslandsreisen begleitet und dann die Funktion eines „Adjutanten“ wahrnimmt.¹¹ Präsident Lübke hatte ihn angefordert, um in militärischen Fragen auf dem Laufenden zu sein und um beim Empfang hoher ausländischer Gäste durch eine militärische Ehrenformation anlässlich von Staatsbesuchen protokollarisch korrekt auf internationalem Niveau aufzutreten und die Bundeswehr sichtbar zu ma-

chen. In den ersten acht Jahren des Bestehens der Armee gab es diesen Dienstposten nicht. Die Verbindungsoffiziere haben im übrigen nicht unwesentlich dazu beigetragen, ein positives Bild des Soldaten beim Staatsoberhaupt zu festigen. Ihnen obliegt u.a. die protokollarische Bearbeitung und Durchführung von repräsentativen Veranstaltungen, an denen sie im Gefolge des Bundespräsidenten teilnehmen, sowie die Information des Präsidenten und des Staatssekretärs im Bundespräsidialamt über Fragen der Bundeswehr, die für diese von Interesse und Bedeutung sind. Darüber hinaus begleitet er ihn auf dessen Staatsbesuchen und bei Truppenbesuchen. Er bereitet die Besuche hoher ausländischer NATO-Befehlshaber, sowie die Antritts- und Abschiedsbesuche des Generalinspektors, der Inspektoren der Teilstreitkräfte und der höchsten deutschen Offiziere bei der NATO beim Staatsoberhaupt vor. Auch dies war eine Neuerung, die Bundespräsident Lübke eingeführt hatte. Im Dezember 1964 trat Kapitän zur See Karl Heinz Herche (1923-2004) den neugeschaffenen Dienstposten als erster Verbindungsoffizier beim Bundespräsidenten an und nahm ihn bis zum Ende der Amtszeit von Lübke im September 1969 wahr.

Lübke besuchte die Bundeswehr häufig und brachte den Soldaten dabei seinen Dank für ihren „Ehrendienst für Freiheit und Sicherheit der Bürger im Rahmen der NATO“ zum Ausdruck. So nahm er z.B. am 5. November 1960 als Ehrengast am Stapellauf des Schulschiffes „Deutschland“ teil. Am 9. Oktober 1961 ließ sich Lübke an seinem Urlaubsort Oberkolbenhof bei Aalen in Württemberg von Generalinspekteur Foertsch u.a. über die NATO-Manöver in Württemberg vortragen. Zwei Tage später, am 11. Oktober, sprach Lübke bei einem Besuch der Führungsakademie in Hamburg das Spannungsverhältnis an, das im Falle deutsch-deutscher Kampfhandlungen auf die Soldaten zukommen könnte und betonte dabei die Pflicht zur Notwehr. Am 9. März 1964 besuchte er die Schule der Bundeswehr für Innere Führung in Koblenz. Er verstand die Bundeswehr als moderne „Schule der Nation“ und als Stät-

te für staatsbürgerliche Bildung und eine „staatsbejahende Einstellung.“ Im selben Jahr besuchte Lübke Truppenteile des Heeres in Münsingen. Im März 1965 reiste er zur 1. Gebirgsdivision. Beim Heer galt Lübkes Interesse vor allem der Panzerabwehr. Er ließ sich darüber am 26. Juli 1966 unterrichten und sah dann die entsprechende Vorführung im scharfen Schuss auf dem Truppenübungsplatz in Munster.¹² Im Sommer 1968 war er bei einer Wafenschau des Jagdbombergeschwaders 31 („Boelcke“) anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Verbandes. Auch bei vielen Manövern der Bundeswehr zeigte sich Lübke als interessierter Gast¹³, so besuchte er z.B. im September 1968 das Manöver „Schwarzer Löwe“ des II. Korps unter Leitung von Generalleutnant Karl-Wilhelm Thilo (1911-1997) in Süddeutschland. Sogar um die nach seinem Urteil mangelhafte Ausrüstung und Bevorratung der Bundeswehr kümmerte sich der Bundespräsident. So sprach er sich am 28. Juli 1966 gegenüber dem damaligen Finanzminister Dr. Rolf Dahlgrün (FDP; 1908-1969; Finanzminister 1962-1966) dafür aus, keine weiteren Kürzungen im Verteidigungshaushalt vorzunehmen.¹⁴ Der Vorstoß war zwar erfolglos, zeigt aber, wie sehr Lübke sich militärischen Anliegen verbunden fühlte – ein Schritt übriges, der heute undenkbar wäre.

Bei seinem Staatsbesuch in Frankreich im Juni 1961, dem ersten Lübkes und auch dem ersten eines deutschen Staatsoberhauptes in Frankreich, besuchte Lübke auch den Stab der Alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa unter General Dr. Hans Speidel (1897-1984):

„In Fontainebleau wurde es allgemein vermerkt, dass sich der deutsche Bundespräsident trotz der Kürze der Zeit um die deutsche Delegation und die erste hohe deutsche Kommandobehörde im Rahmen der NATO persönlich kümmerte. Trotz vieler Versuche, auch von alliierter Seite, war es nie gelungen, Adenauer zu einem Besuch in Fontainebleau zu bewegen.“¹⁵

Auch dies war eine besondere Geste, bedenkt man die vielfältigen politischen Auflagen und den engen Zeitrahmen solcher Besuche. Diesen

– von der Bedeutung her eher peripheren – Besuch in das Programm einzubauen, war zweifelsohne nur durch ausdrückliche Weisung des Präsidenten möglich. Klarer als mancher Politiker, General und Admiral würdigte Lübke schon früh das Engagement des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr als Beispiel für staatsbürgerliches Verhalten „zum Wohle der Allgemeinheit.“¹⁶ Am 8. Juli 1969, kurz nach dem Ende seiner Amtszeit schrieb Lübke an Oberst Heinz Volland, den damaligen Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes, er habe sich „im Kreise von Soldaten immer sehr wohl gefühlt“ und es stets als „besondere Aufgabe“ betrachtet, „alle meinem Amte zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, um der Bundeswehr und den Soldaten zu helfen.“¹⁸ Klarer kann das Staatsoberhaupt seine Beziehung zu den Streitkräften nicht beschreiben.

Während seiner 10-jährigen Amtszeit erlebte Lübke drei Verteidigungsminister: Franz Joseph Strauß (1915-1988), Kai-Uwe von Hassel (1913-1997) und Dr. Gerhard Schröder (1910-1989), sowie vier Generalinspektoren: Adolf Heusinger (1897-1982), Friedrich Foertsch (1900-1976), Heinz Trettner (*1907) und Ulrich de Maizière (*1912). Die Jahre waren geprägt von brisanten Momenten der Weltpolitik, überschattet vom Ost-West-Konflikt: 1961 Mauerbau, 1962 Kuba-Krise und 1968 Einmarsch sowjetischer Truppen in die CSSR, sowie der Vietnam-Krieg bildeten die düstere Kulisse in einer schwierigen Zeit. Innenpolitisch kam es während seiner zweiten Amtszeit zum ersten Mal zu einer großen Koalition von CDU/CSU und SPD unter Führung von Kanzler Kurt-Georg Kiesinger (1904-1988) und Willy Brandt (1913-1992) als Vize-Kanzler und Außenminister.

Im Jahre 1969 – nach zehn Jahren im Amt – übergab Lübke das oberste Staatsamt an seinen Nachfolger Gustav Heinemann (1899-1976). Nur drei Jahre später, am 6. April 1972, starb Heinrich Lübke in Bonn. Als er am 13. April mit einem Staatsbegräbnis geehrt wurde, eskortierte – wie bei Adenauers Beisetzung – eine Ehrenbegleitung aus sechs Generalen und Admiralen mit großer

*Bundespräsident Heinrich Lübke verabschiedet am 15. Oktober 1963
Dr. Konrad Adenauer, der sich als 87-jähriger aus der Politik zurückzieht. Adenauer war der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Bundeskanzler – seit 20. September 1949.
(Fotos:Archiv)*

Ordensschnalle den Sarg des zweiten Bundespräsidenten. Nach dem Requiem wurde die sterbliche Hülle Heinrich Lübkes von Offizieren der Bundeswehr aus dem Kölner Dom getragen, gefolgt von Ehefrau Wilhelmine (1885-1981), dem Kölner Erzbischof Joseph Kardinal Höffner (1906-1987) und Bundespräsident Heinemann. Seine letzte Ruhe fand Lübke in seinem Heimatdorf Enkhausen.

War Lübke schon während seiner Amtszeit vielfältigen Verleumdungen, Vorwürfen, Spott und Diffamierungskampagnen ausgesetzt, so bleibt sein Bild – teils verlacht und teils bemitleidet – auch in der Rückschau auf seine Amtszeit bei Historikern, Kabarettisten und in der öffentlichen Meinung getrübt. In diesen



Urteilen der Nachwelt mag manches berechtigt sein, vieles hingegen ist überzeichnet und einiges sogar böseartig. Um die Bundeswehr und ihre Einordnung in den Staat jedoch hat sich der zweite Präsident der Bundesrepublik Deutschland in hervorragender Weise viele bleibende Verdienste erworben. Die Bundeswehr hat dies leider nur am Rande zur Kenntnis genommen und kaum gewürdigt.

Anmerkungen:

- 1 Siehe: Scholz, Günther: Die Bundespräsidenten, S. 174.
- 2 Lübke, Heinrich: Rede bei der Amtseinführung am 15. Sept. 1959.
- 3 Maizière, Ulrich de: In der Pflicht, S. 271
- 4 Morsey, Rudolf: Heinrich Lübke – Eine politische Biografie, S. 367.
- 5 Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, S. 366 f.
- 6 Maizière, Ulrich de: Führen im Frieden, S. 53.
- 7 Morsey, Rudolf : Heinrich Lübke – Eine politische Biografie, S. 365.
- 8 Der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Karl Adolf Zenker, übergab die Fahnen der Marine in einer eigenen Zeremonie.
- 9 Urteil des 1. Verbindungsoffiziers, Kapitän z.S. Karl Heinz Herche in: Morsey, Rudolf, Heinrich Lübke, S. 367.
- 10 siehe: Auswärtiges Amt-Protokoll (Referat 701): Akkreditierung und Beendigung der Mission von Botschafterinnen/Botschaftern Nr. 4.2 und 4.3.
- 11 Der Reichspräsident hatte seinerzeit – weil er zugleich auch Oberbefehlshaber der Reichswehr war – zwei militärische Adjutanten.
- 12 Maizière, Ulrich de: In der Pflicht, S. 271.
- 13 Speidel, Hans: a.a.O. S. 391

- 14 Morsey, Rudolf : Heinrich Lübke – Eine politische Biografie, S. 368.
- 15 Speidel, Hans: Aus unserer Zeit, S. 396.
- 16 Morsey, Rudolf: a.a.O. S. 366.
- 7 ebd. S. 369.

Literatur:

- Auswärtiges Amt: Protokoll (Referat 701) Akkreditierung und Beendigung der Mission von Botschafterinnen/Botschaftern.
- Lübke, Heinrich: Rede bei der Amtseinführung im Jahre 1959.
- Maizière, Ulrich de: Führen im Frieden, Bernard & Graefe Verlag für Wehrwesen, München 1974.
- Maizière, Ulrich de: In der Pflicht, Verlag E. S. Mittler & Söhne, Herford/Bonn 1989.
- Morsey, Rudolf: Heinrich Lübke – Eine politische Biografie, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1996.
- Scholz, Günther: Die Bundespräsidenten – Biographien eines Amtes, Verlag Decker & Müller, Heidelberg 1990.
- Speidel, Hans: Aus unserer Zeit – Erinnerungen, Verlag Ullstein, Frankfurt/Main 1977.
- Strauß, Franz Josef: Die Erinnerungen, Wolf Jobst Siedler Verlag, Berlin 1989.
- Weizsäcker, Richard Frhr. von: Vier Zeiten – Erinnerungen Bertelsmann Club, Rheda-Wiedenbrück 1997.

„... Ritterlichkeit als soldatischer und christlicher Wert“

Christliche Werte, Innere Führung und Militärseelsorge bei Tagung für Militärgeschichte

VON ANDREAS M. RAUCH

Ganz im Zeichen des 50-jährigen Jubiläums der Bundeswehr fand vom 12.-16. September 2005 im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn die 47. Internationale Tagung für Militärgeschichte statt. Eröffnet wurde die Tagung mit einem öffentlichen Vortrag von General a.D. Dr. Klaus Reinhardt „Eine ‚neue‘ Bundeswehr? – Anpassungsprobleme während der ersten neuen Einsätze“. Reinhardt plädierte für eine Verbesserung der ‚human resources‘ und eine Ausweitung der zivil-militärischen Zusammenarbeit, vor allem mit Einrichtungen wie der GTZ. Die bisherigen Reformen und weiteren Reformvorhaben des Generalinspektors Wolfgang Schneiderhahn unterstützte Reinhardt ausdrücklich.

Zur Bedeutung von Werten in der Bundeswehr

In einem geschichtlichen Rekurs ging es am folgenden Tag um den Neuanfang im Streitkräfteaufbau seit 1955 im politischen Spannungsfeld zwischen nuklearer Abschreckung und konventioneller Verteidigung. Themen wie „christliche Werte“ oder „Militärseelsorge“ wurden bei der Tagung nur am Rande gestreift, so etwa, als es um Tradition und Werte in der Bundeswehr ging. Von Wichtigkeit war dabei der Vortrag von Major Zimmermann über historische Bildung und Traditionspflege in der Bundeswehr, der auf die Werteordnung des Grundgesetzes und auf das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“ (von Baudissin) abhob. Pflicht, Ehre und Vaterland wurden von Zimmermann als zeitlose, soldatische Werte benannt, die in der NS-Ära nur im Kontext des 20. Juli 1944 erhalten blieben. Auf Grund der gebrochenen Geschichte Deutschlands hatten deutsche Soldaten nach 1956 einen schwierigen Umgang mit Traditionen, was sich wieder spiegelt in den verschiedenen Traditionserlassen der Bundeswehr. Die NS-Ära zeigte, dass Ruhm und Ehre, also die Figur des heldenhaften Kämpfers,

allein nicht ausreicht, um das Ethos des Soldaten zu bestimmen, sondern in der Achtung und Würde des Menschen verwurzelt sein muss. Zimmermann äußerte, dass wir bei soldatischen Werten heute nicht den heroischen, heldenhaften Soldaten brauchten, sondern Soldaten, die den Alltag bewältigen und leben und dabei Zivilcourage besäßen.

Im Referat von Gernhard Kümmer (SOWI) zum Thema „Ein Offizier und Gentleman? Ritterlichkeit im Selbstverständnis des Soldaten und ihre Auswirkungen auf die Geschlechterordnung in der Bundeswehr“ wurde auch eine Verbindung zwischen soldatischen und christlichen Werten aufgezeigt. Dabei wurde deutlich, dass Ritterlichkeit soldatische Werte impliziert, die noch heute Orientierung sein können. Das Rittertum selbst stellt eine abgeschlossene geschichtliche Epoche dar, deren die Gesellschaft prägende Hochphase in der Zeit der Staufer anzusiedeln ist und die mit dem Einsatz von Schusswaffen endete. In den Begriff der Ritterlichkeit fließen antikes und germanisches Erbe als auch christliche Grundwerte ein: Selbstbescheidenheit, Ehre, Tapferkeit, Gewissenhaftigkeit, Opfer- und Hilfsbereitschaft sowie Engagement für die Schwachen, Kranken und Wehrlosen gelten als ritterliche Tugenden. Die Ritter stellen ein gesellschaftliches Verhaltensmodell im Mittelalter dar, welches wie beim Templerorden monchisch-asketisch geprägt war. Rittertum steht nach Norbert Elias für die Anfänge des abendländischen Zivilisierungsprozesses. Der Ehrenkodex des Rittertums impliziert erste Elemente eines humanitären Völkerrechts, etwa beim Gebot, Kriegsgefangene sorgsam zu behandeln. Für den Widerstandskämpfer Claus Graf Schenk von Stauffenberg waren die mittelalterlichen Tugenden des Ritters geistiges Vorbild. Kümmer zeigte auf, dass Ritterlichkeit meist mit Männlichkeit verbunden wird und auf Frauen eher nicht angewendet wird.

Kümmer plädierte dafür, Ritterlichkeit weniger geschlechterspezifisch anzusehen, da auch Frauen sich ritterlich verhalten könnten. In der Diskussion wurde deutlich, dass der Begriff der Ritterlichkeit auf Personen der Zeitgeschichte wie Erwin Rommel angewendet werden kann.

Innere Führung und Militärseelsorge

Nachdem mehrere Referate zu sicherheitspolitischen und wehrtechnischen Themen gehalten wurden, schloss die Tagung mit einem Vortrag von Brigadegeneral Robert Bergmann, Kommandeur des Zentrums Innere Führung in Koblenz, zur Frage: „Eine Neubegründung der Inneren Führung? – Soldatenprofil und Einsatzerfahrung“ ab. Bergmann hob hervor, dass das Konzept der Inneren Führung der Bundeswehr in Beziehung zum Gesellschaftswandel in der Bundesrepublik Deutschland zu sehen ist. So stand in den ersten Jahren der Bundesrepublik schlichtes Überleben und konkreter Wiederaufbau im Vordergrund, eng verknüpft mit einer kleinbürgerlichen Wertekultur. Die „Adenauer-Jugend“ wählte mehrheitlich CDU – wie keine Jugendgeneration nach ihr; ihr Bestreben war, möglichst rasch erwachsen zu werden. Die Diskussion um die deutsche Wiederbewaffnung unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ zeigte dann bereits Mitte der 50er Jahre an, dass gesellschaftlich gesehen Militärs auch in der Adenauer-Gesellschaft marginalisiert waren und der Offizier nicht mehr wie in den Jahrzehnten zuvor als gesellschaftliche Leitfigur diente. Bergmann hob hervor, dass dieser sich andeutende Trend in den 60er Jahren mit den von den Jugendlichen favorisierten Selbstentfaltungswerten weiter verstärkt wurde: der bewusste Regelverstoß, militanter Protest, Rock & Pop, lange Haare, jugendliche Subkultur, Mottos wie „Trau keinem über 30“ – kurzum ein Höchstmaß an Autonomie standen im Vordergrund, womit die Bundeswehr von

vielen jungen Menschen als ein überkommenes, autoritäres Gegenmodell wahrgenommen wurde. Die Bundeswehr geriet zunehmend in eine gesellschaftliche Sonderrolle.

Die Bundeswehr, so Bergmann, wurde trotz ihres Konzepts der Inneren Führung aufgrund des Linkspopulismus in den 70er und 80er Jahren gesellschaftlich isoliert. Vietnam, Iran oder Chile waren Länder, an denen sich politische Kritik entzündete. Zudem musste sich die Bundeswehr etwa damit auseinandersetzen, dass die eigenständige Phase Jugend sich oft bis in das Lebensalter von 30 bis 35 Jahren verschob und es zu keiner spezifischen Generationsprägung mehr kam. Die westdeutsche Gesellschaft wurde auch aufgrund des Zuzugs von ausländischen Arbeitskräften immer pluralistischer und multikultureller. Diese Entwicklung, verbunden mit einer Entpolitisierung ganzer Bevölkerungsgruppen, hält bis heute an. Das Konzept der Inneren Führung wird von vielen Soldaten oftmals nicht wirklich verstanden und ihr besonderer Charakter meist wenig gewürdigt. Hinzu tritt der Transformationsprozess in der Bundeswehr insgesamt und Neuerungen wie etwa die Eingliederung von Frauen in die Bundeswehr. Bergmann hob hervor, dass weibliche Studenten eindeutig die besseren Hochschulabschlüsse erzielen. Gesellschaftlich gesehen, so Bergmann, sieht sich die Bundeswehr und mit ihr das Konzept der Inneren Führung großen Herausforderungen gegenüber.

Zum 50-jährigen Jubiläum der Bundeswehr erschien im Rombach Verlag¹⁾ der Sammelband „Entschieden für Frieden. 50 Jahre Bundeswehr“, der anlässlich der Tagung in Bonn von Parlamentarischen Staatssekretär Hans Georg Wagner präsentiert wurde. Der Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA), Oberst Dr. Hans Ehlert, hob hervor, dass es sich hier um die einzige Publikation im Fest-

jahr „50 Jahre Bundeswehr“ handelt, die von einer Einrichtung der Bundeswehr selbst erstellt wurde. Horst Scheffler, Leitender Wiss. Direktor am MGFA und zuvor Leitender Evangelischer Militärdekan in Mainz, veröffentlicht in diesem Buch einen Beitrag zum Thema „Die Militärseelsorge der Bundeswehr“. Scheffler führt aus, dass der Militärseelsorgevertrag von 1957 die Seelsorge in der Bundeswehr auf eine neue Basis stellte. Anders als in der Vergangenheit sollte nach Scheffler die seelsorgerische Tätigkeit der Militärggeistlichen in den Streitkräften ohne Beeinflussung und Bevormun-



Ritter des 12. Jhs. im Kettenhemd

dung des Staates erfolgen. Dies erforderte jedoch eine besondere dienstrechtliche Gestaltung der Militärseelsorge und eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten von Kirche und Staat, wie dies im Militärseelsorgevertrag dann umgesetzt wurde. Bei der Katholischen Militärseelsorge, die Scheffler auch anspricht, bildete das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 die Rechtsgrundlage für die Wiedererrichtung der Katholischen Militärseelsorge.

Mit der Militärseelsorge befasst sich auch auf drei Druckseiten der inoffizielle Jubiläumsband „50 Jahre Bundeswehr. 1955 bis 2005“²⁾, der

am Rande der Tagung zur Sprache kam. In diesem Beitrag werden Geschichte und Aufgaben der Militärseelsorge skizziert. Die beiden Autoren sind eng mit der Arbeit der Bundeswehr verbunden. Die Autoren Rolf Clement und Paul Elmar Jöris sind tätig als Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung beim Bundesminister der Verteidigung. Clement wirkt zudem als Mitglied in der Studiengruppe Strategien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und erhielt den Karl-Carstens-Preis 1999 der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Jöris arbeitete als langjähriger verteidigungspolitischer Korrespondent des Westdeutschen Rundfunks in Bonn, Brüssel und Berlin. Mit 400 schwarz-weiß und Farb-Abbildungen versucht dieser Band, auch in Bildern die 50-jährige Geschichte der Bundeswehr dem Leser näher zu bringen. Der Text ist einfach und verständlich, eben journalistisch, formuliert. Als Zielgruppe können die Soldaten der Bundeswehr benannt werden und alle, die sich mit Bundeswehr und Sicherheitspolitik befassen. Im Prinzip liefert die Veröffentlichung einem kleinen Lexikon gleich Informationen zu Themen und Stichworten wie humanitäre Bundeswehrein-sätze im In- und Ausland, die Affären der Bundeswehr, die Rolle der Frauen in den Streitkräften, Ausrüstung und Verwaltung, einzelne Phasen der Bundeswehrgeschichte, die militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr und den gegenwärtig andauernden Transformationsprozess.

¹⁾ Klaus-Jürgen Bremm, Hans-Hubertus Mack, Martin Rink: Entschieden für Frieden. 50 Jahre Bundeswehr 1955 bis 2005. (hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes). Rombach Verlag: Freiburg i.Br./Berlin 2005, 672 S.

²⁾ Rolf Clement/Paul-Elmar Jöris: 50 Jahre Bundeswehr. 1955 bis 2005. Hardcover-einband, Verlag E.S. Mittler&Sohn: Hamburg, Berlin, Bonn 280 S., 400 s/w- u. Farb-Abb.

Nie wieder Krieg

Paul VI. als erster Papst vor der UNO-Vollversammlung

VON KNA-REDAKTEUR JOHANNES SCHIDELKO

„Niemals mehr Krieg! Der Friede muss das Geschick der Völker und der ganzen Menschheit leiten!“ Mehrfach haben Päpste in den vergangenen Jahrzehnten diesen Appell an die Staatengemeinschaft gerichtet. Erstmals fiel das Zitat aber vor genau 40 Jahren bei der historischen Rede von Papst Paul VI.: Am 4. Oktober 1965 wandte sich Paul VI. als erster Papst an die Vollversammlung der Vereinten Nationen im New Yorker Glaspalast. Das katholische Oberhaupt schlug neue Wege ein: die erste Reise nach Amerika, überhaupt eine der ersten Auslandsreisen eines Papstes der Neuzeit. Wenige Wochen vor dem Ende des II. Vatikanischen Konzils wandte sich Paul VI. rechtzeitig zum 20. Jahrestag der UNO an die Staatengemeinschaft, um den Konzils-Auftrag zur Öffnung und zum Dialog der Kirche mit der Welt zu unterstreichen. Die Medien berichteten vor 40 Jahren von einem „Triumphzug“: Der vom Typ her eher schüchterne Papst wurde gefeiert wie ein Star. Mit 100.000 Gläubigen feiert er im Yankee-Stadion eine Messe.

Vertreter der internationalen Gemeinschaft aus mehr als 100 Staaten hörten damals die Friedensbotschaft des Papstes, nur die Delegation Albaniens fehlte. Sieben Regierungschefs und 23 Außenminister waren anwesend. Paul VI. wurde mit „langanhaltendem, stürmischem Beifall“ begrüßt. Friede werde nicht durch das Gleichgewicht der Kräfte und der Interessen aufgebaut, sondern „durch Geist, mit Ideen und mit Friedenswerken“, lautete seine Botschaft. Der Papst stellte klar, dass seine Reise der Auftakt einer mühsamen Pilgerfahrt auf der „Suche nach dem Zwiegespräch mit der Welt“ sei. Mit seiner Botschaft spreche er für die Toten und die Lebenden: Für die Toten, die in den Kriegen starben und von Eintracht und Weltfrieden träumten und für die Lebenden, die keinen Krieg mehr wollten. Frieden

könne aber nicht durch Abschreckung, sondern nur mit Friedenswerken erreicht werden. Grundvoraussetzung für den Frieden sei die Abrüstung, betonte der Papst auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs.

Zwar würden auch künftig Defensivwaffen nötig sein, räumte der Papst ein. Aber man müsse nach Wegen suchen, um internationale Sicherheit ohne Waffengebrauch zu gewährleisten. Die UNO sei nicht nur dazu da, Konflikte zu beschwören, sie müsse auch die Staaten zur Zusammenarbeit und zur Solidarität anhalten, appellierte Paul VI. Und sie müsse die Achtung vor dem Leben verteidigen. Nicht nur, indem „genügend Brot auf dem Tisch der Menschheit ist, und nicht darin, eine künstliche Geburtenkontrolle zu begünstigen“.

Fast auf den Tag 30 Jahre später, am 5. Oktober 1995, trat wieder ein Papst vor die UNO. Zum 50. Jahrestag der Vereinten Nationen hielt Johannes Paul II. eine Rede vor der Vollversammlung – unter veränderten Bedingungen. Der Kalte Krieg mit dem Gleichgewicht des Schreckens war vorbei, der weltweite Frie-

den aber weiterhin eine Illusion. Angesichts der Kämpfe auf dem Balkan warnte der Papst vor überzogenem Nationalismus, vor einer Ausweitung von Krieg und Terror. Er plädierte für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für die moralische Verpflichtung, eine Nation vor ungerechten und gewaltsamen Angriffen zu verteidigen. Und er forderte einen Minderheitenschutz. Die Menschheit müsse in Frieden, Respekt und Solidarität in einer Welt zusammenleben, in der Gewissens- und Religionsfreiheit geachtet werden.

Ein weiterer Verdienst geht auf Paul VI. zurück: Seit seiner historischen Rede vor 40 Jahren wird die Stimme der Kirche bei den Vereinten Nationen gehört. Der Vatikan begleitet – unter Wahrung einer „positiven Neutralität“ – die Arbeit der Vereinten Nationen. Er ist dabei aber nicht Vollmitglied, sondern durch einen „Ständigen Beobachter“ im Rang eines Erzbischofs vertreten. Damit habe der Vatikan aber „praktisch alles“, was er brauche, um seinen Dienst für die Völkergemeinschaft in diesem Forum wahrnehmen zu können, so ein Vatikan-Diplomat. □

STICHWORT: Zweites Vatikanisches Konzil

Das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) hat die katholische Kirche in eine neue Zeit führen und neue Impulse für die Einheit der Christen geben wollen. Die ganze Wahrheit des Glaubens sollte auf eine neue Art ausgesagt werden. Auch für eine Aussöhnung von Kirche und Judentum wurde eine neue Grundlage geschaffen. Papst Johannes XXIII. hatte das Konzil 1959, kurz nach seiner Wahl, angekündigt. Es begann am 11. Oktober 1962 und endete nach vier Sitzungsperioden vor genau 40 Jahren, am 8. Dezember 1965.

In dieser Zeit erarbeiteten die 2.850 Konzilsväter 16 Dokumente: vier Konstitutionen, neun Dekrete und drei Erklärungen. Schlüsseldokumente sind die Konstitutionen. Eine formulierte mit dem Bild der Kirche als dem pilgernden Volk Gottes ein neues Kirchenverständnis, wonach jeder Einzelne Mitverantwortung trägt. Aus der Konstitution über die Liturgie erwuchs eine Reform des Gottesdienstes und der Sakramente sowie die Einführung der Volkssprache anstelle des Latein. In der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute äußerte sich das Konzil zu den Problemen der Moderne. Die vierte Konstitution ebnete einer modernen Erforschung der Bibel den Weg.

Das Zweite Vatikanum war das 21. und bisher letzte ökumenische Konzil der katholischen Kirche. An den Sitzungen im Petersdom nahmen auch mehr als 100 Beobachter nichtkatholischer Kirchen und Gemeinschaften teil. (KNA)

VOR 500 JAHREN:

Schweizergarde am 26. Januar 1506 gegründet

Mit einem Festgottesdienst und einem Sternmarsch ehemaliger Gardisten hat am letzten Wochenende im September in Luzern das Jubiläum zum 500-jährigen Bestehen der päpstlichen Schweizergarde begonnen. Für die Regierung des Kantons Zürich erklärte der protestantische Bundesrat Christoph Blocher, die „unkatholische Schweiz“ habe mindestens zwei Gründe, die päpstliche Garde „mit Wohlwollen und Achtung“ zu betrachten: „das Bekenntnis zu den christlichen Grundwerten und den Willen, für eine höhere Sache einzustehen.“ Der Präsident des Fördervereins 500 Jahre Schweizergarde und Abt des Klosters Einsiedeln, Martin Werlen, betonte in seiner Ansprache: „In der Kirche gibt es keine Ausländer – darum auch keine fremden Dienste.“ Am Sonntag (25.09.2005) zelebrierte der Vorsitzende der Schweizer Bischofskonferenz und Churer Bischof Amedee Grab ein Pontifikalamt.

Die Schweizergarde ist die Schutztruppe der Päpste. Im September 1505 wurden auf Ersuchen von Papst Julius II. in Luzern und Zürich die ersten Söldner zu seiner Bewachung rekrutiert. Sie zogen im Dezember nach Rom und präsentierten sich am 22. Januar 1506 dem Papst. Dieser Tag gilt als offizielles Gründungsdatum der Garde und soll mit einem Festgottesdienst in der Sixtinischen Kapelle im Vatikan gefeiert werden. Zum Jubiläum wird zudem unter anderem der historische Marsch der ersten Gardisten über die Alpen nachgestellt. Als besondere Heldentat und eigentliche Geburtsstunde der Truppe gilt der Kampf der Garde gegen die plündernden Söldner von Kaiser Karl V. beim „Sacco di Roma“ 1527. Damals starben 147 Gardisten bei der Verteidigung von Papst Clemens VII. Nach geltender Ordnung ist heute die Hauptaufgabe der dem Papst direkt unterstellten Garde, über die Sicherheit der Person und der Residenz des Heiligen Vaters zu wachen. Zudem begleitet sie das Kirchenoberhaupt auf Reisen, kontrolliert die Eingänge zum

Vatikanstaat und nimmt Ordnungs- und Ehrendienste wahr.

Zweijährige Dienstzeit

Während ihrer mindestens zweijährigen Dienstzeit sind die Gardisten Bürger des Vatikanstaats. Mitglied der Truppe, deren Sollstärke bei 110 Mann liegt, können nur katholische, ledige Männer werden, die in ihrer Heimat Militärdienst geleistet haben. Sie müssen mindestens 1,74 Meter groß sein und dürfen beim Eintritt nicht älter als 30 Jahre sein. Offiziere dürfen heiraten. Die Kommandanten stammen in der Regel aus Schweizer Adelsfamilien. 2003 wurde erstmals ein Nicht-Weißer vereidigt. Als Legende gilt die Überlieferung, nach der die gelbblau-rote Gala-Uniform der Garde von Michelangelo entworfen worden sein soll. Zu dieser Uniform gehört auch ein Brustpanzer. Die einfache Dienstkleidung besteht aus dunkelblauem Wollstoff. (KNA)

ACRITER ET FIDELITER – TAPFER UND TREU

Zum 500-jährigen Jubiläum der päpstlichen Schweizergarde hat der Verlag Ferdinand Schöningh ein reich bebildertes Werk, gut recherchiert und verständlich geschrieben herausgegeben. Verfasst wurde es von dem schweizer Historiker Robert Walpen (Jg. 1948), ehem. Oberst der Schweizer Armee. Papst Benedikt XVI. schrieb das Vorwort zu diesem Werk. Drei Teile mit insgesamt 21 Kapitel behandeln die wichtigsten Ereignisse aus der Geschichte der Garde, ihr Umfeld (Uniformen, Fahnen und Waffen, Gotteshäuser und Gardefriedhof, Quartier und Unterstützung aus der Schweiz) sowie Einzelheiten aus dem Leben und Dienst der Gardisten (Alltag, Organisation, Ausbildung, Motivation, Vereidigung am Tag des „Sacco di Roma“, bis hin zur Mannschaftsliste ab 1900) Auch das tragische Ereignis vom 4. Mai 1998 (Tod im Vatikan) wird nicht ausgespart. Ein hoch interessantes, ja spannendes Buch für alle, die mehr über die vielleicht ungewöhnlichste Truppe der Welt wissen möchten. (PS)



Jüngere Beiträge über die Schweizergarde im AUFTRAG:

- Nr. 231/1998, S. 77
- Nr. 233/1998, S. 93
- Nr. 236/1999, S. 80
- Nr. 249/2003, S. 94 – Foto
- Nr. 250/2003, S. 81

Schweizergarde im Internet:

www.vatican.va/roemische_kurie/schweizergarde



Robert Walpen: *Die Päpstliche Schweizergarde*. Verlag Schöningh, Paderborn 2005. 272 S., zahlreiche farbige und schwarz-weiß Abbildungen

Gewissensfreiheit endet nicht am Kasernentor

Meinungen kirchlicher Experten für friedensethischen Fragen
zu einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

Der Freispruch des Bundesverwaltungsgerichts für einen Bundeswehrmajor, der im April 2003 vor dem Hintergrund des Irak-Kriegs zu zwei Befehlen den Gehorsam verweigert hatte (s.a. AUFTRAG 259 S.3), hat im Juni vor allem wegen der Ausführungen der Richter zu diesem Kriegseinsatz Interesse geweckt. Die inzwischen vorliegende schriftliche Begründung des Urteils (BVerwG 2 WD 12.04) ist aber weit darüber hinaus von grundsätzlicher Bedeutung. So sehen es jedenfalls kirchliche Experten für friedensethische Fragen.

Das Gericht bescheinigt dem Soldaten nicht nur, dass er zu Recht Bedenken gegen die von den Regierungen der USA und Großbritanniens eingeleiteten militärischen Kampfhandlungen gegen den Irak hatte. Diese hätten eindeutig gegen das Völkerrecht verstoßen. Auch gegen die von der Bundesrepublik Deutschland zugesicherten Unterstützungsleistungen bestehen deshalb nach Auffassung des Gerichts „gravierende völkerrechtliche Bedenken“. Für „Pax Christi“-Generalsekretär Reinhard J. Voß ergibt sich daraus die Konsequenz, jeder Auslandseinsatz der Bundeswehr werde künftig noch genauer als bisher von Öffentlichkeit und Parlament im Lichte der UN-Charta zu befragen und von der Friedensbewegung kritisch zu beobachten sein. Die unter Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) auf Grund von „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ ohne Kabinettsbeschluss vorgenommene Ausweitung des Bundeswehrauftrages zu weltweiten Einsätzen unterliege „künftig sehr strengen Kriterien“. Voß: „Es reicht nicht, legitimatorisch die ‘Verteidigung Deutschlands am Hindukusch’ zu verkünden.“

Ausführlich befasst sich das Urteil mit dem Grundrecht der Gewissensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 GG) eines Soldaten und setzt dabei neue Akzente. Das Grundrecht „unterliegt keinem Gesetzesvorbehalt. Es steht auch unter keinem numerischen Vorbehalt; seine Inanspruchnahme ist jedem Grundrechtsträger unabhängig davon gewährleistet, ob und ggf. in welchem Umfang auch andere von ihm Gebrauch machen“. Im Klartext: Der Einwand „Da könnte ja jeder kommen“ darf keine Rolle spielen, wenn sich ein Soldat in einer be-

stimmten Situation ernsthaft auf sein Gewissen beruft. Die Schutzwirkungen dieses Grundrechts werden auch nicht durch das ebenfalls garantierte Grundrecht auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer (Art. 4 Abs. 3 GG) „verdrängt“, so das Bundesverwaltungsgericht weiter. Soldaten gingen ihres unverletzlichen Grundrechts auf Freiheit des Gewissens „nicht verlustig, wenn sie keinen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stellen und Soldaten der Bundeswehr bleiben wollen“. Vielmehr gehe es darum, dass ein Soldat in einem fortbestehenden Dienstverhältnis im konkreten Einzelfall sein Grundrecht auf Gewissensfreiheit in Anspruch nehmen könne.

Die „zentrale Verpflichtung jedes Bundeswehrsoldaten, erteilte Befehle ‘gewissenhaft’ (nach besten Kräften vollständig und unverzüglich) auszuführen“, so ein weiterer Leitsatz des Urteils, fordere „keinen bedingungslosen, sondern einen mitdenkenden und insbesondere die Folgen der Befehlsausführung – gerade im Hinblick auf die Schranken des geltenden Rechts und die ethischen ‘Grenzmarken’ des eigenen Gewissens – bedenkenden Gehorsam“. Für die Dienstvorgesetzten folgt daraus die Verpflichtung, dem Betroffenen, der sich auf seine Gewissensfreiheit beruft, eine „gewissenschonende diskriminierungsfreie Handlungsalternative“ bereitzustellen. Das heißt konkret, ihn wie in dem verhandelten Fall dann auch geschehen – an einen anderen Arbeitsplatz zu versetzen. Ausdrücklich wird in dem Urteil betont, dass Grundrechte von Soldaten auch dann nicht zurücktreten müssen, wenn sich dies in den Augen der Vorge-

setzten als für die Bundeswehr „störend“ oder für den Dienstbetrieb „belastend“ darstelle.

Für den katholischen Sozialethiker an der Hamburger Universität der Bundeswehr Thomas Hoppe unterstreicht die Gerichtsentscheidung „in wünschenswerter Deutlichkeit, dass der grundrechtliche Schutz der Gewissensfreiheit nicht am Kasernentor endet“. Das Soldatenbild des Konzepts der Inneren Führung, das eine ethisch reflektierte Gehorsamsbereitschaft einfordere, werde durch das Urteil bestätigt – und dies in einer Zeit, „in der es aus unterschiedlichen Gründen unter Druck gerät“. Der Theologe weist weiter auf die Bedeutung einer „zutreffenden Aufklärung über die jeweilige Rechts- und Faktenlage“ hin, die es gegenüber einem Soldaten im Gewissenskonflikt darzulegen gelte. Im vorliegenden Fall seien die Vorgesetzten aus Sicht des Gerichts dieser Aufklärungspflicht nicht ausreichend nachgekommen. Hoppe fordert zudem eine Weiterentwicklung des internationalen Rechts, um sicherzustellen „dass erforderliche Entscheidungen zu bewaffnetem Eingreifen auf Grund konsentierter materieller Rechtsstandards und möglichst frei von andersgelagerten politischen Opportunitätskalkülen getroffen werden können“. Soldaten, die in solche Einsätze entsandt würden, dürften nicht dauerhaft unter dem Eindruck stehen, in einer ethischen wie rechtlichen Grauzone zu handeln oder sich sogar an einem schwerwiegenden Völkerrechtsbruch zu beteiligen.

Für Lothar Bendel vom Katholischen Militärbischofsamt liegt die Bedeutung des Urteils darin, dass es erstmals auch für eine „selektive Kriegsdienstverweigerung“ Rechtsschutz gewähre. In der Bundeswehr sei zwar immer schon gesagt worden, dass der Schutz des Gewissens unbedingt gelte, allerdings seien die Betroffenen dann auf die Möglichkeit der allgemeinen Kriegsdienstverweigerung verwiesen worden. Nun müsse dieses Thema neu auf die Agenda, „gerade auch im Hinblick auf die veränderten Einsatzbedingungen der Bundeswehr“. Es gehöre zur Fürsorgepflicht des Dienstherrn, in Fällen

von Gewissenskonflikten zusammen mit den Betroffenen einen pragmatischen Weg zu finden. Zugleich müsse die moralische Rechtfertigung bestimmter Aufträge oder Befehle genauer geprüft werden.

An dieser Stelle erwachsen für die Bundeswehr erhebliche Herausforderungen. Im vorliegenden Fall hatte der katholische Major zur Zeit des Irak-Krieges die Weiterarbeit an einer Software zur logistischen und administrativen Unterstützung der

Bundeswehr verweigert, da weder er noch seine Vorgesetzten ausschließen konnten, dass er damit die nach seiner Ansicht rechtswidrige Beteiligung der Bundesrepublik an einem rechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak unterstützte. Wie kann künftig gewährleistet werden, dass Aufträge und Befehle rechtskonform sind? Wie verhält es sich etwa mit der Bewachung amerikanischer Militäreinrichtungen in Deutschland? Und für die Militärseelsorge:

Wie bringt der Militärbischof die – im Irak-Krieg völlig eindeutigen – katholischen Positionen im Blick auf die Gewissensbildung der Soldaten zur Geltung? Offiziell gibt man sich bei der Bundeswehr zurückhaltend: Die Begründung müsse noch weiter geprüft werden, und es würden keine negativen Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft der Truppe erwartet. Inoffiziell ist jedoch auch von „Entsetzen“ bei Juristen und Militärs über das Urteil die Rede. (KNA)

„Selig sind die Frieden stiften“

Jugendoffiziere und christliche Ethik

VON ANDREAS M. RAUCH

Die Jugendoffiziere sind in gewisser Weise eine Speerspitze der Bundeswehr: als eloquente Öffentlichkeitsarbeiter betreiben sie im gesamten Bildungsbereich – vor allem in Schulen – politische Bildung, indem sie insbesondere über Friedens-, Sicherheitspolitik und die Aufgaben der Bundeswehr informieren. Dabei sind sie immer wieder mit Fragen der Inneren Führung und einem christlichen Verständnis deutscher Sicherheitspolitik konfrontiert. Vor allem bei Vorträgen in kirchlichen Schulen spielen Fragen einer christlichen Friedensethik eine wichtige Rolle. Besuche und Vorträge bei Gymnasien in kirchlicher Trägerschaft gehören zum täglichen Geschäft eines Jugendoffiziers. Der Jugendoffizier im Standort Köln, Hauptmann Henkel, berichtet beispielsweise, dass, als er im Studienhaus der katholischen Laiengemeinschaft „Opus Dei“ in Köln referierte, er dort eine große Offenheit in gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen festgestellt habe. Er erhielt somit ein anderes Bild von dieser Gemeinschaft als jenes, das im öffentlichen Raum zumeist vermittelt werde.

Die Arbeit der Jugendoffiziere lebt davon, dass in ihrer Ausbildung immer wieder Fragen einer christlichen Friedensethik vermittelt werden. Hierzu gehört, dass in Lehrgängen der Grund- und Fortgeschrittenenausbildung die Standpunkte der beiden christlichen Kirchen zum

Thema Frieden referiert und diskutiert werden. Dies wäre nicht möglich, wenn es mit OTL Peter W. Fuss (Bundeswehr St. Augustin) und Major Kai Samulowitz (AIK, Strausberg) nicht Programm- und Schulungsoffiziere gebe, die sich dieses Themas annehmen und den Jugendoffizieren mit auf den Weg geben.

Vor diesem Hintergrund erhält die Predigt von Major Samulowitz zum 60. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 2005 in der evangelischen Lutherkirche Berlin-Spandau zum Thema „Selig sind, die Frieden stiften“ (Mt 5,9) ein besonderes Gewicht. Samulowitz hebt hervor, dass mit 27 Millionen Opfern die Sowjetunion die meisten Opfer zu beklagen hätte, gefolgt von Deutschland und Polen mit jeweils 5,25 Millionen Toten. Der Major sagte, dass es bis 1985 gedauert habe, bevor mit dem damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker der erste namhafte bundesdeutsche Politiker im Zusammenhang mit dem 8. Mai 1945 von Befreiung sprach. Der Berufssoldat weise auf Belege in der Bibel hin, in denen der Beruf des Soldaten als ein ehrenhafter charakterisiert wird. So heisst es bei Lukas 3,14: „Da fragten ihn auch die Soldaten und sprachen: Was sollen denn wir tun? Und er sprach zu ihnen: Tut niemanden Gewalt oder Unrecht und lasst euch genügen an eurem Sold!“

Die Begegnung Jesu mit einem Hauptmann verdeutliche, dass es keinen Widerspruch bedeute, Christ

und zugleich Offizier zu sein. Dem Hauptmann von Kapernaum attestiere Jesus bei Matthäus 8,10: „Wahrlich, ich sage euch: Solchen Glauben habe ich in Israel bei keinem gefunden.“ Der Hauptmann Kornelius scheine von ähnlichem Charakter zu sein. Über ihn heißt es in der Apostelgeschichte 10 u.a.: „Es war ein Mann in Caesarea mit Namen Kornelius, ein Hauptmann der Abteilung, die die Italische genannt wurde. Der war fromm und gottesfürchtig mit seinem ganzen Haus und gab dem Volk viele Almosen und betete immer zu Gott. ... Der (Engel Gottes) sprach zu ihm: Deine Gebete und deine Almosen sind vor Gott gekommen und er hat ihrer gedacht. ... Sie (die Männer) aber sprachen: Der Hauptmann Kornelius, ein frommer und gottesfürchtiger Mann mit gutem Ruf bei dem ganzen Volk der Juden, hat Befehl empfangen von einem heiligen Engel, dass er dich sollte holen lassen in sein Haus und hören, was du zu sagen hast.“

Major Samulowitz stellte in seiner Predigt fest, dass es für jeden gegenwärtigen Auslandseinsatz der Bundeswehr ein Mandat der Vereinten Nationen sowie einen Bundestagsbeschluss gebe. Zudem finde jeder Auslandseinsatz der Bundeswehr im multinationalen Rahmen unter der Beteiligung anderer Staaten statt. Als Soldat und Christ könne sich Samulowitz mit den neuen Aufgaben der Bundeswehr und dem neuen Aufgabenspektrum identifizieren, da die Bundeswehr nach wie vor dem übergeordneten Ziel des Friedens diene und sich Soldaten der Bundeswehr im Sinne der Bergpredigt engagieren könnten, wo es heißt: „Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ □

Kirche unter Soldaten – Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten

Meldung auf der Internetseite des Katholischen Militärbischofsamtes – www.kmba.de

„Kirche unter Soldaten – Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten“, unter diesem Motto stand die „Woche der Begegnung“, bei der die Delegierten des organisierten Laienapostolates in der Katholischen Militärseelsorge zu ihrer Jahrestagung in der Akademie Klausenhof in Hamminkeln am Niederrhein vom 12.-17.09.2005 zu einem Erfahrungsaustausch sowie zu Informationen und zur Weiterbildung zusammen gekommen waren.

Zentrale Versammlung (ZV)

50 Jahre Militärseelsorge in der Bundeswehr, 40 Jahre Ende des II. Vatikanischen Konzils und 30 Jahre Abschluss der Würzburger Synode, in der die Grundlagen für die Struktur und Aufgaben der Laienmitverantwortung in der katholischen Kirche gelegt wurden, waren Anlass für die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten – vergleichbar einem Diözesan/Katholikenrat in den Diözesen – eine öffentliche Erklärung zur Militärseelsorge mit Blick in die Zukunft herauszugeben. Darin fordert die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten den Deutschen Bundestag und die politischen Parteien auf, den Dienst der Militärseelsorge unverändert anzuerkennen und für den notwendigen Rückhalt durch die Politik zu sorgen.

Weiterhin solle der Verteidigungsminister die Anzahl der Dienstposten für Militärseelsorger sicherstellen, so dass die Vermittlung soldatischer Ethik, die religiöse Betätigung und Seelsorge während der Einsätze in vollem Umfang wahrgenommen werden können.

Ein großes Anliegen der Zentralen Versammlung ist auch die Sicherstellung der seelsorgerlichen Betreuung der Familien der Soldatinnen und Soldaten sowie die Erteilung des Lebenskundlichen Unterrichts durch Militärseelsorger und nicht durch humanistische Lehrkräfte.

Von der militärischen Führung der Bundeswehr erwartet die Zentrale Versammlung, dass die Themen

der berufsethischen Orientierung in die Ausbildungspläne der Truppe und vor allem in den Führerlehrgängen an Truppen-, Offizier- und Unteroffizierschulen fest integriert sind.

Den Bischöfen dankt die ZV für die Freistellung von Seelsorgern für den Dienst in der Militärseelsorge.

An ihren Militärbischof richtet die Zentrale Versammlung die Bitte, weiterhin für die Freistellung von Seelsorgern hinzuwirken, mit dem evangelischen Militärbischof nach Wegen und Formen ökumenischer Gemeinschaft zu streben und die Gremien der Laienmitverantwortung weiter zu entwickeln und auch künftig die vertrauensvolle, mitverantwortliche Zusammenarbeit zu pflegen. *(Anmerkung der Redaktion: Die Erklärung der ZV „Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten“ ist ihrer Bedeutung gemäß als erster Beitrag in diesem AUFTRAG auf Seite 4 wiedergegeben.)*

Pontifikalamt und Gästeabend

Am Mittwohabend feierte Prof. Dr. Franz-Peter Tebartz – van Elst, Weihbischof aus der gastgebenden Diözese Münster, mit den Delegierten der Zentralen Versammlung und den Mitgliedern der Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) einen feierlichen Pontifikalgottesdienst. Hinweisend auf den Leitgedanken der Veranstaltung bezeichnete er das Motto: „Kirche unter Soldaten“ – Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten“ auf der Höhe der Zeit. „Zukunftsfähig“ sei ein Wort mit großer Wirkung, nichts für Schwarzseher, sondern für alle die glauben. Weihbischof Tebartz van Elst zog eine Parallele zu dem diesjährigen 1200 Jahre Jubiläum der Diözese Münster. Auch das Bistum stelle zu diesem Anlass die Frage: Was macht uns als Christen zukunftsfähig? Kirche – auch unter Soldaten zukunftsfähig zu gestalten – das sei der Blick für die kleinen Anfänge, ein geduldiges Gespür für das Mögliche und die Leidenschaft für das Ganze, so der Weihbischof. Zu-

kunftsfähig –, das sei für die Christen zuerst der Blick nach oben und daraus der Blick in die Weite. Es bliebe die österliche Botschaft vom Kreuz, die Glaube und Gesellschaft in diesem Zeichen verbinden würden. *(Predigt im Wortlaut s. S. 77)*

Oberstleutnant Richard Schmitt, Vorsitzender der Zentralen Versammlung sowie Oberst a. D. Karl-Jürgen Klein, Bundesvorsitzender der GKS, wiesen auf die Notwendigkeit des ehrenamtlichen Engagements von Soldatinnen und Soldaten für die Militärseelsorge hin. Sie dankten allen Delegierten für ihre Arbeit.

„Ob Priester oder Laie, alle haben einen klaren Auftrag in der Kirche und der heißt „Leben“ lebenswert machen, betonte Militärfarrer Thomas Stolz, Moderator des Priesterrats in seinem Grußwort an die Delegierten. Ohne den Einsatz der Laien wäre die Kirche um viele Geistesgaben, Impulse und gute Werke ärmer.

Militärdekan Michael Weihmayer, dankte im Namen von Militärgeneralvikar Walter Wakenhut den engagierten Laien. Sie würden gerade auch innerhalb der Streitkräfte ihre Mitverantwortung und Mitwirkung am Sendungsauftrag der Kirche erkennen und diesen Auftrag im Blick auf die Herausforderungen der Gegenwart mit Leben erfüllen. (s.S. 63)

*(Marlene Beyel, Pressestelle
Katholisches Militärbischofsamt)*

Anmerkung zu den Teilnehmern der 45. Woche der Begegnung:

Es nahmen bis zu 126 Personen mit Übernachtung teil; davon rund 120 an der Zentralen Versammlung und 110 an der Bundeskonferenz der GKS. Jeweils etwa ein Drittel der Teilnehmer war nicht stimmberechtigt (Soldaten im Ruhestand, Gäste, Referenten oder Mitarbeiter des KMB). Unter den stimmberechtigten Mitgliedern der ZV halten sich die Delegierten aus dem Bereich der Räte und dem Verband GKS etwa die Waage.



Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten

im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs

Der Ablauf der ZV ergibt sich aus der unten stehenden Tagesordnung. Ein Protokoll der ZV liegt noch nicht vor. Soweit zu den einzelnen Tagesordnungspunkten (TOP) schriftliche Ausarbeitungen vorlagen, sind sie in diesem AUFTRAG angedruckt. Hinweise dazu sind in der Tagesordnung (Spalte 4 im Kasten) zu finden.

Der Vorstand der ZV hat anlässlich der Neuwahlen zum Vorstand darauf hingewiesen, dass in den von ihm eingerichteten acht Sachausschüssen die Mitarbeit von sachkundigen und interessierten Angehörigen des Jurisdiktionsbereichs erforderlich ist. Interessenten mögen sich bei der Geschäftsführung melden (s. dazu S. 64).

Tagesordnung für die Zentrale Versammlung 2005

TOP 1	Begrüßung	OTL Schmitt	
TOP 2	Einweisung in das Tagungshaus	Direktor Dr. Becker	
TOP 3	Grußwort Kath. Leitender Militärdekan (KLMD) Köln-Wahn	MD Schnettker	
TOP 4	Begrüßung durch den Bischöflichen Beauftragten	MD Kestel	
TOP 5	Bildung Wahlausschuss	OTL Schellhaas	
TOP 6	Vortrag: „Das organisierte Laienapostolat zwischen Anspruch und Wirklichkeit – 40 Jahre nach Abschluss des 2. Vatikanischen Konzils – 30 Jahre nach Abschluss der Würzburger Synode	Prof. Dr. Sutor	(Vortrag s.S. 65-71)
TOP 7	Aussprache zum Thema	GL Lather	
TOP 8	„Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten“ – Erklärung der ZV aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Bundeswehr und der Einrichtung der Katholischen Militärseelsorge	OTL Schmitt	(Erklärung s.S. 4 f.)
TOP 9	Bericht zur Arbeit im ZdK	HFw Eisenhardt	(s. Beitrag S. 60)
TOP 10	Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Vorstandes ZV und eines Vertreters der ZV in das ZdK	Wahlausschuss	
TOP 11	Bericht des Vorsitzenden über die Arbeit im Vorstand und Ausblick auf die neue Mandatszeit	OTL Schmitt	
TOP 12	Bericht über die Nachbarschaftshilfe 2004/2005 und Beschluss zur Fortsetzung der Nachbarschaftshilfe 2005/2006	HFw Weber	(s.S. 62)
TOP 13	„Die mittlere Ebene der Laienmitverantwortung“ – Überarbeitung der Ordnung für die ArbKonf beim KLMD – Vorstellung der Arbeit aus den Sachausschüssen (SA) des Vorstandes	OTL Schmitt / H Webels	
TOP 14	SA „Ehe – Familie – Partnerschaft“: Der „Krisenkompass“ – das Internetforum für Soldaten und ihre Familien SA „Gesellschaftliches Engagement“: Embryonale Stammzellforschung und Klonen	Frau Petersen	(www.krisenkompass.de)
TOP 15	Möglichkeit zum Einbringen weiterer Beschlussvorlagen	OFA Dr. Keim	(s. Beitrag S. 72)
TOP 16	Wort des Vertreters des Priesterrates	MilPfStoIz	
TOP 17	Berichte aus den Dienstaufsichtsbezirken der KLMD	Moderatoren	
TOP 18	Zusammenfassung durch den Vorsitzenden ZV	OTL Schmitt	
TOP 19	Verabschiedung von Beschlussvorlagen	Moderator	
TOP 20	Vorstellung der Kandidaten für die Wahl – der Mitglieder des Vorstandes ZV – eines Vertreters der ZV in das ZdK	Wahlausschuss	
TOP 21	Wahlen	Wahlausschuss	
TOP 22	Bericht des Bundesvorsitzenden der GKS	Oberst a.D. Klein	
TOP 23	Bekanntgabe des Wahlergebnisses	Wahlausschuss	
TOP 24	Wort zum Abschluss	MD Weihmayer	(s.S. 63)
TOP 25	Schlusswort des Vorsitzenden ZV	OTL Schmitt	

Akademie Klausenhof: Tagungsstätte der 45. Woche der Begegnung 2005



„Tagen mitten in der Natur“, verspricht der Prospekt, mit dem der Klausenhof in Hamminkeln-Dingden sich vorstellt. Das Luftbild zeigt das am Rande des Naturschutzgebietes „Dingdener Heide“ gelegene Bildungshaus eingebettet in eine großzügige Anlage mit altem Baumbestand. Beste Voraussetzungen für einen ungestörten Tagungsablauf. 116 modern eingerichtete Einzel- und Doppelzimmer, eine gute Küche mit einem abwechslungsreichen Speisenangebot, Cafeteria, Bibliothek, Heidekeller mit Billard, Kicker und Kegelbahn sorgen für ein angenehmes Ambiente. Nicht zu vergessen die zeltförmige Bruder-Klaus-Kapelle, unverzichtbarer Mittelpunkt einer kirchlichen Bildungseinrichtung. Hier haben ZV und Bundeskonferenz der GKS täglich Gottesdienste gefeiert.

1959 als Landjugendakademie gegründet ist die Akademie Klausenhof gGmbH heute eine kirchliche Stiftung, die dem Bischof von Münster untersteht. Der Arbeitsschwerpunkt liegt auf dem Gebiet der beruflichen Qualifizierung sowie Fort- und Weiterbildung.

Bericht über die Arbeit im Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Das ZdK ist ein Gremium in dem gesellschaftliche Entwicklungen beobachtet, beurteilt und bewertet werden – nach meinem subjektiven Empfinden mit außergewöhnlich hoher Sachkompetenz. Das Themenspektrum ist gesellschaftlich universal. Die Abläufe, Vorträge, Beratungen und Verabschiedungen sind straff organisiert und die Agenda einer Versammlung wird auch fast immer erfüllt. Im Ergebnis produziert das ZdK Stellungnahmen zu gesellschaftspolitischen und kulturellen Fragen unserer Zeit vor dem Hintergrund eines sehr selbstbewussten und kompetenten Laienkatholizismus. Die verabschiedeten Papiere wenden sich nicht nur an ein „Fachpublikum“. Nein, auch ich komme beispielsweise mit meiner mittleren Bildung insgesamt ganz gut klar mit dem, was dort diskutiert und verabschiedet wird. Eine weitere Aufgabe des ZdK ist die Ausrichtung der Katholikentage als Veranstalter

und die Kontaktpflege zu vielen Gruppen und Gremien in der gesamten Bundesrepublik.

Oft werde ich gefragt, wie die Vertreter der Zentralen Versammlung als Soldaten Bundeswehr im ZdK gesehen werden. Als gewählte Vertreter der Zentralen Versammlung und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten sind General Lather, Oberst Klein, Oberstleutnant Schmitt und ich schon äußerlich an unserer Uniform in den Versammlungen zu erkennen. Das bedeutet im Positiven, dass wir sehr offiziell als Vertreter der Bundeswehr wahrgenommen werden. Immer wieder werden wir in Gesprächen zu allgemeinen Themen in der Bundeswehr wie Wehrpflicht, Frauen in den Streitkräften, Einsätze der Bundeswehr im erweiterten Aufgabenspektrum, Verteidigungspolitik und vieles mehr angesprochen. Zuweilen finden auch die uns ja allen bekannten Gespräche über persönliche Erlebnisse einzelner ZdK-Mit-

glieder statt, die uns klar machen wollen, dass früher vieles härter und eben noch anders war.

Nun zur Arbeit im ZdK im vergangenen Zeitjahr seit der letzten Zentralen Versammlung 2004. Es fanden zwei Vollversammlungen des ZdK in Bad Godesberg statt. Jeder Vollversammlung waren getrennte Sitzungen der Rats- und Verbandstrukturen vorgeschaltet. Hinzu kam im Februar eine Tagung der Vorsitzenden und der Geschäftsführer sowie der Mitglieder des ZdK aus den Diözesanräten, welche in Bensberg stattfand.

In allen Versammlungen standen turnusgemäße Wahlen an, die alle vier Jahre stattfinden. Die Wahlordnungen sind umfassend und so nahmen sie auch einen großen Teil der Zeit ein. Ich gehe nur auf die nach meiner Ansicht wichtigsten Wahlen ein. Zunächst waren in der Herbstvollversammlung 45 Einzelpersonlichkeiten zu wählen. Diese sichern

dem ZdK zum Einen ein breites Erfahrungsfeld aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, zum Anderen auch eine gewisse Strahlkraft der Positionen des ZdK in diese Bereiche. Das Interesse an einer Mitgliedschaft im ZdK ist groß und es bedarf nicht nur eines prominenten Namens und Fernsehgesichtes, sondern auch eines vorangegangenen Engagements, um als Einzelpersonlichkeit in das ZdK gewählt zu werden. Wir haben es leider nicht geschafft, alle von unserer Seite vorgeschlagenen Kandidaten auch in das ZdK zu wählen. In der Frühjahrsvollversammlung wurde das Präsidium neu gewählt. Insgesamt hat eine deutliche Verjüngung im Präsidium stattgefunden, als Präsident wurde Staatsminister a.D. Prof. Hans-Joachim Meyer im Amt bestätigt und ich erlaube mir zu sagen, dass dies eine sehr gute Entscheidung für das ZdK ist. Außerdem wurde der Hauptausschuss des ZdK neu gewählt.

Selbstverständlich hat das ZdK auch Positionen zu Themen bezogen, welche ich aber nur kurz skizziere. Wer zu einzelnen Themen weitere Informationen erhalten möchte, kann diese in den Papieren erhalten, welche im Internet auf der Präsenz www.zdk.de dazu veröffentlicht sind.

- Eine Rückbesinnung auf die ordnungspolitischen Grundlagen für die gesetzliche Rentenversicherung wurde als Forderung formuliert. Ausgerichtet auf die Leitideen des sog. Schreiberplanes wurde ein Acht-Punkteprogramm verabschiedet.
- Positionierungen mit Sieben Anforderungen an die Familienpolitik, Partnerschaft und Elternschaft wurden beschlossen.
- Die Umsetzung der Millenniumsziele, bei denen es um Entwicklungshilfe mit vielen Facetten und einem vertraglich geregelten Ablaufplan geht, wurden vor dem Hintergrund weltkirchlicher Solidarität und Friedenspolitik gefordert und es wurde dazu ein Beschlusspapier entwickelt.
- Dann stand noch die Forderung nach einem effektiven Opferschutz und eine effektive Strafverfolgung im Zusammenhang mit Menschenhandel und Zwangsprostitution auf der Agenda. In einer Situationsbeschreibung

Hauptfeldwebel Ralf Eisenhardt (r.) – hier mit dem Geistlichen Rektor der Akademie Klausenhof, Pfarrer Joseph Barenbrügge (l.) – berichtete über die Arbeit im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Eisenhardt ist einer von drei ZV-Vertretern im ZdK.



wurde von Sr. Dr. Lea Ackermann, Vorsitzende von SOLWODI, einem Verein der Frauen in Not hilft und in der juristischen Einführung durch Prof. Dr. Renzikowski, Lehrstuhl für Strafrecht an der Martin-Luther Universität Halle/Wittenberg auf ein Problem hingewiesen, das im Zusammenhang mit Zwangsprostitution in KFOR-Einsätzen scheinbar noch besteht. Nachfragen ergaben, dass dies von Betroffenen Mädchen und Frauen gegenüber SOLWODI konkret beschrieben wurde und auch Strafverfahren gegen Soldaten eingeleitet wurden. Die Strafverfolgung von Freiern von Zwangsprostituierten ist wesentlicher Bestandteil des Papiers des ZdK und wir, die Vertreter der ZV im ZdK stehen alle für diese Forderung und haben dafür gestimmt.

Zum Schluss berichte ich noch kurz über drei innerkirchliche Angelegenheiten.

1. Der Tod von Papst Johannes Paul II. und die Wahl von Kardinal Ratzinger zum Papst Benedikt XVI. waren die bedeutendsten Ereignisse bis zur Frühjahrsvollversammlung des ZdK. Dem ZdK ist ja in der Vergangenheit oft nachgesagt worden, es definiere sich in einer „oppositionellen Rolle“ zum Vatikan. Und gerade vor dem Hintergrund das der neue Papst in seiner vorherigen Aufgabe als Leiter der Glaubenskongregation, als Gegner kirchlicher Entwicklungen im Zeitgeist gesehen wurde, wurde auch ein schwieriges Verhältnis zwischen der deutschen Kirche und dem Vatikan vorausgesagt. Ich will hier sagen, dass die Grundlagen dazu nicht gelegt sind. Prof. Hans-Joachim Meyer hat den neuen Papst, in einer Rede vor dem ZdK, nicht zu konkreten kirchenpolitischen Reformen aufgerufen. Er hat nicht die Konfrontation gesucht, sondern

hat, als Repräsentant der katholischen Laien in Deutschland, den neuen Papst in seiner Person gewürdigt, ihn, im Namen des ZdK, zu seiner Wahl beglückwünscht und ihm die tatkräftige Unterstützung und das Gebet von uns deutschen Katholiken zugesagt.

2. „Mehr kirchliche Mitbestimmung für Laien“, unter diesem Titel wurde ein Beschluss gefasst, der sich an die inneren Strukturen der Katholischen Kirche in Deutschland wendet. Da die Diözesen zum Teil sehr unterschiedliche Formen des Laienapostolats herausgebildet haben, wurde auf einen konkreten Forderungskatalog verzichtet, sondern Handlungsbedarf in den vier Feldern formuliert:

- (1) Bildung pastoraler Schwerpunkte,
- (2) Veränderung kirchlicher Strukturen,
- (3) Haushaltsfragen und
- (4) Personalentscheidungen aufgezeigt. General Lather arbeitet in einer Arbeitsgruppe mit, die sich weiter damit befasst.

3. Im Verlauf der Frühjahrsvollversammlung haben das Zentralkomitee der deutschen Katholiken und der Vorstand des Evangelischen Kirchentages zeitgleich die Durchführung des 2. Ökumenischen Kirchentages in München 2010 beschlossen. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst und mit großem Applaus begleitet. Die Ökumene ist ein besonderes Anliegen des ZdK. 2008 findet ein Katholikentag in Essen statt (*Anm.: Der Veranstaltungsort wurde auf Beschluss der Vollversammlung des ZdK am 18./19.11.2005 von Essen nach Osnabrück verlegt*).

Fortsetzung Seite 62, Sp. 3 Mi.

Hilfe und Unterstützung für jugendliche Landminenopfer im Kosovo“ (Folgeprojekt)

Die ZV hat beschlossen, die Aktion Nachbarschaftshilfe für den Zeitraum 2005 /2006 als sozial-karitative Maßnahme katholischer Soldaten fortzuführen. Sie soll auch in diesem Jahr unter dem Leitgedanken stehen: „Hilfe für landminengeschädigte Kinder und Jugendliche im Kosovo“.

Die Nachbarschaftshilfe erfolgt in Absprache und unter Zuhilfenahme der Solidaraktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa „RENOVABIS“.

Projektbegründung

Die kriegerischen Auseinandersetzungen im Kosovo seit Mitte der 90-er Jahre waren geprägt durch massiven Einsatz von Landminen. Auch nach der Stationierung der KFOR-Truppen sind noch unzählige Minen im ganzen Kosovo vorhanden, die bisher nicht geräumt werden konnten. Häufig sind Kinder Opfer von Minenexplosionen, weil sie sich spielenderweise sehr unbefangen verhalten und dabei oft vergessen, welche Gefahren im Boden lauern.

Der „Jesuit Refugee Service Südosteuropa“ hat sich bereits seit 1997 der Problematik der Kinder, die Opfer von Landminen geworden sind, angenommen.

Medizinische Betreuung, Beschaffung von Prothesen, Ermöglichen von Operationen und im Einzelfall Hilfen für die Familien sind nur ein erster Schritt in diesem Programm. Die langfristige psychosoziale Betreuung der Opfer sowie Vertretung ihrer Interessen bei offiziellen Stellen mit

dem Ziel, dass sich staatliche Stellen dieses Personenkreises annehmen und ihrer Fürsorgepflicht nachkommen, ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Nachhaltigkeit des Programms.

Dabei spielt generell der Umgang mit Behinderung in Südosteuropa eine große Rolle. Behinderung wird vielfach als Makel nicht nur des Individuums, sondern der ganzen Familie angesehen. Behinderte werden von den jeweiligen Familien zum Teil als Schande, immer jedoch als Belastung empfunden. Gesellschaftliche Prozesse, die diese Rahmenbedingungen aufbrechen, sind erst ansatzweise zu erkennen.

Derzeit werden im Kosovo ca. 120 Kinder und Jugendliche im Alter von sechs bis 19 Jahren betreut.

Das vorliegende Projekt – eine Weiterführung des vom 2001 bis 2004 begonnenen Programms – zielt daraufhin ab, Opfer von Minenexplosionen individuell in den Familien zu rehabilitieren und das sonst unausweichliche Abgleiten der Kinder und

Jugendlichen in die Randexistenz zu verhindern. RENOVABIS fördert dieses Projekt als Folgeprojekt für den Zeitraum Oktober 2005 bis Oktober 2007 mit weiteren 200.000 Euro.

Die Zentrale Versammlung der Katholischen Soldaten unterstützt dieses Projekt seit September 2002. Es gibt bisher kein vergleichbares Projekt im Kosovo, das Minderjährige mit Behinderungen ganzheitlich zu betreuen sucht. Das zur Verfügung stehende Personal ist bekannt. Der Militärgeneralvikar und vor Ort eingesetzte Soldaten hatten die Projektpartner vor Ort besucht und für gut befunden. (Peter Weber)

Fortsetzung von Seite 61

Für die Arbeit im ZdK ist die Unterstützung durch das Militär-bischofsamt erforderlich. Diese wird durch das Referat IV hervorragend gewährt, in der tätigen Arbeit besonders durch Manfred Heinz. An dieser Stelle möchte ich dafür hier unseren Dank aussprechen.

Die Arbeit im ZdK bedeutet schon ein gehöriges Maß an Arbeit und Zeit, dennoch darf ich sagen, dass die Aufgabe den gegenwärtigen Mitgliedern viel Freude macht.

(Ralf Eisenhardt)



Blick in das Plenum der ZV zur Eröffnung der Beratung durch Oberstleutnant Richard Schmitt (stehend am Pult).

„Kirche unter Soldaten“ gelingt nur miteinander, sie darf keine Kirche ohne Volk werden

Bericht zur Lage bei der Woche der Begegnung in Hamminkeln am 14.09.2005

MILITÄRDEKAN MSGR. MICHAEL WEIHMAYER, STELLVERTRETENDER MILITÄRGENERALVIKAR
Militärdekan Michael Weihmayer überbringt der Zentralen Versammlung (ZV) die Grüße des Militärbischofs, der noch immer an den Folgen seines Unfalls leidet. Auch Militärgeneralvikar Walter Wakenhut ist zz. krank und kann deshalb ebenfalls nicht an der Laienkonferenz teilnehmen.

Der Bericht, so Weihmayer, sei ein „Lob auf die Laien und ihr Engagement“, stelle aber kein Werben um die Gunst der Zuhörer dar.

Im Februar des nächsten Jahres wird die Militärseelsorge 50 Jahre alt. Am 04.02.1956 wurde Joseph Kardinal Wendel, Erzbischof von München-Freising, zum ersten katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr ernannt; die Katholische Militärseelsorge feiert deshalb diesen Tag als ihren Geburtstag.

Die erste Gesamtkonferenz fand im November 1956 in Maria Laach statt. Sechs dienstaufsichtsführende und zwanzig hauptamtliche Militärgeistliche hatten sich dort um Kardinal Wendel versammelt.

Die Geschichte der Militärseelsorge darzustellen, ist jetzt nicht meine Hauptaufgabe. 1956 waren die wenigsten von uns schon geboren oder haben gar aktiv das politische Geschehen in der noch jungen Republik miterlebt und es mitgestaltet. Eines aber steht fest: was damals begonnen wurde, hat bis jetzt Bestand und hat sich bewährt - auch und gerade in diesen Zeiten der Neuausrichtung der Bundeswehr von Grund auf und des damit einher gehenden Prozesses der Transformation. Den Verantwortlichen von damals war klar und sehr bewusst, dass der Soldat kein blinder, in seinen Rechten eingeschränkter Befehlsempfänger sein darf, sondern dass er ein „Staatsbürger in Uniform“ werden soll.

In diesem Zusammenhang und nur so ist das auf dem Grundgesetz gründende und im Soldatengesetz festgeschriebene Recht auf Seelsorge für jeden Soldaten (also auch für die, die keine Kirchensteuer zahlen) und seine Umsetzung in der Bundeswehr zu betrachten.

Bis in die jüngste Zeit wurde dieses Recht auch positiv gedeutet, der Staat ermöglicht und fördert die Seel-

sorge und nicht nur, er verhindert und behindert sie nicht. Durch die Einrichtung der evangelischen wie der katholischen Militärseelsorge hat er dem Rechnung getragen. So ist die Militärseelsorge der von den Kirchen geleistete, vom Staat gewünschte und unterstützte Beitrag zur Sicherung der freien religiösen Betätigung in den Streitkräften.

1956 waren unser Staat und damit auch die Bundeswehr im Wesentlichen „christlich“. Nahezu 100 % der Bürger und Bürgerinnen und damit auch der Soldaten gehörten einer der beiden großen christlichen Kirchen an.

Die Statistik spricht inzwischen in ganz anderen Zahlen. Die Zahl derer, die keiner der großen Kirchen angehören, ist inzwischen größer als die der katholischen oder der evangelischen Christen für sich genommen. Wobei nicht gesagt werden darf, dass diese annähernd 40 % unserer Bevölkerung Heiden oder Atheisten seien. Da sind durchaus Christen dabei (Kirchensteuerflüchtlinge, Angehörige anderer christlichen Konfessionen und der Freikirchen) und Anhänger anderer Religionen. Ungebrochen aber weiß sich unser Staat seiner christlich abendländischen Tradition und des daraus entstandenen und im Grundgesetz festgehaltenen Wertekanons verbunden und verpflichtet.

Ich für meinen Teil finde es deshalb sehr anmaßend, wenn Humanistenverbände diese 40 % für sich vereinnahmen wollen (*Vergleich mit Bayern oder Schalke. Anm. der Redaktion: Zum Humanismusverband s.a. Beitrag S. 41 in diesem AUFTRAG*).

Die Militärseelsorge hat in diesen fünfzig Jahren mit den veränder-

ten Aufgaben der Bundeswehr ein anderes Profil bekommen. Das beste Beispiel: Militärpfarrer begleiten Soldatinnen und Soldaten jetzt auch bis an den Hindukusch, wo diese Recht und Freiheit des Deutschen Volkes tapfer verteidigen und treu dienen – bis 1989 zur politischen Wende in Europa ein undenkbarer Vorgang. Da galt: Bis zur Landesgrenze und keinen Schritt weiter.

Als „Kirche unter den Soldaten“ hat die Militärseelsorge die wichtige Aufgabe – deshalb auch außerhalb der militärischen Hierarchie stehend –, „unter Wahrung der freiwilligen Entscheidung des einzelnen das religiöse Leben zu wecken, zu festigen und zu vertiefen. Dadurch fördert sie zugleich die charakterlichen und sittlichen Werte in den Streitkräften und hilft die Verantwortung tragen, vor die der Soldat als Waffenträger gestellt ist.“

Und der Staat ist sich bewusst, dass er diesen Auftrag den Kirchen als weltanschaulich, ja konfessionell gebundenen Institutionen überträgt. Denn in der schon mehrmals zitierten ZDv 66/1, die der damalige Militärgeneralvikar Georg Werthmann euphorisch als Magna Charta der Militärseelsorge bezeichnete, heißt es weiter: „Militärseelsorge ist Teil der gesamten kirchlichen Arbeit, ausgerichtet auf die Besonderheiten des militärischen Dienstes. Ihren Auftrag erhält sie deshalb von den Kirchen. Ihre Träger, die Militärgeistlichen, verwalten ein kirchliches Amt, auch wenn sie im staatlichen Bereich tätig sind.“

Die Militärseelsorge kann sich in dem vom Staat vorgegebenen organisatorischen Rahmen und innerhalb den von der Verfassung fest geschriebenen Grundrechten frei entfalten. Unser weltanschaulich neutraler Staat kann nicht selbst Seelsorger sein, das verbietet sich „ex se“.

Dieses „System“ der deutschen Militärseelsorge hat sich bewährt - auch und gerade in den Herausforderungen, die die neuen Aufgaben der

Bundeswehr „überall auf der Welt“ mit sich bringen.

Es erfüllt mich deshalb mit größter Sorge – und ich weiß mich hier in voller Übereinstimmung mit unserem Militärbischof Dr. Walter Mixa–,

- wenn Militärseelsorge nur noch an Zahlen, nicht aber an ihren Aufgaben und Leistungen fest gemacht wird. Seelsorge ist zuerst und vor allem eine Qualität und keine Quantität,
- wenn der Staat an Stelle des Militärbischofs festlegt, ob und wo ein Seelsorger notwendig ist
- wenn die Zahl unserer Dienststellen nochmals reduziert wird – gerade in den Diasporagebieten des Norden und Osten,
- wenn die Dienstaufsicht und damit auch die Seelsorge an den Militärseelsorgern durch die Leitenden Dekane erschwert wird.

Lassen sie mich zu den angesprochenen Punkten noch einige Anmerkungen machen:

Es ist der Versuch der Quadratur des Kreises, wenn versucht wird, das, was Seelsorge ausmacht, in ein nüchternes Zahlensystem zu zwingen. Seelsorge ist keine Massenveranstaltung, sondern hat zunächst vor allem mit dem Einzelnen zu tun. Das Individuum ist „Objekt“ der Seelsorge und dieses Individuum hat Anrecht auf Seelsorge, auf freie Ausü-

bung seines Glaubens, auf seine uneingeschränkte Gewissensfreiheit. Unser demokratisch, weltanschaulich neutraler Staat kann und will diese Aufgabe nicht selbst erfüllen. Er hat sie den Kirchen – als dafür zuständig übertragen. Und es war in den vergangenen Jahren unbestritten, dass die Kirchen diesen Dienst in eigener Verantwortung organisieren und gestalten.

Es war und ist deshalb eines der Grundprinzipien unserer Planungen, dass wir diesen Dienst allen Soldatinnen und Soldaten anbieten können. Für uns heißt das,

- dass wir unsere Dienststellen gleichmäßig über die ganze Republik verteilen, unabhängig von der Zahl der vor Ort stationierten katholischen Soldaten,
- dass wir den Soldaten/die Soldatin im Einsatz seelsorgerlich begleiten wollen und darüber die Familien und Angehörigen zu Hause nicht vergessen.

Nur so können wir unseren Auftrag ganz erfüllen. Dass es dazu einer bestimmten hinreichend großen Zahl von Militärseelsorgern und Militärseelsorgerinnen bedarf, muss wohl nicht besonders begründet werden. Denn das alles geschieht ja in Zeit und Raum. In concreto bedeutet das: Auch für den Militärseelsorger dauert der Tag nur 24 Stunden und er

kann nur ein begrenztes, überschaubares Gebiet betreuen.

Denn die Herausforderungen bleiben: Da ist die eigentliche Aufgabe, wie sie in unseren gesetzlichen Grundlagen und in unseren pastoralen Zielen fest geschrieben ist: Die Seelsorge an den Soldaten und Soldatinnen sowie deren Familien.

Gerade in diesen Zeiten des Umbruchs, der Transformation nicht nur in unserer Bundeswehr, sondern in der gesamten Gesellschaft kommt dieser erhöhte Bedeutung zu, bekommt sie neues Gewicht. Ehe und Familie gehören zu den gefährdeten Werten. Der Soldatenberuf mit seiner ihm innewohnenden großen Mobilität bringt es mit sich, dass Familien immer wieder getrennt sind, dass die berufliche Beanspruchung des Partners das Zusammenleben erschwert

- Stärkung des sittlich-moralischen Bewusstseins (= Wertevermittlung)
- Begleitung vor, während und nach dem Einsatz
- Seelsorge an den Angehörigen Zuhause
- LKU

Zusammenfassung und Bitte um weiteres im guten Sinne „geschwisterliches“ Miteinander. „Kirche unter Soldaten“ gelingt nur miteinander, dafür stehen unsere Laien; sie darf keine Kirche ohne Volk werden. □

Aufruf des Vorstands der ZV zur Mitarbeit in den Sachausschüssen

Die Ordnung der Zentralen Versammlung sieht vor, dass die Zentrale Versammlung im Rahmen ihrer Aufgaben Sachausschüsse bilden kann. Mit der Neuwahl des Vorstandes der ZV werden auch die Sachausschüsse personell neu besetzt.

Sachausschüsse unterstützen den Vorstand bei seiner Arbeit durch Übernahme konkreter Aufgaben und durch eigene Anregungen. Sie greifen Fragen und Probleme auf und unterbreiten dem Vorstand Lösungsvorschläge.

Detaillierte Aufgaben/Projekte/Arbeitsvorhaben der Ausschüsse werden durch den Vorstand festgelegt.

Die Mitglieder in den Sachaus-

schüssen werden aufgrund ihrer Sachkompetenz und ihrer Bereitschaft zum Engagement in der Laienarbeit vom Vorstand ZV auf Vorschlag des jeweiligen Sachausschussvorsitzenden berufen. Voraussetzung ist die Zugehörigkeit zum Jurisdiktionsbereich des Katholi-

Sachausschüsse der ZV

- | | |
|------|-------------------------------|
| I | „Dienstalltag und Christsein“ |
| II | „Gemeindearbeit“ |
| III | „Organisation/Planung“ |
| IV | „Verbandsarbeit“ |
| V | „Soziales Engagement“ |
| VI | „Entwicklung, Friede“ |
| VII | „Ehe–Familie–Partnerschaft“ |
| VIII | „Information“ |

schen Militärbischofs. Diese Zugehörigkeit sollte noch mindestens 3 Jahre erhalten bleiben.

Interessenten zur Mitarbeit in einem Sachausschuss, können sich bei der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten – Geschäftsführung, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin, melden.

Fax: 030-20617-146

Der Vorstand freut sich auf tatkräftige Mitarbeiter/innen!

Bei Verbindungsaufnahme bitte angeben: Anschrift, Zugehörigkeit zum Seelsorgebezirk, für welchen Sachausschuss Mitarbeit angeboten wird und vorraussichtliche Zugehörigkeit zum Jurisdiktionsbereich.

Das organisierte Laienapostolat zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Vortrag vor der Zentralen Versammlung der Katholischen Soldaten
am 13. September 2005

BERNHARD SUTOR

Über die Laienräte, über ihre kirchenrechtliche Stellung und ihr Verhältnis zum kirchlichen Amt, ist neuer Streit entstanden. Dieser Streit ist nach meiner Überzeugung zwar überflüssig, und ich werde dies im Laufe meines Vortrags begründen; aber er kann uns hier als Ausgangspunkt dienen für unsere Überlegungen. Was ist geschehen?

Der Bischof von Regensburg, Dr. Gerhard Ludwig Müller, hat im April dieses Jahres eine Änderung der Satzung und der Wahlordnung für die Pfarrgemeinderäte in seiner Diözese verfügt. Die Tendenz der Änderung ist es, die dem Diözesanbischof kraft seines Amtes unmittelbar zustehende geistliche Gewalt gegenüber den Laienräten deutlicher zum Ausdruck zu bringen. Bischof Müller hat diese Änderung vorgenommen, ohne zuvor die Laienvertreter seines Bistums zu informieren oder auch zu befragen. Dagegen schreiben die Satzung des Diözesanrates wie der Pfarrgemeinderäte in der Diözese Regensburg vor, dass Änderungen der Satzungen vom Diözesanrat mit 2/3 Mehrheit beschlossen werden und sodann der Zustimmung des Bischofs bedürfen. Zur Vorgeschichte des Vorgangs in Regensburg gehört offenbar, dass Bischof Müller vor etwa zwei Jahren den Vorsitzenden eines Dekanatsrates absetzte, mit dem es zu einer öffentlichen Kontroverse vor allem in Fragen der Ökumene gekommen war. Dieser Konflikt konnte später in einem Gespräch bereinigt werden; die Absetzung wurde rückgängig gemacht.

Der Vorsitzende des Regensburger Diözesanrates bat Bischof Müller in einem Brief, die von ihm verfügte Änderung der Pfarrgemeinderatsatzung auszusetzen. Dies wurde in einem Antwortschreiben des Generalvikars abgelehnt unter Berufung auf das über der Satzung des Diöze-



Aussprache mit dem Referenten Prof. Bernhard Sutor
moderiert von Generalleutnant Karl-Heinz Lather

sanrates stehende Recht des Bischofs. Wichtig für unsere Überlegungen hier ist ferner, dass sich der Generalvikar in diesem Schreiben auf Canon 536 § 2 des Kirchenrechts berief, der lautet: „Der Pastoralrat hat nur beratendes Stimmrecht und wird durch die vom Diözesanbischof festgesetzten Normen geregelt.“ Demnach wären die Laienräte reine Pastoralräte, die dem Bischof unterstehen. Das ist bisher nirgends so gesehen worden.

Der Streit eskalierte weiter. Der Vorsitzende des Diözesanrates informierte die Mitglieder des Gremiums und lud zu einer Versammlung ein, auf der die Vorgänge besprochen werden sollten. Diese Versammlung wurde von der Diözesanleitung untersagt. Auf einer Dekanekonferenz am 7. Juni 2005 gab Bischof Müller dann bekannt, er habe eine Kommission zur Evaluierung der Arbeit des Diözesanrates eingesetzt. Mitglieder dieser Kommission sind der Generalvikar, der Official der Diözese, der Leiter der Bischöflichen Presse- und Medienabteilung und zwei Domkapitulare. In einem Schreiben der Kommission an die Mitglieder des Diözesanrates heißt es, die Freisinger Bischofskonferenz habe Bischof

Müller beauftragt, „federführend“ tätig zu werden bei der Überprüfung der Satzungen der Gremien auf Pfarr-, Dekanats- und Diözesanebene „bezüglich ihrer ekklesiologischen Stimmigkeit“. Diese Vorgänge und Absichten haben selbstverständlich über Regensburg hinaus erhebliche Aufmerksamkeit erregt. Das Landeskomitee hat seine „Vermittlung“ angeboten; der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Professor Hans-Joachim Meyer, hat einen Briefwechsel, den er in der Sache mit Bischof Müller hatte, inzwischen öffentlich gemacht. Der bisher letzte Schritt der Eskalation des Streites besteht darin, dass Bischof Müller dem Vorsitzenden des Regensburger Diözesanrates die Weisungsbefugnis über die Geschäftsführung des Diözesanrates entzogen hat.

Warum stelle ich diese ausführliche Schilderung der Regensburger Vorgänge an den Anfang meines Vortrages? Sie zeigen exemplarisch, dass es auch 40 Jahre nach dem Konzil und 30 Jahre nach der Würzburger Synode offensichtlich immer noch keinen Konsens gibt über die rechtliche Stellung der Laienräte oder vielleicht müsste man genauer

sagen, dass ein einmal erreichter Konsens inzwischen in Frage gestellt wird. Selbstverständlich sind Anlässe dazu Meinungsverschiedenheiten und Konflikte inhaltlicher Art über die Wege der Kirche und ihrer Pastoral in unserer heutigen Gesellschaft. Dass solche Konflikte dann auf der formal-rechtlichen Ebene ausgetragen werden, macht deutlich, wie wenig wir immer noch gelernt haben, Konflikte in einem vernünftigen, geschweige denn christlichen Umgang miteinander auszutragen. Wenn der Rekurs auf Amtsbefugnis und Recht das Gespräch ersetzt, dann steht es um den so oft beschworenen Dialog in der Kirche nicht gut.

Ich möchte vor dem Hintergrund dieser Vorgänge in drei Schritten entwickeln, weshalb uns die Laienräte in der Kirche ein vorzügliches Instrument in die Hand geben könnten, sowohl im innerkirchlichen Gespräch miteinander als auch in der Wirksamkeit nach außen, in der heute gebotenen Form missionarische Kirche zu sein. Ich werde im ersten Schritt etwas ausführen über die theologischen Grundlagen des Laienapostolats und seiner Gremien; im zweiten Schritt einiges über die rechtlichen Grundlagen unserer Laienräte; im dritten Schritt will ich einige konkretere Überlegungen vortragen zu Praxis der Rätearbeit.

1. Theologische Grundlagen des Laienapostolats

(Lumen gentium = Kirchenkonstitution und Gaudium et spes = Pastoralkonstitution des II. Vaticanums)

These: Die Kirche braucht in der heutigen profanen Welt eine „elliptische“ Struktur mit den beiden Polen geistliches Amt und Laienverantwortung

Die theologisch-ekklesiologischen Grundlagen des Laienapostolats findet man am besten formuliert in „Lumen gentium“, der Kirchenkonstitution des II. Vaticanums. Im ersten Kapitel dieses grundlegenden Dokuments wird die Kirche als „Grundsakrament“ beschrieben, als Zeichen dafür, dass Gott sich in Jesus Christus der Menschheit angenommen, sich mit ihr vereinigt hat und dass er deren Einheit will. Das zweite Kapitel beschreibt die Kirche als Volk Gottes, in welchem das allgemeine Priestertum aller Gläubigen und das besondere Weihepriestertum je in ihrer Weise Anteil haben am Priestertum Jesu Christi. Vor diesem Unterschied zwischen Laien und geweihten Priestern steht aber die Gleichheit aller Gläubigen kraft Taufe und Firmung, und von der Gesamtheit der Gläubigen heißt es, sie könne im Glauben nicht irren. Darin gründet übrigens auch die „Unfehlbarkeit“ des kirchlichen Lehramtes, insbesondere des Papstes; es ist die Unfehlbarkeit, mit der Christus seine Kirche auszeichnen wollte. Das Kapitel III der Kirchenkonstitution beschreibt dann die geistlichen Ämter als Dienste an der Einheit aller Gläubigen, Dienst durch Lehre, Leitung

und Spendung der Sakramente. Im Vollzug dieser Dienste handeln die geweihten Amtsträger stellvertretend für Jesus Christus, kraft seiner Autorität, und stehen so der Gemeinde gegenüber. Das in der Vollmacht Christi gründende Weiheamt konzentriert sich im kollegial verfassten Bischofsamt.

Das Kapitel IV der Kirchenkonstitution beschreibt die Laien als die Christen in der Welt, als christliche Weltpersonen. Den Laien, so heißt es dort, sei der Weltcharakter in der besonderen Weise eigen. Ihre Aufgabe sei es, kraft ihrer spezifischen Berufung die zeitlichen, weltlichen Dinge so zu gestalten und zu ordnen, dass sie im wachsenden Maß dem Willen Christi entsprechen. Ganz wichtig für das Verständnis des Laienapostolates ist es, dass die Laien dazu durch Christus selbst kraft Taufe und Firmung berufen sind, also nicht zusätzlich eines besonderen Auftrags durch das geistliche Amt bedürfen. In diesem Zusammenhang ist die Feststellung des Konzils besonders hervorzuheben, die Laien seien dazu berufen, die Kirche dort gegenwärtig und wirksam zu machen, wo sie nur durch die Laien wirksam werden kann; d.h.

eben draußen, in der profanen Welt mit ihren eigengesetzlichen Tätigkeitsbereichen und Problemen. Von dieser Tätigkeit der Laien als Christen in der Welt zu unterscheiden ist eine Tätigkeit von Laien in der Kirche selbst, in der Übernahme kirchlicher Dienste, die selbstverständlich einer eigenen Beauftragung durch den zuständigen Amtsträger bedarf.

Diese Grundaussagen werden weitergeführt und differenziert in einzelnen Teilkapiteln, in denen dargestellt ist, dass die Laien in ihrer Tätigkeit als Christen in der Welt teilhaben an den Ämtern Jesu Christi selbst, an seinem Priesteramt, an seinem Prophetenamt, an seinem königlichen oder Herrscheramt. Besonders wichtig für unser Thema ist sodann, wie das Konzil im letzten Abschnitt dieses vierten Kapitels das Verhältnis des Laienapostolats zum kirchlichen Amt beschreibt. Es ist durchaus ein Verhältnis der Gegenseitigkeit. Die Laien, so heißt es dort, sollen entsprechend ihrem Wissen, ihrer Zuständigkeit und ihrer „hervorragenden Stellung“ die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu sagen auch in dem, was das Wohl der Kirche angeht; bisweilen, so heißt es, hätten sie dazu auch die Pflicht. Dazu werden Wahrhaftigkeit, Mut und Klugheit, auch Ehrfurcht und Liebe gegenüber den Amtsträgern gefordert. Diese sollen die Würde und Verantwortung der Laien in der Kirche anerkennen und fördern, ihren klugen Rat benutzen, vertrauensvoll ihnen Aufgaben auch im Dienst der Kirche übertragen, ihnen Freiheit und Raum zum Handeln lassen, ihnen Mut machen, eigene Initiativen zu ergreifen. Sie sollen die gerechte Freiheit, die allen im irdischen bürgerlichen Bereich zusteht, sorgfältig anerkennen. Das Konzil spricht vom vertrauten Umgang zwischen Laien und Hirten; und wenn sich die Kraft der Laien mit dem Werk der Hirten verbinde, dann könnten diese auch mit Hilfe der Erfahrung der Laien in geistlichen wie in weltlichen Dingen genauer und besser urteilen, so dass die gesamte Kirche ihre Sendung für das Leben der Welt wirksamer erfüllen könne.

Beide also, geistliches Amt und Laienapostolat, gründen unmittelbar im Willen und in der Sendung Jesu Christi. Beide handeln in ihrem Be-

reich in eigener Verantwortung, sind zugleich einander zugeordnet und zum Miteinander verpflichtet. Das nenne ich die Struktur der Ellipse, die der Kirche in der heutigen profanen Welt angemessen ist.

Warum betone ich dabei die profane Welt? Im Laienkapitel der Kirchenkonstitution gibt es dazu eine grundlegende Aussage, die in der Pastoralkonstitution wiederkehrt und in beiden Texten besonders eingeschränkt wird. In der Kirchenkonstitution heißt es, die irdische Gesellschaft sei mit Recht den weltlichen Sorgen zugeordnet und werde darin von eigenen Prinzipien geleitet, freilich nicht ohne Rücksicht auf die Religion. Aber wegen dieser Eigengesetzlichkeit der irdischen Welt sollten die Gläubigen genau unterscheiden lernen zwischen den Rechten und Pflichten, die sie als Glieder der Kirche haben, und denen, die sie als Glieder der menschlichen Gesellschaft haben. Beide sind zu unterscheiden, aber möglichst harmonisch miteinander zu verbinden. Das sei in der heutigen Zeit besonders wichtig.

Die Pastoralkonstitution führt den Gedanken der Eigengesetzlichkeit der irdischen Bereiche etwas breiter aus und sagt, die geschaffenen Dinge und die Gesellschaften hätten ihre eigenen Gesetze und Werte, die die Menschen schrittweise mehr erkennen und sich berechtigterweise zunutze machen. Diese Eigengesetzlichkeit der Welt liege durchaus im Willen des Schöpfers, der die Schöpfung mit ihrer eigenen Form von Wahrheit und guter Ordnung ausgestattet habe.

Es ist demnach also durchaus gemäß dem Willen des Schöpfers, dass die Daseinsbereiche, die wir mit unseren Begriffen wie Wirtschaft, Kultur, Politik, Technik, Erziehung usw. bezeichnen, ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten folgen. Wer sich darin als Christ bewähren will, für den genügt es nicht, den christlichen Glauben und guten Willen zu haben, sondern er muss zugleich Fachmann in seinem Feld sein, ganz besonders in Familie und Beruf, aber auch in Öffentlichkeit und Politik.

Je mehr nun unsere moderne Welt sich in diesen Eigengesetzlichkeiten entfaltet, dabei freilich auch in der Gefahr ist, sich von grundlegenden Ordnungsprinzipien

und Werten der göttlichen Schöpfung zu entfernen, um so mehr ist die Kirche darauf angewiesen, sind ihre Amtsträger darauf angewiesen, dass es christlich geprägte Fachleute, christliche Welpersonen gibt, auf deren Erfahrung, Fachverstand und Rat man sich stützen kann. Es gibt heute wohl keinen Bereich der kirchlichen Pastoral, erst recht nicht der kirchlichen Diakonie an der Welt, der nur von der christlichen Glaubenslehre her zu gestalten wäre, der nicht zugleich die Erfahrung und den Fachverstand des Wirtschaftlers, des Politikers, des Technikers, des Mediziners, des Erziehers, des Journalisten, des Soldaten usw. bräuchte. Wenn hier nicht enges Zusammenwirken in je eigener Verantwortung gelingt, dann kann die Kirche in der heutigen Welt nicht missionarisch wirken.

Aber noch einmal sei dazu unterstrichen, dass Amtsträger wie Laien die jeweils eigene Zuständigkeit und Kompetenz wahrnehmen und gegenseitig respektieren müssen. In Grundfragen von Glaubens- und Sittenlehre, von Liturgie und Sakramenten haben die geweihten Amtsträger ihre spezifische Zuständigkeit. Aber diese reicht keineswegs, um alle Ordnungs-, Gestaltungs- und Ermessensfragen in den weltlichen Sachbereichen zu entscheiden. Dort ist der christliche Laie in eigener Verantwortung gefragt, und wo die Dinge sich überschneiden, was oft der Fall ist, geht es nur im dialogischen Miteinander. Dem müssen unsere Beratungsgremien auch in ihrer rechtlichen Struktur Rechnung tragen.

2. Die rechtlichen Grundlagen der Laienräte

(Laiendekret des Konzils und Beschluss der Würzburger Synode)

These: Die Laienräte in Deutschland gründen auf partikularem deutschem Kirchenrecht und haben einen Doppelcharakter: Sie sind von den Bischöfen anerkannte eigenverantwortliche Organe des Laienapostolats und zugleich Beratungsorgane für den jeweiligen Amtsträger.

Das II. Vaticanum hat zur rechtlichen Struktur des Laienapostolats nichts Verbindliches gesagt. Das so genannte Laiendekret unterstreicht selbstverständlich im Sinne der Kirchenkonstitution die Bedeutung des Laienapostolats und die Notwendigkeit organisierten Zusammenwirkens von Christen in der heutigen Welt. Es legt aber dafür keine bestimmte Form verbindlich fest. In seinem Kapitel 20 beschreibt es die Katholische Aktion, wie sie vor allem in Italien zur Zeit Pius XI. in der Auseinandersetzung der Kirche mit dem italienischen Faschismus entwickelt wurde. Die Katholische Aktion ist eine Form des Laienapostolats unter ausdrücklicher Leitung der Hierarchie, als deren verlängerter Arm sie gern bezeichnet wurde. Zur Ordnung des Laienapostolats heißt es in Kapitel 24, dass es verschiedene Formen und verschiedene Weisen der Beziehung zur Hierarchie haben kann. Es heißt dort auch, apostolische Werke der Laien könnten auch durch deren

freie Wahl zustande kommen und nach deren klugem Urteil geleitet werden. Über ihre Anerkennung als katholisch hat freilich die kirchliche Autorität zu entscheiden. Schließlich empfiehlt Kapitel 26, in den Diözesen „nach Möglichkeit beratende Gremien“ einzurichten, die die apostolische Tätigkeit der Kirche in der Verkündigung, im caritativen und sozialen und in anderen Bereichen durch die Zusammenarbeit von Klerikern und Laien unterstützen. Solche Gremien, heißt es weiter, sollten soweit wie möglich auf allen kirchlichen Ebenen, aber auch im nationalen und internationalen Bereich geschaffen werden.

Der Text spricht also eine Empfehlung aus, die in unterschiedlichen Formen realisiert werden kann. Ferdinand Klostermann interpretiert im Lexikon für Theologie und Kirche (11 67, S. 682) die Nummer 26 des Laiendekrets so: Die hier empfohlenen Gremien seien nicht identisch mit dem Pastoralrat, der im Bischofsdekret des Konzils für die Diözesen

empfohlen werde. Das Laiendekret überlasse damit die Frage, wie das Laienapostolat organisiert und koordiniert werden solle, der Regelung durch die Bischöfe bzw. die Bischofskonferenzen. Ein Motu proprio Pauls VI. vom 6. August 1966 an die Bischöfe hat das denn auch ausdrücklich so gesagt. Es gibt also keine gesamtkirchlich verbindliche Ordnung des Laienapostolats. Auch der 1983 neu erschienene CIC regelt diese Fragen nicht; er kennt vielmehr nur Pastoralräte, die unter Leitung des jeweiligen Amtsträgers diesem als rein beratende Gremien zugeordnet sind.

In den Laiengremien, wie sie sich im deutschsprachigen Raum während des Konzils und danach entwickelt haben, fließen zwei unterschiedliche Linien zusammen. Die eine Linie wird durch das Stichwort Katholische Aktion gekennzeichnet, der Versuch der Konzentration der Kräfte in der Zeit des Faschismus und des Nationalsozialismus unter der Leitung des jeweiligen Amtsträgers in Pfarrei und Diözese. Diese Linie setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg fort in der Bildung so genannter Katholikenausschüsse in manchen Diözesen. Die andere, in Deutschland und auch sonst in Westeuropa viel mächtigere Entwicklungslinie war aber die des Sozialkatholizismus, der katholischen Verbände. Sie reicht bekanntlich ins 19. Jh. zurück und hat sich nach 1945, wenn auch gegen den Widerstand mancher Bischöfe, noch einmal als sehr kraftvoll erwiesen.

Es ist dies, bei allen Unterschieden im Einzelnen, eine Form des Laienapostolats, in welchem die Christen in eigener Verantwortung, unabhängig vom kirchlichen Amt, sich zusammenschließen, um spezifische Aufgaben als Christen in der Welt wahrzunehmen. Die Rechtsform, in der dies durchweg geschah, war ausdrücklich nicht mehr eine kirchliche, etwa die Form der Bruderschaft oder der Kongregation, wie sie die alte Kirche vor der Revolution kannte; die Rechtsform war die des bürgerlichen Vereins, d.h. die Katholiken bedienten sich hier in eigener Verantwortung eines weltlichen Rechtsinstituts. Aber selbstverständlich haben diese katholischen Vereine und Verbände immer die Koope-

ration mit der Hierarchie gesucht, hatten in der Regel neben ihrem Vorstand einen geistlichen Präses und erfreuten sich der Anerkennung durch die kirchliche Hierarchie als katholische Verbände. Dieses Verständnis eigenverantwortlicher Tätigkeit im Sinne des Laienapostolats ging dann auch ein in die Bildung der neuen Räte auf den verschiedenen kirchlichen Ebenen zur Zeit des Konzils.

Die Würzburger Synode versuchte, den bis dahin entwickelten Strukturen eine einigermaßen einheitliche Form für alle deutschen Diözesen zu geben. Sie formulierte Mustersatzungen für die untere Ebene (Pfarrei), für die mittlere Ebene (Dekanat), für die Ebene der Diözese. Die Ordnung für den Pfarrgemeinderat ist so formuliert, dass sein Doppelcharakter als beratendes Organ für den Pfarrer und als eigenverantwortliches Organ für das Laienapostolat deutlich zum Ausdruck kommt. Der Pfarrgemeinderat, so heißt es, diene dem Heils- und Weltauftrag der Kirche, und entsprechend stehen in der Aufzählung von Aufgaben innerkirchlich-pastorale und öffentlich-gesellschaftliche nebeneinander. Je nach Sachbereich habe der Pfarrgemeinderat zu beraten oder zu beschließen. Für die mittlere Ebene sieht die Synode auf jeden Fall einen Pastoralrat vor; ob ein Katholikenrat als Organ des Laienapostolats gebildet werden soll, wird von den regionalen Bedingungen abhängig gemacht.

Für die Ebene des Bistums sieht die Synode zwei getrennte Gremien vor, einen Pastoralrat als beratendes Organ für die Diözesanleitung unter dem Vorsitz des Bischofs; einen Katholikenrat, heute fast überall Diözesanrat genannt, für die Koordination des Laienapostolats, von Laien in eigener Verantwortung geleitet, aber vom Bischof als dieses Organ anerkannt.

Das alles scheint etwas kompliziert, vielleicht sogar verwirrend, zumal da es ja auch noch den Priesterrat gibt, sowie selbstverständlich das Domkapitel bzw. den Geistlichen Rat zur Leitung des Bistums zusammen mit dem Bischof. Die Kritik am Rätensystem und an den vielen Gremien in unserer Kirche ist ja denn auch wohlfeil. Aber so kompliziert, wie es scheint, braucht

es für die Praxis nicht zu sein, wenn man sich der vorhandenen Organe vernünftig und kooperationsbereit bedient. Man braucht auch keineswegs in jeder Hinsicht der Synode zu folgen. So haben nicht wenige Bistümer auf einen Pastoralrat inzwischen verzichtet oder ihn gar nicht erst eingerichtet. Tatsächlich bietet es sich an, den Diözesanrat bzw. einige seiner Ausschüsse, die man immer entsprechend mit Priestern und Laien besetzen kann, im Sinne eines Pastoralrates zu nutzen.

Aus diesem Grund liegt mir so viel daran, den Doppelcharakter der nach dem Konzil bei uns entstandenen „Laienräte“ zu betonen. Diese Räte sind

- erstens Repräsentations- und Koordinationsorgane der Laien, ihrer Initiativen und Zusammenschlüsse. Als solche handeln sie eigenverantwortlich und unabhängig vom geistlichen Amt, aber in kirchlicher Anerkennung, und nehmen im wesentlichen Aufgaben der Christen in der Welt wahr;
- zweitens sind sie Beratungsorgane für den jeweiligen Amtsträger (den Bischof, den Pfarrer) und haben als solche Recht und Pflicht, im Dialog mit ihm und seinen Mitarbeitern ihre Erfahrungen, Vorstellungen und Fragen in die Pastoral der Kirche einzubringen, unbeschadet der besonderen Zuständigkeiten des geistlichen Amtes. In diesem Sinn kann man sie als moderne Formen von Synodalorganen ansehen, die immer zur Kirche gehört haben.

Will man diesen Doppelcharakter streng juristisch fassen, dann muss man sagen, dass die Laienräte im Vereinsrecht der Laien gründen, was seinen Ausdruck findet in der Wahl ihrer Mitglieder durch die Gläubigen; dass sie aber auf Grund der Anerkennung durch die Hierarchie auch als Beratungsorgane der Amtsträger zugleich das Verfassungsrecht der Kirche berühren. Diese nicht leicht verständliche juristische Seite der Sache wurde neu diskutiert nach dem Erscheinen des neuen CIC 1983.

Das neue Kirchenrecht von 1983 regelt für die Gesamtkirche nur Fragen des Pastoralrates, für die Diöze-

sen in den Canones 511 ff., für die Pfarrei in Canon 536,2. Damit sind aber andere Formen der Mitwirkung von Räten keineswegs ausgeschlossen. Als das neue Kirchenrecht erschienen war, entstand eine Diskussion, ob in Struktur und Satzungen unserer Räte etwas geändert werden müsste, ob sie also in reine Pastoralräte im Sinn des neuen Kirchenrechts umgewandelt werden müssten. Die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der Katholiken haben mit dieser Frage Fachkonferenzen beschäftigt und auf Grund von deren Ergebnissen in der Gemeinsamen Konferenz 1987 beschlossen, es bestehe kein Anlass, an dem Doppelcharakter unserer Räte etwas zu ändern. Sie seien auf der Basis deutschen partikularen Kirchenrechts entwickelt. Es wurde gemeinsam festgestellt, in unseren Räten des Laienapostolats berührten sich das Vereinigungsrecht und das Verfassungsrecht. Die Räte beruhten zuerst auf dem Vereinigungsrecht, das allen Gläubigen nach Canon 215 CIC zusteht. Sie seien freie Initiativen, die sich unter Anerkennung des kirchlichen Amtes zusammenschlossen. Zugleich jedoch seien sie in die Diözesen „eingebaut“ und gehörten so auch zum Verfassungsrecht der Kirche. Sie seien von unten gewachsen und von oben kirchenamtlich bestätigt; es überwiege in ihnen aber das vereinigungsrechtliche Element.

Über die Pfarrgemeinderäte heißt es in diesem Beschluss der Gemeinsamen Konferenz wörtlich: „Die Pfarrgemeinderäte sind nach ihrer Aufgabenstellung, wie sie die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland festgelegt hat, in erster Linie Räte des Laienapostolats, die der Koordinierung und Förderung des Apostolats der Laien in der Pfarrei dienen. Soweit sie pastorale Fragen beraten, haben sie ... nur beratende Funktion. Es wird deshalb nochmals ausdrücklich festgestellt, dass die Pfarrgemeinderäte gegenüber dem Pfarrpastoralrat des CIC/1983 ein aliud darstellen. Somit bleiben die Ordnungen über die Pfarrgemeinderäte weiteres Partikularrecht.“

Sehr klar und prägnant drückt z.B. die Satzung für Pfarrgemeinderäte der Erzdiözese München und Freising den Doppelcharakter des

Pfarrgemeinderates aus. § 1 der Satzung lautet: „Der Pfarrgemeinderat ist das vom Erzbischof anerkannte Organ im Sinne des Konzilsdekretes über das Apostolat der Laien (Nr. 26) zur Koordinierung des Laienapostolats in der Pfarrgemeinde und zur Förderung der apostolischen Tätigkeit der Pfarrgemeinde. In sinngemäßer Anwendung des Dekrets über die Hirtenaufgabe der Bischöfe (Nr. 27) ist er zugleich das vom Erzbischof eingesetzte Organ zur Beratung pastoraler Fragen in der Pfarrgemeinde.“ In § 2, Abs. 2 heißt es dann noch einmal differenzierend, als Organ des Laienapostolats werde der Pfarrgemeinderat in eigener Verantwortung tätig; als Organ zur Beratung pastoraler Fragen unterstütze er den Pfarrer, dem unter der Autorität des Erzbischofs die Leitung der Pfarrgemeinde anvertraut sei.

Selbstverständlich können sich und werden sich aus diesem Doppel-

charakter unserer Räte immer auch Spannungen und Konflikte ergeben. Diesen entginge man aber auch dann nicht, wenn man die Räte in reine Pastoralräte unter der Autorität des kirchlichen Amtes umwandeln würde, oder wenn man – die andere einseitige Lösungsmöglichkeit – den Räten jede Mitsprachemöglichkeit innerhalb der Kirche nehmen würde, wenn man sie nur noch als völlig freiwillige Zusammenschlüsse der Laienvereine und Laieninitiativen betrachten würde, die mit innerkirchlichen Fragen nichts tun hätten. Meine Gegenthese gegen solche Versuche und Versuchungen der einseitigen Lösung ist die, dass gerade der Doppelcharakter unserer Räte im deutschsprachigen Raum der Situation der Kirche in einer profanen Welt entspricht und uns die größeren Chancen gibt, gemeinsam die Kirche in unserer Welt missionarischer zu machen.

3. Die Räte: Foren des innerkirchlichen Dialogs und der politischen Diakonie

These: Der Doppelcharakter der Räte ergibt eine vorzügliche Struktur für den innerkirchlichen Dialog wie auch für das Wirken in Gesellschaft und Politik

Keine Frage, der Kirche weht heute in den westlichen, pluralistischen, sich zunehmend individualisierenden Gesellschaften der Wind ins Gesicht. Es ist längst nicht mehr selbstverständlich, Christ zu sein; die herkömmlichen sozialen Stützen für Glauben und Kirche gibt es fast nicht mehr. Christlich zu glauben und zu leben ist heute Sache freier Entscheidung der Personen. Angesichts weithin beobachtbarer Verflüchtigung der Glaubenssubstanz und der Ausdünnung der kirchlichen Kräfte gibt es vielfältige Symptome der Ratlosigkeit in der Kirche, und über die richtigen Antworten wird gestritten.

Eine Antwort, zu der offenbar nicht wenige Bischöfe und Priester neigen, heißt Konzentration auf das eigentlich kirchliche Leben, auf Gottesdienst, Verkündigung, Sakramente, Feier der Liturgie, Verteidigung und Sicherung des „Eigentlichen“. Nun liegen hier gewiss die Quellen unseres Christseins, und diese müssen lebendig erhalten werden. Aber

nicht selten ist dieses Bemühen verbunden mit einer erheblichen Abneigung gegen die Pluralität der Kräfte und Richtungen, die es legitimerweise auch in der Kirche gibt und geben muss, gegen Diskussion und Kritik, zumal auch gegen den Anspruch der Laien und ihrer Organe, innerkirchlich mitreden zu wollen. In der „Tagespost“ wurde kürzlich, bezogen auf die Auseinandersetzungen in Regensburg, dem Präsidenten des Zentralkomitees der Katholiken, Professor Meyer, vorgeworfen, er setze gegen die hierarchische Ordnung der Kirche auf eine Art Räterepublik – eine absurde Unterstellung. Die Absicht jedenfalls, aus unseren Laiengremien reine Pastoralräte unter der Leitung des kirchlichen Amtes zu machen, ist eng mit dieser eben skizzierten Tendenz konservativer kirchlicher Kräfte verbunden.

Dagegen setze ich die These, dass ohne die Kräfte der Laien in der Kirche in ihrer Vielfalt und in ihrer Eigenständigkeit die von Johannes Paul II. oft beschworene Neuevan-

lisierung unserer Gesellschaft bzw. das, was die deutschen Bischöfe missionarische Kirche nennen, keine Chance hat. Und eben deshalb meine ich, wir müssten alle miteinander, die Bischöfe wie die Laien in verantwortlichen Positionen, die seit dem Konzil entwickelten Räte begreifen und nutzen als missionarische Zentren gemeinsamen Handelns sowohl in der Kirche als auch in Gesellschaft und Politik. Das bedarf einerseits der Unterscheidung der Kompetenzen und einer gewissen Arbeitsteilung zwischen Amt, Räten und Verbänden; es bedarf aber noch viel mehr der Gemeinsamkeit in dieser Vielfalt.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz schrieb im Vorwort zu dem Text der Deutschen Bischöfe „Zeit zur Aussaat – missionarisch Kirche sein“, November 2000: „Alle kirchlichen Aktivitäten sind vor dem Hintergrund der missionarischen Dimension der Kirche zu verstehen und daraufhin zu stärken. Dies gilt für die Gemeinden wie für die Verbände, es gilt für die geistlichen Bewegungen und Gemeinschaften.“

Im Text selbst heißt es dazu (S. 9), es komme auf das profilierte persönliche Zeugnis der Christen in dieser Welt an. Wörtlich: „Das bedeutet, dass Katholische Kirche sich noch stärker als bisher ‘personalisieren’ muss, aber nicht nur in ihren Amtsträgern und ‘Spitzenvertretern’, sondern in der Breite ihrer Beteiligungsmöglichkeiten mit der heutigen Gesellschaft. Der Gedanke des Apostolats der Laien, wie er vom Konzil entworfen wurde, dass jeder Christ am eigenen Ort in der Gesellschaft, in Beruf und Familie erkennbar Zeugin und Zeuge des Glaubens sein kann und soll, gewinnt hier brennende Aktualität. Denn die Kirche lebt in ihren Zeugen.“

Ich kann hier nicht darstellen, wie dieser Grundgedanke auf die verschiedensten Felder unserer Gesellschaft sowie auf die Einrichtungen und Dienste der Kirche angewandt wird. Für uns hier scheint mir wichtiger die Überzeugung der Bischöfe, die den Text durchzieht, dass missionarische Kirche sich gerade nicht auf den Binnenraum der Kirche zurückziehen darf, so als wür-

de sie im sakralen Handeln allein ihre Erfüllung finden; dass vielmehr das christliche Zeugnis in der Welt der Gesellschaft wirksam werden muss. So heißt es im Text z.B. von den Verbänden, dass sie im kirchlichen Leben Deutschlands einen besonderen Reichtum darstellen, weil sie ihren Ort haben am Schnittpunkt von Kirche und Gesellschaft. „Dies gibt ihnen insbesondere die Möglichkeit, den christlichen Weltauftrag spezialisiert wahrzunehmen.“ Überzeugungen und Wertvorstellungen des christlichen Glaubens in die Räume von Staat, Kultur und Gesellschaft einzubringen, heißt es dort weiter, sei Ausdruck missionarischer Kirche. Hier ist meines Erachtens denn auch die spezifische Aufgabe der Diözesanräte zu sehen und in Ihrem Fall der Zentralen Versammlung. Ich will das im Blick auf das Verhältnis von Amt und Rat noch etwas verdeutlichen; denn auch die sogenannte politische Diakonie der Kirche kann nur kooperativ gelingen.

Wir müssen im Bereich der politischen Diakonie der Kirche eine eigenartige Entwicklung feststellen. Das Konzil und die Päpste seit dem Konzil haben uns immer wieder eingeschärft, das öffentliche und politische Leben sei das eigentliche Zuständigkeits- und Tätigkeitsfeld der christlichen Laien. Dagegen steht jedoch eine zunehmende Konzentration auch in diesem Feld auf das kirchliche Amt, auf Papst und Bischöfe. So haben sich zumal die deutschen Bischöfe in den letzten Jahren in vielen Verlautbarungen zu Hauptproblemen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik geäußert. Es gab nach dem großen „Sozialwort“ der beiden Kirchen umfangreiche Texte der Bischöfe zu den Fragen der Migration, zu den Medien, zur „Zukunft der Schöpfung“, also zur Umweltproblematik. Es gibt aus dem Jahr 2000 das gerade für Sie gewichtige Wort „Gerechter Friede“, eine Fortschreibung des Textes von 1983 „Gerechtigkeit schafft Frieden“. Es gibt seitdem weitere gewichtige Aussagen der Bischofskonferenz und einzelner Bischöfe gerade auch zu den Fragen von Frieden, Sicherheit, Terrorismus, Globalisierung, speziell zum Irak-Krieg 2003.

Die deutschen Bischöfe haben sich dazu mit ihrer Zentralstelle für gesellschaftlich-politische Fragen im Sekretariat in Bonn auch ein entsprechendes Instrument geschaffen. Es gibt aber darüber hinaus auch die Tätigkeit der großen bischöflichen Hilfswerke und der Caritas, nicht selten verbunden mit gewichtigen Stellungnahmen zu politischen Streitfragen. Es gibt schließlich die nicht zu übersehende Tätigkeit der Katholischen Büros beim Bund und bei den Ländern, gewiss notwendige kirchliche Lobby-Arbeit, auch diese aber oft verbunden mit öffentlichen Stellungnahmen. Wo bleiben da, so kann man fragen, die Laien und ihre Organe? Freilich gibt es auch von ihnen, angefangen beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken über die Diözesanräte bis hin zu der Vielfalt der Verbände, ein intensives Mitreden in der öffentlichen Diskussion.

Das alles zusammen bildet eine verwirrende Gemengelage, die von der weltlichen Öffentlichkeit und von den Medien oft gar nicht richtig verstanden wird. Für sie ist das alles einfach „Kirche“, und am liebsten hat man einen Bischof, besser noch einen Kardinal am Mikrofon. Nun kann solche Vielfalt einerseits nützlich sein, und eine gewisse Pluralität der Stimmen, auch der kirchlichen Stimmen, ist im Feld des Politischen unvermeidlich. Andererseits aber erfordert unser Kirchenverständnis und auch unser Wille, wirksam zu werden, doch auch eine gewisse Einheitlichkeit. Hier müssten die Unterscheidung der Kompetenzen und das Zusammenwirken der Kräfte besser gelingen. Das kann nur gelingen, wenn wir die dazu vorhandenen Strukturen nutzen.

Selbstverständlich haben die kirchlichen Amtsträger Recht und Pflicht, sich zu den Grundfragen in Gesellschaft und Politik zu äußern. Vielleicht sollten sie es sparsamer tun, als das derzeit der Fall ist, weil sonst niemand mehr hinhört. Aber die Arbeitsteilung ist nicht so einfach vorzunehmen, dass man sagen könnte, die Bischöfe sollten sich auf das Grundsätzliche beschränken, während die Laienkräfte im Konkreten, in den Einzelfragen und in den strittigen politischen Ermessensfragen ihr Handlungsfeld hätten. Man kann

das eine vom anderen nicht säuberlich trennen. Ebenso wenig kann man eine genau Grenze ziehen für das Mitwirkungsrecht der Laien in den innerkirchlichen Fragen, zumal im weiten Feld der Pastoral. Ihr Sachverstand, ihre Erfahrungen und ihre berechtigten Anliegen, so haben wir gehört, sollen ja auf das innerkirchliche Leben zurückwirken, sollen es fruchtbarer machen. Und wo hört denn z.B. Familienpastoral auf, wo fängt Familienpolitik an? Wo verläuft die Grenze zwischen der Seelsorge für Soldaten und den Fragen ihres militärischen Auftrags. Die Dinge überschneiden sich.

Ich wiederhole deshalb meine These, die Räte, zumal auf der höheren Ebene der Diözese und der ganzen Nation, könnten die geeigneten Foren sein sowohl des innerkirchlichen Dialogs zwischen Amt und Laien als auch der kooperativen Wahrnehmung politischer Diakonie an der Gesellschaft. In unseren Räten begegnen sich und verbinden sich Amt und „Weltchristen“, es verbinden sich in ihnen amtliche Strukturen und freie Initiativen und Verbände.

Wenn das gelingen soll, brauchen wir die Notwendigkeit der Unterscheidung ebenso wie die Bereitschaft zur Gemeinsamkeit. Der Inhaber des kirchlichen Amtes muss frei

bleiben in der Verkündigung des Evangeliums, auch in seiner Bedeutung für die ethisch-politischen Fragen, wenngleich er diese Kompetenz mit der notwendigen Zurückhaltung wahrnehmen sollte. Die Laien und ihre Organe müssen frei bleiben in der Wahrung ihrer politischen Aufgaben, zumal dort, wo das konkrete Handeln nicht einfach von den Prinzipien her bestimmbar ist, sondern Klugheits- und Ermessensurteile unterschiedlicher Art zulässt. Wir müssen alle gemäß der Forderung des Konzils unterscheiden zwischen amtlichem Handeln im Namen der Kirche, was nur im Einvernehmen mit den Bischöfen möglich ist, und dem Handeln als Kirche, d.h. als Christen in der Welt. Wir müssen aber gleichzeitig lernen, weil die Dinge nicht säuberlich trennbar sind, sondern sich überschneiden und vermischen, darüber das notwendige Maß an Gemeinsamkeit immer wieder zu finden.

Eine weitere Mahnung scheint mir ebenso dringlich. Wir sollten nicht meinen, unser christlicher Dienst an der Welt, unser Mitwirken in Gesellschaft und Politik sei schon erfüllt, wenn wir uns an der öffentlichen Diskussion beteiligen und möglichst kluge Stellungnahmen abgeben. Kritische Beobachter sprechen mit Recht seit längerem davon,

wir seien eine „Verlautbarungskirche“ geworden. Die Erklärungen regnen geradezu auf die Öffentlichkeit herab und versickern denn auch ebenso schnell wie der Regen. Selbstverständlich müssen wir im öffentlichen Konzert mitwirken, unsere Stimmen zu Gehör bringen. Aber wichtiger scheint mir, auch als eine besondere Aufgabe der kirchlichen Räte auf allen Ebenen, uns selbst, unsere eigenen Leute zu befähigen und zu ermutigen zum politischen Engagement, vor allem auch durch die entsprechende Bildungsarbeit; sodann unsere Verlautbarungen und Forderungen, wenn wir sie denn schon für berechtigt halten, auch durch die Tat zu bekräftigen, d.h. uns in sozialen und politischen Projekten zu engagieren überall dort, wo es um grundlegende Dinge geht wie Frieden, Menschenrechte, Gerechtigkeit, Kultur der Schöpfung, Bekämpfung akuter Not. Gerade auch diese praktische, diese praktizierte christliche Caritas und Diakonie, wird am ehesten wirksam und wirkt öffentlich zeugnishaft, wenn sie in unseren kirchlichen Strukturen Halt und Dauer gewinnt. Unsere Gremien dürfen also nicht Debattierklubs für mehr oder weniger kluge Leute sein, sie müssen vielmehr Initiativorgane sein für konkretes Handeln in Kirche und Welt. □



Professor Bernhard Sutor verfolgt aufmerksam die Beratungen der Zentralen Versammlung, rechts neben ihm Generalleutnant Karl-Heinz Lather, links HptFw Ralf Eisenhardt und Oberst a.D. Kalr-Jürgen Klein.

Embryonale Stammzellforschung und Klonen

VON MARTIN KEIM

Im Jahr 2002 habe ich zum ersten Mal über die Themen Euthanasie, Stammzellforschung, PID (Präimplantationsdiagnostik) therapeutisches und reproduktives Klonen unter ethischen Gesichtspunkten vorgetragen. Vor zwei Jahren erfolgte dann die Betrachtung dieser auch heute unverändert hochbrisanten Thematik aus medizinischer, wissenschaftlicher, juristischer, theologischer und politischer Sicht. Heute möchte ich Ihnen den weiteren Entwicklungsverlauf in der Stammzellforschung auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene vorstellen und die derzeitigen Diskussionen in Wissenschaft und Politik aufzeigen.

Historische Entwicklungen in der Forschung

Am 20.05.2005 wurde in den Medien berichtet, dass es einer südkoreanischen Arbeitsgruppe in Seoul erstmalig gelungen sei, menschliche Klonembryonen mittels Kerntransfer von erkrankten Zellen zu erzeugen und aus ihnen embryonale Stammzellen zu gewinnen. Bereits Februar 2004 haben die südkoreanischen Forscher Woo Suk Hwang und Shin Yong Moon 30 menschliche Blastozysten hergestellt und daraus eine Linie embryonaler Stammzellen gewonnen. Für die Gewinnung von 30 menschlichen Blastozysten wurden 242 Eizellen von 16 gesunden Frauen eigens zu Forschungszwecken verbraucht. Prof. Dr. med. Hans Schöler, Max-Planck-Institut für vasculäre Biologie in Münster, sprach über das Ergebnis der National University Seoul von einer „stauenswerten Effizienz“, weil von jeder dritten entkernten Eizelle eine Blastozyste hervorging.

Am 05.06.1996 wurde nach vorherigen 276 Klonfehlschlägen das von Ian Wilmut geschaffene Klon-Schaf „Dolly“ geboren. Am 14.02.2003 verstarb „Dolly“ im Alter von sechs Jahren an den Folgen einer Lungenentzündung und eines beschleunigten Alterungsprozesses. Die durchschnittliche Lebenserwartung eines Schafes beträgt 12 Jahre.

November 1998 gelang es dem Amerikaner James Thomson zum ersten Mal embryonale Stammzellen im Labor zu kultivieren.

Im Jahr 2001 vermeldete die amerikanische Firma Advanced Cell Technology den ersten geklonten menschlichen Embryo - etwas voreilig, wie sich später herausstellte, da dieser Versuch sich nur bis zum sechs Zell-Stadium entwickelte.

Eine amerikanische Sekte gab am 26.12.2002 die Geburt eines Klonkinds bekannt. Allerdings handelt es sich hier um eine Irreführung. Möglicherweise handelt es sich bei der vom Reproduktionsmediziner Dr. Severino Antinori verkündeten Geburt eines Klonbabys im Januar 2003 ebenfalls um eine Irreführung. Bereits im April 2002 hatte Antinori mitgeteilt, dass drei Frauen mit einem geklonten Embryo schwanger seien.

Am 28. Mai 2003 wurde in Cremona/Italien unter der Leitung von Cesare Galli (Istituto Sperimentale Italiano) das erste Klonfohlen Namens „Prometea“ geboren.

Am 30.04.2005 kündigt die amerikanische „Nationale Akademie der Wissenschaften“ (NAS) – ein Forschungsgremium, das die US-Regierung in wissenschaftlichen Fragen berät, Richtlinien an, die nicht nur überzählige Embryonen, sondern auch eigens für Forschungszwecke gezeugte Embryonen vorsieht. Dabei sollen auch diese Forschungen mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Die Richtlinien sehen auch vor, dass menschliche embryonale Stammzellen zu Testzwecken in Tiere (ausgenommen Gehirn und Geschlechtsorgane) transplantiert werden sollen. Alleine der Staat Kalifornien wird in den kommenden 10 Jahren die Stammzellforschung am „California Institute for Regenerative Medicine“ mit 2,3 Milliarden Euro fördern. Der Gouverneur Arnold Schwarzenegger begründet dies mit den Worten: „Forschung, die wir heute betreiben, könnte in der Zukunft ein Heilmittel liefern.

In der Zeit vom 01.07.2002 bis zum 30.11.2004 wurden in Deutschland sieben Anträge für die Einfuhr und Verwendung embryonaler

Stammzellen auf der Grundlage des vom 01.07.2002 in Kraft getretenen Stammzellgesetzes von der Zentralen Ethik-Kommission für Stammzellforschung, die sich aus Dozenten der Bereiche Ethik (4 Mitglieder), Medizin (6 Mitglieder), Biologie (4 Mitglieder) und Theologie (4 Mitglieder) zusammensetzt, befürwortet und genehmigt.

Am 10.06.2005 berichtet die Tageszeitung „Die Welt“ (Ausgabe 133 – 23) in einem kleinen Artikel von der Absicht der FDP, ein modifiziertes Embryonenschutzgesetz einzubringen, um künftig das therapeutische Klonen auch in Deutschland zu erlauben.

Was ist ein Blastozyst?

Ein Blastozyst ist ein embryonales Frühstadium, das beim Menschen etwa in dem Zeitraum vom vierten bis zum siebten Tag nach der Befruchtung vorliegt und mehr als 100 Zellen umfasst. Die Blastozyste ist bereits zu diesem Zeitpunkt in einen innenliegenden Embryoblasten und einer Außenschicht, dem Trophoblast differenziert. Aus dem Embryoblast werden die embryonalen Stammzellen gewonnen, die ein sehr hohes Differenzierungspotential besitzen und so gut wie alle Zellen des erwachsenen Körpers hervorbringen können. Ein vollständiges Lebewesen lässt sich allerdings nicht aus diesen Zellen generieren. Bei der Gewinnung von embryonalen Stammzellen wird der Embryo zerstört.

Stand der Forschung mit embryonalen und adulten Stammzellen

Embryonale Stammzellforschung

Humane embryonale Stammzellen (hESZ) konnten unter In-vitro-Bedingungen der Zellkultur je nach Zufuhr von Wachstumsbedingungen u.a. in neurale Zellen (Nervenzellen), insulinproduzierende Zellen, Knorpel-, Knochen-, Herzmuskel-, Blut- und Leberzellen differenziert werden. Die Kultivierung embryona-

ler Stammzellen ist schwierig, da Faktoren für das Wachstum im undifferenzierten Zustand nicht bekannt sind. Dies führt häufig zu spontanen ungerichteten Differenzierungen. Auch wenn gewünschte differenzierte Zelltypen gewonnen werden, gibt es neben dem gewünschten Zelltyp immer noch andere, unerwünschte Zellen. Sofern eine Transplantation von hESZ vorgesehen sein sollte, dürften wegen der Gefahr einer embryonalen malignen Tumorbildung keine undifferenzierten Zellen vorhanden sein. Darüber hinaus besteht die Gefahr einer Kontamination der hESZ mit tierischen Viren über die bisher in den Kulturen erforderlichen tierischen Helferzellen. Damit könnten Krankheitserreger Artengrenzen überspringen. Auch die Probleme der immunologischen Reaktion ist nicht gelöst. Eine weitere Schwierigkeit stellt die Reproduzierbarkeit von Methoden, Techniken und Prozeduren der Stammzellforschung dar. Aufgrund der raschen Entwicklung gibt es noch keine standardisierten Verfahren, so dass geringste Abweichungen eines Versuchsaufbaues den Zelltyp verändern können. Für die Herstellung von hESZ-Linien werden hunderte Eizellen benötigt. Dabei ist völlig ungeklärt, wer die vielen Eizellen für eine (mögliche) Therapie eines einzigen Menschen bereitstellen soll.

Adulte Stammzellforschung

Adulte Stammzellen können nach Abschluss der Organbildung aus Föten und aus dem Körper erwachsener Tiere und Menschen gewonnen werden, ohne dass dies mit ethischen Problemen verbunden wäre. Weiterhin wären nach einer späteren autologen Transplantation keine Immunreaktionen zu erwarten. Bei der Kultivierung adulter Stammzellen entwickelten sich aus so genannten multipotenten adulten Stammzellen Blut-, Leber-, Lungen- und Darmzelltypen. In der Klinik werden bereits organspezifische Zellen eingesetzt. Als Beispiele seien hier der Hautersatz bei Verbrennungsoptionen oder Knorpelgewebe bei Arthrosepatienten genannt. In einigen Fällen wurden Funktionsverbesserungen (z.B. nach Myokardinfarkt) von geschädigten Organen be-

schrieben, ohne dass jedoch nachgewiesen werden konnte, dass die transplantierten Stammzellen selbst an der Bildung von neuem Gewebe beteiligt waren.

Diskussionen in Politik, Gesellschaft, Medizin und Forschung

Die Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Ethik und Recht der modernen Medizin“ hält es für unverantwortlich, Embryonen verbrauchende Stammzellen zu gewinnen. Deshalb hat sich die Kommission gegen einen Import von Stammzellen ausgesprochen (Jahr 2001). Daraufhin wurde im Jahr 2001 vom Bundeskanzler Schröder über einen Kabinettsbeschluss ein Nationaler Ethikrat eingesetzt. Dieser wiederum genehmigte eine zeitlich befristete und mit Auflagen versehene Genehmigung des Imports von Stammzellen. Darüber hinaus wurde auch die PID zugelassen, die zuvor von der Enquetekommission des Deutschen Bundestages ebenfalls abgelehnt wurde.

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) hat sich im Oktober 2004 in der Berliner Humboldt-Universität, zeitgleich mit der Vertagung der internationalen Klonkonvention, für eine Lockerung des Embryonenschutzgesetzes ausgesprochen. Dabei will sie dem im Reagenzglas gezeugten Embryo nicht mehr vom Zeitpunkt der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle an die Menschenwürde zusprechen. Nach ihrer Auffassung handelt es sich hier zwar nicht um einen beliebigen Zellhaufen, dennoch sollten Eltern, Mediziner und Forscher über diese Embryonen frei verfügen können.

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) kritisierte die „Bremsen bei Forschung und Entwicklung“ und forderte ebenfalls eine Lockerung der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) setzt sich nach den Erfolgen der Stammzellforschung in Korea für eine Lockerung der strikten Gesetze in Deutschland ein und fordert eine erneute Diskussion über das kontroverse Thema – so die Süddeutsche Zeitung vom 21.05.2005. Bei seiner Entgegennahme der Ehrendoktorwürde der Universität Göttingen am 14.06.2005 setzte sich Bundeskanz-

ler Schröder erneut für eine Lockerung der deutschen Gesetze zur Stammzellforschung ein. Während seiner Ansprache sagte er: „Wir werden uns der Tendenz zur Liberalisierung bei der Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen nicht entziehen können!“ Dabei verwies er auf die Chancen trotz bestehender Bedenken aus christlicher Perspektive. Dem widerspricht Pater Dr. Hans Langendörfer, Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz. Er sieht hier unverfügbare Grundwerte gefährdet, die einer Abwägung nicht zugänglich sein dürfen. Eine verbrauchende Forschung mit embryonalen Stammzellen widerspricht dem biblischen Menschenbild, das den Menschen von seinem Anfang bis zu seinem Ende schützt und jede Instrumentalisierung menschlichen Lebens ausschließt. „Gerade die jüngsten Klonexperimente aus Südkorea“, so Langendörfer, „sollten uns eine Warnung sein, dass mit der embryonalen Stammzellforschung Dämme gebrochen und Wege bestritten werden, die ethisch nicht zu vertreten und mit dem christlichen Menschenbild in keiner Weise zu vereinbaren sind.“

Für den damaligen Ministerpräsidenten von NRW Peer Steinbrück (SPD) ist die Bio-Wissenschaft eine Schlüsseltechnologie, deren Entwicklung konsequent weitergefördert werden soll. Er dämpfte aber zugleich Erwartungen einer unmittelbaren „Verwertungsmöglichkeit“ von Forschungsergebnissen mit den Worten: „Wir brauchen Zeit, denn mit der Zunahme der Optionen muss gegebenenfalls auch ihr Verzicht abgewogen und begründet werden!“

Wolf-Michael Catenhusen, parlamentarischer Staatssekretär des Bundesforschungsministeriums, stimmte bei einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Regenerative Medizin November 2004 eher der Meinung der Bundesjustizministerin zu: „Wenn reale Perspektiven für die klinische Anwendung der Embryonalen Stammzellforschung bestehen, muss das Gesetz neu verhandelt werden. Gesetzliche Rahmenbedingungen sind nur Kompromisse auf Zeit!“ Weiterhin sagte Catenhusen: „Eine Polarisierung der Debatte müsse vermieden werden. Man müsse Rücksicht nehmen auf die Kultur. Lagen

allerdings neue Forschungsergebnisse vor, müsse man einen Weg gehen, den die Gesellschaft mitgehen kann!“

Auch Dolly-Schöpfer Ian Wilmut, der am 14.03.2005 in Frankfurt am Main den international renommierten Wissenschafts- und Medizinpreis erhalten hatte, sprach sich erneut für das Klonen menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken aus und sagte: „Das Klonen verspricht einen so großen Nutzen, dass es unmoralisch wäre, es nicht zu tun!“

Dagegen lehnt Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) inzwischen (Stand April 2004) eine Aufweichung der bestehenden Gesetze (Embryonenschutzgesetz; Stammzellgesetz) strikt ab.

Auch Dr. Maria Böhmer (CDU/CSU) lehnt einen Verbrauch von Embryonen für die Forschung in Deutschland ab auch wenn sie grundsätzlich die Grundlagenforschung befürwortet.

Thomas Rachel (CDU), Sprecher der Unionsparteien in der Enquete-kommission Biomedizin, sieht im Forschungsklonen einen Irrweg „sowohl vom Verfahren her als auch unter ethischen Gesichtspunkten.“

Annette Schavan (CDU), Kultusministerin des Landes Baden Württemberg, lehnt ebenfalls embryonale Stammzellforschung ab. „Leben dürfe nicht gegen Leben und eine Ethik des Heilens nicht gegen eine Ethik des Lebens ausgespielt werden“, so Schavan.

Im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2005 wendet sich „Bündnis 90/Die Grünen“ von dem von Bundeskanzler Schröder eingeschlagenen Kurs ab. „Menschenwürde und Menschenrechte haben Vorrang vor Forschungs- und Verwertungsinteressen Dritter“ lautet nun der entschieden deutlicher formulierte Passus im Wahlprogramm. Klonen von Menschen, verbrauchende Embryonalforschung und fremdnützige Forschung an Nichteinwilligungsfähigen wird strikt abgelehnt.

John Kilner, Vorsitzender des Zentrums für Bioethik und Menschenwürde in den USA, sagte im Jahr 2002: „Menschen dem Prozess des Klonens zu unterwerfen, bedeutet nicht, ein unbekanntes Risiko einzugehen, es bedeutet, Menschen

bewusst zu schädigen!“ In seinen Ausführungen sagte Kilner weiter: „Die meisten veröffentlichten Forschungsarbeiten machen deutlich, dass der Tod oder die Verstümmelung des Klons die wahrscheinlichsten Ergebnisse des Klons eines Säugtieres sind!“

Prof. Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer, wurde im April 2004 noch deutlicher, in dem er sagte: „Die Klonexperimente dienen einzig und allein dem Zweck, menschliche Embryonen als Ersatzteillager zu nutzen. Diese Ausbeutung von menschlichem Leben in seinem frühesten Stadium ist ethisch absolut verwerflich und in keiner Weise zu rechtfertigen. Wer Embryonen nur deshalb erzeugt, um daraus Bio-Rohstoffe zu gewinnen, macht sich zu Herrn über Leben und Tod menschlicher Embryonen!“ und er fordert weiter: „Diesen Machbarkeitswahn der Forscher müssen wir stoppen!“ Während des 104. Deutschen Ärztetages in Rostock sagte Prof. Hoppe weiter: „Menschliches Leben einer so genannten Rechtsgüterabwägung und damit auch Beliebigkeit zu unterstellen, könnte zu einem unkontrollierten Selektionsautomatismus führen!“ Darüber hinaus verwies Hoppe auf neue Erkenntnisse, wonach embryonale Stammzellen und Tumorzellen „enorme Ähnlichkeiten“ zeigen würden. Auch der Krebsforscher Prof. Dr. Otmar Wiestler (Heidelberg) weist auf massive Störungen in den genetischen Programmen in den gewonnenen embryonalen Stammzellen hin und zweifelt damit den Sinn des therapeutischen Klonens für die Medizin an. Prof. Dr. rer. nat. Ernst-Ludwig Winnacker, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hält die notwendigen umfangreichen Kontrollversuche für den gesteuerten Reprogrammierungsprozess embryonaler Stammzellen für unverzichtbar und bezeichnet den eingeschlagenen Weg trotz der Erfolge in Korea für einen Irrweg. Prof. Dr. med. Oliver Brüstle, Stammzellforscher in Bonn, glaubt zwar nicht an eine klinische Relevanz, „zu selten verläuft eine Reprogrammierung fehlerfrei“, und gibt weiter an, dass potentielle Schäden im Zellkulturstadium oftmals nicht identifizierbar seien. Auf der anderen Seite forderte

er während des letzten Evangelischen Kirchentages in Baden-Württemberg von der katholischen Kirche mehr Offenheit in der Auseinandersetzung zu den biomedizinischen Fortschritten. Man dürfe Patienten nicht den Zugang zu neuen Therapien verbauen, so Brüstle. Er ist davon überzeugt, dass die embryonale Stammzellforschung in den nächsten zwei Jahren große Erfolge vorzuweisen habe. Die Aufgabe der eingeschlagenen Richtung sei deshalb aus seiner Sicht unverantwortlich.

Der Biologe Hubert Markl, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, stützt die Position von Brüstle. Nach seiner Meinung sei eine befruchtete Eizelle „noch lange kein Mensch“. Die Verschmelzung von Ei und Spermazelle bedeute nicht mehr als ein genetisches Programm. Im Besitz eines Satzes menschlicher Gene schon den Menschen selbst zu sehen, sei reiner Biologismus. Der Begriff des Menschen sei ein „kulturbezogener Zuschreibungsbegriff“. Um ganz Mensch zu sein, müsse der Mensch „seine Grenzen überschreiten“. Er sei „gerade dadurch mit Menschenwürde begabt“, dass er sich in seinen Entscheidungen nicht Naturfakten wie dem Zeitpunkt einer Zellverschmelzung unterwirft. Die Embryonenforschung, deren „Bejahung sich aus des Menschen Pflicht“ zur „Lenkung der eigenen Geschicke“ ergebe, ist nach Markl nicht Ausdruck der Fortschrittshybris verblendeter Wissenschaftler, sondern unverzichtbarer Teil der Menschlichkeit und Menschenwürde.

Aus Sicht von Prof. Dr. Lukas Kenner, Abteilungsleiter am Ludwig-Boltzmann-Institut für Krebsforschung in Wien, trägt jeder „angebliche Zellhaufen“ von Anfang an das volle Lebensprogramm für die Entwicklung eines Menschen in sich. Die Menschenwürde sollte nicht an das Vorhandensein von irgendwelchen Eigenschaften, wie etwa das Bewusstsein, gebunden sein. Personen und daher Träger unabwägbarer Menschenwürde, so Kenner, ist jedes Individuum der Spezies Mensch, unabhängig davon ob er seine prinzipiell zukommende moralische Fähigkeit noch entwickeln muss (Embryo), zwischenzeitlich nicht aktualisiert (Mensch im Schlaf oder Koma) oder nicht mehr aktualisieren kann (De-

menz). Eine Einschränkung der Menschenwürde in der verschiedenen Stufen menschlicher Entwicklung entbehrt jeder konsistenten Grundlage. Daran ändert auch der von Gynäkologen künstlich eingeführte Begriff des „Prä-Embryos“ nichts.

Bischof Gerhard Fürst (Rottenburg-Stuttgart) lehnt die embryonale Stammzellforschung ab: „Keine noch so schwere Krankheit kann erlauben, dass ein Embryo getötet wird. Mit der Verschmelzung der Keimzellen sei der Embryo Mensch und unterliege dem absoluten Tötungsverbot!“ Peter Radtke, der an der Glasknochenkrankheit leidende Schriftsteller und Schauspieler, kritisierte, dass der Aspekt des Heilens und Helfens in der Diskussion als „trojanisches Pferd“ missbraucht werde.

Kardinal Karl Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, warnte ebenfalls eindringlich vor den Heilungsversprechen auf der Grundlage der embryonalen Stammzellforschung: „Hier wird mit menschlichen Hoffnungen und Heilsversprechen gespielt, die verschleiern, dass der Mensch am Beginn seines Lebens zum reinen Objekt gemacht wird!“

Bischof Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche bestätigt die Meinung von Kardinal Lehmann: „Im Blick auf die neuen Ergebnisse der Grundlagenforschung ist aus Sicht der evangelischen Ethik immer wieder daran zu erinnern: Wer die Tötung menschlicher Embryonen zur Gewinnung von Stammzellen in Kauf nimmt, instrumentalisiert menschliches Leben in einer Weise, die ethisch nicht gerechtfertigt werden kann. Unsere Schutzverpflichtung für menschliches Leben reicht so weit wie unsere Schutzmöglichkeiten.

Deshalb haben wir gegenüber einem künstlich erzeugten Embryo eine Schutzverpflichtung auch auf den frühen Stufen seiner Entwicklung, die es verbietet, es zu verbrauchen!“

Der Mainzer Moraltheologe Johannes Reiter kritisiert in der KNA Nr. 32 vom 03.08.2005 die Haltung der FDP zu bioethischen Fragen. Die FDP, so Reiter, wolle die Stichtagsregelung beim Stammzellkompromiss abschaffen sowie das therapeu-

tische Klonen und die Präimplantationsdiagnostik zulassen und begründet dies mit der moralischen Pflicht zum Heilen und Helfen. Diese Pflicht ist vom Grundsatz her berechtigt, sie darf aber nicht um den Preis von Menschenleben erfolgen, so der Moraltheologe.

Die Europäische Verfassung

Am 16.12.2004 wurde im Amtsblatt der Europäischen Union die Europäische Verfassung veröffentlicht. Nach Artikel 1 ist die Würde des Menschen unantastbar, zu achten und zu schützen. Nach Artikel 2 und 3 hat jeder Mensch das Recht auf Leben und Unversehrtheit. Dabei werden auch eugenische Praktiken, die insbesondere die Selektion von Menschen zum Ziel haben, verboten. Verboten wird weiterhin das reproduktive Klonen von Menschen und die Nutzung von menschlichen Körpern oder deren Teile zur Erzielung von Gewinnen. Sonstige Formen menschlichen Klonens werden in der Europäischen Verfassung weder gestattet noch verboten. Weiterhin finden sich keine konkreten Aussagen über Einschränkungen in der Forschungsfreiheit. Es gibt auch keine Hinweise, ab wann hier von einem Menschen und damit von einer Persönlichkeit gesprochen wird. Im Artikel III-81 wird lediglich darauf hingewiesen, dass eine Diskriminierung wegen genetischer Merkmale oder Behinderungen verboten ist.

Im Teil II der Europäischen Verfassung heißt es in der Präambel: „In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie [...] einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.“ Es wird jetzt darum gehen, das geistig-religiöse und sittliche Erbe wieder verstärkt in den Mittelpunkt zu rücken und mit Leben zu füllen. Immerhin hatte das Europäische Parlament Ende Januar 2004 überraschend in einer Resolution ein internationales Klonverbot gefordert und damit die Initiative von Costa Rica vor der UN

in New York unterstützt. Costa Ricas Initiative, gestützt von weiteren 60 Mitgliedstaaten der UN, darunter die USA, forderte ein komplettes Klonverbot. Die belgische Initiative, unterstützt von 25 Ländern, darunter Großbritannien, China und Singapur wollte dagegen lediglich das reproduktive Klonen verbieten, beim Forschungsklonen jedoch nationale Regelungen zulassen. Deutschland hielt sich bei der internationalen Diskussion um ein umfangreiches Klonverbot zurück und ließ damit die Verhandlung des 6. Komitees der UN-Generalversammlung Ende Oktober 2003 verstreichen.

Diskussionsbeiträge und Zusammenfassung

Unter Berücksichtigung aller vorgebrachten Argumente von Politik, Wissenschaft und Gesellschaft stellt sich immer wieder erneut die Frage: „Wann beginnt menschliches Leben?“ Durch die Entwicklung der Familienplanung und Geburtenkontrolle scheint die Verantwortung für den Beginn des menschlichen Lebens auf die Zeit vor der Zeugung verlagert. Das Recht auf Leben sei darum nicht mehr eine Naturgegebenheit, sondern eine Aufgabe der Eltern, die dieses Recht zu erteilen hätten. Dabei wird die Leiblichkeit des Menschen mit seinen biologisch-somatischen Grundlagen übergebührlich in den Hintergrund gedrängt. Bei der Diskussion um die Frage nach dem Beginn menschlichen Lebens gehen einige Gedanken soweit, dass der menschliche Embryo für seine Entwicklung der Mutter bedarf. Damit aber läge der entscheidende Einschnitt in der Entwicklung nicht in der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle, sondern in der Annahme und Aufnahme der befruchteten menschlichen Eizelle in der Gebärmutter (Uterus). Demnach wäre „Sein“ gleich Zusammensein und Zusammenleben. Bei Entfaltung dieser Meinung hätte dies zur Konsequenz, dass alle extrakorporal gezeugte Embryonen, die nach der Entscheidung der Eltern und Ärzte nicht zur Einnistung bestimmt sind, ungeschützt bleiben. Geltung und Reichweite des Lebensschutzes hingen dann letztlich von der Willkür der Mutter ab. Das Lebensrecht wird je-

doch nicht durch die Annahme seitens der Mutter begründet, sondern durch das Lebensrecht des Embryos, so Kardinal Lehmann.

Eine weitere verbreitete These ist die Anerkennung einer Schutzbedürftigkeit des Embryos mit der Nidation um den fünften bis achten Schwangerschaftstag, da erst mit dieser ursprünglichen „Adoption“ die Menschenwürde entstehe. Sicherlich ist es unbestritten, dass ein Embryo nicht ohne eine Mutter sich weiter entwickeln kann. Dies bedeutet aber nicht, dass die im Embryo angelegte genetische Information durch die Nidation eine Ergänzung erfährt oder in seinem ontologischen Status grundlegend verändert wird. Auch wenn bis zu 70% der im Mutterleib gezeugten Embryonen vor der Einnistung unbekannt abgehen und damit deren Entwicklung abgebrochen wird, rechtfertigt dies aus Sicht von Kardinal Lehman nicht die Instrumentalisierung der in der Petri-Schale gezeugten Embryonen.

Die These von dem Biologen Hubert Markl macht deutlich, dass nach seinem Verständnis Selbstbewusstsein und Selbstbestimmungsfähigkeit den Menschen auszeichnet. Damit aber schiede der „nasciturus“ von vornherein als Träger des Lebensrechtes aus. Provokativ könnte man hier die Frage stellen, ob der Lebensschutz während des Schlafes nicht suspendiert wäre, für die Geisteskranken oder die Komatösen gar nicht gegeben sei. Der Mensch aber ist in seiner aktuellen Entfaltung nicht einfach Vernunftwesen. „Das Leben ist keine Erscheinung der Freiheit, sondern vitale Basis. Die Freiheit setzt Leben voraus, nicht umgekehrt“, so Kardinal Lehmann.

Bei den verschiedenen Beschreibungen von Entwicklungen eines Embryos (Blastocyste, Prä-Embryo) bis hin zur Geburt eines Kindes darf man nicht aus den Augen verlieren, dass es sich bei der embryonalen Entwicklung nicht um unterschiedliche Phasen sondern sich um einen kontinuierlichen Prozess eines Reifungsvorganges handelt. Es wird hier nichts wesentlich Neues ergänzt! Somit lässt sich zu keinem Zeitpunkt der Entwicklung sagen, wo die Grenze zwischen Embryo und Menschen liegt. „Der Mensch wird nicht zum Menschen, sondern er ist

von Anfang an Mensch“, so Kardinal Lehman während eines Vortrages anlässlich des 400-jährigen Jubiläums der Päpstlichen Akademie der Wissenschaft am 11. November 2003 in Rom, zumal das individuelle, einzigartige Genom, also die genetische Identität des einzelnen Menschen, in hohem Maße von Beginn an festgelegt ist. Daher plädiert Kardinal Lehmann für eine Konzeption zur ethischen Urteilsfindung, die am besten mit der Gesamtheit der einzelnen Teilergebnisse in der Embryonalentwicklung zusammenstimmt und willkürliche Entscheidungen vermeidet.

Schlusswort

Meine Damen und Herren, schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Bio-Technologie und die Stammzellforschung nicht zuletzt wegen ökonomischer Interessen sich zu einem internationalen Wirtschaftszweig entwickeln wird, in dem es nicht nur um die Erforschung neuer Heilungschancen chronischer Erkrankungen geht, sondern darum, wirtschaftliche Gewinne zu erzielen. Immerhin nahmen bereits im Jahr 2002 mehr als 350 Unternehmen, davon 80 börsennotiert, an der Stammzellforschung und deren Anwendung teil. Es ist zu befürchten, dass der wirtschaftliche, politische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Druck nicht zuletzt auch durch die zunehmende Globalisierung und Säkularisierung gegenüber den Gegnern der verbrauchenden embryonalen Stammzellforschung weiter deutlich zunehmen wird. Die katholische, wie auch die evangelische Kirche, werden sowohl national als auch international eine immer wichtigere Bedeutung als Anwalt für das ungeborene Leben gewinnen.

Auch wir sind aufgefordert, uns mit den verschiedenen ethischen Fragen, - und da geht es nicht nur um die Stammzellforschung und Sterbegleitung, sondern auch um die Bewertung von Mensch-Tier-Mischwesen (Chimären), neuen Entwicklungen in den Neurowissenschaften und der Nanotechnologie, medizinischen Gentests als Einstellungsvoraussetzung („gläserner Patient“) sowie Verteilungsgerechtigkeit im Gesundheitswesen, eine eigene Meinung zu bilden. Wir müssen uns aktiv in Diskussionen, gegebenenfalls

unter Nutzung von Medien wie Tageszeitungen (Stichwort Leserbrief) oder Internet, einbringen. Darüber hinaus sind auch die sprachlichen Formulierungen kritisch zu betrachten und zu hinterfragen, in wie weit nicht der Mensch in qualitative Unterscheidungsmerkmale differenziert wird. Es muss daher immer wieder deutlich werden, dass die Menschenwürde weder an Alter noch an Vernunft gebunden ist. Unsere Arbeitsgruppe wollte mit den Vorträgen während der Zentralversammlungen 2002, 2003 und heute einen Beitrag dazu leisten und Ihnen ein paar Argumentationshilfen geben.

Am 18.05.2001 hat der damalige Bundespräsident Johannes Rau in Berlin Forderungen zur Entscheidungsfindung genannt. Sie lauteten: „Wir müssen uns gemeinsam immer wieder darauf verständigen, welche Richtung wir dem Fortschritt geben wollen. Wir müssen immer wieder neu entscheiden, welche Grenzen wir überschreiten und welche Grenzen wir akzeptieren wollen. Wir müssen immer wieder wägen, welche Möglichkeiten unser Leben wirklich freier machen und welche Möglichkeiten uns bloß neuen Zwängen unterwerfen oder gar in das Leben anderer eingreifen. Die Zukunft ist offen. Sie ist kein unentrinnbares Schicksal. Sie kommt nicht einfach über uns. Wir können sie gestalten - mit dem was wir tun, und mit dem, was wir nicht tun.“

Nutzen wir unsere Chancen der Meinungs- und Entscheidungsbildung, nutzen wir unsere Chancen der Gestaltung und überlassen die Entscheidung nicht alleine der Politik und der Wissenschaft.

Aufgrund der Eigendynamik in der Forschungsentwicklung und der unveränderten Brisanz der Thematik werden wir die weitere Entwicklung kritisch beobachten und Sie darüber informieren. □

Dr. Martin Keim

*Vortrag vor der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten
(12.09.2005 bis 15.09.2005)*

Zukunft hat der Mensch des Glaubens

Predigt von Weihbischof Prof. Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst im Pontifikalamt zur 45. Woche der Begegnung am Mittwoch, den 14.09.2005 in der Pfarrkirche St. Pankratius Dingden

Verehrte Soldaten, Schwestern und Brüder im Glauben!

Im Leitgedanken Ihrer diesjährigen Woche der Begegnung elektrisiert mich ein Wort, das uns gegenwärtig überall umtreibt. Es ist die Vokabel: „*zukunftsfähig*“. Das Anliegen ist „up to date“ und „unaufschiebbar“ in Kirche und Gesellschaft.

Was macht uns zukunftsfähig?

Der *Wahlkampf* bemüht dieses Wort. Die *Wirtschaft* berechnet damit ihre Chancen. Die *Gesellschaft* sucht Initiativen in diese Richtung. Und doch – so war in der letzten Woche in vielen Zeitungen zu lesen – viele Menschen haben Angst vor der Zukunft.

„*Zukunftsfähig*“, das ist ein Wort mit Wirkung. Es betrachtet die Zukunft als Herausforderung und sieht Chancen für alle, die offen sind für Veränderungen. „*Zukunftsfähig*“ – das ist kein Wort für alle, die schwarz sehen. Es ist aber ein Wort und ein Wert für alle, die glauben! Deshalb ist Ihr Motto auf der Höhe der Zeit: „*Kirche unter Soldaten – Militärseelsorge zukunftsfähig zu gestalten*“.

Und es benennt das Gebot der Stunde. Sie haben sich mit ihrer Konferenz zu diesem Thema in diesem Jahr in unser Bistum Münster begeben. Vor 1200 Jahren ist unsere Diözese durch den Hl. Liudger gegründet worden. In diesem Jahr 2005 feiern wir dieses Jubiläum mit der Frage: *Was macht uns als Christen zukunftsfähig?*

Unser Blick geht nach vorne und dabei entdecken wir, welche Orientierung von hinten kommt. Die 1200 Jahre der Kirche von Münster lassen uns im Bistum spüren, wen wir im Rücken haben. Es sind die, die vor uns geglaubt haben. Es sind vor allem Menschen – unter ihnen Heilige und Selige – die in schweren Zeiten Mut zur Zukunft hatten, als viele andere schwarz sahen. Eine Geschichte zu haben, die bezeugt, wann und wo der österliche Glaube Menschen



Weihbischof in Münster Prof. Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst eröffnet den feierlichen Gottesdienst zur Woche der Begegnung, neben ihm der Pfarrer der gastgebenden Gemeinde St. Pankratius in Dingden, Pfr. Josef Hildebrandt.

über schwere Zeiten getragen hat, ist wie ein frischer Rückenwind. 40 Jahre Zweites Vatikanisches Konzil, 30 Jahre Würzburger Synode, 50 Jahre Bundeswehr und damit auch Militärseelsorge.

Dieser Rückblick beschäftigt Sie in diesen Tagen mit der Frage, wie unser kirchliches Leben neuen Weitblick gewinnt. Unter dem Ausblick der Verheißungen des Evangeliums gewinnt nur *Zukunft*, wer um seine *Herkunft* weiß. Deshalb ist die Erinnerung eine Kraftquelle des Glaubens, „die Menschen gerade in kritischen Zeiten Orientierung gibt. Ein Wort des russischen Schriftstellers Leo Tolstoi spricht davon, wo es sich zu suchen lohnt. Er sagt: „*Liebe deine Geschichte, denn sie ist der Weg, den Gott mit dir gegangen ist.*“

Lebensgeschichten reifen oft erst in kritischen Zeiten zu *Liebesgeschichten*. Was Gott für uns getan hat, begreifen wir erst, wo das Kreuz seines Sohnes in der ganzen Tragweite – vom Karfreitag bis Ostern – in den Blick kommt.

Das heutige Fest „*Kreuzerhöhung*“ verweist auf *den Weg, den Gott mit uns gegangen ist*.

Das Leben persönlich und gemeinsam solange schweigend anschauen zu können, bis der österliche Glaube darin zu sprechen beginnt, zeigt, wo *Lebensgeschichten* sich in *Liebesgeschichten* verwandeln. Als das Volk Israel unterwegs „*den Mut verliert*“ (Num 21,5) und Giftschlangen das Leben bedrohen, wird gerettet, wer der Herausforderung ins Auge sieht.

Diese Schriftlesung aus dem Buch Numeri hat es auf den Punkt gebracht: „*Wenn nun jemand von einer Schlange gebissen wurde und zur Signalstange aufblickte, blieb er am Leben.*“ (Num 21,9)

Der historische Hintergrund des heutigen Festes ist die Auffindung und Aufrichtung des Kreuzes in Jerusalem bei der Einweihung der Grabeskirche in Jerusalem am 13. und 14. September des Jahres 335. Was augenscheinlich lange her ist, bleibt vor dem inneren Auge des Glaubens aktuell.

„*Wie Mose die Schlange in der Wüste erhöht hat, so muss der Menschensohn erhöht werden, damit jeder, der an ihn glaubt, in ihm das ewige Leben hat.*“ (Joh 3,14-15)

„*Zukunft*“, „*Leben*“, „*ewiges Leben*“ hat nach den Worten des Evangeliums der Mensch des Glaubens. Nur wer auf Christus schaut, gewinnt einen Blick für die Menschen und für das, was vielen heute fehlt. Wer sich selbst unter den Augen Christi anzuschauen vermag, gewinnt einen gütigen Blick für den anderen. Und wer die Not der Menschen nicht übersieht, schaut in ihnen das Antlitz Christi.

Für diesen Weitblick des österlichen Glaubens stehen oft Menschen, die ihre Lebensgeschichte unter das Kreuz geführt hat. Angefangen bei Maria und Johannes, die unter dem Kreuz stehen, gewinnen Menschen des Glaubens hier den Blick der Liebe. Und der geht nach oben und nach vorne. Wo immer das Leben zur Last



Einzug zum Pontifikalamt, Geistliche v.l.: MD Msgr. Carl Ursprung, Pfr. Josef Hildebrandt, MD Msgr. Michael Wehmayer, Weihbischof Franz-Peter Tebatz-van Elst.

und die Zukunft zur Frage wird, eröffnet der Blick auf den Gekreuzigten eine österliche Perspektive.

Zukunftsfähig wird der Mensch des Glaubens, weil uns im Zeichen des Kreuzes eine dreifache Begabung geschenkt wird:

I. Der Blick für den Anfang

Österlicher Glaube lebt und denkt vom Anfang her. Er ist Erinnerung und Vergegenwärtigung zugleich.

Als die Jünger nach dem Karfreitag nach Galiläa zurückkehren, an den Anfang ihrer Begegnung und Gemeinschaft mit Jesus, holt sie die Botschaft von Ostern ein. Wo wir Menschen im Herzen den Zauber des Anfangs einer Lebensentscheidung erinnern, steigt zugleich eine Kraft auf, die uns neu beflügeln kann. Immer aber leben wir auch in der Versuchung, dass Alltag und Routine den Atem des Aufbruchs ersticken können.

Wo im gesellschaftlichen und kirchlichen Leben scheinbare Selbstverständlichkeiten zu Ende gehen, sind wir oft fixiert auf das, was abbricht. Wer nur sieht was weniger wird, dessen Blick ist getrübt für das, was neu werden kann.

Leben aus dem Glauben ist die *Gewissheit*, dass Gott mit seinem Volk in jeder Zeit neu beginnt und die *Bereitschaft*, wo Gott heute mit uns neu anfangen will und wir mit ihm neu beginnen können.

Vom Philosophen Aristoteles gibt es das Wort: „Der Anfang ist die Hälfte des Ganzen!“

Im Glauben können wir noch mehr sagen!

Wie sehr unsere Gemeinschaft mit Christus vom Ursprung der Kirche und vom Anfang unserer persönlichen Berufung her lebt, ruft ein Wort des Hebräerbriefes in Erinnerung: „*Wir haben nur Anteil an Christus, wenn wir festhalten an der Zuversicht, die wir am Anfang hatten.*“ Wer die Aufmerksamkeit für das, was um Gottes Willen neu beginnt, in sich ausprägen lässt, gewinnt eine zweite Begabung zur Zukunft.

II. Das Gespür für das Mögliche

Unser Jubiläumsjahr im Bistum Münster lässt uns hier im Ringen um Zukunftsfähigkeit immer wieder auf den Gründerbischof Liudger schauen: Er war im 9. Jh. ein Mensch mit Weitsicht. Sein Augenmaß war seine Herzensweite. Er hatte Geduld mit den Menschen, weil er in Gott zuhause war. Er hat andere nicht überfordert, weil er aus eigener Erfahrung wusste, dass nur Förderung Einsicht bewirkt.

So, wie bei ihm das Wort Gottes die Herberge eines missionarischen Menschen ist, vermittelt sich durch seine Verkündigung, dass Glaubensweitergabe einen langen Atem braucht. Das *Gespür für das Mögliche* verbindet sich immer mit leisen Wegen: mit Zeit, mit Ausdauer und Geduld. Der Hl. Liudger bezeugt uns heute, dass die Beheimatung in Gottes-Wort *persönlich* Gelassenheit und *gemeinsam* eine tragfähige Verbundenheit stiftet. Seelsorge ist deshalb

für ihn „*Gemeinschaft im Einsatz für das Evangelium*“

„*Zukunftsfähigkeit*“ ist für ihn Geduld und Zielstrebigkeit zugleich.

Miteinander zu erspüren und zu erkunden, welche Wege Gott heute zu den Menschen auf tun will, wird so zu einem pastoralen Pioniergeist, der eine dritte Begabung zur Zukunft freisetzt:

III. Die Leidenschaft für das Ganze

Viel ist heute die Rede von den „*burning persons*“. Nur wer das Feuer des Glaubens in sich trägt, kann andere anstecken.

Das Spannende in der Biographie vieler Heiliger ist, wie mit der Zeit in ihnen die Entschiedenheit des Glaubens gereift ist. Das zeichnet sie aus: dass sie sich durch die Ereignisse ihres Lebens zu der Bereitschaft bewegen ließen, an einer Stelle *alles* für den *Einen* zu geben.

Die „*Leidenschaft für das Ganze*“ entscheidet sich im Detail.

Die Treue im Alltag ist die Voraussetzung für den Sprung in das wirklich Große des Glaubens. Menschen mit einem ausgeprägten Mut zur Zukunft, haben oft eine ausstrahlende Entschiedenheit und eine Begeisterungsfähigkeit. Beides ist die Frucht gewachsener Treue im Alltag. Im Leben dahin zu kommen, loszulassen, was uns besetzt; um einmal alles geben zu können, um *das Eine*, um *den Einen* zu finden: Jesus Christus, das ist die Zukunftsfähigkeit von Menschen, die ihr Leben ganz in Christus fest gemacht haben.

Liebe Schwestern und Brüder!

Kirche auch unter Soldaten zukunftsfähig zu gestalten, das ist der Blick für die kleinen Anfänge, ein geduldiges Gespür für das Mögliche und die Leidenschaft für das Ganze. *Zukunftsfähigkeit* –, das ist für Christen zuerst der Blick nach oben und daraus der Blick in die Weite. Es bleibt die österliche Botschaft vom Kreuz, die Glaube und Gesellschaft in diesem Zeichen verbindet. Amen. □

Reger Betrieb am Tisch des Wahlausschusses bei den Wahlen zum Vorstand der ZV am 14.09.2005.

GL Karl-Heinz Lather, einer von drei Vertretern der ZV im Zentralkomitee der dt. Katholiken (ZdK) hatte sich turnusgemäß einer Neuwahl zu stellen und erhielt 100 % aller Stimmen. Die beiden anderen Vertreter der ZV, die sich diesmal nicht der Wahl stellen mussten, sind Oberstleutnant Richard Schmitt und Hauptfeldweber Ralf Eisenhardt.



^ZV – 45. Woche der Begegnung – Gästeabend v

Grußworte beim festlichen Empfang und Gästeabend



Weihbischof Tebartz-van Elst mit den Vorsitzenden der Laienorganisationen OTL Richard Schmitt (ZV) und Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein (GKS)



OTL Paul Brochhagen, stv.BuVors GKS, Mitglied der Geschäftsleitung Klausenhof Rudolf Schott, MdB Christa Reichard, Vors. KAS



Aussprache über alte Zeiten in der GKS: StFw a.D. Walter Scholz und Kpl. Walter Hütten, als StFw langjähriger stellv. Bundesvorsitzender der GKS.





Bundeskonzferenz 2005 der GKS



Fahnenweihe und -übergabe von Karl-Jürgen Klein an Paul Brochhagen

Die Bundeskonferenz der GKS 2005 begann am Mittwoch, den 14. September 2005, mit der Teilnahme der Delegierten und der Gäste der GKS an einem Pontifikalamt mit Weih-



bischof Prof. Dr. Franz-Peter Tebartz-van Elst in der Pfarrkirche St. Pankratius in Hamminkeln-Dingden. An den Gottesdienst schlossen sich traditionell Empfang und Gästeabend des Katholischen Militärbischofs in der Akademie Klausenhof an. Gottesdienst und gesellschaftlicher Teil waren gemeinsame Programmpunkte mit den Teilnehmern der Zentralen Versammlung, die unmittelbar vorangegangen war und damit ihren Abschluss fand.

Im Rahmen des Gottesdienstes am 15. September 2005 weihte Militärdekan Michael Weihmayer 14 neue Fahnen der GKS. Diese wurden anschließend an die GKS-Bereiche übergeben.

Während der Bundeskonferenz wählte der Bundesvorstand der GKS am 16. September Oberstleutnant Paul Brochhagen (54) zum neuen Bundesvorsitzenden und zu seinen Stellvertretern Hauptmann Hans-Georg Pauthner (r., Wiederwahl) und Stabsfeldwebel Klaus Feineis (l.).

Ablauf der Bundeskonferenz der GKS

Mittwoch, 14.09.05

bis 16.00 Uhr Anreise GKS

Gemeinsam mit ZV:

17.30 Uhr Gottesdienst in der kath. Pfarrkirche St. Pankratius in Hamminkeln

19.00 Uhr Empfang, Gästeabend

Donnerstag, 15.09.05

07.00 Uhr Gottesdienst
Weihe der GKS-Fahnen

09.00 Uhr Plenum: Eröffnung der Bundeskonferenz
Begrüßung

anschl. – Wort des MG
– Bericht des Vorsitzenden ZV
– Bericht des Bundesvorsitzenden
– Wort des Geistlichen Beirats
– Grußworte

10.30 Uhr Plenum: Berichte und Aussprache zu den Berichten
– des Bundesvorsitzenden
– des Bundesgeschäftsführers
– des Haushaltsbeauftragten
– des Chefredakteurs AUFTRAG
– aus der Arbeit der GKS und ihrer Sachausschüsse
– aus der Arbeit des FGKS

15.00 Uhr Plenum: Vortrag Prof. Dr. Hans Maier mit Aussprache:

„Zweites Vatikanisches Konzil und Synode der Bischöfe
– was bedeuten sie für die kath. Verbandsarbeit?“

19.15 Uhr Sitzung BV (Neuwahlen) und konstituierende Sitzung

Freitag, 16.09.05

07.15 Uhr Gottesdienst

09.00 Uhr Plenum:
– Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlen zum BV

anschl. Arbeitsgruppen zum Vortrag
13.30 Uhr Mitgliederversammlung FGKS

Samstag, 17.09.05

07.30 Uhr Gottesdienst

08.45 Uhr Plenum:
– Beschlüsse
– Verabschiedung von Erklärungen
– Die Arbeit der GKS im kommenden Jahr (Jahresthema, Aktivitäten)
– Ansprache des alten Bundesvorsitzenden
– Fahnenübergabe
– Ansprache und Schlusswort des neuen Bundesvorsitzenden
Ende der Bundeskonferenz

1. Der Bundesvorsitzende

eröffnete die Bundeskonferenz.

Er begrüßte besonders

- den Stellvertreter des Militärgeneralvikars des Katholischen Militärbischofs Militärdekan (MD) Michael Weilmayer,
- den Geistlichen Beirat der GKS Militärdekan Msgr. Georg Kestel,
- den Leiter des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr Generaldekan Dr. Peter Brandt,
- den Sprecher des Priesterrates Militärpfarrer Thomas Stolz
- den Katholischen Leitenden Militärdekan Köln-Wahn MD Rainer Schnettker,
- den Vorsitzenden der Zentralen Versammlung (ZV) Oberstleutnant Richard Schmitt,
- die Vorsitzende der KAS Frau Christa Reichard, MdB, und den Verwaltungsleiter der KAS Anton Habel,
- als Vertreter der Militärseelsorge Litauens Navy Chaplain LT Romualdas Ramasauskas,
- für die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten Österreichs (AKS) Vizeleutnant Leitner in Vertretung des Vorsitzenden der AKS Generalmajor Sinn,
- den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der KS Dipl.BetrWirt Detlef Warwas,

- den Geschäftsführer der Cornelius-Vereinigung e.V. Oberstleutnant a.D. Rolf Radke,
- den Geschäftsführer der „aktion kaserne“ Josef König, der auch den Vorsitzenden des BDKJ, Knut Erbe, vertrat,
- als Sprecher der Pfarrhelfer in Bereich Nordrhein-Westfalen, Heinz Kloster,
- Carl-Heinz Pierck für „Die Tagespost“ und den „Kompass“.

2. Grußworte

- Der Stellvertreter des Militärgeneralvikars MD Weilmayer überbrachte die Grüße des erkrankten Militärbischofs Dr. Walter Mixa und des ebenfalls erkrankten Militärgeneralvikars Prälat Wakenhut.

Er hob hervor, dass die Militärseelsorge für die Bundeswehr, die 2006 seit 50 Jahren bestehe, sich bis heute bewährt habe, auch in den Prozessen der Transformation der Bundeswehr. Dabei habe sich jedoch das Profil der Militärseelsorge verändert, insbesondere durch die Auslandseinsätze. Die Militärseelsorge habe die wichtige Aufgabe, das religiöse Leben zu festigen und zu vertiefen, nicht zuletzt im Lebenskundlichen Unterricht.

Größte Sorgen bereite die Tendenz, die Militärseelsorge nur noch an Zahlen statt an der Sorge um das Individuum zu messen, so vor allem, wenn der Staat anstelle der Militärseelsorge die Seelsorgestellen festlege, wenn die Zahl der Militärseelsorger verringert werde oder wenn die Durchführung der Aufgaben erschwert werde.

MD Weilmayer bedankte sich bei dem scheidenden Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein. Sein Engagement bewiese jugendliche Begeisterung für die Kirche. Er sei eine Bereicherung für die Militärseelsorge gewesen.

- Der Vorsitzende der Zentralen Versammlung OTL Richard Schmitt berichtete aus der vorangegangenen Konferenz der ZV.

Er beglückwünschte die GKS zu ihrem am Morgen geweihten neuen Fahnen und zu der von MD Weilmayer geleiteten beeindruckenden Weihezeremonie.

Aus der ZV berichtete er, dass die Wahl des neuen Vorstandes erfolgreich verlaufen sei. Der neue Vorstand vereinige in sich die Elemente der Verjüngung und der Kontinuität.

Die Ordnung für die Arbeits-

Gäste der Bundeskonferenz: Militärdekan Msgr. Michael Weilmayer, stellv. MGv, Militärgeneraldekan Dr. Peter Brandt, Leiter des Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr, MdB Christa Reichard, Vors. KAS, Navy Lt Romualdas Ramasauskas, Navy Chaplain, Litauen, und Brigadegeneral a.D. Friedhelm Koch, Chronik-Beauftragter der GKS.



konferenzen bei den KLMD, die über Jahre hinweg entwickelt worden sei, sei einstimmig verabschiedet worden. Er dankte der GKS für die kritische Begleitung.

Auch die Erklärung „Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten“ sei verabschiedet worden. Sie sei Ausdruck des Willens der katholischen Soldaten, ihre Stimme zu erheben und eine angemessene Militärseelsorge zu fordern. Ein Faltblatt zur breiten Verteilung der Erklärung sei in Vorbereitung. Auch bei der Erarbeitung dieser Erklärung habe die GKS konstruktiv mitgearbeitet.

Die Nachbarschaftshilfe solle fortgesetzt werden. OTL Schmitt bat die GKS, diese Initiative wie bisher zu unterstützen.

Als zukünftige Aufgaben der ZV nannte er:

- Die Begleitung der Transformation; dies sei allerdings zu verbinden mit der Forderung nach angemessener Ausstattung der Laienarbeit;
- die Seelsorge im Einsatz; dabei gehe es vor allem darum, die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Militärseelsorge zu verbessern;
- die Vertiefung des Glaubenswissens; dazu sei intensive Arbeit in den Standorten erforderlich; zur Unterstützung dieses Zieles müsse auch die Ordnung für die Seelsorgebezirksräte über-

arbeitet werden.;

OTL Schmitt dankte Oberst a.D. Klein für die Zusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren. Klein sei über zehn Jahre ein starker Partner gewesen, der die ZV kritisch, aber abgeschlossen begleitet habe.

- Der Geistliche Beirat der GKS MD Georg Kestel wies darauf hin, dass die GKS als kirchlicher Verband Chancen und Probleme der katholischen Verbände in Deutschland teile. Wichtig sei die Kontinuität der Arbeit. Darauf gestützt könnten dann kurzfristige Engagements eingebunden werden. Er dankte den an der Bundeskonferenz teilnehmenden Delegierten, die besonders zu dieser Kontinuität beitrügen. Er forderte sie auf, Mut zur Überwindung von Durststrecken aufzubringen. In einer bildhaften Darstellung sprach er davon, dass sowohl unter den Seelsorgern als auch unter den Laien drei Typen von Menschen notwendig seien: Die Pfadfinder, die selbst auf der Suche sind, die aber auch mit anderen Menschen gemeinsam einen Weg suchen; die Schatzsucher, die bei sich und anderen die in der Kirche benötigten Talente und Begabungen suchen; schließlich die Brandstifter, die andere begeistern können. MD Kestel forderte seine Zuhörer auf, ihre Charismen und Begabungen zu entde-

cken und Flagge zu zeigen. Er dankte den Delegierten für ihren Einsatz und wünschte ihnen Gottes Segen für ihr weiteres Wirken unter den katholischen Soldaten.

- MD Rainer Schnettker, der als KLMD Köln-Wahn den gastgebenden Dienstaufsichtsbezirk repräsentierte, hieß die Delegierten willkommen. Er dankte für die Unterstützung der Militärseelsorge durch die Laien und rief dazu auf, stets auf die Militärggeistlichen zuzugehen und Zusammenarbeit anzubieten und einzufordern. Er dankte dem aus dem Amt als Bundesvorsitzender der GKS ausscheidenden Oberst a.D. Klein für dessen Engagement.
- Der Leiter der evangelischen Militärseelsorge Generaldekan Dr. Peter Brandt dankte für die Einladung. Er unterstützte nachdrücklich die Ausführungen von MD Weilmayer zur Lage der Militärseelsorge. Wichtig sei aber, dass gegenüber dem BMVg auch durch die Basis, nicht nur durch die Militärbischöfsämter, der Wunsch geäußert werde, die Militärseelsorge in ihrer Bedeutung zu erhalten.

Er nahm Bezug auf eine Rede des Generalinspektors vor dem ZInFuBw aus Anlass des 50-jährigen Bestehens der Bundeswehr. Dabei hatte General Wolfgang Schneiderhan unter Hinweis auf die Schwierigkeiten und Belastungen für Soldaten durch die vielfältigen Einsätze die besondere Bedeutung der Militärseelsorge hervorgehoben. Generaldekan Dr. Peter Brandt wies demgegenüber darauf hin, dass Militärseelsorge nicht darauf begrenzt werden dürfe, nur auf der Handlungsebene für die militärische Führung hilfreich zu sein. Vielmehr habe sie im christlichen Glauben eine eigene Basis, aufgrund deren die unverzichtbare Wertevermittlung erfolge.

Gespräch zwischen Militärgeneraldekan Dr. Peter Brandt und der Vorsitzenden der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung Christa Reichard; Mitte Hptm a.D. Heinrich Dorndorf, r. Prof. Dr. Hans Maier.



Wertebindung in der Bundeswehr sei ohne diese Wurzeln nicht möglich.

Weiterhin unterrichtete Generaldekan Dr. Brandt über die Gründung einer „GEMEINSCHAFT EVANGELISCHER SOLDATEN.“ So wichtig es sei, dass sich das Laienelement in der Kirche artikuliere und darstelle, so sehr sei zu bedauern, dass diese Gründung ohne Absprache mit dem evangelischen Militärbischof oder dem Evangelischen Militärkirchenamt erfolgt sei. Die Idee sei grundsätzlich gut, die weitere Ausgestaltung in den jetzt beginnenden Kontakten sei jedoch völlig offen. Er bat die GKS, mit Kontakten zu der neuen Organisation abzuwarten, bis eine Klärung herbeigeführt worden sei.

- Der Vertreter des Priesterrates Militärpfarrer Stolz dankte den anwesenden Laien für die in verschiedenen Bereichen geleistete Arbeit.

Er hob 3 Punkte besonders hervor:

(1) Die organisierte Laienarbeit sei eine wesentliche Stütze der Kirche vor Ort. Wegen der bekannten Probleme mit der Nachwuchswerbung und der immer häufiger anzutreffenden Abstützung der Verbandsarbeit auf ältere Mitglieder – denen dafür zu danken sei – forderte er zur verstärkten Bemühung um die Gewinnung junger Mitglieder auf.

(2) Politische Aktivitäten der Verbände müssten wieder stärker in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt werden. Die katholischen Verbände müssten ihre Stimme deutlicher erheben. Sie seien nicht nur Stütze der Kirche, sondern der ganzen Gesellschaft.

(3) Die GKS solle gemeinsam mit anderen nach Wegen suchen, wie wir die Zukunft für uns und für die Menschen, für die wir Verantwortung tragen, gestalten können.

- Die Vorsitzende der KAS Frau Christa Reichard, MdB, überbrachte die Grüße der KAS. Sie dankte für die Einladung, die sie gerne angenommen habe.

Weiterhin dankte sie für die Unterstützung ihrer Arbeit im Deutschen Bundestag bei der Vorbereitung einer Entschließung zur Militärseelsorge. Allerdings sei diese Initiative wegen des Widerstands anderer Parteien nicht zum Tragen gekommen.

Sie erinnerte daran, dass Bischof Mixa im letzten Jahr eine verstärkte Zusammenarbeit von GKS und KAS gefordert habe. Dieser Auftrag sei durch eine gute redaktionelle Kooperation mit der Zeitschrift der GKS AUFTRAG, durch die geplante Standgemeinschaft beim nächsten Katholikentag und durch die wechselseitige Veröffentlichung der Handbücher auf den jeweiligen CD erfüllt worden.

Frau Reichard zeigt sich nach ihren Gesprächen in der Truppe darüber besorgt, dass die Grundlagen der Inneren Führung wegbrechen könnten, wenn sich das Führungspersonal der Bundeswehr nicht mehr darauf verpflichtet fühle. Die Mitglieder der GKS könnten hier durch Gespräche innerhalb der Streitkräfte einen wichtigen Beitrag leisten. Es gebe aber auch Grund zur Hoffnung: Die Jugend sei mehr als früher religiös aufgeschlossen. Die Christen könnten „Salz in der Suppe“ sein. Abschließend dankte sie Oberst a.D. Klein für sein Wirken als Bundesvorsitzender der GKS.

- Chaplain Navy Lt Ramasaukas (LIT) überbrachte die Grüße der litauischen Militärseelsorge und deren Leiter Generalvikar Oberst Grazulis. Er hoffe, langfristig auch in Litauen einen katholischen Soldatenverband einrichten zu können. Er wünschte der Bundeskonferenz der GKS gutes Gelingen.
- Der Geschäftsführer der Cornelius Vereinigung OTL a.D. Rolf Radke übermittelte die Grüße des Vorsitzenden der CoV OTL a.D. Reinhard Schmidt und des gesamten Vorstandes der CoV. Die Zusammenarbeit zwischen GKS und CoV sei seit dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin auf einem guten Weg. Auch beim

Katholikentag 2006 in Saarbrücken wollen beide Verbände gemeinsam auftreten.

Er erläuterte, dass auch die CoV von der Gründung eines evangelischen Soldatenverbandes überrascht worden sei. Es sei noch offen, wie sich die Beziehungen zwischen der CoV und dem neuen Verband entwickeln würden. – Er wünschte der GKS-Bundeskonzferenz weiterhin einen guten Verlauf.

- Für die Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten Österreichs (AKS) überbrachte Vizeleutnant Leitner die Grüße des Vorsitzenden der AKS Generalmajor Sinn und des Präsidiums der AKS. Aus der aktuellen inhaltlichen Arbeit der AKS berichtete er, dass Fragestellungen aus dem soldatischen Dienst – zz. besonders die Belastungen für den Soldaten und seine Familie – im Mittelpunkt stünden. Er erläuterte, dass die AKS dabei sei, sich neu zu positionieren, um die Militärseelsorge effektiv unterstützen zu können. Er sprach eine Einladung zur Jahreskonferenz der AKS vom 17.-20. Oktober 2005 in Wien aus.

Vizeleutnant Leitner betonte, dass die AKS die Bewerbung der GKS um die AMI-Präsidenschaft unterstütze und selbst für das Generalsekretariat kandidiere. Die AKS sehe in dieser Hinsicht den Schwerpunkt ihrer Arbeit bei der Hilfeleistung für den Aufbau katholischer Laienorganisationen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten. Für die übernächste Wahlperiode des AMI strebe Österreich die Präsidenschaft an.

- Josef König, der Geschäftsführer der „aktion kaserne“ überbrachte im Auftrag des Bundesvorstandes des BDKJ herzliche Grüße.

Er informierte über das Engagement des BDKJ beim Weltjugendtag in Köln.

- Der Sprecher der Pfarrhelfer in NRW Heinz Kloster hob hervor, dass die Vertretung der Pfarrhelfer bei dieser Konferenz das Verständnis für die Laienarbeit verbessere. Er überbrachte die Grü-

ße aller Pfarrhelfer in der katholischen Militärseelsorge im In- und Ausland. Er empfahl, bei Problemen in der Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen Laien und den Militärseelsorgern öfter auf die Sprecher der Pfarrhelfer zuzugehen, die dann versuchen könnten, zu helfen. Kloster dankte Oberst a.D. Klein für seine Arbeit als Bundesvorsitzender der GKS und wünschte der Konferenz weiterhin einen guten Verlauf.

3. Bericht des Bundesvorsitzenden O a.D. Klein

Der Bundesvorsitzende dankte für die Grußworte.

Er sprach drei Themenkomplexe an:

(1) Rückblick auf seine Tätigkeit aus GKS-Bundesvorsitzender

Klein erinnerte daran, dass er 1995 zum Bundesvorsitzenden der GKS gewählt worden sei. Schon vorher sei er Vorsitzender des GKS-Bereichs Nordrhein-Westfalen und seit 1991 Stellvertreter des Bundesvorsitzenden gewesen.

Die damals wichtigen Schwerpunktthemen seien auch heute noch aktuell:

- Friedensethische Fragen, die vor allem in den Sachauschüssen bearbeitet werden;
- die Einbindung der Basis in die Überlegungen des Bundesvorstandes und in die inhaltliche Arbeit;
- die Unterstützung der Militärpfarrer; hier mache ihm die zunehmende Distanz neuer Militärpfarrer zur Verbandsarbeit Sorge, er stelle aber auch ein Umdenken in der Praxis fest;
- der Umgang mit den Seelsorgebezirksräten, den Arbeitskonferenzen und der ZV: häufig habe es Konkurrenzdenken gegeben, das sich inzwischen aber deutlich verringert habe; es sei wichtig, Reibungsverluste auszuschießen;
- die Auswirkungen der GKS auf die Meinungsbildung in Kirche, Bundeswehr und Gesellschaft: In diesem Bereich seien die Bemühungen durch gut gelungene Erklärungen – zuletzt „Friede ist möglich“ – erfolgreich gewesen.



Die GKS werde auch die geplante Erklärung der deutschen katholischen Bischöfe zur Inneren Führung aufnehmen und sich damit aus der Sicht der Praxis auseinandersetzen;

- die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden im nationalen und internationalen Bereich; hier wolle er auf die enge, wenn auch schwierige Zusammenarbeit mit pax christi, aber auch mit dem BDJ und im internationalen Bereich mit der AKS verweisen.

(2) Aktueller Stand der GKS-Arbeit

– Oberst a.D. Klein erläuterte die Gründe für die Schaffung eines eingetragenen Vereins GKS e.V. Wegen des Rückgangs der Kirchensteuer gebe es seit den 90er Jahren Überlegungen, wie die Finanzierung der Verbandsarbeit langfristig sichergestellt werden könne. Um Eigenleistung beisteuern zu können, sei 1997 der Förderverein „FGKS e.V.“ gegründet worden. Die angestrebte Gemeinnützigkeit habe damit jedoch nicht erreicht werden können, weil die GKS als Zuwendungsempfänger nicht gemeinnützig sei. Bei der Bundeskonferenz 2004 sei dann der Weg zur Gemeinnützigkeit festgelegt worden. Ausgehend von dem Grundsatz, dass keinesfalls die gewachsene Identität der GKS beeinträchtigt werden dürfe, wurde durch die Bundeskonferenz entschieden, dass es nicht eine vollständige Beteiligung der Basis geben solle. Vielmehr sollte ein Dachverband geschaffen werden. Dieser wurde im April

2005 gegründet und inzwischen beim zuständigen Registergericht eingetragen. Der Antrag auf Gemeinnützigkeit sei gestellt, aber noch nicht entschieden worden. Damit habe der Bundesvorstand den Auftrag der Bundeskonferenz bis auf den noch laufenden Antrag auf Zuerkennung der Gemeinnützigkeit erfüllt (Anm.: Der Antrag wurde zwischenzeitlich positiv entschieden).

- Zur Anpassung der Ordnung und der Geschäftsordnung der GKS an die neu geschaffenen Strukturen und an zwischenzeitlich gefasste Beschlüsse über Veränderungen von Organisationselementen werde 2006 eine Strukturkommission eingerichtet. Zu ihren Aufgaben gehöre auch die Anpassung der Schrift „Zusammenarbeit mit Militärseelsorge.“

– Vom 07.-11.11.2005 werde wieder ein Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn durchgeführt werden. Weitere Werbung sei nötig, insgesamt gebe es aber eine gute Anmeldelage.

- Ziel der Seminare „3. Lebensphase“ sei Hilfe bei der Lebensgestaltung. Die Seminare seien inhaltlich vorbildlich. Wegen der starken Nachfrage von GKS-Mitgliedern und anderen, die unserem Verband nicht angehören, sei geplant, demnächst über den zukünftigen organisatorischen Rahmen nachzudenken.

– Mit Blick auf die Verbandszeitschrift AUFTRAG dankte Klein dem Chefredakteur für seine hervorragende Arbeit. Ferner sprach er seinen Dank für die finanzielle Unterstützung durch das KMBA aus.

- Das Jahresthema „Kirche unter Soldaten“ und die während der Bundeskonferenz dazu durchgeführten Arbeitsgruppen seien sehr gut vorbereitet gewesen. Besonders unserem Geistlichen Beirat sei für seine Unterstützung zu danken.

– Bei dem bevorstehenden Katholikentag 2006 in Saarbrücken werde die GKS auf der Kirchenmeile mit einem Stand vertreten sein. Die CoV werde wie in der Vergangenheit als Gast

eingeladen werden. Die GKS suche die enge Zusammenarbeit mit der KAS.

– In der Serie der **Politikergespräche** werde das nächste Gespräch Anfang 2006 stattfinden. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages habe bereits zugestimmt, es müsse aber noch ein Termin gefunden werden.

– In Litauen werde in der übernächsten Woche die diesjährige **AMI-Generalkonferenz** stattfinden. Die GKS werde sich um das Präsidentenamt bewerben (s.a. Ziff 4. und S. 108).

(3) **Wege in die Zukunft** („was mir am Herzen liegt“)

– Durch die Arbeit am Jahresthema 2004 sei deutlich geworden, dass die Ausbildung von ehrenamtlichen Mitarbeitern besonders wichtig ist. Die GKS setze dies in Wochenendveranstaltungen, Werkwochenenden und Gesprächskreis um.

– Bei der Glaubensvermittlung müssten mutig neue Wege gegangen werden. Diese Frage müsse insgesamt einen höheren Stellenwert erhalten.

– Er selbst sei in seinem Leben maßgeblich von der Tugendlehre geprägt worden. Die klassischen Kardinaltugenden Gerechtigkeit, Tapferkeit, Maß und Klugheit wie auch die göttlichen Tugenden Glaube, Liebe und Hoffnung hätten eine erstaunliche Aktualität, selbst in der Managerausbildung spielten sie eine Rolle. Moralische Kompetenz dürfe in einer globalisierten Welt kein Luxusgut für wenige sein, sondern müsse als Wertmaßstab für das eigene Handeln gelten. Nur so könnten wir ein Beispiel für andere werden, die GKS insgesamt könne so viel attraktiver werden. Viele seien auf der Suche, wir müssten ihnen ein Angebot machen.

Zum Schluss seiner Tätigkeit als Bundesvorsitzender dankte Karl-Jürgen Klein allen engagierten GKS-Mitgliedern. Die erzielten Ergebnisse seien nur durch den gemeinsamen Einsatz möglich geworden. An die Bundeskonferenz richtete er die Bitte, seinen Nachfolger mit gleichem

Vertrauen zu unterstützen. Für ihn selbst sei die GKS Teil seines Lebens gewesen. Er werde aber weiterhin zur Verfügung stehen, um sie zu unterstützen. Er wünsche allen GKS-Mitgliedern für den weiteren Lebensweg alles Gute und erbitte Gottes reiche Gnade für unser Tun.

4. Einzelbeiträge

- Der Chefredakteur der GKS-Zeitschrift **AUFTRAG**, OTL a.D. Paul Schulz, berichtete, dass die Adressenpflege zukünftig durch den IT-Beauftragten erfolgen werde. Er bat erneut darum, sich beim Abfassen von Beiträgen für den **AUFTRAG** kurz zu fassen.

Die Jahres-CD 2004, die erstmals veröffentlicht worden sei, sei von den Lesern als sehr hilfreich bewertet worden.

- OTL Christoph Auer, stellvertretender Vorsitzender des Internationalen Sachausschusses (IS), richtete den Konferenzteilnehmer die Grüße des Vorsitzenden des IS Oberst i.G. Reinhard Kloss aus, der zur Zeit als Chef des Stabes in Kabul bei ISAF Dienst tue.

Der IS spiele eine wichtige Rolle bei der Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben der GKS im internationalen Bereich. So seien in der Ordnung der GSK die Mitgliedschaft im AMI und die Bemühungen um Kontakte zu verbündeten und befreundeten Streitkräften festgelegt.

Im AMI könne deutlich gemacht werden, dass wir als deutsche Soldaten unser Gewissen nicht am Kasernentor abgeben. Militärseelsorge im Einsatz könne nur funktionieren, wenn sie auch im Inland aufrechterhalten werde. Dies sei bei uns gegeben: Wir haben Militärgeistliche, die unabhängig von Befehlen der Kommandeure sind, wir haben das Recht auf Vereinigungsfreiheit, wir haben ein weit entwickeltes Kirchenverständnis mit ausgeprägter Rolle der Laien. Dies alles könne als Vorbild für andere Staaten dienen, die solche Verhältnisse noch nicht haben. Damit könnten wir auch eine Alternative zu dem US-Modell der Militärseelsorge

anbieten, die mit großem Nachdruck verbreitet werde.

Andererseits seien wir aber auch Nutznießer von AMI: AMI habe seit zwei Jahren den Vorsitz im internationalen Verband CICO inne und habe damit politische Handlungsmöglichkeiten. Die Erklärung „Soldat im 3. Jahrtausend“ finde über AMI größere Aufmerksamkeit, als wenn es sich ausschließlich um eine Erklärung der GKS handele. In dieser Erklärung seien aber die GKS-Leitsätze enthalten, die damit weltweite Verbreitung fänden.

Deutschland werde sich bei der AMI-Generalkonferenz 2005 in Vilnius um die AMI-Präsidenschaft bewerben. Mitbewerber sei Kenia. Österreich bewerbe sich ohne Konkurrenz um das Generalsekretariat.

- Der stellvertretende Bundesvorsitzende OSF Johann-A. Schacherl erinnerte an das bevorstehende GKS-Seminar für neue Funktionsträger.
- Frau Brigitte Mathias, die gemeinsam mit ihrem Mann OSF a.D. Hans-Jürgen Mathias die Seminare 3. Lebensphase in Cloppenburg durchführt, berichtete von einer Weiterbildungsveranstaltung, an der sie und ihr Mann teilgenommen hatten, um die von ihnen geleiteten „Seminare 3. Lebensphase“ noch besser gestalten zu können.
- BG a.D. Friedhelm Koch dankte Oberst a.D. Klein dafür, dass er einige seiner Vorgänger genannt habe, ohne die die GKS nicht das wäre, was sie heute ist. Die meisten von ihnen seien inzwischen verstorben.

Dem neuen Bundesvorsitzenden sprach er seine Glückwünsche aus.

5. Amtsübergabe

Als symbolischer Akt für die Amtsübergabe vom alten auf den neuen Bundesvorsitzenden wurde die Fahne der GKS in einer feierlichen Zeremonie von Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein an seinen Nachfolger Oberstleutnant Paul Brochhagen übergeben.

Die Teilnehmer der Bundes-



Zusammenarbeit und Auseinandersetzungen mit anderen katholischen Verbänden und bei der Gestaltung von Erklärungen der GKS habe er Zeichen gesetzt. Er habe maßgeblich zur Erweiterung der GKS-Mitgliedschaft beigetragen.

konferenz reagierten mit lang anhaltendem Applaus.

Der neue Bundesvorsitzende bedankte sich für die Unterstützung vieler Mitarbeiter, insbesondere des Bundesgeschäftsführers und des Chefredakteurs AUFTRAG. Nur so sei ihm die Entscheidung, die neue Verantwortung zu übernehmen, möglich gewesen. Dann stellte OTL Brochhagen sich den Delegierten der Bundeskonferenz vor.

5. Wahl eines Ehrenbundesvorsitzenden

OTL Attermeyer stellte den Antrag, den bisherigen Bundesvorsitzenden Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein zum Ehrenbundesvorsitzenden zu berufen. Oberst a.D. Klein sei seit zehn Jahren Bundesvorsitzender. Schon vorher habe er in wichtigen Funktionen für die GKS gewirkt. Auch im Ausland habe er sich für die Anliegen der GKS eingesetzt. In der

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Oberst a.D. Klein bedankte sich für das Vertrauen. Er sehe das Votum als Verpflichtung. Er werde sich bemühen, diesem Anspruch gerecht zu werden. Die ehrenamtliche Tätigkeit mache ihm Freude und solle auch allen anderen GKS-Mitgliedern Freude bereiten.

Bundesvorsitzender Brochhagen überreichte eine gerahmte Urkunde über die Berufung Kleins zum Ehrenbundesvorsitzenden.

6. Schlusswort des Bundesvorsitzenden OTL Paul Brochhagen

Das Motto dieser Tage sei gewesen: Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten. Auf der Titelseite des Programmheftes sei ein GPS-Gerät abgebildet. Er übersetze dieses Akronym folgendermaßen: G wie Gottes Gnade, Gebet, P wie Priester,

S wie Leben aus den Sakramenten. So könnten wir in Kirche und Welt wirken, wie das in Konzil und Synode vorgeprägt worden sei.

In dieser Woche der Begegnung sei der Dreiklang von Begegnung, Bildung und Besinnung, unter den sich die GKS in ihren Leitsätzen gestellt habe, verwirklicht worden.

- Die Notwendigkeit, Gelegenheit für die Begegnung zu schaffen, rechtfertige die relativ lange Dauer der Konferenz.
- Die Ergebnisse der Arbeit dieser Tage hätten zur Bildung beigetragen und ermöglichten uns, besser Position zu beziehen in dieser Welt.
- Besinnung sei in den Gottesdiensten erfahrbar geworden. Der Bundesvorsitzende dankte Kaplan Hütten, der als unser Gast mit uns Gottesdienst gefeiert habe. Unser Gebet werde ihn begleiten, wir aber bäten um sein Gebet für uns.

Der Bundesvorsitzende dankte den Organisatoren: Den Verantwortlichen aus dem Haus, den eigenen Kräfte, dem zuständigen GKS-Bereich, dem Referat IV des KMBA. Sein Dank galt den Moderatoren, die uns durch die Tagung geführt hatten.

Viele große Ereignisse dieses Jahres hätten uns ermutigt, selbst klares Zeugnis abzulegen, vor allem der Tod des Papstes und die Wahl seines Nachfolgers, aber auch das Bekenntnis wichtiger Persönlichkeiten zum Glauben.

Sicherlich sei es wichtig, uns hinter unsere Fahne stellen. Wichtiger sei aber die „unsichtbare Flagge“, die Flagge der Liebe. Sie müsse den Umgang untereinander und mit den Nächsten prägen.

Der Bundesvorsitzende wünschte allen einen guten Heimweg und schloss am 17. September 2005 um 10.30 Uhr die Bundeskonferenz 2005.

Kaplan Walter Hütten erteilte den Reisesegen. (Klaus Achmann)

Hinweis für die Mitglieder des Förderkreises der GKS (FGKS)
Das Protokoll der Mitglieder-
versammlung des FGKS am
16.09.2005 folgt im
AUFTRAG Nr. 261/2006.



BUNDESKONFERENZ 2005



Das hat es in 44 KOK/GKS-Jahren noch nicht gegeben: Fahnenweihe, Wechsel im Amt des Bundesvorsitzenden mit Fahnenübergabe und zwei Ehrenbundesvorsitzende (u.), die diese Ehre auch noch als Arbeitsauftrag verstehen. Fototermin u.r., v.l.: OSF Johann-A. Schacherl (ehem. StvBuVors), Hptm Hans-Georg Pauthner (StvBuVors), Vizeleutnant Leitner (AKS A), Oberst Karl-J. Klein (EhrenBuVors), OTL Paul Brochhagen (BuVors), StFw Klaus Feineis (StvBuVors), Navy Caplain Lt Ramasauskas (LIT).



Zweites Vatikanisches Konzil und Synode der Bistümer was bedeuten sie für die katholische Verbandsarbeit?

VON HANS MAIER



Den Hauptvortrag zum Thema der Bundeskonferenz „Zweites Vatikanisches Konzil und Synode der Bistümer – was bedeuten sie für die katholische Verbandsarbeit?“ hielt Prof. Dr. Hans Maier aus München. Er berichtete zum Teil aus eigenem Erleben vom II. Vatikanischen Konzil und von der Würzburger Synode.

In seiner Darstellung des Konzils zeigte er, dass für deutsche Katholiken besonders die in „Gaudium et Spes“ betonte „Eigengesetzlichkeit der irdischen Sachbereiche“ von Bedeutung sei. Danach solle der Christ die gesellschaftlichen Beziehungen und die Wirkungsweise politischer Institutionen erst untersuchen und begreifen, ehe er sich öffentlich engagierte. In der Pastoralkonstitution über

„Die Kirche in der Welt von heute“ seien drei lange umstrittene Traditionen in das kirchliche Denken aufgenommen worden: die Menschen- und Bürgerrechte, Rechtsstaat und Gewaltenteilung und die moderne davon geprägte Demokratie.

Zum Verhältnis von Laien und Geistlichen hob der Referent die neue Sicht des Konzils hervor, wonach der Weltendienst die Berufung der Laien sei. Laien und Geistliche seien durch ihre Zugehörigkeit zur *Communio* aller Getauften zu ihrem jeweiligen Dienst ermächtigt. Die Differenzierung ergebe sich aus den unterschiedlichen Aufgaben.

Synoden der Teilkirchen und Räte seien – anders als früher – durch das Konzil als eine Bereicherung angesehen worden. In Deutschland habe es jedoch noch mehrere Jahre bis zu einer Neuordnung des hier schon lange bestehenden hoch entwickelten Laienapostolats gedauert. Strittig sei das Verhältnis der traditionellen Verbände zu den neu entstehenden Räten gewesen. Die Gemeinsame Synode von Würzburg habe nicht zu einer umfassenden Synodalisierung geführt, jedoch synodale Elemente an wichtigen Stellen, insbesondere bei den Strukturen der Mitverantwortung in Pfarreien, Dekanaten und Diözesen sowie durch die Schaffung einer „Gemeinsamen Konferenz zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem ZdK“ geschaffen.

Die Verbände seien durch die Gemeinsame Synode der gemeinschaftlichen und organisierten Form des Laienapostolats zugeordnet worden. Sie seien in eigener Initiative und Verantwortung tätig. Räte und Verbände seien keine Gegensätze, sie ergänzten und förderten sich. Nach Auffassung von Prof. Maier bedeute die vereinzelte Kritik an diesem System, dass dadurch die Umsetzung des Konzils zurückgedrängt werden solle. Die Gemeinsame Synode könne sich demgegenüber auf Geist und Buchstaben der Konzilsbeschlüsse berufen. Nur durch Nutzung der weltlichen Einrichtungen – Verbände, Räte, Rechtssätze und Wahlordnungen – könnten die Gläubigen mit ihren schwachen Kräften bewirken, dass „der göttliche Heilsratschluss mehr und mehr alle Menschen aller Zeiten und überall auf der Erde erreiche“ (*Lumen Gentium* 33). (Klaus Achmann)

Vor vierzig Jahren ging das Zweite Vatikanische Konzil zu Ende. Vor dreißig Jahren endete die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Die beiden Ereignisse haben die kirchliche Laienarbeit in unserem Land tief beeinflusst, in vieler Hinsicht umgestaltet. Sie schufen neue Bedingungen, einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit von Geistlichen und Laien in der Kirche. Sehr vereinfacht gesagt: An die Stelle hierarchischer Über- und Unterordnung (wie sie freilich in Deutschland auch in früheren Zeiten nie so ausschließlich vorherrschte wie in anderen Ländern!) trat die alle Glieder der Kirche verbindende Gemeinsamkeit der Taufe und der Sendung – die Einheit der „Christifideles“, der an Christus Glaubenden. – Wie sich die Dinge damals und in den folgenden

Jahrzehnten im kirchlichen Leben und speziell im Verbandsleben verändert haben, welche neuen Formen sich herauskristallisierten, welche Fragen offen blieben – darüber wollen wir in der kommenden Stunde gemeinsam miteinander nachdenken.

Beginnen darf ich mit einer persönlichen Erinnerung. Ich habe den Anfang des Zweiten Vaticanums 1962 als gerade frisch berufener Professor in München erlebt. Mehrere Persönlichkeiten des Konzils kannte ich aus der Schule oder dem Studium, oder ich lernte sie in den folgenden Jahren kennen: Kardinäle und Bischöfe wie Bea, Döpfner, Suenens und Willebrands, Theologen wie Congar, Jedin, Koog, Murray, Rahn, Ratzinger, Semmelweiß. Mit Karl Forster, dem verdienten Leiter der Katholischen Akademie in Bayern, durften meine Frau und ich 1965, in

der Endphase des Konzils, als Gäste an einer Plenarsitzung der römischen Versammlung teilnehmen. Auch an die Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland erinnere ich mich noch lebhaft: 1969/70 gehörte ich zur Vorbereitungskommission, von 1971-75 war ich Synodale. Die „Probleme der Neuverfassung des deutschen Katholizismus“ – so der Titel eines Referats vor dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken im März 1969 – haben mich auch in späteren Jahren nicht losgelassen, vor allem in der Zeit, in der ich diesem Gremium als Präsident vorstand (1976-88). Aber das Interesse reichte weiter, es reicht im Grunde bis zur Gegenwart. Die Zahl der unmittelbar Beteiligten, die sich noch an die Würzburger Synode erinnern, nimmt von Jahr zu Jahr ab – vom Konzil ganz zu schwei-

gen. Heute bin ich schon ein Zeitzeuge. So kann ich meinem Bericht da und dort aus eigenem Erleben eine persönlichere Farbe geben.

1. Das Konzil

Es war ein wirklicher Umbruch, eine Zeitenwende, als auf den herrscherlichen Stadtrömer Pius XII. 1958 der verschmitzt-gemütvoll Bauernsohn Angelo Giuseppe Roncalli aus den Bergamasker Bergen folgte. „Un grasso!“ (ein Dicker) riefen die Menschen auf dem Petersplatz, als der neugewählte Papst sich am 28. Oktober dieses Jahres auf der Benediktionsloggia von St. Peter zeigte. Groß war der Kontrast zu dem asketisch-schlanken aristokratischen Pacelli-Papst: ein gedrungener Mann „mit großem Kopf und Riesenohren“ (Horst Fuhrmann) bestieg den päpstlichen Thron. Johannes XXIII., damals schon 77-jährig, galt als Übergangspapst. Doch gerade von ihm sollten neue Impulse für die Kirche des 20. Jahrhunderts ausgehen: der Roncalli-Papst wurde nicht nur zum Papst des Konzils, sondern auch zu einem Papst der Versöhnung – zu einer Zeit, in der der Ost-West-Konflikt mit der Kubakrise und der Drohung eines neuen Weltkriegs seinen Höhepunkt erreichte.

Es gehörte zur Aufbruchsstimmung jener Monate, in denen Ängste und Hoffnungen sich mischten, dass nun plötzlich Dinge möglich schienen, die jahrzehntelang als undenkbar gegolten hatten. Große Erwartungen beflügelten die Konzilsväter. Eine Zeit der Erstarrung, des gebannten Blicks nach rückwärts, der Unglücksprophetien und des historischen Pessimismus schien zu Ende zu gehen. Der Papst selbst gab dieser Stimmung in seiner Eröffnungsrede beredten Ausdruck, als er vor der in katholischen Kreisen oft üblichen Mittelalter-Romantik warnte und sich gegen eine Sicht der Geschichte wandte, die in den heutigen Verhältnissen nur Unheil und Untergang sehen wollte. „Wir aber sind völlig anderer Meinung als diese Unglückspropheten, die immer das Unheil voraussagen, als ob die Welt vor dem Untergang stünde. In der gegenwärtigen Entwicklung der menschlichen Ereignisse, durch welche die Menschheit in eine neue Ordnung einzutreten scheint, muss man viel

eher einen verborgenen Plan der göttlichen Vorsehung anerkennen. Dieser verfolgt mit dem Ablauf der Zeiten, durch die Werke der Menschen und meistens über ihre Erwartungen hinaus sein eigenes Ziel, und alles, auch die entgegengesetzten menschlichen Interessen, lenkt er weise zum Heil der Kirche.“

Die Welt, in die das Konzil hineinzuwirken sich anschickte, war in Gärung begriffen. Die internationale Politik war in heftiger Bewegung. Neue Protagonisten traten auf den Plan: neben den Angehörigen der Kriegsgeneration wie de Gaulle auch solche, die erst in der Nachkriegszeit hervorgetreten waren, wie Chruschtschow und Kennedy. Die Jahre 1958-62 waren erfüllt von Kriegsdrohungen und gleichzeitig von Bemühungen um internationale Entspannung. Die diplomatischen Tastversuche jener Zeit berührten auch das Konzil. Es ging um die Teilnahme von Beobachtern des Moskauer Patriarchats, über die Jan Willebrands, damals Sekretär des Einheits-Sekretariats, in Paris und Moskau verhandelte, und um die Freilassung des in der Sowjetunion gefangengehaltenen Metropoliten der katholischen Ukrainer des östlichen Ritus, Bischof Slipyj. Sie war vom Vatikan erbeten worden als Geste guten Willens von Seiten der Sowjetunion. Bei dieser wiederum schwang wohl auch, wie wir aus jüngsten Zeugnissen wissen, der Gedanke mit, dem Konzil durch vorbeugendes Entgegenkommen den Charakter einer antikomunistischen Manifestation zu nehmen, den viele in Ost und West nach Pius' XII. scharfer Verurteilung des Kommunismus von dieser geistlichen Versammlung erwarteten. Dass Chruschtschows Schwiegersohn Adschubej bei seinem Besuch im Vatikan am 7. März 1963 dem Heiligen Stuhl die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anbot, gehört in den gleichen Zusammenhang. Johannes XXIII. schreckte damals vor dieser Konsequenz zurück.

Und nun das Konzil selbst. Seit 1869/70, also fast 100 Jahre lang, hatte es keine allgemeine Kirchenversammlung mehr gegeben, in der die Bischöfe der ganzen Welt Gelegenheit hatten, sich *wechselseitig kennenzulernen* und sich über die

Probleme ihrer Bistümer und der verschiedenen Länder – über alle Grenzen hinweg auszutauschen. Man hatte sich bisher kaum *untereinander* gekannt, sondern fast immer nur im Blick auf Rom oder bei römischen Besuchen. Jetzt begann sich jenes andere Element der Katholizität zu entwickeln, das der Antike und dem Mittelalter so selbstverständlich gewesen war; die Kirchen der einzelnen Länder nahmen voneinander Kenntnis: die Kirche erlebte sich erstmals als Weltkirche. Dies war der universale – heute würde man wohl sagen: der globale – Aspekt des Konzils.

Das zweite war die ökumenische Dimension. An sich ist ja jedes Konzil nach eigenem Selbstverständnis ein ökumenisches Konzil (*oecumenica synodus*), das heißt: es ist weltweit; die Bischöfe aus aller Welt werden eingeladen. Aber es konnte nicht ausbleiben, dass der Begriff „ökumenisch“ sich im Vorfeld des Zweiten Vaticanums mit einem neuen Inhalt füllte; denn es gab ja mächtige ökumenische Sammlungsbewegungen auch im Bereich der nichtkatholischen Kirchen. Tatsächlich hat das Konzil nicht nur über ökumenische Fragen verhandelt und ein Ökumenismusdekret beschlossen, es war ökumenisch auch durch die Teilnahme der verschiedenen unierten Ostkirchen und durch die Anwesenheit zahlreicher Beobachter aus der nichtkatholischen Christenheit.

Endlich der letzte, weiteste Kreis des Konzils: Kirche und Welt. Die intensive Bemühung um christliches Leben und Handeln in der Welt hat dem Zweiten Vaticanum von Anfang an größte Beachtung über den Kreis der Kirchenangehörigen, Kirchentreuen hinaus gesichert. Sollte doch nach der schon zitierten Eröffnungsrede Johannes XXIII. nicht das *depositum fidei*, das Glaubensgut, durch neue Definitionen vermehrt, wohl aber die Art und Weise, wie diese Wahrheiten in der heutigen Welt verkündet werden, neu überdacht werden. Es sind berühmte Worte: „Heute möchte die Braut Christi lieber die Heilmittel der Barmherzigkeit anwenden als die Waffe der Strenge erheben. Sie glaubt, es sei den heutigen Notwendigkeiten angemessener, die Kraft ihrer Lehre ausgiebig zu erklären als zu verurteilen.“

So schlug die Pastoralkonstitution über „Die Kirche in der Welt von heute“ (Gaudium et Spes) deutlich neue Töne an. Kein Versuch mehr, wie in der alten Christenheit, aus einer insgeheim vorausgesetzten Einheit von Kirche und Gesellschaft heraus zu sprechen und zu argumentieren; auch kein Anspruch mehr auf eine verbindliche, für alle gültige Interpretation des Naturrechts. Vielmehr eine starke Zurückhaltung bezüglich der konkreten Formen des christlichen Weltauftrags und die deutliche Betonung der Freiheit auf einem Gebiet, das seiner Natur nach – wie der Konzilstext sagt – geschichtlich und damit veränderlich ist.

Für die deutschen Katholiken vielleicht am interessantesten war die in Gaudium et Spes betonte „Eigengesetzlichkeit der irdischen Sachbereiche“, die „iusta terrenarum rerum autonomia“. Hier kommt nicht nur die moderne Welt, die Säkularisierung, der Pluralismus in den Blick – es werden auch die geeigneten Instrumente für den Umgang mit den Gegebenheiten der Zeit benannt: das „Aggiornamento“ (gemeint ist: Erneuern, Auf-den-heutigen-Stand-Bringen), das Prinzip des dialogischen Umgangs mit den Partnern innerhalb und außerhalb der Kirche, endlich das „Erkennen der Zeichen der Zeit“ (signa temporum). Auf das gesellschaftliche und politische Feld bezogen, hieß dies, dass der Christ die gesellschaftlichen Beziehungen und die Wirkungsweise politischer Institutionen aufs Genaueste zu untersuchen hatte, ehe er sich in der einen oder anderen Richtung – was seine Pflicht ist – öffentlich engagierte. Er konnte sein Verhalten künftig nicht mehr einfach aus abstrakten Prinzipien herleiten – er musste die Wirkungsfelder von Staat, Politik, Wirtschaft, Kultur erst kennen, ehe er sich entschied; dem Handeln hatte die sorgfältige Beobachtung der Wirklichkeit vorauszugehen. Anders ausgedrückt: der Christ war nicht klüger als seine nicht-christlichen Zeitgenossen; er musste sich mit ihnen redlich auseinandersetzen im Kampf um brauchbare, von allen vertretbare Lösungen. Das Erkennen der inneren Gesetzmäßigkeiten des politischen Lebens hatte am Anfang des persönlichen Engagements

zu stehen – das war eine der wichtigsten Botschaften, die das Konzil dem Laienapostolat vermittelte.

Scheinbar unauffällig vollzog sich in der Pastoralkonstitution über „Die Kirche in der Welt von heute“ die Aufnahme dreier lange Zeit heftig umstrittener Traditionen ins kirchliche Denken: der Menschen- und Bürgerrechte; des gewaltenteilenden Rechtsstaats und der modernen, von beiden geprägten Demokratie. Damit wird schon deutlich, dass eine solche Aneignung ungeheure Bewegung im katholischen Denken und auch im katholischen Leben hervorrufen musste. Tatsächlich haben die Fluten dieser Bewegung zeitweise das kirchliche Leben auch bei uns regelrecht überflutet – man denke nur an die stürmische Bewegung vor und nach dem Essener Katholikentag 1968, an die bis heute anhaltenden Auseinandersetzungen um das politische und soziale Engagement der deutschen Katholiken, an die Diskussion über die Laien- und Frauenrechte in der Kirche oder an den Streit um Empfängnisverhütung, Schwangerschaftskonfliktberatung und vieles andere mehr.

Nach dem Tod Johannes XXIII. am 3. Juni 1963 war es sein Nachfolger Papst Paul VI., der das Konzil behutsam wieder zur Erde zurücksteuerte (man sagte damals vom neuen Papst: er hätte das Konzil nicht beginnen, *Johannes* hätte es nicht beenden können!). Es gelang Paul VI., für die *Kollegialität der Bischöfe* wichtigstes Ergebnis der veränderten Sicht auf die Kirche! – in Gestalt von *Bischofssynoden* eine erste neue Form zu finden. Paul VI. war auch, was manchmal vergessen wird, der erfolgreichste *Kurienreformer* im 20. Jahrhundert – wenngleich es ihm am Ende trotz mancher Anläufe nicht gelang, eine den weltlichen Staaten vergleichbare *Kirchenregierung* – also so etwas wie ein päpstliches Kabinett – im Vatikan zu etablieren. Auch das, was man „vaticanische Ostpolitik“ nennt, erreichte unter Paul VI. seinen Höhepunkt. Nach der brodelnden Phase des Neubeginns bei Johannes XXIII. folgte unter dem Montini-Papst die rationale und diplomatische Phase: der Versuch eines umfassenden Dialogs mit

der kommunistischen Welt Als „Architekt“ dieser Ostpolitik trat Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli hervor – ein päpstlicher Diplomat großen Ranges, ein Mann aus dem Geschlecht der Consalvi, Rampolla, Pacelli. Im Einverständnis mit seinem Vorgesetzten war er zu vielen Zugeständnissen an die östliche Seite bereit. So verhandelte er in Berlin – über den Kopf von Kardinal Bengsch hinweg – mit der DDR-Regierung über eine Verselbständigung der Berliner Bischofskonferenz und die Entsendung eines Nuntius nach Ostberlin. Erst Johannes Paul II. als Nach-Nachfolger Pauls VI. wischte diese Pläne dann rücksichtslos vom Tisch. Der polnische Pontifex, illusionslos in der Herrschaft, teilte nie die den damals auch in Rom verbreiteten Glauben, der Kommunismus werde, wenn auch nicht ewig, so doch eine lange Zeit dauern, und man müsse daher im Interesse der Seelsorge in den von ihm beherrschten Ländern einen *modus vivendi* finden.

2. Laien und Geistliche

Fragen wir nun, was das Konzil über die Laien gesagt hat – wie es ihre Stellung in der Kirche und ihren Auftrag in der Welt gesehen hat – dies alles im Rahmen des neuen, vom „Volk Gottes“ und seiner „Communio“ ausgehenden Kirchenverständnisses.

Der größte Teil der Christenheit besteht aus Laien. Wie kommen sie eigentlich zu diesem Namen? Dem Wort *Laie* haftet ja etwas Gering-schätziges, Abwertendes an. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist ein Laie einem Fachmann unterlegen. Ein Laienspielschar erreicht selten das Niveau professioneller Theaterleute. Laienhaft redet daher, wer von einer Sache nicht viel versteht. Schon in den alten Sprachen hatte das Wort *laicus* den Beiklang des Unkundigen, Uneingeweihten, Unqualifizierten. Anrainerbegriffe sind *idiota*, *illiteratus*, *popularis*, *plebeius* – und man versteht ohne Übersetzung: eine schmeichelhafte Nachbarschaft ist das nicht. „Ein Laie – was ist das?“ soll der englische Kardinal Manning einmal herablassend gefragt haben. Und Yves Congar, ein Pionier der Laientheologie, leitete sein berühmtes Buch *Jalons pour une*

théologie du Laicat (1953) mit der folgenden Anekdote ein: Ein Taufbewerber fragt einen Priester nach der Stellung der Laien in der Kirche. „Der Laie“, antwortet der Priester, „hat eine doppelte Stellung. Er kniet vor dem Altar, das ist seine erste Stellung. Er sitzt vor der Kanzel, das ist seine zweite ... Man könnte noch eine dritte Stellung nennen: er zückt sein Portemonnaie.“

Kleriker hingegen – das Wort kommt von gr. Kleros, Los – sind die Ausgelosten, Ausgewählten, sie bilden die Elite, die Führungsschicht. Diese Zweiteilung hat sich geschichtlich herausgebildet. In der frühen Kirche überwiegen noch die Gemeinsamkeiten – alle sind füreinander Brüder und Schwestern. Später wird das Wort Brüder immer mehr auf die Kleriker, die „Amtsbrüder“, eingeeengt. Der Klerus tritt als *eigener Stand* hervor (mit dem Standsmerkmal der Tonsur). Im 12. Jahrhundert kann dann Gratian erklären, es gebe eigentlich zwei Arten von Christen, Kleriker und Laien. Damit ist ein langer Prozess der Hierarchiebildung abgeschlossen. Ein Kenner wie Alexandre Faivre urteilt, die klerikale Struktur der Kirche sei von da an bis zum Zweiten Vatikanum „von einer erstaunlichen institutionellen Stabilität gekennzeichnet“ gewesen. Kritisch fügt er hinzu: „Die gegenwärtigen Debatten um das Priestertum und um die Stellung der Frau im kirchlichen Amt offenbaren jedoch die Zerbrechlichkeit einer soziologischen Realität, die einer umfassenden theologischen Rechtfertigung entbehrt“ (LThK³ Art. Klerus).

Gegenüber der ekklesialen Zweiteilung und Gegenüberstellung von Geistlichen und Laien hat sich in den letzten Jahrzehnten in der Kirche einiges verändert. Das Zweite Vatikanische Konzil hat sich des Themas Laien an (zumindest) drei Stellen eingehend angenommen:

- in der Konstitution über die Kirche (Lumen gentium), die ein eigenes Kapitel über die Laien enthält;
- im Dekret über das Apostolat der Laien (Apostolicam actuositatem) und nicht zuletzt
- in der schon erwähnten Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute (Gaudium et Spes).

Knüpft das Dekret über das Laienapostolat an die Laienaktivitäten an, wie sich vor allem in Europa und Nordamerika seit den modernen Revolutionen herausgebildet haben, versucht die Kirchenkonstitution Lumen gentium den Ort der Laien im Gesamtaufbau der Kirche näher zu umreißen, so entwickelt Gaudium et Spes eine neue, differenzierte Sicht gesellschaftlichen Handelns von *Christen in der Welt*.

Im Laienkapitel der Kirchenkonstitution finden sich zwei Definitionen des Laien, eine negative und eine positive. Die *negative* grenzt die Laien als Christifideles, als Gläubige, von den Mitgliedern des geistlichen Standes und des Ordensstandes (membra ordinis et status religiosi) ab. Das scheint im Sinn der Tradition zu sein: Laie ist eben, wer nicht Priester ist oder dem Ordensstand angehört. Das Konzil bleibt aber bei dieser negativen Feststellung nicht stehen. Die zweite, *positive* Definition hebt nämlich den besonderen Dienst, die spezielle Verantwortung der Laien hervor: sie sind berufen, „die Kirche an jenen Stellen und in den Verhältnissen anwesend und wirksam zu machen, wo die Kirche *nur durch sie* (Sperrung HM) das Salz der Erde sein kann“ (LG IV 33). Und hieraus, aus dem Weltdienst der Laien, ergeben sich wieder Akzentuierungen und Abgrenzungen nach der anderen Seite, zu den Priestern und Ordensleuten hin: diese können nicht die ganze Heilsmission der Kirche an der Welt auf sich nehmen; es ist auch nicht ihre *erste* Aufgabe, einen weltlichen Beruf auszuüben. Solches sollen sie den Laien überlassen, denen „der Weltcharakter in besonderer Weise eigen“ ist; denn die Laien leben „in saeculo“, in der Welt, sie sollen, wie ein Sauerteig, zur Heiligung der Welt beitragen; sie dienen dadurch zugleich dem Wachstum und der Heiligung der Kirche.

Ermächtigt sind Laien, Kleriker und Ordensangehörige also, um es zu wiederholen, aus einem gemeinsamen Grund – aus ihrer Eigenschaft als Gläubige, ihrer Zugehörigkeit zur Kirche, zur *Communio aller Getauften*. Die Differenzierungen ergeben sich aus den unterschiedlichen Aufgaben, den verschiedenen Richtungen und Formen der Zuwendung zur Welt.

In der Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute werden demgemäß zwei Formen des Handelns der Christen unterschieden: Handeln *als Kirche* (im Namen der Kirche) und Handeln *innerhalb der Kirche* (aber nicht im Namen der Kirche). Es ist ein Unterschied – so der Text – zwischen dem, „was die Christen als einzelne oder in Verbänden im eigenen Namen als Bürger, die vom christlichen Gewissen geleitet sind, tun, und dem, was sie im Namen der Kirche zusammen mit ihren Oberhirten tun“ (GS 76).

Diese beiden Handlungsformen sind nicht einfach soziologisch aufteilbar (Amt = Klerus; Weltbezug = Laien); eine solche statische Rollenverteilung bliebe hinter dem heutigen Kirchenverständnis zurück. Das Amt ist keine klerikale Domäne abseits einer Laienwelt, die sich ihrerseits vom Amt, von der Amtskirche, distanziert fernhielte; vielmehr tragen Geistliche und Laien gemeinsam die Verantwortung für Welt und Kirche. Klar ist aber, dass das Handeln der Geistlichen in der *Verkündigung*, das Handeln der Laien in der *christlichen Weltverantwortung* seinen Schwerpunkt hat; beide Bereiche und Funktionen können ohne die entsprechende Beteiligung von Geistlichen und Laien nicht ihre spezifische Form und Entfaltung gewinnen. In Begriffen Jacques Maritains zu sprechen: Der Primat des Spirituellen setzt die Autonomie des Zeitlichen voraus. Und da vor allem das Politische und Soziale die freie Initiative der Christen braucht, kann auch das kirchliche Amt nicht mehr – wie in Zeiten einer nach innen geschlossenen Gesellschaft – die *Gesamtverantwortung* für jegliches politische und soziale Handeln der Gläubigen übernehmen.

Das Zweite Vatikanum hat daher – aus historischen Erfahrungen lernend darauf verzichtet, den Laienstand straff in die Zucht klerikaler Gebote und Weisungen zu nehmen, wie es noch dem älteren Konzept der „Katholischen Aktion“ entsprach. Es hat vielmehr Spielräume geöffnet und Bewegungsfreiheit gelassen für vielfältige Initiativen und differenzierte Verantwortlichkeiten. Entscheidend ist die „Eigenverantwortlichkeit“ der Laien in ihrem gesellschaftlichen und politischen Han-

deln (Hans Joachim Meyer). Es darf nicht der Eindruck entstehen, katholische Laien seien im öffentlichen Raum unfrei, an strikte kirchliche Mandate gebunden – sie seien im Grund nur ausführende Organe obrigkeitlicher päpstlicher oder bischöflicher Weisungen.

Auch das Kirchenrecht hat inzwischen die Konsequenzen aus dieser Sachlage gezogen. Auf der einen Seite hat es die Vorbehalte und Maßregelungen beseitigt, mit denen ganze Generationen katholischer Laien mit oft fragwürdigen Argumenten in ihrem politisch-parlamentarischen Engagement eingeschränkt wurden (bedrückende „Musterfälle“ waren Italien und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert!). Auf der anderen Seite hat die neue Lage dazu geführt, dass die Kleriker inzwischen selbst so gut wie überall auf aktive politische Betätigung verzichtet haben: den „politischen Prälaten“ im alten Sinn gibt es längst nicht mehr. Der Codex Iuris Canonici von 1983 legt im Canon 287 § 2 bezüglich der politischen Betätigung von Klerikern fest, dass diese in politischen Parteien und in der Leitung von Gewerkschaften nicht aktiv werden sollen, es sei denn, dies sei „nach dem Urteil der zuständigen kirchlichen Autorität erforderlich, um die Rechte der Kirche zu schützen oder das allgemeine Wohl zu fördern.“ Solche Ausnahmen sind jedoch de facto – wenn man von ein paar lateinamerikanischen Beispielen absieht – in der Weltkirche kaum wirksam geworden. Was Deutschland angeht, so hat die Deutsche Bischofskonferenz bereits 1973 die möglichen Fälle eng umgrenzt: drohende Anschläge antidemokratischer Kräfte auf den öffentlichen Freiheitsraum, Gefahr für die Verkündigung des Evangeliums, das Fehlen von Laien, die in einer solchen Lage aktiv werden könnten. „Solche außergewöhnlichen Fälle oder Notstände“, heißt es in einer Erklärung vom 27. September 1973 knapp, „sind für die Bundesrepublik heute nicht gegeben.“

Laien dürfen viel, was Geistliche nicht dürfen: Handel treiben, Politik machen, eine Familie gründen und Kinder haben. Umgekehrt können Laien keine Messe zelebrieren, nicht Firmung, Bußsakrament und Krankensalbung spenden – und an kirch-

lichen Ämtern und Diensten haben sie zwar größeren Anteil als früher (zumal im Zeichen des Priester-mangels!), aber ihnen steht nichts zu von dem, was an das Weisakrament gebunden ist. Die Grenzbeziehungen sind eine Frucht der Geschichte, sie schaffen überschaubare Strukturen, sie verhindern Übergriffe, klerikalistische oder laizistische Einseitigkeiten. Man sollte sie nach meiner Meinung nicht in Frage stellen, sie gehören zur notwendigen Ordnung des kirchlichen Zusammenlebens.

Dagegen steht die andere Aufgabe noch an: dass sich Kleriker, Laien, Ordensleute *gemeinsam* noch intensiver um jene *Weltsendung* bemühen, die das Konzil im Auge hatte – und die sie früher Jahrhunderte hindurch auf getrennten Wegen und oft in Konkurrenz miteinander angestrebt haben. Hier gilt es den Eigenstand der Welt, die „Autonomie des Zeitlichen“ ernst zu nehmen. Wenn das in voller Breite in der ganzen Kirche geschieht, besteht Aussicht, dass sich der Glaube „in der Zeit“ verleblichen – und damit wirklich „Fleisch annehmen“ kann.

3. Die Synode und die Räte

In der Kirchengeschichte hat es immer synodale Elemente gegeben. Heute noch – wir hörten es bereits – bezeichnet die Kirchsprache ein Konzil als „oecumenica synodus“. Die Synodenstrukturen haben sich im Lauf der Zeit gewandelt: Waren in der nachkonstantinischen Kirche die Laien (an der Spitze der Adel, die Fürsten, der Kaiser!) ganz selbstverständlich an Konzilien und Synoden beteiligt, so verlor ihre Mitwirkung in der Zeit nach dem Reformpapsttum allmählich an Gewicht. Papstkonzilien, Papstsynoden wurden nach Gregor VII. die Regel. Im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit wurden dann die Synoden mehr und mehr zu „kleinen Konzilien“ auf nationaler und regionaler Ebene. Sie dienten der Reform und Vertiefung des Glaubens und der Frömmigkeit „vor Ort“. In diese Richtung zielten auch die Beschlüsse des Trienter Konzils, die vorsahen, dass alle drei Jahre ein Provinzial-

konzil und alljährlich Diözesansynoden veranstaltet würden – eine Regelung, die sich dann freilich im nationalstaatlichen Europa doch nur in Einzelfällen durchsetzte.

Das Zweite Vatikanum führte zu einer kräftigen Neubelebung synodaler Strukturen in der Kirche. Die Gemeinschaft aller Gläubigen, das „Volk Gottes“ rückte in den Mittelpunkt der Betrachtung. Im Unterschied zur lange vorherrschenden Furcht vor einem vermeintlich das Papstamt gefährdenden Konziliarismus wurden die Konzilien und ihre kollegiale Dynamik jetzt neu und positiv gesehen. In *Lumen Gentium* 22 heißt es programmatisch: „Schon die uralte Disziplin, dass die auf dem ganzen Erdbereich bestellten Bischöfe untereinander und mit dem Bischof von Rom im Bande der Einheit, der Liebe und des Friedens Gemeinschaft hielten, desgleichen das Zusammentreten von Konzilien zur gemeinsamen Regelung gerade der wichtigeren Angelegenheiten in einem durch die Überlegung vieler abgewogenen Spruch weisen auf die kollegiale Natur und Beschaffenheit des Episkopates hin. Diese beweisen die im Lauf der Jahrhunderte gefeierten Ökumenischen Konzilien.“

Das Zweite Vatikanische Konzil hat zwar für die gewünschten Synoden in den Ortskirchen keine zentralen Vorgaben entwickelt – so wenig wie für die Räte, die in mehreren Konzilsbeschlüssen vorgeschlagen wurden. Doch die wichtigsten Bauelemente für ein teilkirchliches Synodenwesen lagen in den konziliaren Texten bereit, nämlich „die Bedeutung der Ortskirchen und der bischöflichen Kollegialität“ ... und „die Teilnahme aller Gläubigen an der Sendung der Kirche“ (Karl Lehmann). Er fügt hinzu: „Da das Konzil selbst den Wunsch nach einer Erneuerung des Synodalwesens ausgesprochen hatte, lag es nahe, mit Hilfe der bewährten Institution solcher Kirchenversammlungen die Einwurzelung des Konzils und das ‘Aggiornamento’ des christlichen Lebens in den einzelnen Ortskirchen zu verwirklichen. ‘Ohne Synoden stirbt das Konzil’, formulierte L. Kaufmann zusammenfassend“.^{*)}

*) Karl Lehmann, Allgemeine Einleitung, in: Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Beschlüsse der Vollversammlung, Offizielle Gesamtausgabe I, Freiburg 1976, 21-67 [29]

So begann in den späten sechziger Jahren das, was der kürzlich verstorbene Prälat Bernhard Hanssler, damals Geistlicher Direktor des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, bei der Eröffnungsfeier des Bamberger Katholikentags am 13. Juli 1966 die „Eindeutschung“ des Konzils genannt hat. Die Kirche in Deutschland müsse, so sagte er „unter die Schubkraft des Konzils geraten. Unabsehbar sind die Kräfte des Konzils. Alle seine Impulse werden sich auswirken im Leben der Kirche. Den Katholikentag aber geht vor allem an, was das Konzil zur Erweckung der Laien in Gang gesetzt hat ... Die Zeit des stummen Laien ist vorbei.“

Es dauerte freilich noch Jahre, bis für die auf dem Essener Katholikentag von 1966 ins Auge gefasste „Synode für Deutschland“ eine geeignete Arbeits- und Beschlussform gefunden war. Laien und Geistliche, Kanonisten und Verbändekenner, die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken rangen mehrere Jahre lang um eine sachgerechte Lösung. Stufen auf dem Weg zum Ziel waren die „Vorschläge der Deutschen Bischofskonferenz zur institutionellen Neuordnung des Laienapostolats“ (1967) und die „Mustersatzungen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken für die Räte des Laienapostolats“ aus demselben Jahr. Das Niederländische Pastoralkonzil, das in derselben Zeit tagte (von 1966-70), bot einen ersten praktischen Anschauungsunterricht, wie mit synodalen Formen umgegangen werden konnte – es geriet freilich bald in Schwierigkeiten, seine Ergebnisse entzweiten die Geister, beflügelten die einen, erschreckten die anderen.

In Deutschland ging es vor allem um die Frage, wie das traditionsreiche und hochentwickelte Laienapostolat (Erster Katholikentag schon 1848, noch vor der Ersten Bischofskonferenz im gleichen Jahr!) in die neuen Strukturen einzuordnen war. Sollten die überlieferten und bewährten Verbände den neu entstehenden Räten *eingegliedert* oder *zugeordnet* werden? Sollte es das Ziel sein, die ganze Kirche in *synodale Formen zu überführen*, sollten – wie es Weihbischof Tenhumberg Ende 1966 kühn formulierte – „Seel-Sorge

und Leib-Sorge, Gottesdienst und Weltdienst“ auf Dauer in einer alles umfassenden Synodalstruktur integriert werden? Oder fiel man nicht mit einer solchen Konstruktion in Wahrheit in einen überholten *Integralismus* zurück, verriet man damit nicht die Eigenart, die Eigenständigkeit des Weltauftrags der Laien?

Mit dieser ekklesiologischen Frage hing eine praktisch-organisatorische zusammen: Sollten die „Räte“, die das Laiendekret des Konzils gefordert hatte (AA 26), ebenso wie die Pastoralräte *im Namen der Kirche* handeln (so dass ein geistliches Haupt für sie erforderlich war) – oder handelte es sich um Gremien, die in Aufgabe und Struktur vom Pastoralrat verschieden waren, die also nicht notwendig im Namen der Kirche handeln, wohl aber *zur Welt* hin sprechen und als Hilfen für das Gesamtapostolat der Kirche dienen sollten? Ich habe mich damals (1969) für die zweite Auslegung stark gemacht: für sie sprach die Tatsache, dass in den konziliaren Texten Struktur und Vorsitz bei den Laienräten offengelassen waren, und dass das Dekret über das Apostolat der Laien (AA 26) nicht von Neugründungen sprach („constituantur“), sondern die Möglichkeit einer Fortführung bestehender Einrichtungen des Laienapostolats offenließ („habeantur“).

Vom 3. Januar 1971 bis zum 23. November 1975 tagte im Dom zu Würzburg die „Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland“.

Von den 312 Synodalen waren 140 Laien. In acht Sitzungsperioden wurden die von Sachkommissionen vorbereiteten Vorlagen diskutiert. Das Ergebnis waren 18 Beschlüsse und sechs Arbeitspapiere; ich nenne nur einige der bekanntesten: das von Johann Baptist Metz inspirierte Grundsatzpapier „Unsere Hoffnung. Ein Bekenntnis zum Glauben in dieser Zeit“, Beschlüsse über den Religionsunterricht an den Schulen, die Beteiligung der Laien an der Verkündigung, über Kirche und Arbeiterschaft, die christlich gelebte Ehe und Familie, die Pastoralen Dienste in der Gemeinde, den Missionarischen Dienst in der Welt.

Die „Gemeinsame Synode“ wur-

de nicht zum Auftakt zu einer umfassenden, dauerhaften „Synodalisierung“ der Kirche in Deutschland. Hierzu hätten alle Erfahrungen, alle geschichtlichen Vorbilder gefehlt – im Übrigen war ein solches Experiment in den Niederlanden soeben gescheitert. Die Synode hat jedoch den deutschen Katholizismus in eine neue Form gebracht, indem sie *synodale Elemente* an wichtigen Stellen einführte:

- am umfassendsten bei den Strukturen der Mitverantwortung in Pfarreien, Dekanaten und Diözesen (a)
- und – von nicht zu unterschätzender Bedeutung –
- durch die Schaffung einer „Gemeinsamen Konferenz“ zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (b).
- Für die Zeit nach dem Ende der Synode wurde auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken durch Beifügung synodaler Elemente neu gestaltet (c).

(a) Die Sachkommission VIII, die sich den Formen der Mitverantwortung in der Kirche widmete, hatte eine Rahmenordnung der Räte und Verbände in Deutschland erstellt. Der Beschluss mit dem Titel „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“ zog konkrete Folgerungen aus dem gemeinsamen Auftrag aller Kirchenglieder für die Heilssendung der Kirche, er schilderte die Vielfalt der Dienste und die Formen ihres Zusammenwirkens und umriss die notwendigen Bedingungen für die Mitverantwortung.

Auf Pfarrebene, mittlerer Ebene und Diözesanebene wurden Räte eingeführt: verbindlich auf der Pfarr- und Diözesanebene; auf der mittleren Ebene, wie es einschränkend hieß, dort, „wo es die staatlichen und kommunalen Strukturen es erfordern“. Dabei wurden für die Diözesen (neben den älteren Einrichtungen der Domkapitel, Geistlichen Räte, Priesterräte) zwei Formen von Räten vorgesehen:

- der *Diözesanpastoralrat*, in dem Priester, Ordensleute und Laien „durch Beratung des Bischofs an der Willensbildung und Entscheidungsfindung in den der gemeinsamen Verantwortung obliegen-

den Aufgaben“ teilnehmen, und – der *Katholikenrat der Diözese* zur Förderung der apostolischen Tätigkeit im Bistum und zur Koordinierung der Kräfte des Laienapostolats – der letzte war das vom Bischof anerkannte Organ im Sinn des Konzilsdekrets über das Apostolat der Laien (AA 26). Auf Pfarrebene vermied man aus räumlichen und praktischen Gründen eine Zweiteilung von Seelsorgerat und Laiengremium: hier wurde der Pfarrgemeinderat das einzige Gremium der Mitverantwortung – freilich in einer Doppelstruktur, in der die Zuständigkeit und die Art der Beschlussfassung wechselten, je nachdem, ob es sich um die Wahrnehmung pastoraler oder weltlicher (etwa finanzieller und sozialer) Aufgaben handelte.

(b) Wichtig für die Folgezeit wurde die Einrichtung einer „Gemeinsamen Konferenz“, gebildet aus Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Hier sollte über kirchliche Aufgaben beraten werden, die sich „dem Leitungsamte (vertreten durch die Deutsche Bischofskonferenz) und den freien Initiativen (vertreten durch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken) gemeinsam stellen“. Der Gemeinsamen Konferenz gehörten je 12 Mitglieder der DBK und des ZdK an; die Leitung oblag den Vorsitzenden beider Gremien, die Geschäftsführung den jeweiligen Sekretariaten. Die Gemeinsame Konferenz hatte nach dem Beschluss der Synode über die Räte und Verbände u.a. die Aufgabe, die Entwicklung von Kirche und Gesellschaft zu beobachten, wechselseitig über Arbeitsvorhaben der DBK und des ZdK zu unterrichten und Schwerpunkte für die Aufstellung des Haushalts des Verbandes der Diözesen zu beraten.

Ich habe dem Gremium viele Jahre angehört – es gehört wohl zu den wichtigsten Einrichtungen, die aus der „Gemeinsamen Synode“ hervorgegangen sind. Hier entwickelte man eine kollegiale Form der Beratung, die im Lauf der Jahre Vertrauen aufgebaut hat und Konflikte zwischen Amt und Laien mit Hilfe wechselseitiger Information vermeiden

half. Die großen Möglichkeiten, die in diesem Gremium lagen, sind nach meiner Meinung freilich nie voll ausgeschöpft worden – auch deshalb nicht, weil einige Bischöfe dieser neuen und ungewohnten Einrichtung von Anfang an mit Misstrauen begegneten und sich einer konstruktiven Mitarbeit entzogen. Dennoch konnte die „Gemeinsame Konferenz“ in vielen Fällen klärend und weiterführend wirken. Als z.B. 1983 der neue *Codex Iuris Canonici* erschien, der – abweichend vom Laiendekret des Konzils – nur Pastoralräte kannte, denen der Amtsinhaber vorsteht, beriet die Gemeinsame Konferenz sofort über diese neue Lage. Sie kam zu dem Ergebnis, die Pfarrgemeinderäte seien in Deutschland in erster Linie Räte, die der Förderung des Laienapostolats in der Pfarrei dienten, sie stellten also ein *aliud* dar gegenüber dem Pfarrpastoralrat des CIC/1983. Die Schlussfolgerung lag nahe und war heilsam; sie lautete: „Somit bleiben die Ordnungen über die Pfarrgemeinderäte weiterhin geltendes Partikularrecht“ (Berichte des ZdK 66/1988, 55 f.).

(c) Im Zug der Anwendung der Konzilsbeschlüsse auf die deutsche Situation hat sich auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken verändert. War es im 19. Jahrhundert zuerst ein Komitee zur Organisation der *Katholikentage* gewesen, ein Sammelpunkt katholischer Laienaktivitäten in der Öffentlichkeit, (wobei man auf die Diskussion innerkirchlicher Fragen bewusst verzichtete!), so wurden jetzt die Querverbindungen zwischen den freien Initiativen der Laien und dem inneren Leben der Kirche stärker betont. Heute stehen in der Vollversammlung des ZdK den 97 *Verbandsvertretern* 84 *Diözesanvertreter* und 45 *Einzelpersonlichkeiten* gegenüber. Zu den politisch-gesellschaftlichen Aufgaben (die nach wie vor den Schwerpunkt bilden!) sind zahlreiche kirchlich-religiöse Themen hinzugekommen: Fragen der Ökumene, des Verhältnisses zu den Weltreligionen, zum christlich-jüdischen und christlich-islamischen Dialog. Auch die Katholikentage selbst sind im Lauf der Zeit über die alte „Heerschau“ der katholischen Laien hinausgewachsen, sie bezogen gottesdienstliche

und liturgische Elemente, Akzente des Spiels, der Andacht, der Meditation und Stille ein, sie öffneten sich für innerkirchliche und theologische Fragen. So gewann das Zentralkomitee der deutschen Katholiken allmählich die Struktur, die es befähigte als – von der DBK anerkanntes – Organ des Laienapostolats im Sinn des Laiendekrets des Zweiten Vaticanums aufzutreten.

„Und die Verbände?“ werden Sie fragen. Bestehen sie noch fort nach dieser Umgestaltung der Strukturen, in welcher der Laienkatholizismus mit synodalen Elementen angereichert wurde? Oder werden sie sich im Lauf der Zeit mehr und mehr in einer umfassenden Rätestruktur auflösen? Auch hierzu hat die „Gemeinsame Synode“ klare Aussagen gemacht. Die Verbände werden im Teil II des genannten Beschlusses der *gemeinschaftlichen und organisierten Form des Apostolats* (AA 18) zugeordnet. Sie knüpfen an Familie, Beruf, Gesellschaft an, so dass sie einerseits kirchliche Strukturen in der Gesellschaft, andererseits gesellschaftliche Strukturen in der Kirche darstellen. „Als freiwillige Zusammenschlüsse von Katholiken sind die katholischen Verbände in eigener Initiative und Verantwortung tätig. Zur Verwirklichung ihres Auftrages als Träger des Apostolates sind sie auf die Mitarbeit von Priestern angewiesen und haben deshalb Anspruch auf die priesterliche Mitwirkung.“ Zum Verhältnis von Räten und Verbänden heißt es lapidar: „Räte und Verbände sind keine Gegensätze. Ebenso wenig wie Verbände die Räte ersetzen können, können die Räte die Verbände ersetzen. Sie stehen nicht in Konkurrenz zueinander, sondern ergänzen und fördern sich. Entsprechendes gilt im Verhältnis der Räte zu nicht verbandsmäßig organisierten freien Initiativen ... Die Bedeutung der Arbeit der katholischen Verbände für die Präsenz der Kirche in der Gesellschaft bedingt bei entsprechender Eigenleistung deren finanzielle Unterstützung aus kirchlichen Mitteln.“

Mit den geschilderten Entscheidungen und Beschlüssen hatten die Anstöße des Konzils in der Kirche in Deutschland ihre zeitgerechte Realisierung gefunden. Das Konzil war

„übersetzt“, es war – in Hansslers Worten – „eingedeutscht“ worden. Die damals gefundenen Grundstrukturen haben sich inzwischen in einer dreißigjährigen Praxis in allen Diözesen bewährt. Es ist kein Zufall, dass sie bis heute fortbestehen; grundverschiedene Alternativen, eine gänzlich neue Form des Zusammenlebens und Zusammenwirkens der Kirche in Deutschland sind nach dem Zweiten Vatikanum nur schwer denkbar.

Freilich waren die Entscheidungen der Gemeinsamen Synode nie völlig unumstritten. Wollten die einen weitergehen auf dem Weg zu einer durchgängigen „Demokratisierung“ der Kirche, so ging anderen schon die spezifisch deutsche Form des Laienapostolats in Gestalt von Verbänden, Räten, Zentralkomitee zu weit; sie hätten gern nur die Pastoralräte „mit geistlichem Haupt“ als wirkliche Räte gelten lassen. Der Dualismus der Räte, der sich, wie dargelegt, aus den „zwei Handlungsweisen“ in der Kirche (GS 76) ergibt, wäre dann in die alte Ein-Förmigkeit zurückgefallen, wie sie noch das Zeitalter der „Katholischen Aktion“ beherrschte: Laienhandeln verstanden ausschließlich als „verlängerter Arm des Amtes“; christliche Weltaktivität nur als „Umsetzung“ und Durchführung eines von Anfang an feststehenden, nicht durch die Probe von Versuch und Irrtum gegangenen lehrmäßigen Programms.

An Vorstößen zur Änderung der Dinge in dieser Richtung fehlte und fehlt es nicht – das gilt auch für die Gegenwart. Hier wiederholen sich immer wieder die alten Positionen aus den „Sturmjahren“ zwischen dem Ende des Konzils und dem Beginn der Synode. Auch damals, in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, waren die Texte des Konzils für viele ein kräftiger Anstoß, für manche aber auch eine „Rede hart zu hören“; auch damals überlegten einige, ob es nicht einfacher sei, in die behütete Welt der alten „kirchlichen Stände“ zurückzukehren. Das Ergebnis war freilich eindeutig: Das Konzil wurde ernst genommen, angewendet, „übersetzt“; es gab kein Ausweichen. Und die Ge-

meinsame Synode konnte sich bei dieser Transmission nicht nur auf den „Geist“, sondern auch auf den Buchstaben des Konzils berufen. Hatte dieses doch nicht nur allgemein ein engeres Zusammenwirken der Christgläubigen ekklesiologisch angemahnt, sondern mit dem Hinweis auf Synodalstrukturen und der Forderung nach Einführung von Räten auch konkrete Wege zur Realisierung gewiesen.

Man hört von konservativer Seite manchmal den Vorwurf, Radikalfreier, in Wahrheit Neuerer, die „über das Konzil hinaus“ wollten, beriefen sich allzu leicht pauschal auf den so genannten *Geist des Konzils*. Demgegenüber wird argumentiert, man müsse sich an die *Texte* halten und den konziliaren Geist *in ihnen* suchen. Nun, eben das habe ich in diesem Vortrag zu tun versucht. Ich habe mich genau an die Texte gehalten. Und ich kann zum Schluss die halblaute Frage nicht ganz unterdrücken: Können denn diejenigen, welche die gewachsenen Strukturen kirchlicher Räte beseitigen oder beschneiden wollen, behaupten, sie hielten sich an die Texte des Konzils? Verleugnen sie diese nicht in Wahrheit? Negieren sie nicht die Beschlüsse der Gemeinsamen Synode Beschlüsse, die eine legitime Auslegung des Konzils für Deutschland darstellen?

Christen, so meine ich, dürfen sich kein hochmütiges Nein erlauben gegenüber weltlichen Einrichtungen, wie es Verbände und Räte, Satzungen und Wahlordnungen sind. Sie müssen auch hier den Eigenstand der Welt ernst nehmen – der demokratischen Welt, in der die Kirche heute lebt. Nur dann können sie mit ihren schwachen Kräften und im Bewusstsein eigener Unzulänglichkeit das bewirken, was die Kirchen-

konstitution des Zweiten Vaticanums den Laien als „ehrenvolle Bürde“ auferlegt: „dafür zu wirken, dass der göttliche Heilsratschluss (divinum salutis propositum) mehr und mehr alle Menschen aller Zeiten und überall auf der Erde erreiche“ (LG 33). □

Arbeitsgruppen zum Leitthema der Bundeskonferenz

Themen der Arbeitsgruppen im Anschluss an den Vortrag:

1. Die Praxis der Kooperation zwischen Seelsorgebezirksräten, GKS-Kreisen und Militärseelsorgern
2. Impulse der kirchlichen Friedenslehre
3. Konzile, Synoden und Räte: Mitwirkung des Laien am Sendungsauftrag der Kirche
4. Katholische Verbandsarbeit am Beispiel der GKS – Motivation für die Mitgliedschaft, Probleme und Entwicklungschancen des Verbandes
5. Würzburger Synode und die Zeit danach: Unerfüllte Erwartungen?

Die Arbeitsgruppen erhielten Arbeitspapiere mit Texten zu ihren Themen, die vom Geistlichen Beirat, Militärdékan Georg Kestel, zusammengestellt waren. Die für alle Arbeitsgruppen identischen Leitfragen lauteten:

- Suchen Sie sich aus den Texten die Stellen aus, die Sie besonders ansprechen bzw. die Sie derzeit für aktuell halten!
- Wie stellt sich derzeit die Zusammenarbeit zwischen Räten, Verband und Militärseelsorger am Standort dar?
- Wo sehen Sie Lösungen für aktuelle Probleme, welche Hilfestellungen werden erwartet?
- Visionen und Wünsche für die GKS der Zukunft !?

Die Arbeitsgruppenergebnisse können hier nicht dokumentiert werden, da sie den Rahmen dieses Heftes sprengen würden.

Prof. Hans Maier hörte beim Vorstellen der Arbeitsgruppenergebnisse aufmerksam zu und gab wertvolle, ergänzende Hinweise. Neben ihm Kaplan Walter Hütten, in den 80er und 90er Jahren als StFw stellvertretender Bundesvorsitzender der GKS, und links davon Vizeleutnant Leitner, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Kath. Soldaten (AKS) Österreichs.



50. GESAMTKONFERENZ DER KATHOLISCHEN MILITÄRSEELSORGER

Vom 17. -21. Oktober 2005 fand die 50. Gesamtkonferenz der hauptamtlichen katholischen Militärseelsorger in Potsdam unter Leitung von Militärbischof Dr. Walter Mixa statt. Die Tagung stand unter dem Motto: „Missionarisch Kirche sein“. Zu diesem Thema referierte der Trierer Bischof Dr. Reinhard Marx. Die Konferenzteilnehmer setzten sich weiterhin mit aktuellen ethischen Fragen zur Folter im Kampf gegen den Terrorismus auseinander. Militärgeneralvikar Walter Wakenhut ging in seinem Bericht zur Lage auf neue Herausforderungen und Fragestellungen der Katholischen Militärseelsorge ein (s.S. 6 ff.). In Workshops setzten sich die Seelsorger mit Themen ihrer Arbeitsgebiete auseinander. Militärbischof Mixa feierte ein Pontifikalamt in der Probstei-Kirche St. Peter und Paul und lud anschließend zu einem Empfang ein, zu dem in- und ausländische Gäste geladen waren. Am letzten Tag der Konferenz besuchten die Teilnehmer die Gedenkstätte KZ-Sachsenhausen, die einen tiefen Eindruck bei den Seelsorgern hinterließ. (KMBA)

Missionarisch Kirche sein

Militärbischof Walter Mixa betont die Absolutheit des Folterverbots

VON ANDREAS M. RAUCH

Mit dem Thema „Missionarisch Kirche sein“ nahm die Gesamtkonferenz Bezug auf ein Wort der deutschen Bischöfe vom 26.11.2000 „Zeit zur Aussaat. Missionarisch Kirche sein“ und auf eine vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz herausgegebene Schrift „Missionarisch Kirche sein. Offene Kirchen – Brennende Kerzen – Deutende Worte“ vom 28.04.2003. In einem Geleitwort zu dieser Schrift schreibt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann: „Wir machen die Erfahrung, dass in Zeiten persönlicher Bedrängnis oder angesichts großer Katastrophen Menschen in ihrer Sprachlosigkeit nach einem glaubwürdigen Wort des Trostes und nach verlässlichen Beistand suchen. Offene Kirchen sind ein Ort der Zuflucht in dieser Not. Kirchen, in denen der Rosenkranz gebetet, die Tagzeitliturgie gefeiert und Jesus Christus, unser Herr, im eucharistischen Brot verehrt wird, können helfen, wieder Vertrauen in das Leben zu finden und neu nach dem Willen Gottes zu suchen.“ Gerade Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz befinden sich oftmals in Situationen persönlicher Bedrängnis oder sie sind mit Katastrophen konfrontiert. Für Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz vermag die Gegenwart eines Militärgeistlichen, der selbst nicht in die militärische Hierarchie eingebunden ist, Hilfe sein.

Zum Begriff der christlichen Mission

Im Hauptreferat von Bischof Reinhard Marx aus Trier bei der 50. Gesamtkonferenz in Potsdam wurde deutlich, dass der Begriff der „Mission“ in der heutigen Zeit ambivalent verstanden werden kann. Schon in seinem Eröffnungsreferat bei der Herbst-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda 2004 unterstrich Karl Kardinal Lehmann, dass das Wort „missionarisch“ gegenwärtig eine Hochkonjunktur erfahre, wobei die Gefahr einer inflationären Verwendung bestehe: „Wenn

etwas missionarisch ist, scheint es auch bereits legitimiert zu sein.“ Gleichzeitig hob Lehmann hervor, dass gegen das Wort „Mission“ immer noch viele Einwände bestehen. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird rasch der Begriff der „Mission“ mit einer Art religiöser Bevormundung oder Vereinnahmung in Beziehung gesetzt. Eben dies hat in den vergangenen Jahrzehnten etwa im Rahmen der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit zu zahlreichen Diskussionen geführt, da Kolonisation und Christianisierung fremder Länder durch Europäer oftmals Hand

in Hand gingen. Dieses Argument ist in soweit zu berücksichtigen, als die Bundeswehr humanitäre und militärische Auslandseinsätze in ehemaligen europäischen Kolonien oder Herrschaftsgebieten durchführt.

Eine zwiespältige Wahrnehmung des Missionsbegriffs liegt auch in der Diskussion um den angenommenen Ursprung der christlichen Mission begründet. Die bekannte These „Jesus hat das Reich Gottes gepredigt, und gekommen ist die Kirche“ (Alfred Loisy) hat später eine gewisse ähnliche Abwandlung erhalten im Blick auf die Entstehung der Mission: Jesus habe nämlich Buße und Umkehr für die Juden gepredigt, die Kirche habe aber die Mission unter den Heiden hervorgebracht. Als Entgegnung auf Loisy's Behauptung ist jene berühmte Stelle im Matthäus-Evangelium (16,13-20) anzuführen, wo Jesus die Jünger fragt, für wen sie ihn hielten, und Petrus für sie antwortet: „Du bist Christus, des lebendigen Gottes Sohn“, worauf Jesus ihn selig preist, da er dieses Wissen von Gott erhalten habe, und dann mit den Worten fortfährt: „Du bist Petrus; auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen, und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen. Ich will dir die Schlüssel des Himmelreichs geben. Was immer du auf Erden binden wirst, soll auch im Himmel gebunden sein, und was du auf Erden lösen wirst, soll auch im Himmel gelöst sein.“ Diese Sätze enthalten eine genaue, eindeutige Verfügung im Hinblick auf die Stellung des Petrus und seiner Nachfolger. Denn eine kurz befristete Machtübertragung wäre so

Militärdekan Michael Weihmayer stellte auf der 50. Gesamtkonferenz in Potsdam die neu in die Militärseelsorge eingestellten Militärgeistlichen und Pastoralreferenten (PR) vor, v.l.: Militärdekan Msgr. Michael Weihmayer, Dr. Thomas Elßner, PR Koblenz II, Michael Veltboer, PR Marineunteroffiziersschule Plön, Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut, Georg Guggemos, Militärfarrer Landsberg/Lech, Bernhard Heimbach, PR BwKrHs Berlin II, Klaus-Peter Lehner, Militärfarrer Mittenwald, Robert Bömelburg, PR Rheine.



gut wie sinnlos gewesen, weshalb nur eine apostolische Sukzession gemeint sein kann und somit die Weitergabe des Amtes Petri gottgewollt ist. Anspielungen auf dieses Gespräch finden sich auch bei den Evangelisten Markus, Lukas und Johannes. Auch der christliche Missionsauftrag muss als gottgewollt verstanden werden. So nahm sich Jesus selbst als der Gesandte wahr, der den Auftrag hat, das Gnadenjahr des Herrn auszurufen (Lk 4,18 f) und die verlorenen Schafe des Hauses Israel zu versammeln (Mt 25,24). Jesus Ruf zu einer grundlegenden Umkehr und zum Glauben an das Evangelium (Mk 1,15) eröffnet neue Horizonte, die es durch jeden Nachfolger Jesus aufzuzeigen gilt. In diesen Zusammenhang ist die Berufungserzählung (Mk 1,16-18) und die Indienstnahme der Berufenen zu stellen. Bischof Marx unterstrich, dass das Eintreten und Werben für das Evangelium und den christlichen Glauben Auftrag, Aufgabe und Mission aller Glieder der Kirche sei.

Kirchlicher Missionsauftrag und gesellschaftliche Herausforderungen

Des Weiteren stellte Bischof Marx in Potsdam klar, dass die katholische Kirche einen missionarischen Dienst im Sinn der Verkündigung des Evangeliums erfüllt, die sich begründet in Jesu eigener Sendung und Vollmacht. Der Auftrag an die zwölf Apostel bedeutet Teilhabe an seiner Vollmacht und dient der Weiterverkündigung der christlichen Heilsbotschaft. Die Verkündigung des christlichen Evangeliums in dieser Welt vollzieht sich zwischen Anbruch und Vollendung des göttlichen Heils, zwischen Geburt Jesu und seiner Auferstehung, zwischen weihnachtlicher und österlicher Zeit. Der nachösterliche Missionsauftrag, dem sich die heilige und apostolische Kirche heute stellt, wurde schon zu Leb-

zeiten Jesu in der Aussendung seiner Jünger vorweggenommen. Wenn auch dieser Missionsauftrag primär und nach dem Matthäusevangelium sogar ausschließlich auf Israel und sein Volk bezogen war (vgl. Mt 10,5 f), so beinhaltet dieser auch eine universale Ebene, der im Verhalten und Sendungsauftrag des irdischen Jesu nach Ostern voll zur Geltung kommt (vgl. Mt 28,18-20, Lk 24,46-49, Apg 1,8, Mk 16,15, Joh 20,21 f). Diesem Missionsauftrag, dieses sich Einsetzen für das Evangelium Jesu und seine Botschaft, stellen sich alle Glieder der Kirche gleichermaßen. In der theologischen Literatur der katholischen Kirche nach dem II. Vatikanum hat sich weitgehend die Überzeugung durchgesetzt, dass die Heilige Schrift nicht nur das Volk Israel als geschichtliche Größe gemeint haben kann, sondern sich die christliche Botschaft an alle Menschen guten Willens richtet und das Volk Israel im Sinne einer Metapher für das durch die Zeiten wandelnde Volk Gottes steht.

Dieser kirchliche Missionsauftrag sehe sich allerdings, so Reinhard Marx, mancherlei gesellschaftlicher Herausforderung ausgesetzt. So macht der Bischof von Trier deutlich, dass es oftmals an der Überzeugung unter katholischen Christen mangle, neue Christen zu gewinnen. Insgesamt gesehen vertraue die katholische Kirche in Deutschland noch immer häufig auf das Mittel der „Christenvermehrung“ durch die Kindestaufe, obschon aus diesen Kindern meist nicht Christen in einem „nachhaltigen“ Sinne werden. Tatsächlich wird die katholische Kirche in Deutschland immer stärker mit den Folgen der vehement voranschreitenden Auflösung des so genannten „Milieukatholizismus“ konfrontiert. Beim „Milieukatholizismus“ handelt es sich um eine gesellschaftliche Erscheinungsform, die

seit der ersten Hälfte des 19. Jhs. trotz Reformation und Aufklärung wie eine feste Trutzborg in der Moderne erschien, die weder durch eine Zeitströmung wie den Nationalsozialismus – wie dies Helmut Moll in seinem zweibändigen Werk „Zeugen für Christus“ nachwies – noch durch den II. Weltkrieg und die gesellschaftliche Neuordnung in der Bundesrepublik ernstlich in Gefahr geraten konnte, sondern eher noch mit Persönlichkeiten wie dem rheinischen Katholiken Konrad Adenauer gestärkt daraus hervorging.

Milieukatholizismus

Aber eben diese Trutzborg des „Milieukatholizismus“, die vor allem im Ems-, Rhein- und Münsterland, in der Pfalz, Schwaben und Bayern Hochburgen hatte, wird seit dem Modernisierungsschub im Kontext der „Studentenbewegung“ Ende der 60er Jahre unbarmherzig geschleift. Das lässt sich auch in Zahlen festmachen. In der alten Bundesrepublik lauteten die Zahlen für die Teilnahme an den Sonntagsgottesdiensten wie folgt: 1950: 50,6 %, 1960: 46,3 %, 1970: 37,3 %, 1980: 27 %, 1990: 21,9 %, 1999: 16,6 % und gegenwärtig schwanken die Zahlen zwischen 13 und 15 %. In einer Notenskala wie in der Schule vergaben die Deutschen Vertrauensnoten: Vertrauen genießen weit vor den Kirchen der ADAC, Greenpeace, Umweltschutzorganisationen und die Polizei (Umfrage von T-Online, ZDF, Stern und McKinsey 2004). Die gleiche Umfrage 2005 ergab, dass nur noch 11 % der Deutschen der katholischen Kirche hohes Vertrauen schenken, ähnlich wie den Gewerkschaften (12 %), unterboten nur von den politischen Parteien, dem Deutschen Bundestag, den Arbeitgeberverbänden und der gesetzlichen Rentenversicherung.

Insgesamt gesehen handelt es sich hier um einen gesellschaftlichen und kulturellen Wandlungsprozess, in dem durch den Zuzug von türkischen Gastarbeitern islamischer Religionszugehörigkeit eigene Akzente gesetzt werden. Im Grunde mit der ersten Ölkrise in der Bundesrepublik Deutschland zu Anfang der siebziger Jahre, dann noch deutlicher ausgestaltet in einem verschärften und immer rüderem Wettbewerb seit den achtziger Jahren kommt im wachsendem Maße eine ökonomische Ebene zum Tragen. Diese wirtschaftliche Wirklichkeit wird geprägt von hohem Leistungsdruck, häufigem Arbeitsplatzverlust und einem Abwandern von Arbeitsplätzen ins Ausland. Gesellschaftliche, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Spannungen nehmen in Deutschland mit steigender Tendenz zu. Diese Rahmenbedingungen erschweren jedwede pastorale Arbeit wie Firmkatechese, Religionsunterricht, kirchliche Jugendarbeit und Erwachsenenbildung sowie neue pastorale Initiativen wie die so genannte „City-Pastoral“ oder die kirchliche Medienarbeit. Auch in der Bundeswehr lassen sich die Folgen von Wertewandel und Säkularisierung festmachen: Heute schon gehören 41 % der Soldaten keiner der beiden christlichen Kirchen in Deutschland mehr an. Andererseits besteht für evangelische und katholische Militärseelsorger bei der Bundeswehr die Chance, mit gerade jenen, zumeist jungen Soldaten ins Gespräch zu kommen, die nicht den beiden christlichen Kirchen angehören, um so im Sinne des missionarischen Auftrages der Kirche zu wirken und neue Christen in der katholischen Kirche willkommen zu heißen.

In der in Potsdam geführten Diskussion wurde deutlich, dass die Kirche in ihrem Missionsauftrag auf die Grundprinzipien der christlichen Gesellschaftslehre zurückgreifen muss. Gerade unter den erschwerten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gilt es sich der Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität zu erinnern. Die christliche Botschaft verpflichtet die Kirche, für Schwächere und sozial benachteiligte Menschen, also von Menschen in Not, einzutreten, um der Würde von konkreten Menschen willen. Dabei sollte veran-

schaulicht werden, dass den Kirchen nicht nur eine menschliche Kraft inne wohnt, sondern dass sie getragen sind vom christlichen Glauben. Ansonsten werden die christlichen Kirchen und ihre Botschaft zu kulturellen Fremdkörpern und im modernen, pluralistischen Kulturverständnis zu einer beliebig austauschbaren, gesellschaftlichen Kraft. Militärbischof Walter Mixa hob hervor, dass kirchliche Existenz und Erscheinung sich nicht darauf reduzieren lassen darf, einfach nur „nett miteinander zu sein“, sondern in konkreten Haltungen des christlichen Glaubens und der christlichen Gesellschaftslehre begründet werden müssen. Hierzu gehört die durch Art. 1 GG geschützte Würde des Menschen, die in der Ebenbildlichkeit Gottes im Menschen ihre theologische Begründung findet. Aus der Unantastbarkeit der menschlichen Würde leiten sich zahlreiche politische, soziale und kulturelle Menschenrechte ab, so auch jenes Menschenrecht auf Religionsfreiheit.

Kirchliche Mission und Menschenrechte

Im Zusammenhang mit dem kirchlichen Missionsauftrag wies Militärbischof Walter Mixa auf die weltweite Achtung der Menschenrechte hin, die auch die ausnahmslose Geltung des Folterverbots beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus mit einschließt. „Die kirchliche Verkündigung müsse die Absolutheit dieses Verbots angemessen darstellen“, äußerte Mixa bei der 50. Gesamtkonferenz in Potsdam. In Gesprächen mit Bundeswehrsoldaten könnten Militärseelsorger der in der Gesellschaft diskutierten Frage nach einer Relativierung des Folterverbots nicht ausweichen. Der kirchliche Missionsauftrag und die Achtung der Menschenrechte gehören für Mixa untrennbar zusammen. Dies gilt auch für die kontrovers geführte Debatte um das neue Luftwaffensicherheitsgesetz und die Frage, ob Unschuldige getötet werden dürften, um das Leben anderer Unschuldiger zu retten.

Militärbischof Mixa betonte mit Blick auf die internationale Terrorismusbekämpfung, „dass auch im Falle militärischer Gewaltanwendung, die immer ein Übel ist, das sittliche Gesetz gültig bleibt.“ Im Pressege-

spräch fügte Mixa an, er könne sich nicht vorstellen, dass Bundeswehrsoldaten zu „solchen unmenschlichen Handlungen“ wie im US-Militärgefängnis Abu Ghraib im Irak fähig wären. Er sei überzeugt, dass durch die Ausbildung der Soldaten die ethischen Grundlagen für ein menschlich richtiges Verhalten gelegt seien. Diese sittliche Grundlegung wird auch durch das wirksame Erscheinungsbild von Militärpfarrern, die Auslandseinsätze begleiteten, unterstützt. Mixa berichtete vor Journalisten von einem Standortbesuch, bei dem ein Soldat äußerte: „Militärseelsorge brauchen wir, Gott aber nicht.“ Gerade das Verständnis von der unverletzlichen Würde des Menschen und der universellen Gültigkeit von Menschenrechten bedarf ihres christlichen Begründungszusammenhangs, ohne die Menschenrechte austauschbar oder manipulierbar würden.

Nach Aussage von Mixa erhält die Betreuung der Familienangehörigen von Soldaten im Auslandseinsatz der Bundeswehr eine wachsende Bedeutung. Auslandseinsätze der Bundeswehr führen dazu, dass die Häufigkeit von Trennungen und Scheidungen steigt, wie es auch bei „Fernbeziehungen“ in anderen Berufsgruppen zu beobachten ist. Die Militärseelsorger könnten auf diese Entwicklung nur dadurch reagieren, dass sie bei der Verarbeitung von Auslandseinsätzen auf Gefährdungen und Möglichkeiten, damit umzugehen, hinwiesen. Militärseelsorger sind bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht nur Helfer bei persönlichen Problemen und Sorgen der Soldaten, sondern Gesprächspartner bei existenziellen Fragen wie etwa der Auseinandersetzung mit dem Sinn des Lebens, dem militärischen Dienst und dem Tod. Der Militärbischof führte aus, dass auch konfessionslose Soldaten das Angebot der Militärseelsorge wahrnehmen; sie empfinden es als hilfreich und bewerten es positiv.

Beim Pressegespräch sagte Mixa weiter, dass dem Schutz von Ehe und Familie weiterhin Priorität in der Bundeswehr mit entsprechenden fürsorglichen Betreuungsmaßnahmen eingeräumt werden müsse. Bezüglich der Erklärung der Zentralen Ver-

Fortsetzung auf Seite 99 u.

PERSONALIA:

Personalwechsel im Katholischen Militärbischofsamt

Militärbischof Dr. Walter Mixa hat zum 1. Januar 2006 zwei neue Referatsleiter ins Katholische Militärbischofsamt nach Berlin berufen.

Militärdekan Msgr. Carl Ursprung (57), Katholischer Leitender Militärdekan Koblenz, wird die Nachfolge von Militärdekan Msgr. Michael Weihmayer (49), der in sein Heimatbistum Augsburg als Personalreferent zurückkehrt, antreten. Ursprung wird die Leitung des Referates II, Personal und Organisation, im KMBA übernehmen und Stellvertreter des Generalvikars werden. – Ursprung, Priester der Diözese Trier, ist seit 1983 in der Militärseelsorge. Sobernheim und Koblenz waren seine Stationen als Standortpfarrer, ehe er 1991 Wehrbereichsdekan IV in Mainz wurde. 1995 wurde ihm der Titel eines Monsignore verliehen.

Militärdekan Johann Meyer (46), Priester der Diözese Eichstätt, Vertreter des Katholischen Militärbischofsamtes beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam, wird an Stelle von Militärdekan Monsignore Georg Kestel (49), der Generalvikar in der Erzdiözese Bamberg wird, die Leitung des Seelsorgereferates übernehmen. – Meyer trat 1991 in den Dienst der Militärseelsorge. Er war zunächst Standortpfarrer in Roth, Ingolstadt und Regensburg. Im Januar 2002 wurde er zum Militärdekan ernannt. Zum 1. Mai 2005 wurde Hans Meyer nach Potsdam berufen.

(Text: M. Beyel, KMBA; Fotos: W. Häußner)



Päpstlichen Orden für ehemaligen Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein

In Anerkennung seiner besonderen Verdienste um die Katholische Militärseelsorge und die ganze katholische Kirche verlieh Papst Benedikt XVI. die Komturstufe des päpstlichen Ordens „Ritter des Heiligen Papstes Sylvester“ Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein (60). Militärbischof Dr. Walter Mixa überreichte Oberst Klein die Auszeichnung im Rahmen der Gesamtkonferenz am Mittwoch, den 19. Oktober 2005 in Potsdam. Klein habe aus tiefer religiöser Überzeugung heraus in einem über 30-jährigen beispielgebenden Engagement im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs Mitverantwortung getragen, sagte Mixa. In all seinen dienstlichen Verwendungen im In- und Ausland habe er die Arbeit der Militärseelsorge umfassend unterstützt und gefördert. Stets habe Klein sich für die Belange der katholischen Soldaten und ihrer Familien eingesetzt.

Bischof Mixa hob Kleins langjährige Tätigkeit in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hervor, deren stellvertretender Bundesvorsitz er von 1991 bis 1995 inne hatte. Seit 1995 bis September 2005 war Klein Bundesvorsitzender der GKS. Im Jahre 1996 wurde er Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Seit 1993 gehört er dem Verwaltungsrat der Katholischen Soldatenseelsorge an. Bereits 1998 ist ihm die päpstliche Auszeichnung „Ritter des Sylvesterordens“ zuteil geworden. Die Verleihung der Komturstufe des Ordens sei nochmals eine umfassende Würdigung seines herausragenden Einsatzes für die „Kirche unter Soldaten“, betonte der Militärbischof.



Fortsetzung von Seite 98

sammlung der katholischen Soldaten „Militärseelsorge zukunftsfähig gestalten“ (s.S. 4 f) äußerte der Militärbischof, dass er diese Erklärung als gut und hilfreich empfunden habe. Mixa sagte, dass er Belange der Militärseelsorge auch in die Deutsche Bischofskonferenz hineintragen werde. Zu den Stellen in der katholi-

schen Militärseelsorge wurde ausgeführt, dass neben dem Militärgeneralvikar, vier Militärdekanen im Militärbischofsamt noch sechs katholische Leitende Militärdekane, 61 hauptamtliche Militargeistliche, 27 Militärpfarrer im Nebenamt, 25 Pastoralreferenten, ein Gemeindeferent und 87 Pfarrhelfer gebe (Stand 01.09.2005). Militärbischof Walter Mixa: „Glaubende Menschen

betrachten jeden Tag ihrer Lebenszeit als Geschenk Gottes. Das macht sie dankbar für manche empfangenen Gaben, aber auch wachsam für ihre Verpflichtungen und Aufgaben.“ Indem die katholische Militärseelsorge für die deutsche Bundeswehr für ein Leben mit christlichen Werten sensibilisiert, leistet sie einen Beitrag dafür, in dieser Welt missionarisch Kirche zu sein. □



Sehr geehrte Herren,
liebe Freunde,

mit diesem ersten Rundbrief nach meiner Wahl zum Bundesvorsitzenden der GKS möchte ich anstelle einer in der Politik üblichen programmatischen Rede Bilanz ziehen und Sie über meine Sicht der Dinge unterrichten.

Als bei der abgelaufenen Bundeskonferenz die Fahnen unseres Verbandes gesegnet wurden, beschlich mich, offen gesagt, neben dem Gefühl des Stolzes deutlich die Sorge, ob wir denn genügend „Truppe“ haben, um das Kreuz der GKS hochzuhalten und zu verteidigen. Ebenso stark emotional betroffen hat mich, wie auch Oberst Klein, der Segen, den uns Pfarrer Stolz durch Handauflegen mit auf den Weg gegeben hat.

Mit großem Respekt, mit Hochachtung und Dankbarkeit ist die mehr als 10-jährige Amtsführung vom Herrn Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein durch die Bundeskonferenz mit dem Titel des Ehrenbundesvorsitzenden gewürdigt worden. Er wird wichtige Funktionen weiter wahrnehmen und hat mir seine volle Unterstützung zugesichert. Mit dem Rückenwind, den Sie alle geben, und dem Rat zweier Ehrenbundesvorsitzender will ich mich auf den Weg machen.

Nach einer guten Einweisung und auch aus eigener Erfahrung bin ich mir sicher: Es gibt keinen Grund, den Kurs der GKS grundlegend zu ändern und als neuer Steuermann das Ruder umzulegen.

Es kommt mir vielmehr darauf an, Kontinuität zu wahren, Bewährtes fortzuführen, weiter an den offenkun-

RUNDBRIEF 02/2005:

An die Mitglieder des Bundesvorstandes, Vorsitzenden der GKS-Kreise und Ansprechpartner der GKS

digen Problemen zu arbeiten, aber auch neue, eigene Akzente zu setzen.

Zu dem Bewährten zähle ich in erster Linie die Tatsache, dass wir uns entsprechend unserer Leitsätze als eine Gemeinschaft von katholischen Soldatinnen und Soldaten verstehen, die ihren Glauben ernst nehmen und ihn gemeinsam leben wollen. Noch mehr als früher ist in unserem beruflichen Umfeld unser Zeugnis, unser Laienapostolat gefordert: Einst selbstverständliche ethische Orientierungen und Bindungen treten zunehmend in den Hintergrund, Versetzungen und Auslandseinsätze belasten die Menschen in einem früher nicht gekannten Ausmaß, die Zahl von Soldaten mit religiöser Bindung ist stark zurückgegangen.

Angesichts dieser sattsam bekannten Analyse ist eine klare Positionierung unserer Mitglieder auf christlicher Grundlage in allen gesellschaftspolitischen, sicherheitspolitischen und streitkräftebezogenen Fragen von größter Bedeutung.

Bewährt hat sich auch, dass wir sorgsam auf unsere Selbständigkeit und Unabhängigkeit bedacht sind, wie es einem freien Zusammenschluss von Gläubigen nach kirchlichem Recht zusteht. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, dass in unseren Reihen die Pensionäre, die sich oft in langen Jahrzehnten in der GKS engagiert haben, ihren Platz finden, auch wenn sie nicht mehr zum Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs gehören. Wir selbst entscheiden auch, welche Veranstaltungen wir durchführen, mit welchen anderen kirchlichen oder nichtkirchlichen Organisationen wir Beziehungen aufbauen und welche organisatorischen Strukturen wir uns geben. Zu dem Charakter als Gemeinschaft gehört aber auch unsere Offenheit und der Verzicht auf feste Vereinsstrukturen. Wenn wir solche mit dem GKS e.V. geschaffen haben, dann nicht zuletzt deshalb, um unserer Gemeinschaft, der GKS, die freiere Gestaltung eines kirchlichen Verbandes und eines eben nicht eingetragenen

bürgerlich-rechtlichen Vereins zu ermöglichen und ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern. Wir entsprechen damit auch den Gedanken unserer Gründungsväter, wie sie insbesondere Oberst Helmut Korn formuliert, dass wir eine Gemeinschaft von Freunden, von katholischen Soldaten sein wollen und gerade kein straff strukturierter Verein.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir mit der jetzigen Regelung eine Lösung dafür gefunden haben, trotz aller sachlichen Zwänge den Charakter der GKS als Gemeinschaft erhalten zu können. Dies soll nun aber auch neue Ideen, neue Kreativität, neuen Eifer auslösen!

Auf der anderen Seite sind wir in der Pflicht, aus dieser Unabhängigkeit heraus um des gemeinsamen Zieles willen in der Militärseelsorge mitzuwirken und mit ihren Mitarbeitern und Räten eng und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Es ist mir ein besonderes Anliegen, Konkurrenzgedanken keinerlei Chance zu geben.

Zu bewahren sind aber auch die Institutionen und die Veranstaltungsreihen, die sich über die Jahre entwickelt und bewährt haben. Auch wenn unsere Gemeinschaft eigentlich in lebendigen Kreisen und kreativen Sachausschüssen lebt, so braucht sie doch auch Steuerung und Unterstützung durch die Gremien auf den verschiedenen Ebenen. Ebenso können größere Veranstaltungen und Seminare – als Beispiele nenne ich die GKS-Akademie Oberst Helmut Korn, die Seminare 3. Lebensphase, Seminare mit wissenschaftlichem Anspruch oder mit der Beteiligung anderer Organisationen – nur auf Bundes- oder Bereichsebene organisiert werden. Diese Akademien und Seminare sind genauso Kernstücke des Lebens der GKS, die sicherlich weiter entwickelt und der Zeit angepasst werden müssen, aber in ihrer Grundstruktur erhalten bleiben müssen. Wichtig sind mir die Politikergespräche, die wir in Zusammenarbeit mit dem KMBA durchführen und bei

denen wir für die Kontakte mit den Politikern und die Moderation zuständig sind. Sie sind Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Quellen für Informationen aus erster Hand, sie geben uns aber auch die Möglichkeit, unseren Gästen aus dem Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik eigene Gedanken nahe zu bringen. Die ursprüngliche Verantwortung des Sachausschusses Sicherheit und Frieden soll hier zukünftig wieder stärker zum Ausdruck kommen.

Auch bei der Auseinandersetzung mit schwierigen Sachfragen, seien es Kampfeinsätze der Bundeswehr ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates oder das neue Luftsicherheitsgesetz, um nur zwei Beispiele zu nennen, sehen wir uns in der Pflicht – jedoch nicht aufgrund einer Weisung, sondern aus tief empfundener Verpflichtung und christlicher Verantwortung den eigenen Mitgliedern, der Bundeswehr, der Gesellschaft, der Kirche und dem Staat gegenüber.

In der sachlich-inhaltlichen Arbeit sind wir auf dem richtigen Weg. Die Arbeitsergebnisse der Sachausschüsse sind von hoher Qualität. Die von ihnen formulierten Erklärungen gewinnen zunehmend an Aufmerksamkeit in kirchlichen, politischen und militärischen Kreisen. Ein besonders schönes Beispiel dafür ist die jüngste Erklärung „Friede ist möglich.“ Jetzt aber häufen sich wichtige Themen. Meine Befürchtung ist, dass die Arbeitskapazität der Sachausschüsse nicht ausreicht, um alle wichtigen Fragen zufrieden stellend zu bearbeiten. Ich möchte, dass wir gemeinsam nach Lösungen suchen. Vielleicht helfen Projektgruppen zu bestimmten Themen, die unter straffer Führung und Heranziehung externer Fachleute in einer festgelegten Zeit ein Ergebnis vorlegen müssen. Ob solche Projektgruppen völlig selbstständig arbeiten sollen oder Unterarbeitsgruppen der Sachausschüsse sein können, wird zu diskutieren sein. Themen, die auf uns zukommen, sind vor allem das bereits genannte Luftsicherheitsgesetz, ferner das inhaltlich aufzubereitende Jahresthema 2006 oder die Frage nach einer ad hoc-Gewissensentscheidung gegenüber militärischen Befehlen nach dem jüngsten Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes.

In der Frühmesse fand die Weihe der GKS-Fahnen statt. Im Plenum wurde dann am 17. September 2005 die formelle Übergabe des Bundesvorsitzes vollzogen. Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein (r.) übergibt die GKS-Fahne an den neuen Bundesvorsitzenden der GKS Oberstleutnant Paul Brochhagen. Anschließend wählte die Bundeskonferenz Klein zum Ehrenbundesvorsitzenden.

Ein erster Akzent drängt sich geradezu auf: Den Aufbau neuer GKS-Kreise im GKS-Bereich Ost werde ich zu meiner ersten Priorität machen. Wir sind es der Kirche und den Menschen schuldig, uns um dieses Ziel zu bemühen. Nicht Verbandspolitik, also der Kampf um mehr Mitglieder, sondern die Stärkung des Laienapostolats in einer entchristlichten Umwelt ist dabei der ausschlaggebende Beweggrund. Vielleicht helfen Patenschaften zwischen starken, stabilen Kreisen und in Gründung befindlichen Kreisen. Die Unterstützung der Militärfarrer vor Ort ist uns sicher, denn jedes gewonnene Mitglied wird auch ein Mitarbeiter in der Militärseelsorge sein. Ich selbst werde mich mit allen Kräften für diesen Neuaufbau einsetzen. Sie alle bitte ich, an diesem Ziel mit Ideenreichtum und Tatkraft mitzuwirken.

Eigene Akzente will ich auch dort setzen, wo der Kern des Selbstverständnisses unserer Gemeinschaft betroffen ist. Als katholische Christen müssen wir die wesentlichen Inhalte unseres Glaubens gegenüber allen Anfragen formulieren können. Hier hat der Militärgeneralvikar Defizite bei vielen katholischen Soldaten erkannt und das gesamtkirchliche Problem bestätigt gefunden. In den GKS-Kreisen kann hier in einem engen Zusammenwirken mit den Militärfarrern, die ja Geistliche Beiräte unserer Kreise sind, noch viel getan werden. Glaubensgespräche und Bibelkreise, Schwerpunktarbeit mit dem neuen Katechismus und vieles andere kann helfen. Für alle unsere Veranstaltungen muss gelten: **Nie ohne ein Gebet!**

Kurzfristig halte ich es für besonders wichtig, dass sich möglichst alle GKS-Kreise mit den Ergebnissen der diesjährigen Woche



der Begegnung befassen. Die Vorträge von Prof. Sutor und Prof. Maier (beide Texte sind in diesem AUFTRAG veröffentlicht: S. 65 ff. und S. 88 ff.) geben einen hervorragenden Überblick und einen tiefen Einblick in die Geschichte katholischer Verbände, in die Bedeutung des II. Vatikanischen Konzils und der Würzburger Synode für die Laienarbeit und sie geben eine überzeugende theologische und kirchenrechtliche Begründung für die Selbständigkeit, aber auch die Verantwortung der Laien. Die Materialien und Arbeitsergebnisse der während der Bundeskonferenz eingesetzten Arbeitsgruppen finden Sie als Anhang zum Protokoll der Bundeskonferenz. Bitte greifen Sie diese Thematik im kommenden Halbjahr auf und erarbeiten Sie sich in Abend- und Wochenendveranstaltungen ein vertieftes Verständnis von der Verantwortung der Laien in unserer Kirche.

Nicht weniger wichtig, aber von doch eher administrativem Charakter ist die Umsetzung der Entscheidung des Bundesvorstandes, die Ordnung und die Geschäftsordnung unserer Gemeinschaft zu überarbeiten:

Zwischenzeitlich gefasste Beschlüsse, die Neugründung von FGKS e.V. und GKS e.V., aber auch die Einsicht in die Verbesserungswürdigkeit einzelner Regelungen zwingen dazu. Ich will auch die Frage der Gemeinnützigkeit der beiden genannten Vereine, ihre Anmeldung als Körperschaften und die entsprechenden steuerlichen Regelungen möglichst schnell abschließen. Ziel ist, dass – wie von der Bundeskonferenz 2004 beschlossen – der FGKS e.V. als gemeinnützig anerkannt wird und für Spenden und Beiträge Steuerbescheinigungen ausstellen kann. Auch wenn dies heute noch keine große Bedeutung hat, kann dies zukünftig sehr wichtig werden. Insofern

sind die von meinem Vorgänger eingeleiteten Schritte strategisch richtig und wichtig. Dem Bundesgeschäftsführer, Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann, gilt für die dabei geleistete Arbeit Dank und Anerkennung.

In den kommenden Wochen und Monaten will ich versuchen, möglichst viele von Ihnen persönlich kennen zu lernen und mich selbst vorzustellen. Wo immer möglich, werde ich Bereichskonferenzen besuchen. Aber eines ist klar: Der Bundesvorsitzende kann nur Impulse geben, Richtungen vordenken, Entscheidungen empfehlen. Er ist nur einer von vielen Mitverantwortlichen, die unserer Gemeinschaft durch ihr

Denken und Tun prägen. Also kommt es auf jeden von Ihnen an! Nur gemeinsam können wir im alltäglichen Mühen den Zielen unserer Gemeinschaft näher kommen, nämlich unseren Glauben gemeinsam zu leben, nach außen zu bezeugen und so Flagge zeigen! Der zwischenmenschliche Umgang miteinander – dazu gehört auch unsere Streitkultur – liefert den Nachweis dafür, ob wir es ernst meinen.

Ich bitte um ihre Mitarbeit und Unterstützung in Wort und Tat und im Gebet.

Mit herzlichem Gruß

Ihr Paul Brochhagen

Berlin, den 4. Oktober 2005

Treffen von Sachausschussvorsitzenden in Kabul



Ganz zufällig trafen sich am 3. November 2005 die beiden Vorsitzenden der GKS-Sachausschüsse „Sicherheit und Frieden“, Oberst i.G. Josef Blotz, und des Internationalen Sachausschusses, Oberst i.G. Reinhard Kloss, vor der Betreuungseinrichtung OASE, im Camp Warehouse, dem Hauptsitz des deutschen Einsatzkontingents ISAF in Kabul/Afghanistan.

Oberst i.G. Reinhard Kloss (r.), ab dem Jahr 2006 AMI-Präsident, war zum Zeitpunkt der Aufnahme als Stellvertretender Kommandeur und Chef des Stabes des deutschen Einsatzkontingents tätig. Oberst i.G. Josef Blotz begleitete den Befehlshaber Heeresführungskommando, Generaleutnant Otto, bei einer Dienstaufsichtsreise nach Afghanistan.

OASE werden die Betreuungseinrichtungen in den großen Feldlagern im Auslandseinsatz genannt, die durch EAS und KAS im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) gemeinsam betrieben werden. Die OASEN verfügen u.a. über einen repräsentativen Gastraum mit Speisen- und Getränkeauschank sowie einer Einrichtung nach deutschem Standard, einem Raum der Stille für Gottesdienste, Chorproben und sonstige Aktivitäten der Militärggeistlichen, einen Fernsehraum und die Ausstattung für eine Lagerband. OASEN werden derzeit in den Feldlagern in Bosnien, Kosovo und AFG betrieben.



Am 10.09.2005 fand an der TSH/FSHT in Aachen, zum 50-Jährigen Bestehen der Bundeswehr, ein Tag der offenen Tür statt. Bei gutem Wetter kamen ca. 14.000 Besucher in den Bereich der Lützw-Kaserne. Die beiden Militärseelsorgen hatten zusammen einen Stand, auf dem auch die GKS Aachen mit vertreten war. Der Stand wurde recht gut besucht, wobei das dicht umlagerte Glücksrad für die Kinder, ein Highlight war. (Wolfgang Wedekin)

GKS IM BEREICH NRW: „Wir gehören zusammen!“

Familienwerkwoche der GKS in Nordrhein-Westfalen

Unter dem Thema „Wir gehören zusammen“ fand in diesem Jahr vom 9. – 14. Oktober die Familienwerkwoche der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in Nordrhein-Westfalen im „Josef-Gockeln-Haus“ der KAB in Kirchhundem-Rahrbach im südlichen Sauerland statt. Im Zentrum der Thematik standen „Fernbeziehungen“, d.h. durch Versetzungen oder Einsätze bedingte Trennungen von Paaren und Familien.

Durch Impulse der Referentin, Frau Bettina Schade sowie die eigenen, durchaus unterschiedlichen Erfahrungen der Teilnehmer ergaben sich für alle Beteiligten interessante Denkanstöße, wie eine oft unvermeidbare, zeitlich befristete Trennung aktiv gestaltet werden kann. Dies zeigten die lebhaften Gespräche auch außerhalb der Runden deutlich. Auch wenn es keine Rezepte für das Gelingen einer Fernbeziehung gibt, so konnten doch einige allgemeingültige Hinweise für die eigene Anwendung mitgenommen werden. Dabei konnte auch auf die Grundlagenarbeit des „Zentralinstituts für Familien in der Gesellschaft“, das an der Katholischen Universität Eichstätt besteht und eng mit der Katholischen Militärseelsorge kooperiert, zurückgegriffen werden.

Ein weiterer Anteil wurde von Herrn Oberst a.D. Rolf Gotzmann gestaltet. Hier wurde das Leitthema in einem Gespräch über „Zusammengehörigkeit in der Gesellschaft“ aufgegriffen. Unter der Überschrift „Werte und Wertewandel“ tauschten sich die Teilnehmer in Arbeitsgruppen und Plenum über veränderte und konstante Größen, die das Zusammenleben grundlegend bestimmen aus.

Im geistlichen Teil der Werkwoche konnte Militärdekan Rainer Schnettker, als Katholischer Leiter der Militärdekan in Nordrhein-Westfalen der Geistige Beirat der GKS in diesem Bereich, zum Nachdenken über die für den Christen bestehende Zusammengehörigkeit „in vertikaler Richtung“ zum Schöpfer anhand der Heiligen Schrift und praktischer Beispiele anregen.

Nicht zuletzt wurde bei dieser zentralen Bildungsveranstaltung der

GKS in Nordrhein-Westfalen auch über Struktur und Arbeit der GKS als Katholischem Verband im Bereich der Militärseelsorge berichtet.

Neben den Bildungsanteilen wurde das Thema „Zusammengehörigkeit“ auch in gemeinsamen Aktivitäten der Kinder untereinander und der Familien umgesetzt. Eine geführte Familienwanderung im an das Haus angrenzenden Wald ließ bei sonnigem Herbstwetter auch die Zusammengehörigkeit mit der Natur als Teil der Schöpfung erfahren.

Ermöglicht wurden den Eltern die erforderlichen Freiräume für die Teilnahme an den Bildungsanteilen vor allem durch eine begeisterte und begeisternde Kinderbetreuung, bei der Frau Tina Pöpping stets mehr als reine Betreuung, sondern vielmehr ein eigenständiges Kinderprogramm zum Thema bot.

Neben aller Bildung blieben immer genügend Gelegenheiten für

Entspannung und Ausgleich, schließlich waren es ja Ferienzeiten. Dies zeigte sich auch in einem geselligen Abend, der mit Musik – live und aus der Konserve – sowie einem durch das Haus „gezaubertes“ Buffet einen Höhepunkt darstellte.

Abgeschlossen wurde die Woche dann im Rahmen des Familiengottesdienstes, bei dem Frau Cathrin Zeyen in der Vorbereitung ihre Handschrift hinterlassen hat und bei dem die Kinder aktiv mitwirken konnten. Dabei zeigte sich auch, dass sich in der Woche ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Gruppe gebildet hat.

Die nächste Familienwerkwoche der GKS in NRW findet vom 8.-13. Oktober 2006 in Travemünde an der Ostsee statt. An der Vorbereitung wird bereits wieder im bewährten Team gearbeitet, die Ausschreibung dazu soll in Kürze veröffentlicht werden. (Rüdiger Attermeyer)



GKS KÖLN-WAHN: Einsatz – Trennung – Kinderolympiade

Themenvielfalt bei der GKS Wahn

Erneut konnte der Vorsitzende des GKS-Kreises Köln-Wahn, OTL Albert Hecht, einen großen Kreis für ein gemeinsames Familienwochenende gewinnen. So reisten am Freitag, dem 26. August, 35 Erwachsene und 26 Kinder zum Haus Arche Noah Marienberge. Das Haus in Elkhäusen, mit Bolzplatz, Streichelgehege, Tischtennisraum und Kegelbahn, liegt im malerischen Mühlen-thaler Forst. Nicht allein Albert Hecht überzeugte die Schar, sondern das umfangreiche und interessante Programm boten den Anreiz für die Teilnahme.

Bereits am ersten Abend hatten die Kinder die Kegelbahn und Andrea Linden, die mit ihrem Ehemann Gerhard die Kinderbetreuung übernahm, in Beschlag genommen. Hier hatte sich das junge Völkchen noch nicht vollends ausgetobt, so dass für die am Samstag organisierte Kinderolympiade noch genügend Energie zur Verfügung stand. Neben den klassischen Disziplinen, wie Eierlaufen, Sackhüpfen und Papierfliegerweitwurf standen auch Luftballontreten und Teebeutelweitwurf auf dem Programm. Mit Bravur meisterten Andrea und Gerhard Linden die Herausforderung, die große Gruppe von zwei- bis fünfzehn-jähriger zu betreuen. Zur Siegerehrung gab es für alle jungen Teilnehmer Urkunden und Sachpreise.

Zwischen dem vollgepackten Programm hatten die Familien noch Zeit für eine gemeinsame Wanderung mit dem Esel des Hauses und ein Picknick im Grünen.

Für die Erwachsenen waren die Themen des Wochenendes ernster. Am Samstag trug Brigadegeneral Gero Schachthöfer, Stellvertretender Kommandeur der 3. Luftwaffendivision, zum Thema „ISAF – Einsatz in Afghanistan – Erfahrungen und Eindrücke“ vor. Mit seinen persönlichen Erfahrungen aus dem Einsatz in Kabul, von Februar bis August 2004 als Stellv. Kommandeur der ISAF (International Security Assistance Force), Internationalen Schutztruppe für Afghanistan, konnte Schachthöfer die Zuhörer in seinen Bann ziehen. Gleichzeitig fasziniert von Land und Leuten, wurden auch die Probleme für die Soldaten und deren Familien herausgestellt.

Hier stand vor allem die Trennung von der Familie und die Bewältigung des Alltages für die Angehörigen zu Hause im Vordergrund. „Nie waren wir so weit und so lange voneinander getrennt, gleichzeitig jedoch nie so nahe“ empfand General Schachthöfer die Zeit der Trennung von seiner Ehefrau. „Für Einsätze dieser Art ist auch der Rückhalt in Familie, Freundes- und Bekanntenkreis erforderlich.“ ergänzte er. Die anschließende Diskussion führte zu

heftigen und kontroversen Gesprächen, bei denen auch Erfahrungen anderer Familien aufgezeigt wurden.

Nach der Mittagspause ergänzte Magdalene Berners aus dem Sachausschuss „Ehe-Familie-Beziehung“ der Zentralen Versammlung das Thema mit einem Vortrag über Fernbeziehungen. Seit mehreren Jahren beschäftigt sich der Sachausschuss mit der Trennung bei Einsatz oder Wochenendehe durch Versetzung. Magdalene Berners sprach aus Erfahrung, da sie selbst seit mehr als einem Vierteljahrhundert mit einem Soldaten verheiratet ist. Sie brachte den Zuhörern die verschiedenen Anlaufstellen für Hilfen, von Familienbetreuungscentren und Vorgesetzten über private Zusammenschlüsse von Soldatenfrauen bis zu kirchlichen Einrichtungen näher. Ebenso erläuterte die Referentin Möglichkeiten, beginnenden Beziehungskrisen zu begegnen. Mit dem Hinweis auf die Internetseite „www. krisenkompass.de“, in der viele Anlaufstellen genannt und Hilfen angeboten werden, endete der Vortrag. Über die Vortagsreihen hinaus beschäftigte das Thema Trennung die Familien weiter bis zum gemeinsamen Grillen am Abend.

Zum Abschluss des Wochenendes stellte Hubert Berners, Schatzmeister des Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V., den Förderkreis vor. „Jeder kann Mitglied im Förderkreis werden“ betonte Berners.

Für die geistliche Betreuung und den Gottesdienst sorgte Pfarrer Gerhard Witzel aus Essen.

Bevor sich die große Gruppe auflöste, zog Hecht ein positives Resümee zu diesem gelungenen Wochenende. Er bedankte sich bei den Referenten sowie beim Pfarrer und stellte die kommenden Vorhaben vor und wünschte allen eine gute Heimreise.

(Text und Foto: Walter Fröhler)



Eine echt starke Truppe, die Wahner GKS; und nicht einmal alle waren bei diesem Familienwochenende in Elkhäusen und bei der Gemeinschaftswanderung mit Esel mit von der Partie gewesen.

GKS Köln-Wahn beweist Ausdauer: Beim Köln-Marathon, am 11. September, kamen nach der 42,195 Kilometer langen Strecke durch die Kölner Stadt 15.795 Läufer, Skater, Handbiker und Schüler ans Ziel. Dieses Jahr war eine kleine Gruppe der GKS Köln-Wahn mit dabei. Albert Hecht, Reinhard Sauerzweig und Matthias Hasebrink stellten sich der Herausforderung und bewiesen Ausdauer. Trotz Dauerregen hielt die kleine Gruppe durch und erreichte mit bemerkenswerten Zeiten von deutlich unter vier Stunden erschöpft aber glücklich das Ziel in Köln-Deutz. „Nächstes Jahr wollen wir mit einer offiziellen GKS-Marathonmannschaft am Köln-Marathon teilnehmen“ erklärt Albert Hecht. Hecht, Vorsitzender der GKS Köln-Wahn, wird voraussichtlich nicht mehr selbst teilnehmen, will aber eine Mannschaft aufstellen und trainieren. Im Bild: Reinhard Sauerzweig, Albert Hecht und Matthias Hasebrink zeigen Flagge. (Walter Fröhler)



Erlebnis- wanderung mit der GKS durch die Wahner Heide



Gelungener, naturnaher Nachmittag mit Gottesdienst und Entspannung für Körper und Seele der Wahner GKS-Familien

Zu einem Familiennachmittag am 1. Oktober hatte Albert Hecht, Vorsitzender des GKS Kreises Wahn, eingeladen. Eine Wanderung stand an diesem Samstag auf dem Programm. Mit mehr oder weniger gutem Schuhwerk trudelten die großen und kleinen Wanderer am INFOzentrum Wahner Heide ein. Leider versteckte sich die Herbstsonne hinter dunklen Wolken, doch dies tat der guten Stimmung keinen Abbruch.

Naturschutzgebiet dank militärischer Nutzung

Die Wahner Heide wird meist mit Flughafen, Lärm und militärischem Übungsgelände in Verbindung gebracht. Doch Holger Sticht, vom Bündnis für die Wahner Heide e.V., sollte die Familien eines Besseren belehren. Nach einer kurzen Erklärung über die Entstehung, Geschichte und Nutzung der Heide, führte er die Gruppe fachkundig durch einen Teilbereich des riesigen Naturschutzgebietes. Gleich zu Be-

ginn der Etappe befindet sich ein kleines Stück Wald, „es handelt sich hier nicht um einen Holzacker, sondern um einen natürlich gewachsenen Wald“, erläutert Sticht. In dieser alten Kulturlandschaft, von enormer ökologischer Bedeutung, ist ein Verlassen der markierten Wege streng verboten. „Es können sich immer noch Munitionsteile und Sprengkörper im Boden befinden“, erklärt Sticht. Für fast 700 bedrohte Arten einheimischer Pflanzen und Tiere, konnte hier der Lebensraum bewahrt werden. Die militärische Nutzung sorgte so für ein im Rheinland einmaliges Lebensraummosaik aus Heidemooren, Magerrasen, Trocken- und Feuchtheiden, Niederwäldern und naturnahen Waldbeständen. Kaum zu glauben, dass man in der Wahner Heide sogar fleischfressende Pflanzen findet.

Natur zum Anfassen

In Tümpeln kamen Libellenlarven und kleine Frösche zum Vor-

schein, die zusammen mit dicken Käfern auf den Händen der Kinder krabbeln durften. Keine der zahlreichen Fragen der wissbegierigen Wanderer blieb dank Holger Sticht unbeantwortet, keine noch so große Pfütze von den Kindern ausgelassen.

Nach knapp zwei Stunden erreichte die Gruppe ihren Ausgangspunkt am Haus des INFOzentrums Wahner Heide, wo sich Albert Hecht für die interessanten und sehr informativen Ausführungen bei Holger Sticht bedankte.

Erholung für Leib und Seele

Trockenen Hauptes und doch etwas hungrig kamen die Familien im Pfarrsaal des katholischen Standortpfarrers Wahn an, wo heißer Kaffee und leckerer Kuchen warteten. Inzwischen traf Pfarrer Gregor Ottersbach aus Düsseldorf ein, der nach der Kaffeepause einen Gottesdienst in der Standortkapelle abhielt. Da Erntedankfest gefeiert wurde, ging er in seiner Predigt auf die heutige Einstellung des Dankens ein. Die Kinder antworteten fleißig auf seine gestellten Fragen und da gab es Antworten zum Schmunzeln und zum Nachdenken. Bei den Fürbitten durfte jeder frei sein Anliegen vorbringen und mit einem Dankeslied endete die Messe.

Zum Ausklang des Familiennachmittages saß die GKS Wahn in großer Runde zusammen, ließ den Tag Revue passieren und freute sich über die gemeinsam erlebten Stunden.

(Text: Bärbel Fröhler,
Foto: Walter Fröhler)

GKS-KREIS BAD NEUENAHR-AHRWEILER:

Wanderung der Gemeinschaft zur Marien-Wallfahrtskapelle in Pützfeld am 27.08.2005



Die Sommerwanderung der GKS führte die Mitglieder und ihre Familien von Bad Neuenahr-Ahrweiler durch das Ahrtal zur Marien-Wallfahrtskapelle in Pützfeld. Die Ahrtalbahn wurde in Mayschoss verlassen und bei spätsommerlichen Temperaturen ging es per Pedes am Ahruferweg flussaufwärts. Jede Ahrschleife zeigte neue und schöne Einblicke der Natur. Weinberge, Blumen und naturbelassene Gebiete wechseln einander ab. Nach einer Stärkung kurz vor Altenahr ging es bei der Jugendherberge über den Berg nach Altenburg und weiter nach Kreuzberg. Mit einer Kaffeepause wurde der letzte Abschnitt bis zur Wallfahrtskapelle in Angriff genommen. Die Wanderer wurden auf der Anhöhe vor der Marienkapelle vom Glockengeläut begrüßt. Der Verwalter der Kapelle, Rudolf M. Thomi, führte durch das barocke Kleinod von 1681 mit vollständig erhaltener Innenausstattung und erläuterte seine Geschichte. Mit einer Meditation über die Wanderung erinnerte Militärfarrer Bad Neuenahr-Ahrweiler i.N., Rudolf Schmitt, an die Schönheit der Natur und unsere Verantwortung für ihre Erhaltung. Nach dem Dank des Vorsitzenden Michael Wilke für Militärfarrer Schmitt und Rudolf M. Thomi wanderte die Gruppe zum Bahnhof Ahrbrück. Die Ahrtalbahn brachte die Wanderer nach einem anstrengenden und ereignisreichen Tag nach Bad Neuenahr zurück. (Michael Wilke)

GKS-KREIS BIRKENFELD:

GKS hat nun auch in Birkenfeld eine Heimat

GKS-Kreis in der Heinrich-Hertz-Kaserne gegründet Erste Veranstaltungen gut besucht

Nach einiger Zeit der Planungen und Vorbereitungen wurde im April dieses Jahres am Standort Birkenfeld auf Initiative einiger engagierter Soldaten ein neuer GKS-Kreis gegründet. Den Vorsitz dieses Kreis übernahm in der Gründungsversammlung Major i.G. Thomas Schroll (Kommando 2. Luftwaffendivision), den Aufgaben des stellvertretenden Vorsitzenden stellt sich Hauptmann Bernd Wenzel (Programmierzentrum Luftwaffenführungssysteme). Bislang haben sich schon eine ganze Reihe von Offizieren, Unteroffizieren und auch von ehemaligen Soldaten gefunden, die sich in diesen GKS-Kreis einbringen.

In einer ersten größeren gemeinsamen Veranstaltung hatte sich der Vorstand zum Ziel gesetzt, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten und auch den neugegründeten Kreis in Birkenfeld einem noch größeren Personenkreis bekannt zu machen. Hierzu wurde in einer Standortmitteilung in den CLOU (Club der Offiziere und Unteroffiziere) eingeladen und rund 30 Interessierte waren gekommen. Am Beginn stand zunächst ein gemeinsames Gebet für einen plötzlich und unerwartet verstorbenen 37-jährigen Oberleutnant, der am Standort Birkenfeld stationiert war.

Daran anschließend hielt der Kreisvorsitzende, Thomas Schroll, einen kurzen Einführungsvortrag zum Selbstverständnis, den Zielen und Aufgaben, den Leitsätzen und anderen erforderlichen Informationen zur GKS. Dabei stellte er ausdrücklich fest, dass sowohl die GKS als auch der Seelsorgebezirksrat als Gremium der Katho-

lischen Militärseelsorge eng zusammenarbeiten wollen. Es dürfe auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass hier zwei Gruppierungen gegeneinander oder nebeneinander her arbeiten würden, sondern Gemeinsamkeit und harmonisches Miteinander sollte die zu verfolgende Zielsetzung sein.

Dies unterstrich auch der stellvertretende Vorsitzende der GKS im Bereich Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, Hauptmann Wilfried Puth (IT-AmtBw, Koblenz). Er war eingeladen worden, um die Strukturen, die Konferenzen auf Bereichs- und Bundesebene, den AUFTRAG als Verbandszeitschrift und weitergehende organisatorische Details vorzustellen. Als Gastgeschenk überreichte er den Tischwimpel der GKS, der in einem Raum, in dem sich die Mitglieder des Kreises seit der Gründung an jedem ersten Dienstag der Woche zu einem gemeinsamen Gebet treffen, aufgestellt werden soll. Diese Zusammenkünfte sollen darüber hinaus auch als Forum dienen, um Informationen aus der GKS und der Militärseelsorge weiterzugeben.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand allerdings ein Vortrag des Katholischen Militärfarrers Idar-Oberstein, Militärfarrer Knut Lehnert, der auch für den Standort Birkenfeld zuständig ist – und damit wurde auch ein deutlich sichtbares Zeichen gesetzt, dass GKS und Militärseelsorge in Birkenfeld zusammenarbeiten. Das Thema des Vortrages von Militärfarrer Lehnert lautete „Von SFOR zu EUFOR – Eindrücke eines Militärfarrers in ei-

GKS-KREIS VEITSHÖCHHEIM:

Familienwochenende: „Ehe und Familie – Fernbeziehungen“

Zum letzten Familienwochenende in diesem Jahr, traf sich der GKS Kreis Veitshöchheim vom 21. bis 23. Oktober in Ellwangen. Viele Eltern und Kinder folgten auch dieses mal der Einladung.

Auf dem Programm stand das Thema: „Ehe und Familie – Fernbeziehungen“.

Geleitet wurde dieses Thema durch Dr. Waltraud Lorenz. Sie verstand es ihre Zuhörer, auf eine anschauliche, emotionale Art durch diese Veranstaltung zu begleiten.

- Wie gehe ich mit der Trennung um?
- Komme ich mit den Anforderungen des Lebens zurecht?
- Ist meine Eltern-Kind Beziehung noch intakt.

Mit diesen und anderen Fragen befasste sich diese Thematik, immer auf dem Hintergrund der geschlechtsspezifischen Verarbeitung und unter Beleuchtung der emotionalen Vorgänge.

Aber auch die Zeit für Besinnliches fehlte nicht an diesem Wochen-

ende. Dafür sorgte der Geistliche des Hauses Pater Wagner, der mit der Gestaltung des Morgenlobes am Samstagvormittag und vor allem mit der Durchführung des Familiengottesdienstes am Sonntag, einen nachhaltigen Eindruck bei allen Teilnehmern hinterließ.

Nicht zu vergessen sind die Kinder und Jugendlichen die in altbewährter Weise durch die Kinderbetreuung bestens sinnvoll beschäftigt wurden, und somit auch einen Beitrag zum Gelingen des Familienwochenendes geleistet haben.

(Raphael Sikorski)



nem aktuell wenig beachteten Einsatzgebiet“. Untermalt von einer Vielzahl von persönlichen Fotos und Tondokumenten stellte der Idar-Obersteiner Militärfarrer Land und Leute, die politische und religiöse Situation, die Gefahren und vieles andere aus seinem persönlich gewonnen Erfahrungsschatz aus einem 6-monatigen Einsatzes in Bosnien und Herzegowina dar. Er tat dies aus der besonderen Sicht eines Militärseelsorgers und aufmerksamen Beobachters, der in der frühen Phase den Übergang von der NATO-Mission SFOR zur durch die Europäische Union geführte Mission der EUFOR miterlebt hatte.

Zum Abschluss der Veranstaltung waren die Anwesenden eingeladen, bei Kaffee und Kuchen die vorgestellten Themen zu diskutieren oder auch Fragen zur GKS oder zum Vortrag zu stellen.

Die Veranstaltung war ein gelungener Start eines jungen, engagierten und agilen Kreises in Birkenfeld.

(Wilfried Puth)

PERSONALIA:

Oberstleutnant a.D. Helmut Jermer und Oberstabsfeldwebel Johann A. Schacherl wurden während der Bundeskonferenz 2005 der GKS am 16. September bei einem geselligen Abend aus dem Bundesvorstand der GKS verabschiedet. Jermer, der lange Jahre den Sachausschuss „Innere Führung“ geleitet hatte und zuletzt Pressesprecher der GKS war, widmet sich jetzt der Gestaltung religiöser Kunst, arbeitet aber weiterhin in den GKS-Sachausschüssen „Innere Führung“ und „Sicherheit und Frieden“ mit. Schacherl wurde als Vorsitzender des Bereichs NRW verabschiedet. Er übernimmt ab 2006 von Hauptmann a.D. Günter Hagedorn das Amt des Haus-



haltsbeauftragten der GKS und wird dann wieder (allerdings ohne Stimmrecht) dem Bundesvorstand angehören. Neuer Pressesprecher der GKS wurde **Oberst Dr. Winfried Heine-mann**, Leiter des Forschungsbereichs IV – Militärgeschichte der DDR im Bündnis – im Militärhistorischen Forschungsamt in Potsdam.





APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL (A.M.I.):

40 Jahre A.M.I.

Generalversammlung Vilnius 2005

VON CHRISTOPH AUER

Es war schon eine ganz besondere Veranstaltung, die Generalversammlung des Apostolat Militaire International (A.M.I.), die anlässlich des 40-jährigen Bestehens dieses Zusammenschlusses katholischer Soldaten und Militärseelsorger aus 14 Ländern in vier Kontinenten vom 27. September bis zum 2. Oktober in Vilnius, Litauen durchgeführt wurde. Besonders deshalb, weil der runde Geburtstag nicht nur Anlass für Rückbesinnung und Weichenstellung für die Zukunft gab, sondern auch personelle Zäsuren anstanden.

Die bisherige spanische Präsidentschaft verzichtete auf eine neuerliche Kandidatur, dafür hatten Kenia und Deutschland sich um dieses Amt beworben. Und folgerichtig hatte Deutschland nicht mehr auf das Amt des Generalsekretariats optiert, für das sich seinerseits Österreich ohne Gegenkandidaten bewarb.

Bei den Wahlen wurde Österreich dann auch einstimmig mit der Aufgabe des Generalsekretariates betraut, das in personam OTL Dr. Josef Schröfl zusammen mit seinem Stellvertreter, OTL Michael Jedlicka, dem Finanzreferent Vizeleutnant Josef Ganster und Stabswachtmeister Markus Stromberger als Organisationsreferent wahrnehmen wird.

Bei der Wahl zur Präsidentschaft, für die Kenia den Kommandeur der Kenianischen Landstreit-

kräfte, Lieutenant General Augustine Njoroge als Kandidaten nominiert hatten, konnte sich Deutschland mit Oberst i.G. Reinhard Kloss als künftigen Präsidenten das A.M.I. durchsetzen, obwohl dieser wegen seiner Verwendung als Chef des Stabes des 8. Deutschen Kontingent ISAF in Kabul, nicht persönlich vor Ort sein konnte.

Der Kenianische Delegationsleiter, der am Militärhospital in Nairobi praktizierende LTC Dr. Martin O. K'Omyango, der die Kandidatur im Auftrag des Kenianischen Militärbischofs, S.E. Alfred Rotich vertrat, hatte den Delegierten unmittelbar vor den Wahlen klar gemacht, dass diese Kandidatur von Militärbischof Rotich mit „hohem persönlichen Einsatz unterstützt wird und, im Falle der Wahl Kenia's, er der Mann vor, hinter und neben dem General Njoroge“ sein werde.

Diese Aussage nahm der deutsche Delegationsleiter, OTL Christoph Auer zum Anlass, die Wahl zwischen Kenia und Deutschland nicht nur als Wahl zwischen einem Vertreter Europa's gegen einen aufstrebenden afrikanischen Staat, sondern zunächst als Wahl zwischen einer durch eine Laienorganisation, nämlich der GKS oder andererseits einer durch ein Militär-Ordinariat getragenen Präsidentschaft darzustellen.

Der unmittelbar nach der Wahl formulierte Antrag, Kenia als herausragendem Mitgliedsland, das ja als Gastgeber für die Generalversammlung 2006

aufzutreten wird, einen zusätzlichen Sitz im Exekutiv-Ausschuss einzuräumen, wurde nicht nur einhellig aufgenommen, er sorgte auch für ein harmonisches Verhältnis zwischen den beiden Delegationen, die sich sofort ihrer gegenseitigen Unterstützung für die künftige Zusammenarbeit versicherten.

Damit geht nun auch eine Ära im A.M.I. zu Ende die fest mit dem Namen Jürgen Bringmann verbunden ist: Gründungsmitglied, sechs Jahre Präsident und neun Jahre Generalsekretär, war und ist er ein Stück weit die Personifizierung des A.M.I.. Und so wurden Dankesworte an ihn und das scheidende Executive Committee nicht nur durch die frisch gewählten Nachfolger formuliert, sondern auch beim feierlichen Abschlussgottesdienst, den S.E. Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen, Apostolischer Nuntius in Litauen, Lettland und Estland zusammen mit dem Militärbischof von Litauen, Bischof Eugenijus Bartulis und einer Vielzahl von Militargeistlichen zelebrierte, wurde seine Arbeit durch den Vertreter des Vatikans gewürdigt.

Dass auch die inhaltliche Arbeit und die Weiterbildung in Bereichen des Glaubenswissens den entsprechenden Stellenwert eingeräumt bekam war neben den täglichen gemeinsamen Eucharistiefeiern und vor allem dem Vortrag von Bischof Dr. Josef Clemens, Sekretär des Päpstlichen Rates für die Laien, über die Sicht des Vatikans zur Laienarbeit im Allgemeinen und die des A.M.I. im Besonderen zu verdanken.

AUFTRAG dokumentiert diesen Vortrag auf den Seiten 108-117. Darüber hinaus sind der Rückblick des scheidenden Präsidenten (s.S. 101) und die Ausführungen seines Generalsekretärs zu „Geschichte, Selbstverständnis, Zukunft des AMI“ (s.S. 102) wiedergegeben.



Die deutsche Delegation (v.l.): Major Andreas Preuss, Oberst a.D. Karl Jürgen Klein, Militärdékan Msgr. Carl Ursprung, HptFw Andreas Koppers, Oberstlt Christoph Auer.

Ausführungen des Präsidenten des AMI, General Miguel Alonso Baquer, vor der Generalversammlung

Drei Denkansätze liegen der Gründung des AMI zugrunde: Die Enzyklika als kirchliches Hirtenwort, die Wallfahrt zu einem religiösen Treffpunkt und das Ökumenische Konzil.

Die Enzyklika, die unseren Entschluss zur internationalen Zusammenarbeit prägte, war „Pacem in Terris“, das letzte Hirtenwort Johannes XXII., geschrieben kurz vor seinem Tod und vor dem Amtsantritt von Paul VI. Das ist ein Hirtenwort, das alles erleuchtet, was in unserem Soldatenberuf richtig oder falsch ist. Diese Enzyklika, wie alle, die das kirchliche Lehramt hervorbringt, hat unseren Glauben belebt und bestärkt.

Die (damalige) Wallfahrt vereinte uns am Grab des Apostels Jakobus, des ersten Märtyrers im fernsten Teil des damals bekannten Europa das sich später „christlich“ nennen sollte. Jede Wallfahrt zu einem heiligen Ort ist ein Zeichen der Hoffnung in der Zeit und ein Zeichen bekennender Einsatzbereitschaft im Raum.

Das Konzil war das Vatikanum II, das am 8. September jenes Heiligen Jahres endete. Es rief zur Einheit des Volkes Gottes im Denken auf und zur Solidarität der Gläubigen. Es war, wie alle großen Versammlungen der Kirche, ein Zeugnis der Nächstenliebe. Das Konzil bekannte Gott als den Vater aller, und da folglich alle Brüder in Christus sind, die Nähe der Erlösung.

Die Enzyklika, der Glaube, die Wallfahrt, die Hoffnung, und das Konzil, die Nächstenliebe, waren die Wegzeichen für unseren Weg durch die vergangenen 40 Jahre.

Für mich als scheidenden Präsidenten ist es eine Pflicht, der ich gern und mit dem gebotenen Nachdruck folge, vor Ihnen allen aufzuzeigen, wo ich während meiner Präsidentschaft die wichtigste Zuarbeit und Unterstützungen erhalten habe:

- Einmal in der Person des Generalsekretärs, Oberst Jürgen Bringmann, der außerdem über lange Jahre, 18 Jahre insgesamt, Führungsverantwortung im AMI getragen hat, also fast so viele Jahre wie der vorige Geistliche Beirat.

- Zum anderen in den beiden Vizegeneralsekretären Oberst Franz Thiele (15 Jahre im Exekutivkomitee) und Oberstleutnant Ralf Wittkamp (9 Jahre im Exekutivkomitee). Beider Einsatz war in jeder Hinsicht und zu jeder Zeit herausragend.
- Weiterhin danke ich dem spanischen Vizepräsidenten Rafael Bittini, der diese Funktion mit der des Leiters der spanischen Delegation zu verbinden wusste.
- Zugleich möchte ich den neuen Inhabern der Führungspositionen meinen Glückwunsch aussprechen.

Die Thematik der drei Generalversammlungen vor der in Litauen (in El Escorial (Spanien) 2002, in Celje (Slowenien) 2003, in Bratislava (Slowakei), 2004 ist sehr bedeutsam: „Der Terrorismus“; „Der Aufbau des Friedens“; „Die christliche Familie“; alle Themen im Umfeld der Streitkräfte angesiedelt.

Unsere Bestandsaufnahmen ergaben, dass eine Verbindung zwischen dem gegen den Westen gerichteten Terrorismus und dem Nihilismus des Westens besteht und dass der Terrorismus aktiv, der Nihilismus aber inaktiv ist. Beide Phänomene treten gleichzeitig auf, denn sie haben die gleichen Wurzeln: den Unglauben, die Hoffnungslosigkeit und die Feindschaft.

Bezüglich des Aufbaus des Friedens haben wir uns vor allem auf die 38 Rundschreiben der Päpste Paul VI. und Johannes Paul II und zu den Welttagen des Friedens bezogen. Der Friede ist ein Problem des Verstandes, des Herzens und des Geistes eines jeden Menschen. Es gibt Lösungen, wenn der Verstand klar, das Herz tolerant und der Geist zur Vergebung bereit sind.

Der scheidende Präsident und sein Generalsekretariat; v.l.: Oberstlt i.G. Ralf Wittkamp, Oberst a.D. Franz Thiele, Brigadegeneral Miguel Alonso Baquer und Oberst a.D. Jürgen Bringmann.

Bezogen auf die Familien der Soldaten sahen wir, dass die christliche Familie eine Überlebenschance hat, wenn sie zwei Gedanken beherzigt: Die Familie ist eine Hauskirche, wenn sie sich in der Weitergabe des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe verwirklicht. Die Familie ist lebendig, wenn sie sich als aus einem Sakrament hervorgegangen versteht.

Nun müssen wir uns mit einer neuen Situation auseinandersetzen. Einerseits mit den immer schneller zunehmenden neuen Einsätzen der Streitkräfte, und andererseits mit der ökumenischen Bewegung im Katholizismus, die nach dem Vatikanum II nun wieder neuen Schwung erhält.

Mit dem Beginn des Pontifikats von Papst Benedikt XVI. steht zu erwarten, dass in strenger Ordnung die theologischen Inhalte des Laienapostolats präzisiert werden. Es wird vom Katholiken mehr den je verlangt werden, dass er in der Hoffnung auf Gott im öffentlichen Leben Zeugnis ablegt.

Das ist mein Wunsch zum Ende einer Präsidentschaft, die mir seinerzeit freundlich angetragen wurde. Ich werde persönlich dieser Aufgabe auch weiterhin verbunden bleiben.

Die Zukunft liegt in der Hand der Vorsehung Gottes, aber auch darin, dass und wie wir den Willen Gottes annehmen. Genau dies haben wir erfahren in den Laien und Priestern, die uns hier mit unserer Konferenz angenommen und betreut haben, damit wir in Vilnius unseren 40. Jahrestag mit dieser Vollversammlung begehen konnten. □





Was war, was ist das Apostolat Militaire International (AMI)

Geschichte, Selbstverständnis, Zukunft

VON JÜRGEN BRINGMANN

1. Das AMI – Ziele und Aufgaben, Arbeit in 40 Jahren

1965 schlossen sich in Santiago de Compostela in Spanien katholische Soldaten aus zehn Ländern und drei Kontinenten zum Apostolat Militaire International (AMI) zusammen, um den sogenannten, extrem pazifistischen Friedensbewegungen – nicht nur in der katholischen Kirche – den Dienst katholischer Soldaten (wobei im Folgenden der Begriff Soldat unabhängig von Geschlecht und Rang als Berufsbezeichnung gebraucht wird) für Frieden und Gerechtigkeit entgegen zu stellen. Das AMI wurde und ist heute ein internationaler katholischer Verband, der Sprachrohr und Instrument zur Umsetzung der Auffassungen katholisch-christlicher Soldaten in Kirche, Streitkräften und Öffentlichkeit – national wie international – sein soll und will. Im AMI sind Organisationen und Vertreter aus über 40 mitarbeitenden und befreundeten Ländern in Europa, Nord- und Südamerika, Afrika und Asien zusammengeschlossen, in denen eine katholische Militärseelsorge existiert. Als eine Internationale Katholische Organisation (ICO) ist das AMI Mitglied in der Konferenz der ICO, der zur Zeit rund 40 solcher Internationaler Katholischer Organisationen angehören (z.B. Katholische Ärzte, Katholische Lehrer, Katholische Frauen und Männer, Katholische Jugend, Katholisches Landvolk, Apotheker, Krankenschwestern, Presse und übrige Medien, Hochschulen und Universitäten – also nahezu alle Berufe und Stände; insgesamt sind hier rund 150 Millionen Katholiken weltweit repräsentiert).

Somit feiert das AMI in diesem Jahr sein 40. Jahresjubiläum, denn seit 40 Jahren nimmt das Apostolat Militaire International (AMI) in der Kirche, in den Streitkräften der verschiedenen Länder, in der Politik und der Öffentlichkeit seine selbst gewählten Aufgaben wahr, nämlich

- Normen und Wertvorstellungen christlicher Soldaten zu klären,

zu verdeutlichen und sie sowohl national als auch international zu vertreten,

- die internationale Verständigung und Zusammenarbeit zu fördern – als Beitrag zum Frieden in der Welt,
- gemeinsam die geistigen, moralischen und gesellschaftlichen Probleme im militärischen Bereich aus der Sicht des Evangeliums und der Lehre der Kirche zu studieren und, wo irgend möglich, zu gemeinsam akzeptierten und vertretenen Lösungen zu kommen.

Die Bedeutung einer Organisation wie das AMI hat sich in den Jahren seit seiner Gründung, insbesondere aber seit 1989, seit dem Ende der bipolar geprägten Welt, ganz wesentlich erhöht. Entwicklungen werden nämlich immer unkontrollierbarer, Terrorismus und Bürgerkriege prägen das Bild der Auseinandersetzungen. Wo der Frieden, die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Würde des Menschen und die Rechte der Völker vielfach in Frage gestellt, gefährdet, angegriffen werden, geht es darum, dass katholische Soldaten

- sich Gedanken über ihren Dienst machen und ihn aus ihrem christlichen Glauben heraus gestalten,
- den Dienst des Soldaten als Dienst für einen wirklichen Frieden in Gerechtigkeit innerhalb ihrer Kirche, der Streitkräfte, der Politik und in der Öffentlichkeit vertreten.

Die Mitglieder und Mitgliedsländer des AMI treten dafür ein, dass innerhalb der Streitkräfte ihrer Länder eine Ethik und Atmosphäre herrscht, die dem christlichen Welt- und Menschenbild entspricht.

Katholische Soldaten, besonders auch die Vorgesetzten, sollen sich aus ihrer zweifachen Verpflichtung als Soldat und Christ dafür einsetzen, dass

- die inneren Strukturen der Streitkräfte dem christlichen Bild von der Würde des Menschen Rechnung tragen,
- auch innerhalb der Streitkräfte die Religionsausübung respektiert und unterstützt wird – in der Regel im Rahmen der Militärseelsorge,
- sich die Angehörigen der Streitkräfte der hohen ethischen Normen bewusst werden, die sie einerseits zur Erfüllung ihres Dienstes für die Gemeinschaft mit gutem Gewissen berechtigen, andererseits aber auch Grenzen militärischer Machtausübung festlegen.

Die Arbeit des AMI dient seit 1965 diesen Zielen. In diesem Jahr 2005 sind das, man darf es wiederholen, um sich der Arbeit in so langer Zeit bewusst zu werden, 40 Jahre engagierter Laien-Ehrenarbeit in den Streitkräften – für diese Streitkräfte, ihre Ethik und Moral, aber auch für die katholische Kirche und deren Militärseelsorge. Die Ergebnisse der Arbeit des AMI, die allen Ländern mit einer katholischen Militärseelsorge zugänglich gemacht werden, und die aus ihnen hervorgegangenen öffentlichen Erklärungen zu wichtigen Fragen des Dienstes und des persönlichen Lebens katholischer Soldaten sprechen für sich.

Es zeigt sich dabei immer wieder, dass trotz sehr unterschiedlicher nationaler und geographischer Herkunft zwischen katholischen Soldaten und Militärseelsorgern ein tiefgehender Konsens über die Aufgaben und innere Verfassung von Streitkräften, aber auch über die Verwirklichung und das Leben des Glaubens unter den Soldaten möglich ist.

Einige wichtige Themenbereiche, die das AMI weiterhin und teilweise gerade seit noch wenigen Jahren oder neuerdings beschäftigen sollen, ja müssen, sind:

- Der den Frieden erhaltende, den Frieden stiftende und gebe-

nenfalls den Frieden wieder herstellende Auftrag der Streitkräfte und die ethische Begründung des soldatischen Dienstes;

- die neuen Aufgaben, die Streitkräfte heute im Rahmen der internationalen Solidarität, der Terrorismusbekämpfung, der Verteidigung auch ihrer Länder außerhalb deren Grenzen, der humanitären Hilfe, der Katastrophenhilfe übernehmen müssen;
- die innere Lage, das (menschliche) Klima in den Streitkräften;
- die allgemeine internationale Zusammenarbeit;
- die Verwirklichung der kirchlichen Friedenslehre unter radikal veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen.

Apostolat Militaire International (AMI) – das bedeutet Laienarbeit katholischer Soldaten. Die Notwendigkeit und Bedeutung dieser Laienarbeit in den Streitkräften kann nicht nachdrücklich genug unterstrichen werden. Priester, Militärseelsorger auf allen Ebenen und Laien sind gemeinsam Kirche, gehören zusammen und ergänzen einander. Laien leisten den Weltdienst der Kirche – auch in den Streitkräften. In den Verbänden und Räten, den Säulen der organisierten Laienarbeit, handeln Laien selbständig und mitverantwortlich in der Kirche, für die Kirche, als Kirche.

Die Hauptverantwortung liegt also, wie schon erwähnt, bei der Bewahrung der Menschenwürde, in unserem Verständnis abgeleitet vom Menschenbild als Ebenbild Gottes. Dem zugeordnet sind die Menschenrechte, die im Jahre 1949 in einer Deklaration weltweit festgeschrieben wurden. 56 Jahre danach ist das Ergebnis allerdings noch keines, das zu allzu großer Hoffnung Anlass gibt. In der Unterdrückung werden diese Menschenrechte bewusst verletzt, in Anarchie und Chaos gehen sie sozusagen von selbst unter.

Wer vertritt eine Ethik, die aus diesem Dilemma herausführt? Wer ist die moralische Instanz? Sind es die Führer der Russischen Föderation, der Volksrepublik China oder aber der Vereinigten Staaten bzw. der Europäischen Union? Sind es die Gestalter in den Vereinten Nationen?

Letztere sind von den Machtkonstellationen in den genannten Zentren im Besonderen abhängig. Der Wille zum Guten allein reicht noch nicht. Oder sind es die offenen monotheistischen Religionen, in ihrer Bedeutung erkannt von Papst Johannes XXIII. und nicht zuletzt umgesetzt von Papst Johannes Paul II., der hier entscheidend den Wandel eingeleitet hat? Diese Macht, jenseits verankert und nicht diesseits orientiert, könnte vielleicht die Antwort geben. Dazu beizutragen sind alle berufen, insbesondere aber die, die glauben – also vor allem die Christen – und deshalb besonders die Soldaten, die im täglichen Dienst wie im Einsatz an der Schnittstelle all dieser Probleme stehen.

Deswegen lautete das Jahresthema der Konferenz des AMI in Rom im Herbst des Heiligen Jahres 2000 „Der katholische Soldat im dritten Jahrtausend“. Das einstimmig verabschiedete Grundsatzdokument bewegt sich in dem gerade dargestellten Rahmen. Davon müssen Orientierungen als Ergebnis abgeleitet werden. Gesichtspunkte dieses Dokuments, das für die internationale Arbeit katholischer Soldaten auch noch in den nächsten Jahren wegweisend sein wird, folgen als zweiter Teil meiner Ausführungen.

Abschließend sei denen gedankt, die diese internationale Laienarbeit geleistet haben, leisten und leisten werden, und all denen national und international – die AMI-Länder, der Päpstliche Rat für die Laien (PCL), das Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, die Konferenz der Internationalen Katholischen Organisationen (CICO) und viele andere –, die das AMI unterstützen.

Wir alle sind nicht nur ge-, vielleicht be-, sondern auch gefordert. Sicher geht es um die ethische Begründung und die Zukunft des Soldatenberufes, sicher geht es auch um die Zukunft unserer Religion in einer Welt, in der Religion, wenn sie denn christlich definiert ist, zu einem Relikt ohne Marktwert zu werden droht – und sogar die Übernahme politischer Positionen und Ämter verhindert (sofern es nicht um den Islam geht). Vor allem aber wollen wir, dass die Menschheit menschlich bleibt (im Sinne unseres

christlichen Menschenbildes) und/oder dort, wo dies verloren ging, diese Menschlichkeit wieder zurückgewonnen werden kann.

Erkennen, urteilen, akzeptieren und entschließen, handeln, auf der Basis unseres christlichen Glaubens – kaum jemand kann sich berechtigt gegen diese Anliegen stellen. Gemeinsam, insbesondere auch mit denen, die noch nicht dabei sind, die wir aber bald bei uns sehen möchten, können wir im Apostolat Militaire International (AMI) zu dieser notwendigen Orientierung für unser aller Zukunft beitragen.

Dazu brauchen wir das Apostolat Militaire International (AMI) auch in diesem dritten Jahrtausend nach der Geburt Christi – es hat gerade erst begonnen und auch wir müssen immer wieder neu beginnen.

2. Der katholische Soldat am Beginn des 3. Jahrtausends

2.1 Wozu dienen wir?

2.1.1 „Friede auf Erden den Menschen, die Gott liebt!“ (Lk 2,14)

Dieser Wunsch aus dem Evangelium war die Botschaft Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. zur Feier des Weltfriedenstag am 1. Januar 2000. Ein alter, aber heute noch immer aktueller, ja eben aktuellerer Appell des Christentums.

Die Realisierung dieses Wunsches wird in dem Maße möglich sein, in dem es der Menschheit gelingt, der von der Dynamik der Globalisierung gekennzeichneten Verflochtenheit unserer heutigen Welt Seele, Sinn und Richtung auf dieses Ziel hin zu geben. Die ursprüngliche Berufung der Menschheit, in der die Würde und Rechte der Person unabhängig von Stand, Rasse und Religion als vorrangig anerkannt werden und alle Menschen als eine einzige Familie angesehen werden, gilt es zu vermitteln.

Für dieses Ziel stehen auch die katholischen Soldaten mit vielen anderen, indem sie

- der Sicherheit des eigenen Vaterlandes und der Gemeinschaft der Völker dienen,
- der Gewalt wehren,
- den Mitmenschen solidarisch in jeder Art von Not und Gefahr beistehen,

und damit umfassend einen Beitrag für den Frieden in der Welt leisten.

Der Leitsatz zu dieser Berufung, der auch einen unübersehbaren Bezug zur Bergpredigt besitzt, ist in der Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils *Gaudium et Spes* (GS), 1965, Nr. 79, zu finden, wo es heißt:

„Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“

Der Charakter des soldatischen Dienstes wird durch die folgende Aussage von Papst Johannes Paul II. anlässlich des Heiligen Jahres 1984 unterstrichen: „Euer Stand macht Euch zu Dienern und Mitverantwortlichen für das höchste Gut der Menschen ... Lernt vom Kreuze Christi und seiner Hingabe wahrhaft den Menschen und Eurem Volk zu dienen!“ (8. April 1984).

2.1.2 Fragt man nach der ethischen Dimension des Soldatenbildes, besteht bei vielen Menschen große Unsicherheit. Wir als gläubige Soldaten finden in der Lehre Christi und der Kirche die grundlegende Antwort für unser ethisches Verhalten:

Das Gebot, Gott und den Nächsten zu lieben, verpflichtet uns, den Menschen in seiner Würde und in seinen Rechten zu achten und zu schützen. Dieses Gebot in allen Dimensionen zu realisieren, ist auch Aufgabe des Soldaten.

Kein Mensch lebt für sich allein. Dies gilt in der Zeit der Globalisierung auch für Völker, Staaten und Kontinente.

Dadurch hat sich der Verantwortungsbereich jedes Staates und Gemeinwesens und damit auch der seiner Bürger und Soldaten entscheidend erweitert. Die transnationale, ja die internationale Verantwortung ist in einem bisher ungekannten Maße angewachsen. Die Sicherung des Gemeinwohls endet daher nicht mehr an Staatsgrenzen, sondern fordert solidarisches Denken und Handeln in größeren, weltweiten Zusammenhängen.

2.1.3 Streitkräfte sind Machtmittel, Zeichen der Souveränität und Instrument der Politik von Staaten. Es ging und geht dabei immer wieder um die

Frage, ob und wann der Einsatz des Militärs – und damit die Anwendung von Gewalt – erlaubt ist. Eine Antwort auf diese Frage aus religiös-ethischer Sicht war die über die Jahrhunderte bis in die Gegenwart die Lehre vom *BELLUM IUSTUM*, vom Gerechten Krieg. Auch wenn sich diese Lehre weiter entwickelt, um einem globalen Umfeld und dem sich verändernden Wesen der Kriegführung gerecht zu werden, gelten ihre Grundsätze weiterhin.

2.1.4 Die Gefährdungen und Risiken für die Menschheit des 3. Jahrtausends sind vielfältiger geworden. Der klassische zwischenstaatliche Krieg ist im Zeichen wachsender gegenseitiger Abhängigkeiten als Folge der Globalisierung immer weniger wahrscheinlich.

Hingegen haben andere Bedrohungen wie innerstaatliche Zerfallsprozesse und extremer Nationalismus an Bedeutung gewonnen, die ihren Ursprung im Wohlstandsgefälle, d.h. in der exponentiell wachsenden Diskrepanz zwischen Bevölkerungswachstum und Ressourcenallokation, und in Technologiesprüngen haben. So war am Ende des 20. Jhs. eine starke Zunahme von Konflikten niedriger Intensität festzustellen, ausgelöst durch schwache oder schon nicht existente staatliche Autoritäten und durch unüberbrückbare innergesellschaftliche Gegensätze, wie ethnische und/oder religiöse sowie soziale Spannungen.

Solche Konflikte gehen meist mit erheblichen Verletzungen der Menschenwürde und der Menschenrechte einher.

Die größte Bedrohung bei derartigen Konflikten liegt in der Gefahr der Eskalation. Das Eskalationsrisiko von Konflikten ist an zahlreichen historischen Beispielen nachvollziehbar. Diese Konflikte müssen daher möglichst rasch eingedämmt bzw. friedlich geregelt werden, damit Flächenbrände und größere militärische Auseinandersetzungen verhindert werden können.

Aufgrund der technologischen Entwicklung und der Reichweite moderner Waffen wird auch die geographische Distanz künftiger Konflikte ein immer geringerer Einflussfaktor. Bedrohungen können auch aus wei-

ter Ferne entstehen; weltweit ist eine Massierung von Kampfmitteln und Massenvernichtungsmitteln feststellbar. Die Optionen des Cyber-War zur Lähmung von Informations-, Steuerungs- und Versorgungssystemen militärischer und ziviler Art werden laufend umfangreicher. Die Gefahr terroristischer Bedrohungen, von der Androhung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen über weltweite Anschläge auf Bevölkerungszentren und über Geiselnahmen zur Erpressung von Staaten bis hin Wasservergiftung, sowie des (politisch) organisierten Verbrechens, hat zugenommen und nimmt weiter zu. Damit erweitert sich aber auch die klassische Aufgabenstellung von Streitkräften über die der Landesverteidigung hinaus eklatant und essenziell.

2.1.5 Aufgaben für die Völkergemeinschaft werden ein entscheidendes Element für das Soldatenbild der Zukunft sein. Kooperation und solidarische Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und politischer und sozialer Stabilität in einem erweiterten sicherheitspolitischen, internationalen Umfeld rücken immer mehr in den Vordergrund.

Dies schließt die Anwendung militärischer Gewalt nicht aus, die dann sinnvoll und vertretbar ist, wenn sie in ein politisches, gesamtstrategisches Konzept zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens und der Menschenrechte eingebettet ist. Der militärische Einsatz ist in diesem Bereich, über die direkte Abwehr einer aktuellen militärischen Aggression hinausgehend, nur dann ethisch legitimiert, wenn er als *ultima ratio* der Möglichkeit dient, umfassende und dauerhafte Friedensregelungen herbeizuführen.

2.1.6 Diese Aufgaben der Friedensförderung und Stabilitätssicherung im internationalen Bereich fordern aber auch die Fähigkeit zur Zusammenarbeit, zur Interoperabilität, zur Kooperation mit Soldaten aus unterschiedlichen Nationen und Kulturkreisen, aber auch mit Polizeikräften und zivilen Einrichtungen zur Sicherung und zum Wiederaufbau in Krisenregionen.

Dies fordert von den Soldaten –

je nach Funktions- und Verantwortungsbereich – Kenntnisse und Sensibilität für die ethnischen, kulturellen, sozialen und religiösen Bedingungen sowie für die Umwelt in einem möglichen Einsatzgebiet.

2.1.7 Zentraler Lösungsansatz für die Politik sind die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 sowie vergleichsweise die UN-Charta von 1945 und die Genfer Konventionen.

Gerade die Kirche hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder auf die Würde und die angeborenen Rechte des Menschen hingewiesen. Sie unterstrich deren universale Geltung für alle Menschen und alle Kulturen als unabdingbare Voraussetzung für Gerechtigkeit und Frieden. Hier sind wir ganz konkret in unserem Leben, in unserem Staat, in der Welt gefordert. Denn der Ursprung dieser Achtung ist die Liebe zu jeder menschlichen Person, zu der jeder von uns verpflichtet ist.

Auch das Verbot der Gewaltanwendung in der UN-Charta von 1945 bestätigt diese Gedanken. Kennt doch die Satzung der Vereinten Nationen nur zwei Fälle der Anwendung legitimer zwischenstaatlicher Gewalt:

- Durch den Sicherheitsrat unter Kapitel VII, Art. 39 und 42, legitimierte Maßnahmen, sowie
- Gewaltanwendung als individuell oder kollektiv begründete Notwehr (Art. 51) – mit Einschränkungen.

2.2. Der Soldat als Diener des Friedens – Wofür stehen wir?

2.2.1 Wenn hier vom Soldaten die Rede ist, ist damit der Soldat gemeint, der einer legitimen politischen Führung in einem demokratischen und freiheitlichen Staat in den Grenzen der nationalen und internationalen Rechtsordnung dient.

Sittlich verbindende Regeln für die Erhaltung oder Sicherung des Friedens wurden schon lange durch die kirchliche Lehrtradition formuliert. In der Pastoralkonstitution *Gaudium et Spes* werden häufig die Themen Gerechtigkeit für alle, Recht auf Verteidigung, Einschränkungen

bei der (an sich legitimen) Gewaltanwendung oder das Bemühen um Förderung des Friedens angesprochen.

Seit *Gaudium et Spes* hat sich die Friedenslehre der Kirche weiterentwickelt. Auf die neuen Entwicklungen im sicherheitspolitischen Umfeld geht Papst Johannes Paul II. in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2000 besonders ein: „Gegen alle mutmaßlichen ‘Gründe’ für den Krieg muss angesichts ebenso dramatischer wie komplexer Situationen der herausragende Wert des humanitären Rechtes und damit die Pflicht, das Recht auf humanitäre Hilfe für die leidende Bevölkerung und die Flüchtlinge zu gewährleisten, bekräftigt werden. ... Wenn die Zivilbevölkerung Gefahr läuft, unter den Schlägen eines ungerechten Angreifers zu erliegen, und die Anstrengungen der Politik und die Mittel gewaltloser Verteidigung nichts fruchteten, ist es offensichtlich legitim und sogar geboten, sich mit konkreten Initiativen für die Entwaffnung des Aggressors einzusetzen.“

Diese Aussagen verbindet der Heilige Vater mit klaren Bedingungen, die vorliegen und erfüllt sein müssen; er erklärt: „Die moralische und politische Legitimation dieser Rechte ... beruht nämlich auf dem Grundsatz, wonach das Wohl der menschlichen Person vor allem den Vorrang hat und jede menschliche Institution überragt.“ Sie sind für das Selbstverständnis des katholischen Soldaten und die Erfüllung seines soldatischen Auftrages am Beginn des 3. Jahrtausends eine besondere Hilfe.

2.2.2 Gewalt und Drohung mit Gewalt waren immer Teil der menschlichen Existenz, ebenso die Notwendigkeit, sich selbst, seine Güter und Ressourcen und nicht zuletzt seine Religion vor der Gewalt zu schützen. Die Verpflichtung des Einzelnen, auch hier einen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten, schloss immer die Aufgaben des Wächters oder des Soldaten mit ein.

Nach den Erfahrungen, besonders des 20. Jhs., gibt es heute einen breiten Konsens der internationalen Staatengemeinschaft darüber, unter bestimmten Voraussetzungen zugunsten bedrohter Staaten oder

Volksgruppen zu intervenieren. Diese Entwicklung vollzog sich besonders im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen.

Die Charta der Vereinten Nationen und die in diesem internationalen Forum anerkannten allgemeinen Menschenrechte bilden im Vollzug eines UN-Mandates eine wesentliche politische und rechtliche Begründung auch für einen letztlich vielleicht notwendigen Einsatz von Waffen, wie dies auch in der Friedenslehre der Katholischen Kirche als zulässig beurteilt wird.

Auf dieser Grundlage hat sich seit dem ersten Einsatz von Soldaten auf Grund eines Mandats der Vereinten Nationen im Jahre 1948 (UNTSO) deren Aufgabenbereich ständig erweitert. Waren es zu Beginn vor allem die Funktion des fachkundigen Beobachters, die Trennung von Streitparteien und Verifikationsaufgaben, so erweiterte sich das Aufgabenspektrum im Rahmen der Peace Support Operations auf fast alle militärischen Einsatzformen.

Diese Entwicklung des Auftrages des Soldaten von der nationalen Verteidigung hin zum „Miles Protector“ in internationaler Solidarität stellt den Soldaten vor neue ethische Herausforderungen.

2.2.3 Der Mensch ist in seiner moralischen Integrität auch heute vielfach gefährdet. Der zunehmenden internationalen Verflechtung, den Bemühungen eines Ausgleichs von nationalen Interessen innerhalb internationaler Foren stehen enorme wirtschaftliche, kulturelle und religiöse Unterschiede zwischen den Regionen und Staaten, Mangel an Ressourcen, Migrationen, drängende Probleme bedrohter Minderheiten und kulturelle Entwicklungen innerhalb mancher Staaten und Regionen gegenüber, die immer wieder zu Ausbrüchen von Gewalt führen.

Auch ein legitimer Einsatz von Streitkräften, vor allem aber die Anwendung von Gewalt zur Abwendung derartiger Gefahren, steht immer in einem komplexen Spannungsfeld theologischer, ethischer, rechtlicher und humanitärer Normen. Dies verlangt vom Soldaten ein besonders großes Verantwortungsbewusstsein.

Bei diesen ethischen Forderungen

gen ist stets mit zu bedenken, dass erst der Einsatz den Soldaten mit vielen Faktoren konfrontiert, die im Friedensalltag so gut wie keine Rolle spielen. Abwägungen, wie sie Soldaten, besonders Vorgesetzte, im Einsatz treffen müssen, bleiben im Frieden weitgehend theoretisch und damit ohne wirkliche oder womöglich schwerwiegende Folgen. Übungen und Simulation bereiten den Soldaten in seinem fachlichen Bereich auf die hohen seelischen und körperlichen Belastungen im Einsatz vor. Auch für die vom Einzelnen geforderte Anwendung ethischer Normen im Ernstfall gibt es freilich eine Vorbereitung: Das Leben in und außer Dienst ist täglich verantwortungsbewusst und nach dem Gewissen zu gestalten; das Gewissen bleibt die letzte Instanz für persönliche Entscheidungen. Um aber ein Gewissen bilden zu können, bedarf der Einzelne sowohl einer gültigen Werteordnung als auch einer ausreichenden Sachkenntnis.

Ansatzpunkt hierzu bieten die großen ethischen Traditionen, so die *Goldene Regel* aus der Bergpredigt (Mt 7, 12) – „*Alles, was ihr von anderen erwartet, das tut auch ihnen*“.

Für die Erfüllung seines Auftrages soll der Soldat jeden Ranges und in jedem Verantwortungsbereich bestrebt sein, sich jene grundlegenden Eigenschaften anzueignen, die ihn in seinen Entscheidungen und seinem Handeln leiten können, es für andere nachvollziehbar machen und ihn selbst vor schweren Fehlern bewahren:

- Klugheit, als Fähigkeit zur Unterscheidung von Gut und Böse in konkreten Situationen,
- Gerechtigkeit, die Achtung vor der Würde, den Rechten und den legitimen Ansprüchen des Anderen,
- Stärke, die Kraft, konsequent zu Wertordnungen und Entscheidungen zu stehen, aber auch dazu, später erkannte Fehler zu korrigieren,
- Maß, die Fähigkeit, die Stärken und Schwächen, die Leistungsfähigkeit bei sich selbst und bei anderen zu erkennen und zu berücksichtigen.

2.3 Auf dem Weg zum Frieden – Was erwarten wir?

2.3.1 Im Bewusstsein seiner Verantwortung gegenüber Gott und seinen Mitmenschen dient der katholische Soldat seinem Vaterland, seinen Mitbürgern und der mit diesen geteilten Wertordnung. Er steht dabei auch in der Pflicht, Aufgaben zu erfüllen, die sich aus Bündnisverpflichtungen oder der internationalen Solidarität gegenüber Menschen ergeben, deren Menschenwürde und Menschenrechte verletzt werden.

Er erfüllt seinen Auftrag, wenn notwendig, auch unter Einsatz seines Lebens.

Im Wissen um seine Aufgabe und um die Wirkung moderner Waffensysteme achtet er Würde und Menschenrechte eines Gegners und sucht Verletzungen und Schäden bei der Zivilbevölkerung zu vermeiden.

Er gehorcht rechtmäßigen Befehlen in Respekt vor den Gesetzen seines Landes, den völkerrechtlichen Normen und internationalen Vereinbarungen in Übereinstimmung mit seinem Gewissen. So soll er bereit sein, seinem Gewissen entsprechend unrechtmäßige Befehle abzulehnen und die Konsequenzen seines Handelns zu tragen.

Der Soldat handelt ehrenhaft und korrekt, loyal und diszipliniert, offen und couragiert. Dies gilt besonders im Einsatz, sei es als Angehöriger eines nationalen oder multinationalen Verbandes. Er achtet andere Menschen und respektiert deren Religion, Kultur und Wertordnung. Er verhält sich dort zurückhaltend, wo sein Auftrag oder seine Funktion eine neutrale Position gegenüber politischen oder weltanschaulichen Fragen oder gegenüber anderen Religionen erfordert.

Besonders bei internationalen Einsätzen ist sich der Soldat bewusst, dass er als Repräsentant seiner Streitkräfte, seines Heimatstaates und als Vertreter der dort verantwortlichen internationalen oder multinationalen Organisationen gesehen wird. Er vermeidet daher ein Verhalten, das ihn selbst oder seinen Verband in Misskredit bringen kann und die Glaubwürdigkeit des Einsatzes

bei der Bevölkerung in Frage stellt.

Die folgenden Maximen sollen das Selbstverständnis des katholischen Soldaten von heute prägen. Sie gelten für alle Soldaten, in besonderem Maße aber für Vorgesetzte aller Ebenen in ihrer Funktion als Führer, Ausbilder und Erzieher:

• **Im Glauben verwurzelt**

Wir bemühen uns um ein Leben aus dem Glauben an Jesus Christus, bekennen uns zu seiner Kirche und tragen dazu bei, Kirche unter Soldaten zu verwirklichen.

• **Sittlich gebunden**

Wir orientieren uns auch in unserem Dienst an christlichen Idealen und wissen uns an sittliche Normen gebunden, die die katholische Soziallehre entwickelt hat und die kirchliche Friedensethik bestimmen.

• **Politisch gebildet**

Wir treten für unsere demokratische staatliche Ordnung ein, sind politisch interessiert und nehmen als selbstbewusste Christen am gesellschaftlichen Leben teil.

• **Fachlich kompetent**

Wir eignen uns das für unseren soldatischen Dienst notwendige theoretische Wissen, die praktischen Fertigkeiten und angemessene Umgangsformen an, um überzeugen zu können.

• **Gewissenhaft dienend**

Wir stehen zu dem Versprechen, unserem eigenen Land treu zu dienen, und erfüllen unsere Pflichten gewissenhaft und nach besten Kräften. Wir sind uns der Verantwortung, die wir mit unserem Auftrag übernommen haben, bewusst.

• **Dem Frieden verpflichtet**

Wir haben uns in den Dienst des Friedens gestellt. Wir sichern die bisher erreichte Qualität des Friedens und setzen uns für seine Gestaltung und Entwicklung im nationalen und internationalen Bereich ein. Insbesondere sind wir dem Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte verpflichtet - und dies nicht nur national, sondern auch weltweit.

• **Um Zusammenarbeit bemüht**

Wir arbeiten mit gesellschaftlichen und politischen Kräften zusammen, die eine unserer Wertordnung

entsprechende Friedensordnung mitgestalten wollen, auch über alle Grenzen hinaus.

• **Ökumenisch aufgeschlossen**

Wir stehen zur Ökumene und bemühen uns, im Geiste der Einheit, das Trennende zwischen den Konfessionen zu überwinden und neue Dimensionen der Gemeinsamkeit zu finden. Darüber hinaus respektieren wir andere Religionen und bemühen uns um Dialog und Zusammenarbeit.

Wir erwarten, dass unsere religiöse Auffassung von anderen Religionen und Weltanschauungen genau so respektiert wird, wie wir deren Auffassungen respektieren.

2.3.2 Als Soldaten sind wir bereit, unseren Dienst am Frieden gemäß diesen Maximen zu leisten. Dazu sind jedoch politische, rechtliche und ethische Rahmenbedingungen erforderlich. Diese zu erhalten oder zu schaffen ist gemeinsame Aufgabe von Politik, Streitkräften, Kirche und Gesellschaft - wir als katholische Soldaten im AMI erwarten, dass diese Aufgabe gelöst wird:

- Gestalten und Weiterentwickeln einer aktiven Politik der Gerechtigkeit, des Friedens und der Integrität der Schöpfung, und einer wirksamen Krisenprävention zur Förderung der Lebensqualität,
- Bemühen um eine Weiterentwicklung des Völkerrechts im Hinblick auf die Bedingungen und Umstände der (zumindest) humanitären Intervention,
- Beachtung der ethischen Normen bei allen Entscheidungen über militärische Einsätze, die weder im Hinblick auf ihre Ziele noch auf die eingesetzten Mittel gegen die Menschenwürde oder gegen die Menschenrechte verstoßen dürfen.
- Gewährleisten der Religionsfreiheit in den Streitkräften,
- Sicherstellen der freien Religionsausübung und Hilfe zur Gewissensbildung in allen Fragen, die den Dienst des Soldaten betreffen, durch seelsorgliche Begleitung überall dort, wo Soldaten ihren Dienst tun,
- Unterstützung bei internationalen Regelungen für die Zusammenarbeit von Militärgeistlichen verschiedener Nationen,
- besondere seelsorgliche Begleitung von Familienangehörigen der im Ausland eingesetzten Soldaten, zur Aufrechterhaltung familiärer Stabilität,
- Anerkennung und solidarische Unterstützung des soldatischen Friedensdienstes durch alle gesellschaftlichen Kräfte,
- Breite Unterstützung von kirchlichen Helfern innerhalb der Streitkräfte seitens der Bischofskonferenzen und lokalen Bischöfe, sowie der Weiterentwicklung der kirchlichen Friedenslehre auf allen Ebenen. □

Der neue Präsident des A.M.I.

(ab 2006)

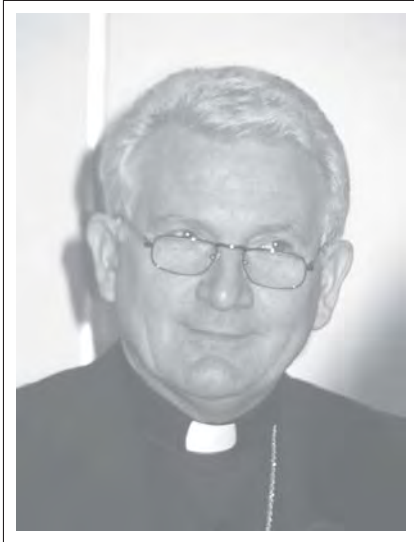
Reinhard Kloss
Dipl. Informatiker
Oberst i.G.

Geboren am 19. April 1957
Verheiratet, 2 Töchter
(16 und 19 Jahre)



08.76 Dienstantritt bei InstAusbKp in Nürnberg
10.77 - 08.81 Studium Hochschule der Bw, Informatik
08.81 - 10.89 Aufbauverwendungen in der Instandsetzungstruppe
10.89 - 04.99 KpChef Inst AusbKp 6/11, Varel
04.90 - 10.92 33. Genst.-Lehrgang FÜAKBw Hamburg
10.92 - 07.94 Referent Personalabteilung BMVg
08.94 - 08.95 Bundessprachenamt Griechischausbildung
08.95 - 08.96 Griechischer Genst Ausbildung in Thessaloniki
09.96 - 10.98 Btl Kdr Inst Btl 210 in Stetten a.k.M.
10.98 - 02.01 Grundsatzdezernent Personalamt der Bw
02.01 - 10.02 Grundsatzreferent FÜ H I 1, BMVg
10.02 - 07.05 Dezernatsleiter 1 Personalamt der Bw
 seit 23.07.05 Chef des Stabes 8. Dt EinsKgt ISAF AFG
nach Einsatz Referatsleiter Personalabteilung PSZ I 1 im BMVg

Oberst i.G. Reinhard Kloss leitet den Internationalen Sachausschuss (IS) der GKS, den er mit Ablauf des Jahres 2005 an OTL Christoph Auer übergibt, um für die Aufgabe des Präsidenten A.M.I. frei zu sein.



Liebe Mitbrüder im bischöflichen und priesterlichen Dienst, liebe Schwestern und Brüder, verehrte Damen und Herren!

Ich danke für diese Einladung des *Apostolat Militaire International* an der Vollversammlung 2005 in Vilnius teilzunehmen. Ich darf Ihnen zum 40-jährigen Bestehen Ihres Verbandes die besten Wünsche des Präsidenten und aller Mitarbeiter des Päpstlichen Rates für die Laien überbringen, der sich auf der Ebene der Universalkirche um die Förderung der Teilnahme der Laien am Leben und der Sendung der Kirche bemüht.

Als Beitrag zu dieser Vollversammlung haben Sie mir das Thema „*Wie beurteilt der Hl. Stuhl die Tätigkeit des Internationalen Militär-apostolats – Was erwarten wir von Ihnen?*“ übertragen. Da ich erst seit eindreiviertel Jahren mein Amt als Sekretär dieses Rates ausübe, kann ich über Ihre Aktivitäten der vergangenen 40 Jahre wenig sagen, sondern ich muss den Akzent meiner Ausführungen auf die zukünftigen Herausforderungen legen, der sich eine internationale Katholische Laienorganisation mit einer so spezifischen Prägung zu Beginn des 3. Jahrtausends ausgesetzt sieht.

1. Theologische Grundlagen des Laienapostolats

Am 18. November diesen Jahres können wir den 40. Jahrestag der

Wie beurteilt der Hl. Stuhl die Tätigkeit des Internationalen Militär-apostolats – Was erwarten wir von Ihnen?

VON JOSEF CLEMENS^{*)}

Verabschiedung der Erklärung des II. Vatikanischen Konzils „*Apostolicam actuositatem populi Dei*“ (AA)¹ über das Laienapostolat begehen. Es ist ein gutes Zusammentreffen, dass AA und die AMI zusammen ihren 40. Geburtstag feiern können, da gerade dieses Dokument eine Art „geistige Vaterschaft“ vieler katholischer Laienorganisationen übernommen hat. Neben AA sind auch andere konziliare Dokumente von Bedeutung, vor allem „*Gaudium est Spes*“ (GS) und „*Christus Dominus*“ (CD), aber ich beziehe mich hauptsächlich auf die genannte Konzilerklärung.

Als zweite wichtige lehramtliche Stellungnahme ist das Apostolische Schreiben „*Christifideles Laici*“ (CL)² von Papst Johannes Pauls II. (30.12.1988) zu nennen, das auf die Arbeiten der Bischofssynode „Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt“ im Oktober 1987 zurückgeht. Dieses Schreiben versucht eine Bilanz der mehr als zwanzigjährigen nachkonziliaren Entwicklung und drängt auf einer weiteren Umsetzung der Beschlüsse und Anregungen des Konzils in die Praxis.³

Meine erste allgemeine Anregung besagt, wir sollten nicht nur eine „*Nachlese*“ dieser beiden wichtigen Dokumente in Angriff nehmen, sondern wir sollten mit ihnen im bleibenden „Gespräch“ sein. Die Aussagen des II. Vatikanischen Konzils wie die Anregungen des Nachsynodalen Schreibens bieten auch heute noch eine *ausgezeichnete theologische Grundlage* und einen *praktischen Ansporn* für die Reflexion und den Einsatz des Apostolates der Laien.⁴

1.1 Die Kirche als missionarische Communio

Einige Worte zur Erinnerung an die theologischen Grundlagen des missionarischen Laienapostolates: *Taufe und Firmung* sind die Grundlagen der Kirchengliedschaft und damit allen apostolischen Wirkens.⁵ Alle Glieder der Kirche sind durch

die Taufe in die Gemeinschaft der Gläubigen eingetreten, alle sind zum Apostolat berufen⁶. Das Amt in der Kirche steht grundsätzlich im Dienst dieser Gemeinschaft der Gläubigen.⁷ Fundamental sind dazu die Aussagen des Zweiten Vatikanum: „Es besteht in der Kirche eine Verschiedenheit des Dienstes, aber eine Einheit der Sendung.“⁸

Diese gewandelte Perspektive ist für das Apostolat der Laien und die Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen von großer Wichtigkeit. Sie setzt ein bei der gemeinsamen Sendung aller Getauften, d.h. alle Getauften sind zur Verkündigung des Glaubens in Wort und Tat berufen.⁹ Nach dem Dekret über die Laien stehen das Amt, d.h. hier die amtliche Militärseelsorge und die „Laien“ nicht in einer Beziehung der Konkurrenz, sondern in einem Verhältnis wechselseitiger Ergänzung und Hilfe.¹⁰

1.2 Das christliche Menschenbild

Nach CL besteht der entscheidende Beitrag der Christen darin, im öffentlichen nationalen und internationalen Gespräch das christliche Menschenbild mit seiner Sicht über den Wert und die Würde der Person zur Geltung zu bringen: „*Die unverletzliche Würde eines jeden Menschen neu zu entdecken und entdecken zu lassen*, ist eine wesentliche Aufgabe, ja in einem gewissen Sinn die zentrale und alle anderen einschließende Aufgabe im Kontext des Dienstes an der Menschheitsfamilie, zu dem die gesamte Glaubengemeinschaft berufen ist.“¹¹

Der *Katechismus der Katholischen Kirche* (KKK 1992) ruft uns die Begründung in Erinnerung: „Die Würde des Menschen wurzelt in seiner Erschaffung nach Gottes Bild und Gleichnis“¹². Dies ist *die Grundmaxime* unseres gesellschaftlichen Handelns. In diesem christlichen Begriff der Menschenwürde kreuzen sich eine horizontale und eine vertikale Dimension.¹³ Alle Menschen sind Kinder Gottes und darum unter-

^{*)} Dr. theol. Josef Clemens, Titularbischof von Segermes, Sekretär des Päpstlichen Rates für die Laien: Vortrag vor der Generalversammlung des A.M.I. Vilnius 2005 am 29.09.2005.

einander Brüder und Schwestern! Diesem anthropologischen Grundansatz ist eine innere Dynamik zu Eigen, denn er besitzt eine innere Entsprechung zum „Humanum“, zu den Notwendigkeiten eines wahren Menschseins.

Diese Würde besitze nicht nur ich, sondern sie gilt allen Menschen. Sie ist nicht nur ein Schutzschild („Recht“) für mich, sondern sie trägt eine soziale Dimension („Pflicht“) in sich. In diesem Sinne sagt uns der KKK: „Die gleiche Würde aller Menschen verpflichtet zum Bemühen, die krassen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unterschiede zu vermindern und ungerechte Ungleichheiten zu beseitigen.“¹⁴

Wir müssen jedoch nüchtern feststellen, dass selbst bei gleich lautenden verbalen Bekenntnissen zur Menschenwürde sich dennoch im heutigen Wettstreit der Ideen, der Weltanschauungen und auch der Religionen an der Sicht des Menschen die Geister scheiden. Die entscheidende Frage lautet: Was folgt *konkret* aus diesem verbalen Bekenntnis zur Würde des Menschen im Rechtssystem, im politischen und gesellschaftlichen Alltag?

Bei vielen politischen „Reformprojekten“, bzw. Gesetzesvorhaben wird deutlich, wie sehr man sich von einer christlich inspirierten Anthropologie entfernt hat. Viele Vorschläge zur „Modernisierung“ unserer sozialen und rechtlichen Ordnung verlassen fast unbemerkt diesen Rahmen und die damit verbundenen anthropologischen Grundkategorien. Manche gesellschaftspolitische „Reform“ ist mit tiefen Einschnitten in das soziale „Gewebe“ verbunden und erscheint dennoch als Ergebnis einer „Momentanalyse“, als „ideologisch“ determiniert bzw. als Ergebnis eines parteipolitischen Kompromisses.

In der Folge werden das christliche Menschenbild und die sich aus ihm ergebenden rechtlichen und sozialpolitischen Konsequenzen auf einen Platz verwiesen, wo sie nicht nur als eine Konzeption unter anderen erscheint, sondern als eine nur schwer vermittelbare *Sondermeinung* präsentiert wird. Sie erhält eine Außenseiterrolle, den Platz einer eher *tolerierten Auffassung*, ja, mitunter wird sie als *Extremposition*

nahe dem vielfach gefürchteten religiösen Fundamentalismus eingeordnet. Wer sich konsequent für fundamentale Rechte (z.B. das Recht auf Leben) einsetzt, gerät in der heutigen Diskussion leicht in den Verdacht ein „Fundamentalist“ zu sein.

Nicht zuletzt hat die Debatte um die Europäische Verfassung gezeigt, wie schwach das christliche (Geschichts-)Bewusstsein in Europa geworden ist.¹⁵ In dieser Diskussion war die französische Auffassung über die notwendige „Laizität“ des Staates eine der treibenden Kräfte. Diese Mentalität oder diese Ideologie des Laizismus greift gegenwärtig auch auf andere Länder und Kontinente über, bzw. wird nach Jahren der Zurückhaltung wieder zum Leben erweckt. Denken Sie an die politischen Auseinandersetzungen der letzten Monate in Spanien, die von einem Kardinal der römischen Kurie mit dem Begriff des „*Laicismo fundamentalista*“¹⁶ kommentiert wurden.

1.3 Die Wirkungsgeschichte des christlichen Menschenbildes

Die aufgezeigten Entwicklungen sollten wir genau analysieren und auf ihre langfristigen Folgen hinweisen. Viele Menschen haben vergessen, dass unsere demokratische Staatsform und unser soziales Niveau von einem „*Kondensat*“ getragen sind, das vom christlichen Bild des Menschen entscheidend mitbestimmt wurde. Es handelt sich um ein Ergebnis eines langen und diffizilen Prozesses, in das wesentliche christliche Grundüberzeugungen eingeschmolzen sind.

Daher besteht unsere erste große Herausforderung darin, auf die „geronnene“ *Wirkungsgeschichte* des Glaubens mit der alles tragenden Idee vom Menschen hinzuweisen.¹⁷ Wir müssen deutlich machen, dass es sich bei vielen „Errungenschaften“ unserer Epoche um Konsequenzen dieser spezifischen Konzeption vom Menschen handelt. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass dieses *Kondensat* „verflüssigt“ bzw. entschlüsselt wird, damit es in seinen ethischen Grundlagen und Implikationen erkannt wird.

Bei der demokratischen Staatsform handelt es sich in erster Linie nicht um einen „Beteiligungsmechanismus“ aller Bürger, sondern

sie ist vor allem von *ethischen Voraussetzungen* geprägt und abhängig. Die Demokratie ist auf die verantwortliche Teilnahme aller seiner Bürger am Gemeinwohl angewiesen, sie setzt eine verantwortungsvolle Wahrnehmung der Rechte und die Erfüllung der bürgerlichen Pflichten voraus. Wir alle können gegenwärtig beobachten, dass z.B. der Sozialstaat ohne eine verantwortungsvolle Inanspruchnahme seiner Leistungen zusammenbricht. Von den Erwartungen an die Bürger her betrachtet dürfte die Demokratie die ethisch anspruchsvollste Staatsform sein.

Unser heutiges soziales und rechtliches „Lebensniveau“ ist das *Ergebnis eines langen und komplizierten Prozesses*, der viele Elemente in sich birgt und der keineswegs immer linear verlaufen ist. Man kann aus diesem „Kondensat“ nicht einzelne Elemente (so z.B. nur persönliche Rechte oder staatliche Leistungen) herauslösen. Es gilt die ethischen Voraussetzungen zu beachten, auf denen unser soziales und rechtliches Niveau aufruht. Innerhalb dieser Voraussetzungen ist das Menschenbild letztlich der alles tragende und entscheidende Bezugspunkt.

In dem erwähnten Entwicklungsprozess erhebt der christliche Glaube keinen Monopolanspruch, er sieht sich aber als einer der Hauptströme an, wenn nicht als der entscheidende Strom. Die *Offenbarung in Jesus Christus* durchbrach Grenzen und überwand Mauern, die zu durchbrechen weder die griechisch-römische Antike noch das Judentum in der Lage bzw. bereit waren. Das *universale Angebot des Heils in Christus* und die *universale Menschenwürde* stehen in engen Zusammenhang. Die Sorge Jesu galt in gleicher Weise Männern und Frauen, Armen und Reichen, Jungen und Alten, ja, sein Handeln war von einem ausgesprochenen Vorzug für Außenseiter und Zurückgestellte bestimmt.¹⁸ Diese „revolutionären Elemente“ seiner Botschaft und seines Handelns blieben auch im gesellschaftspolitischen und sozialen Bereich nicht folgenlos.¹⁹

Wem diese Darlegung als nachträgliche Konstruktion erscheint, der sehe sich einmal mit offenen Augen in der Welt um. Hunger und Armut sind auch die Folgen eines verfehlten oder unvollständigen Menschenbil-

des: Wer nicht mein „Bruder“ oder meine „Schwester“ ist oder gar nicht sein kann, dem muss ich keinen Respekt zollen, dem brauche ich auch keine Hilfe zu leisten. Es stellen sich unweigerlich folgende Fragen: *Warum konnte sich die demokratische Staatsform im heutigen Sinne nur im geistigen Raum des Christentums entwickeln? Kann es ohne die Gleichheit bzw. die Beteiligung aller Bürger eine „Herrschaft des Volkes“ geben? Kann es ohne die Unterscheidung von weltlicher und geistlicher Ordnung wahre Freiheit geben? Kann es ohne die Gewaltenteilung einen Rechtsstaat geben?*

Selbst Gegenpositionen zum christlichen Menschenbild leben in einer gewissen Hinsicht von den christlichen Grundintuitionen. Wir müssen allerdings zugeben, dass Alternativen zur christlichen Sicht oder gegen sie entwickelt wurden, weil diese im Leben der Christen kaum erkennbar war bzw. gänzlich folgenlos blieb. Wir müssen ebenso einräumen, dass man in der zweitausendjährigen Geschichte dem christlichen Bild vom Menschen nicht immer treu blieb. Es ist nicht zu leugnen, dass es auch ein Zurückfallen hinter diesen Erkenntnisstand, dass es Versagen und Missbräuche im Laufe der Geschichte gegeben hat. Dennoch blieb die grundsätzliche Vision immer in Geltung! Sie blieb ein zeitweise verborgener, aber bleibender Bezugspunkt, auf den jedermann sich grundsätzlich berufen konnte. Sie blieb als Leitbild - wie ein Spiegel oder ein „geistiges Damoklesschwert“ – stets anwesend und richtete schweigend jeden Missbrauch.

Viele Menschen glauben, dass unser heutiges soziales Niveau und unser allgemeines Rechtssystem, die Forderungen unserer Menschenrechts- und Grundrechtskataloge nicht rückgängig zu machen seien. Vor allem glauben viele junge Menschen, es sei alles immer so gewesen, höchstens mit gewissen Einschränkungen hinsichtlich bestimmter Annehmlichkeiten des heutigen Lebens. Dazu ist zu sagen, dass das Vergessen der tragenden Wurzeln unserer Sozial- und Rechtskultur schon als erster Rückschritt zu bewerten ist.

Wir leisten als gläubige Christen

einen unersetzlichen Dienst an unserer Gesellschaft und an der Menschheitsfamilie, wenn wir unerschrocken die ausgewogene und umfassende christliche Sicht des Menschen in die öffentliche Debatte einbringen. Blicken wir aufmerksam um uns herum, dann entdecken wir, dass es andere Antworten gibt, andere Menschenbilder und andere Lebensmodelle. Wer etwas in der Welt herum gekommen ist, der weiß, welche traurigen Bilder vom Menschen in unserem Heute existieren und nicht nur im so genannten „finsternen Mittelalter“! Es ist erschreckend feststellen zu müssen, dass Sklaverei und Frondienst, staatlich tolerierte Kastensysteme mit Menschen dritter und vierter Klasse, Ausbeutung und Quälerei weiterhin existieren. Wir müssen erkennen, dass der christliche Durchbruch zur gleichen Würde aller Menschen nicht von allen mit vollzogen worden ist, ja, dass hinter ihn zurückgegangen wurde und gegangen wird.

Dies ist kein Aufruf zu einem Kampf der Kulturen oder der Religionen, sondern ein Aufruf zur Dankbarkeit und zur Bewusstwerdung eines großen Erbes, das auch in unsere Hände gelegt ist. Es ist ein Aufruf zur Besinnung auf unsere geistigen und kulturellen Wurzeln! Wir sollten uns dieser unserer eigenen Verantwortung in unserem Heute mehr bewusst werden und sie im Rahmen unserer Möglichkeiten als mündige Christen und aktive Bürger wahrnehmen!

2. Die Identität der katholischen Militärseelsorge/ des Laienapostolates

In diesem zweiten Punkt versuche ich eine rechtliche und theologische Positionierung Ihres Verbandes, d.h. ihn in Beziehung zur Disziplin und zur kirchlichen Lehre über das Laienapostolat zu setzen.

2.1 Rechtliche Grundlagen der Militärseelsorge

Als universalkirchliche Grundlage der *amtlichen* Militärseelsorge ist die Apostolische Konstitution „*Spirituali militum curae*“ von Papst Johannes Paul II. vom 21. April 1986 in Geltung.²⁰

Die Soldaten werden dort unter Bezug auf die Pastoralkonstitution

über die Kirche in der Welt von heute „*Gaudium et spes*“ (GS)²¹ als „*tamquam securitatis libertatisque populorum ministros*“ bezeichnet²² GS hat dieses inzwischen „geflügelte Wort“ geprägt. Ich zitiere: „Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“²³ Diese sehr anspruchsvollen Worte wollen uns auch heute anspornen, unter den gewandelten militärischen Rahmenbedingungen unseren Beitrag als „*Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker ... zur Festigung des Friedens*“ in einem internationalen Verband zu leisten.

2.2 Rechtliche Grundlagen des militärischen Laienapostolates

Der Vollständigkeit halber erwähne ich die rechtlichen Grundlagen der Vereinigungen des Laienapostolates, wie sie im Canon 215 und im V. Titel („Vereine von Gläubigen“) des CIC dargelegt sind.²⁴ Canon 298 sagt: „In der Kirche gibt es *Vereine*, die sich von den Instituten des geweihten Lebens und den Gesellschaften des apostolischen Lebens unterscheiden; in ihnen sind Gläubige ... in gemeinsamen Mühen bestrebt, ein Leben höherer Vollkommenheit zu pflegen ... *oder andere Apostolatswerke*, das heißt Vorhaben zur Evangelisierung, Werke der Frömmigkeit oder der Caritas, zu betreiben und *die weltliche Ordnung mit christlichem Geist zu beleben*.“²⁵

Als die rechtliche Grundlage Ihres Verbandes sind die *Statuten* in Geltung, die sich die AMI im Juni 1985 in Wien gegeben hat.²⁶ Ich beziehe mich hier jedoch auf die ähnlich lautenden Aussagen im *Handbuch der Internationalen Katholischen Organisationen*²⁷ des PCPL. Dort heißt es zur „Identität“ der AMI: „Die AMI nimmt sich vor,

- (1) die Bejahung einer christlichen Sicht des militärischen Lebens und seiner charakteristischen Werte zu fördern;²⁸
- (2) das internationale Verständnis und Zusammenarbeit als Beitrag zum Aufbau des Friedens in der Welt zu begünstigen;²⁹
- (3) die dem militärischen Leben eigenen spirituellen, ethischen,

moralischen und sozialen Fragen im Licht des Evangeliums und der Lehre der Kirche zu diskutieren.“³⁰

2.3 Entsprechung zu den konziliaren Forderungen

zu 1. Das erstgenannte Ziel entspricht den zentralen Erwartungen, die das Konzil an das Laienapostolat richtet.³¹ Der Laie ist dazu aufgerufen „seine“ Welt, ja, vor allem sein Berufsleben³² mit dem Geist des Evangeliums zu erfüllen, die „zeitliche Ordnung christlich zu inspirieren“.³³

Zu 2. Ebenso entspricht das zweite Ziel dem mehrfach geäußerten Wunsch des Konzils nach internationaler Zusammenarbeit beim Aufbau des Friedens.³⁴ Die Bemühungen des Internationalen Militär-apostolates stehen an einer besonderen Schnittstelle von christlichem Glauben und „Welt“, d.h. sie sind ein wichtiges Element der kirchlichen Präsenz zur Erhaltung oder Wiederherstellung des internationalen Friedens.

Gerade auf die Internationalen Katholischen Organisationen setzt GS besondere Hoffnungen. Ich zitiere ausführlich die konziliare „*Magna Charta*“: „Eine hervorragende Form des internationalen Wirkens der Christen ist zweifellos die Mitarbeit, die sie einzeln und organisiert in den vorhandenen oder zu gründenden Institutionen zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen leisten. Darüber hinaus können die verschiedenen katholischen internationalen Organisationen auf vielfache Weise zum Aufbau einer friedlichen und brüderlichen Völkergemeinschaft beitragen. Sie verdienen gestärkt zu werden durch erhöhten Einsatz gut vorgebildeter Mitarbeiter, durch Vermehrung der notwendigen Hilfsmittel und durch geeignete Koordinierung der Kräfte ... Solche Vereinigungen tragen außerdem nicht wenig dazu bei, den Sinn für die Weltprobleme zu entwickeln ... und das Bewusstsein wahrhaft weltweiter Solidarität und Verantwortung zu wecken.“³⁵

In der allgemeinen Zuwendung zur Welt nimmt in der Sicht des Konzils die Friedenssicherung einen herausragenden Platz ein, der sich die AMI in besonderer Weise verschrieben hat.

Es ist hier nicht der Ort, die Friedensethik des Zweiten Vatikanischen Konzils ausführlich darzustellen.³⁶ Beschränken wir uns auf den Widerhall der konziliaren Friedensethik im P ä p s t l i c h e n Schreiben CL. Dort heißt es: „Als Jünger Jesu, der der ‘Friedensfürst’ (Jes 9,5) und ‘unser Friede’ (Eph 2,14) ist, müssen die Laien durch die Bekehrung des ‘Herzens’, wie durch ein Engagement zugunsten der Wahrheit, der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Liebe, die unverzichtbaren Fundamente des Friedens sind, ‘Frieden stiften’ (Mt 5,8) ... Die Laien müssen mit allen, die in Wahrheit den Frieden suchen, zusammenarbeiten und die spezifischen nationalen und internationalen Organismen benutzen, um von der Basis her einen Prozess der Bewusstseinsbildung auszulösen, der die beherrschende Kultur des Egoismus, des Hasses, der Rache und der Feindschaft überwindet und auf allen Ebenen eine Kultur der Solidarität fördert. Sie ist ‘der Weg zum Frieden und zugleich zur Entwicklung’ ...“³⁷

In diesen Worten treten Merkmale eines spezifischen christlichen Friedensbegriffs und Friedensbeitrags zu Tage: Der nationale und weltweite „äußere“ Friede ist Folge eines „inneren“ Friedens, d.h. die Kirche weist auf die *notwendigen ethischen Voraussetzungen* bzw. auf die *in die Tiefe der Person reichenden Fundamente* des Friedens hin. Der „Kultur des Friedens“ steht in dieser Perspektive nicht nur die „Un-Kultur des Krieges“, sondern die „Un-Kultur des Hasses, der Rache und der Feindschaft“ gegenüber.³⁸

Wahrer Friede folgt also nicht „mechanischen“ Regeln, sondern er erfordert eine *tiefergehende Bewusstseinswandlung*. GS spricht von einer „inneren Erneuerung“³⁹ oder „inneren Wandlung“.⁴⁰ Diese Sicht des



Friedens steht in Kontrast zu Auffassungen, die den Frieden als Ergebnis eines Interessenausgleichs betrachten, der wiederum vom Eigennutz bestimmt sein kann. Diese christliche Sicht wendet sich ebenso gegen eine politische Instrumentalisierung der Friedensidee als eine Art „moralischer Keule“.⁴¹ Beim christlichen Konzept des Friedens handelt es sich letztlich um mehr als um ein „Werk der Gerechtigkeit“, da der Friede letztlich von der Liebe bestimmt und getragen wird.⁴²

Diesem großen Schritt („Friede als Werk der Liebe“) geht jedoch ein erster notwendiger Schritt voraus, d.h. die Anerkennung der Würde des anderen! Eine aufmerksame Betrachtung der großen und andauernden Konfliktherde unserer Zeit ergibt, dass sie letztlich auf die Aberkennung oder Einschränkung der Menschenwürde des vermeintlichen „Gegners“ zurückgehen.⁴³ Diese Diskriminierung kann durch das Geschlecht, durch die Hautfarbe, durch die Religion, durch die Stammeszugehörigkeit oder durch andere Faktoren begründet werden.⁴⁴

Hier liegt der letzte Grund für Krieg und Terror, deren Zeugen wir heute sind: Es ist die Missachtung der Menschenwürde des anderen Menschen! Es ist eine Illusion zu glauben, dass es unter Missachtung der gleichen Würde aller Menschen dauerhaft wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt geben könnte. Gleich-

ches gilt für den Frieden. Man kann keinen dauerhaften Frieden erreichen, wenn nicht die gleiche Würde aller Menschen respektiert wird. Selbst auf so genannten Friedensforen unterscheidet man insgeheim geduldete und verbotene Kriege. Auch hier müssen die Christen aufstehen und betonen, dass alle Menschen ein gleiches Recht haben im Frieden zu leben und dass der Friede für alle Menschen eine Frucht der Gerechtigkeit und der Liebe ist.

Zu 3. Immer wieder unterstreicht das kirchliche Lehramt die Notwendigkeit der Aus- und Weiterbildung der Laien.⁴⁵ Dieser Aufforderung entspricht die dritte Zielsetzung der AMI. Der Frage der Ausbildung widmet CL ausführlich das fünfte Kapitel „Erziehung und Ausbildung der Laien“.⁴⁶

In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein wichtiges Hilfsmittel für die Aus- und Fortbildung hinweisen. Wir besitzen im *Katechismus der Katholischen Kirche* (1993) einen gültigen Referenzpunkt für unsere persönliche Reflexion und Bildungsarbeit, aber auch für unsere öffentlichen Stellungnahmen.⁴⁷ In diesem Handbuch finden wir nicht eine weitere Wortmeldung neben vielen anderen, sondern eine umfangreiche amtliche Darstellung der verbindlichen Lehre katholischen Kirche. Nur gut aus- und fortgebildete Christen können dem starken gesellschaftlichen Gegenwind widerstehen und den Fragenden „Rede und Antwort“⁴⁸ stehen. Zusätzlich eröffnen uns der KKK und das kürzlich erschienene Kompendium die Möglichkeit, zu wichtigen Fragen weltweit im wörtlichen Sinn mit einer Stimme zu sprechen, was dem Beitrag der katholischen Christen zusätzlich Klarheit und Überzeugungskraft verleiht.⁴⁹

Auf dem Hintergrund der gesetzten Ziele des AMI dürfte sich als zweites wichtiges Hilfsmittel das vor einem Jahr erschienene „*Compendio della Dottrina sociale della Chiesa*“ erweisen.⁵⁰

In einer ersten Zwischenbilanz können wir feststellen, dass sich die AMI in den drei vorgelegten und von der Kirche angenommenen Zielsetzungen zentralen Erwartungen entspricht, die das Zweite Vatikanische

Konzil und die folgenden lehramtlichen Dokumente an eine internationale Vereinigung des Laienapostolates richtet. Die gegenwärtige Stunde erfordert, dass wir den christlichen Beitrag zur Idee der Menschenwürde und zur Idee eines umfassenden Friedens vertiefen und in seiner ganzen Fülle öffentlich zur Geltung bringen.

3. Blick auf die gesellschaftspolitischen Veränderungen

Nach dieser kurzen Darstellung der rechtlichen und theologischen Situierung des Laienapostolates von Angehörigen des Militärs möchte ich einen Blick auf die politischen (und wirtschaftlichen) Entwicklungen der letzten Jahre werfen, die das gesellschaftspolitische Engagement des katholischen Laien beeinflussen. Folgende Faktoren sind zu nennen, die sich teilweise überschneiden und nur aus methodischen Gründen getrennt aufgezählt werden:

a. Innenpolitische Entwicklungen

1. Weitergehende Entchristlichung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Straf- und Familienrecht (Abtreibung, Euthanasie, Homosexualität, Scheidungsrecht) sowie in Fragen der Biotechnik und -ethik⁵¹ (Stammzellenforschung, Klonen);
2. Ein verbreiteter Einwand: Die Kirche fordere, dass der Staat ihre spezifischen Wertvorstellungen in Gesetzen und Verwaltungsmaßnahmen durchsetzt
3. Weitergehende Säkularisierung fast aller Lebensbereiche;⁵²
4. Weitergehende Auflösung klassischer Familienstrukturen bzw. Verbreitung neuer Formen des Zusammenlebens (Ehe auf Probe/Zeit, Gleichgeschlechtliche Verbindungen, alleinlebende Elternteile);
5. Zurückgehen der Zahl der Kinder;
6. Überalterung der westlichen Gesellschaften;
7. Krise der sozialen Systeme (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter);
8. Krise des Wohlfahrtsstaates (Konsumgesellschaft, Freizeitindustrie).

b. Außenpolitische Entwicklungen

1. Zunehmender Verteilungs- und Innovationswettbewerb in der Weltwirtschaft („Weltmarkt“, „Globalisierung“);
2. Wegfall des West-Ost-Konfliktes, Zerfall des „Warschauer Paktes“;
3. Entstehung zahlreicher regionaler Konfliktherde;
4. Verstärkung des Nord-Süd-Gefälles (Vergrößerung der Kluft zwischen armen und reichen Ländern, Verschuldungsproblematik);
5. Ansteigender weltweiter Tourismus;
6. Wachsende Emigrations- und Immigrationsbewegungen (Landflucht, Nord-Süd, Süd-Nord);
7. Anwachsen des Terrorismus, Fremdenfeindlichkeit;
8. Wachsende Spannungen ethnischer und religiöser Natur (Islam, Buddhismus);
9. Wachsende Bedeutung Massenmedien (Agenturen, Fernsehen, Radio, Presse, Internet).

4. Folgerungen und Erwartungen

Vorweg sei gesagt, dass es angesichts dieser Herausforderungen und dem folgenden Wettstreit der Ideen wahrlich kein christliches Minderwertigkeitsgefühl geben dürfte! Wir sollten ein ausgeprägtes christliches Profil erarbeiten und dies in *Demut*, aber auch mit *Mut* im nationalen und internationalen Raum vortragen.

4.1 Der Einsatz im öffentlichen Leben

In den vergangenen Jahrzehnten hat das kirchliche Lehramt auf allen Ebenen und in vielen gesellschaftspolitischen Fragen eine klare Position bezogen. Daher besteht unser wichtigster Beitrag gegenwärtig in einer *Vertiefung und Verinnerlichung der Begründungen* und in einer *Darstellung der anthropologischen Zusammenhänge*. Erst dann kann ein verstärktes öffentliches Engagement für ethische Grundforderungen des Glaubens erfolgen. Ich denke unter Bezug auf CL an folgende Bereiche:

- Studium der Grundlagen („Menschenwürde“) (CL 38);
- Einsatz für das uneingeschränkte

te Recht auf Leben (CL 38), für das Recht auf Recht auf Gewissens- und Religionsfreiheit (CL 39);

- Einsatz für eine ausgewogene Sicht der Familie (CL 40, 52) und die Würde der Frau (CL 49-51);
- Bemühen um Solidarität und Nächstenliebe (CL 41), Gerechtigkeit und das Allgemeinwohl (CL 42);
- Bemühen um eine Gesinnung des Dienstes (CL 42).

Vorweg ist zu sagen, dass das christliche Engagement in unserer Zeit auf nicht geringe Widerstände stößt. In einer Zeit des ethischen Pluralismus lautet der Haupteinwand gegen eine Übernahme kirchlicher Positionen, dass es nicht Aufgabe des Staates sei, „besondere“ Wertvorstellungen der Kirche zu berücksichtigen bzw. durchzusetzen. Dieser Vorwurf eines nicht vermittelbaren oder nicht durchsetzbaren christlichen „Sonderethos“ stellt eine der zentralen Herausforderungen für den Christen unserer Zeit dar.⁵³ CL ermuntert uns zur aktiven Teilnahme am politischen Geschehen: „Um die zeitliche Ordnung im genannten Sinn des Dienstes am Menschen christlich zu inspirieren, können die Laien nicht darauf verzichten, sich in die Politik einzuschalten ...“⁵⁴

Als Grundlage dieser Teilnahme dient die Soziallehre der Kirche und als argumentative Basis vor allem die Lehre vom natürlichen Sittengesetz.⁵⁵ In diesem Zusammenhang möchte ich auf die *„Lehrmäßige Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben“* der Kongregation für die Glaubenslehre hinweisen.⁵⁶

Der zentrale Gedanke dieser Note ist, dass es sich bei grundlegenden ethischen Forderungen nicht um „konfessionelle Werte“⁵⁷ oder Ansprüche handelt, sondern dass „diese ethischen Forderungen ... im menschlichen Wesen (wurzeln) und ... zum natürlichen Sittengesetz“ (gehören).⁵⁸

Papst Johannes Paul II. zählt in seinem Schreiben *Novo Millennio Ineunte* diese Aspekte zu den besonderen Herausforderungen des neuen Jahrtausends.⁵⁹ Das heißt, in einer Zeit des ethischen Pluralismus⁶⁰ besteht die Herausforderung des Chris-

ten darin, darauf hinzuweisen, dass es allgemein gültige und einsichtige ethische Maßstäbe gibt, die ihre Geltung aus dem natürlichen Sittengesetz beziehen und daher der staatlichen Autorität nicht zur Disposition stehen.

Wir vertreten also keine Forderungen eines katholischen „Sonderethos“, sondern verteidigen die Existenz einer allgemein einsehbaren und akzeptierbaren Basis für Gläubige wie Nichtgläubige.⁶¹ Dazu sagt der KKK: „Das natürliche Gesetz bringt das grundlegende sittliche Wissen zum Ausdruck, das dem Menschen ermöglicht, durch die Vernunft zwischen Gut und Böse, Wahrheit und Lüge zu unterscheiden“⁶² ... Das natürliche Sittengesetz drückt die ersten, wesentlichen Gebote aus, die das sittliche Leben regeln⁶³ ... Das sittliche Naturgesetz ist im Herzen jedes Menschen zugegen und durch die Vernunft festgesetzt. Es ist in seinen Vorschriften *allgemeingültig*, und seine Autorität erstreckt sich auf alle Menschen. Es bringt die Würde der Person zum Ausdruck und bestimmt die Grundlage ihrer Grundrechte und -pflichten⁶⁴. Es geht also nicht um Sonderansprüche der Kirche oder um eine Einmischung in die staatlichen Kompetenzen, sondern um allgemeingültige Forderungen des Humanum!

Zur *Möglichkeit eines natürlichen Sittengesetzes* können wir in unseren Tagen widersprüchliche Beobachtungen machen: Zum einen wird an seiner Existenz und bzw. an seiner Erkennbarkeit gezweifelt („Ideologieverdacht“), zum anderen wird dennoch immer wieder (implizit) auf es Bezug genommen, wenn es um die Aufarbeitung der großen Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts (Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kommunismus) geht. Es wird immer wieder gefragt: Wo blieb der „natürliche“ Widerstand der Schreibtischtäter, wo blieb das „innere Maß“ der Humanität von Polizisten, Richtern, Ärzten oder anderen Helfern? Und bei diesem „inneren Maß“, das spontan im Gewissen eines jedem Menschen angesichts des manifesten Unrechts aufbricht, handelt es sich um nichts anderes als um das natürliche Sittengesetz!

Mit scheint, dass angesichts der schrecklichen Erfahrungen an Un-

menschlichkeit die Bereitschaft gewachsen ist, ein natürliches Sittengesetz anzunehmen, ja, seine Notwendigkeit zu bejahen. Zu groß waren die Missbräuche im Namen oder zumindest mit Duldung des (positiven) Rechtes, dass man die Notwendigkeit eines übergeordneten und überzeitlichen natürlichen Sittengesetzes bezweifeln könnte. Diese gewandelte Bewusstseinslage eröffnet neue Chancen, um eine Brücke zu Forderungen des christlichen Ethos zu schlagen.

Ein weiteres Problem besteht in der Tendenz, ethische Fragen aus dem öffentlichen Leben in den Privatbereich abzurängen und als „Privatsache“ zu erklären. Dabei handelt es sich um eine besonders verhängnisvolle Entwicklung. Die Folgen eines gelebten oder nicht gelebten Ethos durchziehen alle Lebensbereiche, ja, das gelebte Ethos ist in vielen Bereichen unseres Lebens als der letztlich bestimmende Faktor anzusehen. Das zu geltende „Ethos“ kann kein Ergebnis einer demokratischen Meinungsbildung sein, ihm gehen vorstaatliche Grundwerte und Grundsätze voraus.

Hier ist ein mutiges Wort der Laien in der Öffentlichkeit am Platz, das CL als Teilnahme am prophetischen Amt Christi deutet.⁶⁵ Neben den bereits genannten Prioritäten möchte ich abschließend auf das letztlich entscheidende „*Plus Christianum*“ hinweisen:

4.2 Das persönliche Zeugnis der Christen („*Plus Christianum*“)

Ihre *eigentliche Überzeugungskraft* bekommt die christliche Auffassung vom Menschen durch ihre Umsetzung in konkretes Tun.⁶⁶ Die oben angeführten Dokumente zum Laienapostolat betonen immer wieder die Notwendigkeit, Lehre und Leben in Einklang zu bringen.⁶⁷ Die Notwendigkeit der „Kohärenz“, „Einheit des Lebens“⁶⁸, der „lebensmäßigen Synthese“⁶⁹ wird hervorgehoben.⁷⁰ „Christ, lebe, was du bist!“ Dieser Imperativ gilt für alle Getauften, für Laien wie für geweihte Amtsträger, und in allen Lebensbereichen.

Die Lehre von der Würde des Menschen bewahrheitet sich im Umgang mit den anderen. Es ist eine dynamische Lehre, die übersetzt, die

angewandt, die gelebt werden will. Die Geschichte der Kirche zeigt uns die vielfachen Möglichkeiten, wie das christliche Bild vom Menschen mit all seinen Implikationen und Imperativen ins konkrete Tun übersetzt werden kann. Denken wir an die vielen Heiligen der Nächstenliebe, die die besondere Not ihrer Zeit erkannten und im Geist des Evangeliums eine Antwort (Bildung, Schule, Krankenpflege) gegeben haben. Denken wir an die vielen stillen und unbekannten Heiligen des Alltags. Eine der großen historischen Durchbrüche des Christentums zum Humanum geschah in der Hilfe für den kranken und alten Menschen.⁷¹ Hier zeigte sich konkret, was die christliche Sicht des Menschen bewirkt.⁷² Das „Tun“ ging dem „Recht“ voraus! Allen Verwirklichungen ist jedoch eine Erkenntnis gemeinsam: Ich erkenne im Antlitz eines jeden Menschen die gleiche auch mir selbst geschenkte Menschenwürde.

Viele Eltern möchten auch heute noch ihre Kinder in eine katholische Schule schicken, viele Kranke und Alte in einer katholischen Einrichtung Platz finden. In diesen Schulen, Krankenhäusern und Heimen herrscht(e) der Geist eines „Mehr“, eines katholischen „Plus“, ein „Mehr“ an Humanität, ein „Mehr“ an Zuwendung und Beachtung. Dabei mussten diese nicht die modernsten Einrichtungen sein, sondern es waren Einrichtungen mit einem „Mehr“ an Menschlichkeit, mit einem „Mehr“ an Zuwendung. Dieses „Mehr“ ist die Umsetzung des christlichen Bildes vom Menschen in konkretes Tun.

Dieses christliche „Plus“ lebt vor allem von seiner *Motivation*, d.h. der Christ will um der Liebe Christi willen für andere da sein.⁷³ Dieses Dasein für andere ist sein Lebensprojekt! Papst Johannes Paul II. sagt in *Ecclesia in Europa*: „Die Herausforderung für die Kirche im heutigen Europa besteht also darin, dem Menschen unserer Zeit durch das Zeugnis der Liebe, das eine ihm innewohnende evangelisierende Kraft besitzt, zu helfen, dass er die Liebe Gottes des Vater und die Liebe Christi im Heiligen Geist erfährt.“⁷⁴

Dieses „Mehr“ konkretisiert ferner sich in einem „Mehr“ an *Wachsamkeit* für übersehene Personen und

die vergessenen Bereiche unserer Gesellschaft, ein „Mehr“ an *Mut* und *Entschiedenheit*.⁷⁵ Von der christlichen Fürsorge wird niemand ausgeschlossen, gleich welcher Rasse oder Religion er ist.⁷⁶ Diese Offenheit ist angesichts des weltweiten Einsatzes von Streitkräften zur Erhaltung des Friedens sehr wichtig, da staatliche oder auch nichtchristliche Hilfswerke ihren Einsatz oftmals vom außenpolitischen oder wirtschaftlichen Nutzen abhängig machen, bzw. sich auf die eigenen Stammes-, Volks- oder Glaubensgenossen beschränken. Auch hier genügt ein Blick in die weite Welt, in den nahen und fernen Osten, in das nördliche und mittlere Afrika um das christliche Proprium, das christliche Plus zu erkennen!

Dem christlichen Einsatz ist zudem *Verlässlichkeit* und *Dauerhaftigkeit* zu Eigen. In der Geschichte der Kirche treffen wir auf eine endlose Kette von gläubigen Menschen, die ihr ganzes Leben für andere eingesetzt haben. Es handelt sich um keine spontanen Aktionen oder „ad hoc“ Initiativen, sondern um „Projekte“ für ein ganzes Leben. Der christliche Einsatz geht beharrlich weiter, auch wenn er Gegenwind erfährt, wenn er vom „Mainstream“ der Gesellschaft nicht (mehr) getragen wird. Dieser Dienst am Nächsten geschieht vor allem auch im Verborgenen, wo keine Anerkennung jemals geschenkt wird und wo kein Scheinwerfer der öffentlichen Meinung jemals hineinleuchtet.

Hier ist auch an das *ehrenamtliche Engagement* vieler Laien zu denken, das viele kirchliche Einrichtungen prägte und von dem sie gelebt haben.⁷⁷ Manches große Werk entstand aus der Initiative eines einzelnen Laienchristen, der sich und auch anderen sagte: Wir dürfen die Not des anderen nicht übersehen! Wir wollen und wir müssen etwas im Namen Jesu für diesen Bruder oder diese Schwester tun!

Das christliche „Plus“ beinhaltet ferner eine *prophetische Dimension* in den erwähnten Bereichen von *Ehe* und *Familie*. Der gläubige Christ weiß um die Verantwortlichkeit, die er im Sakrament der Ehe auf sich genommen hat. Er weiß, dass Ehe und Familie keine „Spielplätze“ sind, die ich heute aus „Spaß“ betrete und

morgen aus mangelndem „Spaß“ wieder verlasse. Der Christ weiß um die Würde des Partners, mit dem er einen wechselseitigen Bund eingegangen ist; er weiß um die Bedeutung von Treue und Verlässlichkeit. Er erinnert sich dankbar der Gaben, die er selbst durch Treue und Verlässlichkeit empfangen hat. Er weiß um die Wichtigkeit der kleinsten Zelle der menschlichen Gesellschaft. Der Christ erinnert sich an die Wirkungsgeschichte des Glaubens, der Berge versetzen kann und bereits Berge versetzt hat, d.h. er schöpft Hoffnung, Kraft und Mut aus der Zusage göttlichen Beistands und den guten Vorbildern der Vergangenheit. Manche glauben, dass es sich beim Terrain von Ehe und Familie um ein „verlorenes Land“ handelt, das früher oder später aufgegeben werden muss. Der Christuskgläubige denkt nicht so. Für ihn sind Statistiken keine Naturgesetze! Er gibt nicht auf, zumal in einem Bereich, der vom Herrn selbst geordnet und gesegnet ist.

Angesichts der Zielsetzungen der AMI könnten diese Fragen als eher entfernte Bereiche angesehen werden. Dem ist entgegenzuhalten, dass auch hier die Würde des anderen Menschen im Mittelpunkt steht und sich auch hier der Laie als gläubiger Christ beweisen muss. Das Zeugnis des Christen verlangt nach Einheit und lässt keine glaubens- und zeugnisfreien Zonen zu.

4.3 Die Erwartungen des Hl. Stuhls an das AMI

Ich möchte diese Überlegungen mit einigen Antworten der im Thema gestellten Frage abschließen. Was erwartet der Hl. Stuhl (Laienrat und Staatssekretariat) konkret von der AMI?

1. *Treue* zur konziliaren Idee des Soldaten als „Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker ... zur Festigung des Friedens“.
2. *Intensivierung* der in den Statuten der AMI grundgelegten *Ziele*, der Aus- und Weiterbildung unter besonderer Beachtung der konziliaren und nachkonziliaren Dokumente.
3. *Vertieftes Studium* der anthropologischen Grundlagen der kirchlichen Lehre zu Frieden, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern.

4. *Entwicklung von Leitlinien* anhand der Prinzipien der Katholischen Soziallehre zur Anwendung auf konkrete Situationen, z.B. gerechte Selbstverteidigung, Gewaltanwendung.
5. *Zusammenarbeit* mit anderen mit anderen Internationalen Katholischen Organisationen in der Bezeugung der christlichen Werte und der kirchlichen Lehre in den Internationalen Organismen (UNO, Europarat, UNESCO, BIT etc.).
6. *Regelmäßige Kontakte und Zusammenarbeit* mit den zuständigen Organen des Hl. Stuhles (Staatsekretariat, PCPL, PCGP) in den genannten Themen. *Teilnahme* an Veranstaltungen des Päpstlichen Rates für die Laien zum gegenseitigen Austausch und zur Fortbildung.
7. *Fachkundige Beteiligung* an der Arbeit von Internationalen Regierungsorganismen, in denen konkrete Programme (Waffenab-

bau, der Nichtweitergabe von Atomwaffen und der Konfliktlösung) entwickelt werden.

Summa summarum: Wir alle stehen vor großen Herausforderungen! Es ist gerade in unserer Zeit viel zu tun! Bauen wir mit Freude und Hoffnung an einer christlichen Lebenskultur in unserem persönlichen Alltag, in Ehe und in Familie, in unserem Beruf, im öffentlichen Leben unseres Landes und im internationalen Bereich! Wir stehen auf dem tragfähigen und nicht überbietbaren Fundament unseres Glaubens! Bezeugen wir selbst die Wirklichkeit und die Lebbarkeit der „*Humanitas Christiana*“ in dem uns gegebenen Lebensbereich des militärischen Lebens in unseren Heimatländern und in aller Welt.



Der scheidende Präsident des A.M.I., General Miguel Alonso Baquer, dankt Bischof Dr. Josef Clemens für seine detaillierten Ausführungen zum Laienen-gagement in der katholischen Militär-seelsorge und zum Weltauftrag der Laien. (Fotos Ch. Auer)

Anmerkungen:

- 1 Dekret des Zweiten Vatikanischen Konzils über das Apostolat der Laien „*Apostolicam actuositatem populi Dei*“ vom 18. Nov. 1965, in: LthK, Das Zweite Vatikanische Konzil II, 602-701 (=AA); vgl. F. Hengsbach, Das Konzilsdekret über das Laienapostolat. Text und Kommentar, in: Konfessionskundliche und kontroverstheologische Studien, Bd. 23, Paderborn 1967; vgl. außerdem: W. Kasper, Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt. Geschichtliche und systematische Perspektiven, in: StdZ 205 (1987) 579-593; H. Filser, Das Dekret über das Laienapostolat *Apostolicam actuositatem*, in: F.X. Bischof / St. Leimgruber (Hrsg.), Vierzig Jahre II. Vatikanum. Zur Wirkungsgeschichte der Konzilstexte, Würzburg 2004, 253-279.
- 2 Nachsynodales Apostolisches Schreiben von Papst Johannes Paul II. *Christifideles Laici* über die Berufung und Sendung der Laien in Kirche und Welt (30. 12. 1988), in: Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 87 (=CL).
- 3 Vgl. CL Nr. 2;
- 4 Vgl. Kasper, Berufung 579-586; K. Lehmann, Wer ist Kirche? Plädoyer für ein erneuertes Laientum, in: ders., Glauben bezeugen, Gesellschaft gestalten. Reflexionen und Positionen, Freiburg im Breisgau-Basel-Wien 1993, 295-307.
- 5 Vgl. AA Nr. 3: „Pflicht und Recht zum Apostolat haben die Laien kraft ihrer Vereinigung mit Christus, dem Haupt. Denn durch die Taufe dem mystischen

Leib Christi eingegliedert und durch die Firmung mit der Kraft des Heiligen Geistes gestärkt, werden sie vom Herrn selbst mit dem Apostolat betraut. Sie werden zu einer königlichen Priesterschaft und zu einem heiligen Volk (vgl. Petr 12, 4-10) geweiht, damit sie durch alle ihre Werke geistliche Opfergaben darbringen und über all auf Erden Zeugnis für Christus ablegen. Durch die Sakramente, vor allem die heilige Eucharistie, wird jene Liebe mitgeteilt und genährt, die sozusagen die Seele des gesamten Apostolates ist (...)“; vgl. ferner CL Nr. 9 unter Bezug auf LG Nr. 31; Vgl. CL Nr. 8, 10-15, 18-20; siehe auch: D. Tettamanzi, Die Kirche: Mysterium, communio und Sendung, in: Bausteine zu Christifideles Laici, 19-28.

- 6 Vgl. AA Nr. 25: „Bischöfe und Pfarrer sowie die übrigen Priester des Welt- und Ordensklerus mögen sich vor Augen halten, dass das Recht und die Pflicht zur Ausübung des Apostolates allen Gläubigen, Klerikern und Laien, gemeinsam ist und dass auch die Laien bei der Auf-erbauung der Kirche eine ihnen eigentümliche Aufgabe haben (Vgl. LG Nr. 37); vgl. CL 55: „Alle Glieder des Volkes Gottes, Priester, Ordensleute und Laien, sind Arbeiter im Weinberg. Alle sind zugleich Adressaten und Subjekte der communio der Kirche und der Teilhabe an ihrer Heilssendung. Alle und jeder Einzelne arbeiten mit verschiedenen komplementären Charismen und Diens-

ten in dem einen und gemeinsamen Weinberg ... Alle Lebensstände, zusammen oder einzeln genommen und in ihrer Beziehung zueinander betrachtet, stehen im Dienst des Wachstums der Kirche und stellen verschiedene Modalitäten dar, die ihre Einheit zutiefst ‘im Geheimnis der communio’ der Kirche finden. Sie müssen bei der Erfüllung der einen Sendung harmonisch und dynamisch zusammenwirken“; vgl. ferner CL Nr. 64

- 7 Vgl. CL Nr. 20, 22.
- 8 AA Nr. 2; vgl. auch CL Nr. 22; CL 55: „Alle Lebensstände, zusammen oder einzeln genommen und in ihrer Beziehung zueinander betrachtet, stehen im Dienst des Wachstums der Kirche und stellen verschiedene Modalitäten dar, die ihre Einheit zutiefst ‘im Geheimnis der communio’ der Kirche finden. Sie müssen bei der Erfüllung der einen Sendung harmonisch und dynamisch zusammenwirken.“
- 9 Vgl. AA Nr. 3: „Den Aposteln und ihren Nachfolgern wurde von Christus das Amt übertragen in seinem Namen und in seiner Vollmacht zu lehren, zu heiligen und zu leiten. Die Laien hingegen, die auch am priesterlichen, prophetischen und königlichen Amt Christi teilhaben, verwirklichen in Kirche und Welt ihren eigenen Anteil an der Sendung des ganzen Volkes Gottes.“
- 10 Vgl. AA Nr. 6; vgl. CL 15, 55.
- 11 CL Nr. 37; Vgl. CL Nr. 5, 37; vgl. K. Lehmann, Gib es ein christliches Men-

- schenbild?, in: Ders., Glauben bezeugen, Gesellschaft gestalten 43-51.
- 12 Vgl. Katechismus der Katholischen Kirche. Neuübersetzung aufgrund der Editio typica Latina, München 2003 (=KKK); KKK Nr. 1700; vgl. ebenso KKK Nr. 1700-1715, 357, 1930; ferner CL Nr. 5 und 37.
 - 13 Vgl. CL Nr. 37.
 - 14 KKK Nr. 1947.
 - 15 Vgl. L. Kühnhardt, Christliches Menschenbild im Prozess der europäischen Einigung, in: Kirche und Gesellschaft Nr. 280, hrsg. Von der Kath. Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Köln 2001.
 - 16 Vgl. Predigt von Kardinal Julián Herranz anlässlich des 30-tätigen Seelenamtes von Kardinal Marcelo González Martín, Alt-Erzbischof von Toledo, in: O.R., 1. Okt. 2004, S. 7.
 - 17 Vgl. z.B. für die Fragen der Rechtsentwicklung: A. Freiherr von Campenhause, Christentum und Recht, in: P. Antes (Hrsg.), Christentum und europäische Kultur. Eine Geschichte und ihre Gegenwart, Freiburg im Breisgau 2002, 96-115.
 - 18 Vgl. CL Nr. 49, 53 f.
 - 19 Vgl. CL Nr. 49: „Für den Glaubenden bleibt das Evangelium, das heißt das Wort und Beispiel Jesu Christi notwendiges und entscheidendes Kriterium, das auch im augenblicklichen historischen Moment fruchtbar und erneuernd ist.“
 - 20 Vgl. AAS 78 (1986) 481-486; vgl. die authentische dt. Übersetzung, in: Verordnungsblatt des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr, Nr. 5, 23. Jahrgang vom 20. August 1987, Nr. 22. Im Folgenden zitiert nach Päpstliche Dokumente für die Militärseelsorge in der Deutschen Bundeswehr. Bestimmungen über die Organisation der Katholischen Militärseelsorge, in: Sonderheft der Zeitschrift Militärseelsorge 32 (1990) 24-33. Die Neufassung wird mit den Worten begründet: „Nun aber muss man sagen, dass die Zeit gekommen ist, die genannten Bestimmungen zu revidieren, damit sie von größerer Kraft und Wirksamkeit sein können. Dazu hält uns vor allem das Zweite Vatikanische Konzil an, das den Weg für geeignete Initiativen zur Durchführung spezieller pastoraler Aufgaben geebnet (Vgl. Dekret *Presbyterorum Ordinis*, Nr. 10) sowie sehr aufmerksam das Wirken der Kirche in unserer heutigen Welt ins Auge gefasst hat, auch was den Aufbau und die Förderung des Friedens in der ganzen Welt betrifft; dabei müssen sich diejenigen, die Militärdienst leisten, als 'Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker' betrachten, denn, indem sie diese Aufgaben recht erfüllen, tragen sie wahrhaft zur Festigung des Friedens bei" (II. Vat. Konzil, Pastoral konst. *Gaudium et spes*, Nr. 79); vgl. dazu: *Dieci anni dopo la promulgazione della Costituzione Apostolica 'Spirituali Militum Curae'*. Atti del Simposio Internazionale degli Ordinariati Militari, Buenos Aires (Argentinia), 4-8 Settembre 1969, hrsg. von der Congregazione per i Vescovi, Città del Vaticano o.J.
 - 21 GS Nr. 79.
 - 22 Apost. Konst. *Spirituali Militum Curae*, 25.
 - 23 GS Nr. 79; vgl. *Für Christus leisten wir Botschafterdienste*, Ansprachen und Predigten des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr Erzbischof Dr. Elmar Maria Kredel 1978-1990, in: Dokumentation zur Katholischen Militärseelsorge, hrsg. vom Kath. Militärbischofsamt, Bonn 1991, bes. 310-313.
 - 24 Vgl. CIC Can. 298-311 (Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen,) und Can. 312-320 (Kapitel II: Öffentliche Vereine von Gläubigen), Can. 321-326 (Kapitel III: Private Vereine von Gläubigen), Can. 327-329 (Kapitel IV: Besondere Bestimmungen über Laienverbände).
 - 25 Vgl. AA Nr. 19.
 - 26 Hektographierter Text der Statuten des *Apostolat Militaire International* (A.M.I.), Wien 1985 (= AMI Statuten).
 - 27 Pontificio Consiglio per i Laici, Repertori delle Associazioni Internazionali di fedeli, Libreria Editrice Vaticana, Città del Vaticano 2004, 20 f.
 - 28 Vgl. Art. 2 a der AMI Statuten.
 - 29 Vgl. Art. 2 b der AMI Statuten.
 - 30 Repertorio, 20; vgl. Art. 2m c der AMI Statuten; vgl. ferner die von der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten hrsg. *Erklärung der Generalversammlung des AMI* (Rom, 15.11.2000), *Der katholische Soldat am Beginn des 3. Jahrtausends. Selbstverständnis, Selbstdarstellung und Akzeptanz*, Landesverteidigungsakademie Wien 2000.
 - 31 Vgl. LG 32; vgl. AA 2, CL 9, 15, 17, 36, 40.
 - 32 AA Nr. 14.
 - 33 Vgl. LG 31; vgl. auch AA Nr. 5, 13, 14, 30 vor allem Nr. 7; Dazu heißt es in AA: „Das ist der Plan Gottes hinsichtlich der Welt, dass die Menschen die zeitliche Ordnung einträchtig miteinander aufbauen und immer mehr vervollkommen ... Aufgabe der ganzen Kirche ist es, daran zu arbeiten, dass die Menschen fähig werden, die gesamte zeitliche Ordnung richtig aufzubauen und durch Christus auf Gott hinzuordnen ... Die Laien aber müssen den Aufbau der zeitlichen Ordnung als die gerade ihnen zukommende Aufgabe auf sich nehmen und dabei, vom Licht des Evangeliums und vom Geist der Kirche geleitet sowie von christlicher Liebe gedrängt, unmittelbar und entschieden handeln.“; vgl. CL Nr. 55: „Der Laienstand hat im Weltcharakter seine Spezifität. Er dient der Kirche dadurch, dass er den Stellenwert der irdischen Wirklichkeiten im Heilsplan Gottes Priestern und Ordensleuten bezeugt und präsent macht“;
 - 34 Vgl. CL Nr. 6: „Schließlich darf ein anderes, für die heutige Menschheit charakteristisches Phänomen nicht unerwähnt bleiben. Die Menschheit wird wie vielleicht noch nie zuvor in ihrer Geschichte täglich und tiefgreifend durch

das Erlebnis der *Konfliktualität* aus dem Gleichgewicht gebracht. Es handelt sich hier um ein pluriformes Phänomen, das sich vom legitimen Pluralismus der Mentalitäten und der Initiativen unterscheidet und sich in verhängnisvollen Gegensätzen zwischen Menschen, Gruppen, Kategorien, Nationen und Nationenblocks Ausdruck verschafft. Diese Gegensätze äußern sich in Gewalt, Terrorismus und Kriegen. Wieder einmal, dieses Mal jedoch in weit größeren Ausmaßen, wiederholen ganze Teile der heutigen Menschheit den törichten Versuch, den »Turm zu Babel« zu erbauen (vgl. *Gen* 11, 1-9), weil sie ihre »Allmacht« bekunden wollen. Das Ergebnis dieses Experimentes aber bleibt Verwirrung, Kampf, Auflösung und Unterdrückung. Die Menschheitsfamilie ist bis in ihr Inneres hinein auf dramatische Weise erschüttert und zerrissen. Das Streben nach dem unermesslichen Gut des *Friedens* in Gerechtigkeit lässt sich dennoch nicht aus den Herzen der einzelnen und der Völker ausrotten. Die Seligpreisung des Evangeliums: »Selig, die Frieden stiften« (Mt 5, 9) findet unter den heutigen Menschen eine neue und bedeutungsträchtige Resonanz: Ganze Völker leben, leiden und arbeiten heute für Frieden und Gerechtigkeit.

Die *Teilnahme* von immer mehr Menschen am Leben der Gesellschaft ist heute der gängigste Weg, damit der Friede nicht reiner Wunsch bleibt, sondern Realität wird. Auf diesem Weg begegnen wir vielen Laien, die sich im sozialen und politischen Bereich, institutionell oder freiwillig in den vielfältigen Formen des Dienstes an den Ärmsten hochherzig engagieren

- 35 GS Nr. 90; vgl. auch AA Nr. 14: „Ein unermessliches Feld des Apostolates tut sich im nationalen und internationalen Bereich auf, wo vor allem die Laien Mitarbeiter der christlichen Weisheit sind. In Liebe gegenüber ihrer Nation und in treuer Erfüllung ihrer bürgerlichen Aufgaben sollen die Katholiken sich verpflichtet wissen, das wahre Gemeinwohl zu fördern und das Gewicht ihrer Meinung stark zu machen, damit die staatliche Gewalt gerecht ausgeübt wird und die Gesetze der sittlichen Ordnung und dem Gemeinwohl entsprechen ... Unter den charakteristischen Zeichen unserer Zeit verdient der wachsende und unwiderstehliche Sinn für die Solidarität aller Völker besondere Beachtung; ihn sorgsam zu fördern und in eine reine und wahre Leidenschaft der Brüderlichkeit zu läutern ist eine Aufgabe des Laienapostolates.“
- 36 Vgl. GS Nr. 77-90.
- 37 CL 42; ebd.: „Die von allen erwünschte, aber leider noch nicht ausgereifte Frucht der solidarischen politischen Tätigkeit ist der Friede. Angesichts aller Phänomene, die den Frieden verneinen oder bedrohen, können die Laien nicht indifferent, distanziert oder unberührt bleiben: Gewalt und Krieg, Folter oder Terroris-

- mus, Konzentrationslager, Militarisierung der Politik, Rüstung, Bedrohung durch Nuklearwaffen“; vgl. auch das Hirtenwort der deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Frieden“ (1983), in: Die Deutschen Bischöfe Nr. 34 und 48; ferner das Hirtenwort „Gerechter Friede“ (2000), in: Die Deutschen Bischöfe Nr. 66.
- 38 Vgl. KKK Nr. 2302-2304; CCC Compendio Nr. 480; vgl. ebenso *Compendio della dottrina sociale* Nr. 517.
- 39 Vgl. GS Nr. 77.
- 40 GS Nr. 81; vgl. GS Nr. 82: Wir müssen uns wandeln in unserer Gesinnung („*commutare corda nostra*“) und müssen die ganze Welt und jene Aufgaben in den Blick bekommen, die wir alle zusammen zum Fortschritt der Menschheit auf uns nehmen können.“
- 41 K.-J. Klein, Katholische Soldaten im Dienst für Frieden, Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit. *Die nationale und internationale Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)*, in: „*Meinen Frieden gebe ich Euch*“. Aufgaben und Alltag der Katholischen Militärseelsorge. FS für den Kath. Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr Erzbischof Dr. Dr. Johannes Dyba Bischof von Fulda, hrsg. von Jürgen Nabbe, Bonn 1999, 353.
- 42 GS Nr. 78: „So ist der Friede auch die Frucht der Liebe, die über das hinausgeht, was die Gerechtigkeit zu leisten vermag“; vgl. KKK Nr. 1829, 2304.
- 43 Vgl. CL Nr. 37, 83.
- 44 Vgl. CL Nr. 53.
- 45 Vgl. AA 28: Das Apostolat kann seine volle Wirksamkeit nur unter Voraussetzung einer vielfältigen und umfassenden Bildung erreichen. Eine solche verlangen nicht nur der stetige geistliche und geistige Fortschritt des Laien selbst, sondern auch die verschiedenen Sachbereiche, Personen und Aufgaben, denen sich sein Wirken anpassen muss.“ Ähnlich fordert AA 29: „Der Laie muss nämlich die Welt dieser unserer Zeit gut kennen und darum ein Glied seiner eigenen Gesellschaft sein, das für deren Kultur aufgeschlossen ist ... Diese Bildung ist als Fundament und Voraussetzung jedes fruchtbaren Apostolates anzusehen ... So fügt sich der Laie selbst reif und geflüstert in die Wirklichkeit der zeitlichen Ordnung ein und übernimmt erfolgreich seine Funktion bei ihrer Gestaltung. Zugleich macht er die Kirche als ihr lebendiges Glied und als ihr Zeuge inmitten der zeitlichen Dinge präsent und wirksam.“ „Das Apostolat kann seine volle Wirksamkeit nur unter Voraussetzung einer vielfältigen und umfassenden Bildung erreichen. Eine solche verlangen nicht nur der stetige geistliche und geistige Fortschritt des Laien selbst, sondern auch die verschiedenen Sachbereiche, Personen und Aufgaben, denen sich sein Wirken anpassen muss.“
- 46 Vgl. CL Nr. 57-63.
- 47 Katechismus der Katholischen Kirche. Neuübersetzung aufgrund der Editio typica Latina, München 2003 (=KKK).
- 48 Vgl. 1 Petr 3,15
- 49 *Compendio del Catechismo della Chiesa Cattolica*, Libreria Editrice Vaticana, Città del Vaticano 2005.
- 50 Pontificio Consiglio della Giustizia e della Pace (Hrsg.), *Compendio della dottrina sociale della Chiesa*, Libreria Editrice Vaticana, Città del Vaticano 2004.
- 51 Vgl. CL 38.
- 52 Vgl. CL Nr. 4, 34.
- 53 Vgl. GS 75; AA Nr. 14; ferner CL Nr. 42-44, 60.
- 54 CL Nr. 42; vgl. auch CL Nr. 7; vgl. ferner KKK Nr. 1915: „Die Bürger sollen soweit wie möglich am öffentlichen Leben aktiv teilnehmen ...“
- 55 Vgl. CL 60.
- 56 Kongregation für die Glaubenslehre, *Lehrmäßige Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben* (24. November 2002), in: Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 158 (=LN).
- 57 Vgl. LN Nr. 5: „Es handelt sich dabei nicht um ‘konfessionelle Werte’, denn diese ethischen Forderungen wurzeln im menschlichen Wesen und gehören zum natürlichen Sittengesetz.“
- 58 LN Nr. 12; vgl. auch Nr. 2: „Die Geschichte des 20. Jhs. zeigt hinreichend, dass jene Bürger Recht haben, die die relativistische Theorie für vollkommen falsch halten, nach der es keine moralische Norm gibt, die in der Natur des Menschseins selbst wurzelt und der jede Auffassung vom Menschen, vom Gemeinwohl und vom Staat zu unterwerfen ist.“ Vgl. auch KKK 1954-1960.
- 59 Vgl. Vgl. Apostolisches Schreiben *Novo Millennio Ineunte* von Papst Johannes Paul II an die Bischöfe, den Klerus, die Ordensleute und an die Gläubigen zum Abschluss des Großen Jubiläums des Jahres 2000 (6. Januar 2001), in: Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 150, Nr. 51 (=NMI).
- 60 Vgl. Lehrmäßige Note Nr. 2: „Heute kann man einen gewissen kulturellen Pluralismus feststellen, der mit der Theorie und Verteidigung des ethischen Pluralismus deutliche Zeichen an sich trägt, die den Verfall und die Auflösung der Vernunft und der Prinzipien des natürlichen Sittengesetzes anzeigen. In der Folge dieser Tendenz ist es leider nicht unüblich, dass in öffentlichen Erklärungen behauptet wird, der ethische Pluralismus sei die Bedingung für die Demokratie...“
- 61 NMI Nr. 51: „Um dem christlichen Zeugnis besonders auf jenen heiklen und umstrittenen Gebieten Wirkkraft zu verleihen, ist es wichtig, sich mit Kraft dafür einzusetzen, die Beweggründe des kirchlichen Standpunktes in angemessener Weise zu erklären. Dabei muss man vor allem herausheben, dass es nicht darum geht, den Nichtglaubenden eine Perspektive des Glaubens auszudrücken, sondern die Werte zu deuten und zu schützen, die in der Natur des Menschen selbst verwurzelt sind.“
- 62 KKK Nr. 1954.
- 63 KKK Nr. 1955.
- 64 KKK Nr. 1956.
- 65 Vgl. CL Nr. 14; vgl. CIC Can. 905.
- 66 Vgl. CL Nr. 34: „Dieses Zeugnis wird möglich, wenn es den Laien gelingt, den Gegensatz zwischen dem Evangelium und dem eigenen Leben zu überwinden und in ihrem täglichen Tun, in Familie, Arbeit und Gesellschaft eine Lebenseinheit zu erreichen, die im Evangelium ihre Inspiration und die Kraft zur vollen Verwirklichung findet.“
- 67 Vgl. CL Nr. 3: „Die Herausforderung, der sich die Synodenväter stellten, bestand im Grunde darin, konkrete Wege zu finden, damit die viel versprechende ‚Theorie‘ über die Laien, die das Konzil zum Ausdruck gebracht hat, zur echten kirchlichen Praxis wird.“ Vgl. auch: Lehrmäßige Note Nr. 9: „Die Orientierungen, die in der vorliegenden Note enthalten sind, wollen einen sehr wichtigen Aspekt des christlichen Lebens beleuchten: die Einheit und Kohärenz zwischen Glauben und Leben, zwischen Evangelium und Kultur, an die das Zweite Vatikanische Konzil erinnert hat.“
- 68 Vgl. AA Nr. 4.
- 69 CL Nr. 34.
- 70 Vgl. AA Nr. 13: „Diese Sendung der Kirche in der Welt erfüllen die Laien vor allem durch jene Einheit von Leben und Glauben, durch die sie zum Licht der Welt werden...“; vgl. außerdem AA Nr. 16, 19; vgl. CL Nr. 59: „Sie (d.h. die Laien) können keine Parallelexistenz führen: auf der einen Seite ein so genanntes ‘spirituelles’ Leben mit seinen Werten und Forderungen und auf der anderen Seite das so genannte ‘welthafte’ Leben, das heißt das Familienleben, das Leben in der Arbeit, in den sozialen Beziehungen, im politischen Engagement und in der Kultur.“ Dazu CL Nr. 59: „Bei der Entdeckung und Verwirklichung der eigenen Berufung und Sendung müssen die Laien zu jener Einheit hingeführt werden, die ihrem Sein als Glieder der Kirche und als Bürger der menschlichen Gesellschaft entspricht.“ Vgl. auch CL Nr. 60, 62.
- 71 Vgl. CL Nr. 41: „Unmittelbarer und allgemeiner Inhalt der christlichen Inspiration der zeitlichen Ordnung, die spezifische Aufgabe der Laien ist, bleibt die Nächstenliebe in ihrem altüberkommenen und immer neuen Formen der leiblichen und geistigen Werke der Barmherzigkeit“; vgl. auch CL Nr. 48
- 72 Vgl. KKK Nr. 1506, 1509.
- 73 Vgl. AA Nr. 8; CL Nr. 41
- 74 EE Nr. 84
- 75 Vgl. CL 53 f.
- 76 Vgl. AA Nr. 14.
- 77 Vgl. CL Nr. 41.

SOLDATENWALLFAHRT NACH SANTIAGO DE COMPOSTELA:



Bild 1: Am Ende der Pilgerschaft, auf dem „Monte del Gozo“, dem „Berg des Jubels“, stehen diese zwei steinernen Zeugen der Wallfahrt, die mit dem ersten Blick auf die Kathedrale von Santiago de Compostela dem Ziel ihres Weges ganz nahe sind.

Auf neuen Wegen zum alten Ziel: Deutsch spanische Jakobuswallfahrt 2005

VON FRANZ THIELE UND NORBERT GLINKA

Der Überlieferung nach hat der Apostel Jakobus in Spanien missioniert, und zwar im Verlauf des Ebro, vor allem in der Gegend der heutigen Stadt Zaragoza. Nach seinem Martyrium in Jerusalem – er war der erste Blutzeuge unter den Aposteln – wurde sein Leichnam von zwei seiner Jünger in den Nordwesten Spaniens gebracht und dort beigesetzt. Im 8. Jahrhundert wurde das Grab auf wundersame Weise durch ein Sternenwunder entdeckt. Diese als göttliches Zeichen gewertete Entdeckung beflügelte die Rückeroberung Spaniens bzw. die Verdrängung der muslimischen Mauren von der iberischen Halbinsel.¹ Als bald setzte allerdings auch eine gesamteuropäische Wallfahrtsbewegung nach Santiago de Compostela (*wörtliche Übersetzung: „Der heilige Jakob vom Sternenfeld“*), die den gleichen Rang hatte wie Pilgerfahrten nach Rom oder ins Heilige Land. Seit etwa einem Jahrzehnt erlebt diese Wallfahrt eine erstaunliche und eigentlich auch unerwartete Renaissance; das ist allerdings nicht nur ein

Gewinn für das religiöse und spirituelle Umfeld. Die Europäische Union hat den Jakobsweg – „Camino de Santiago“ – zu einer geschichtlichen Route der europäischen Kultur und europäischen Einheit erklärt.

Traditionelle Jakobuswege

Über die Jahrhunderte hinweg haben sich bestimmte traditionelle und auch traditionsreiche „Jakobuswege“ herausgebildet, die in fernen Regionen Europas beginnen, z.B. in Danzig oder im Osten Österreichs, um sich dann in Spanien zu einigen wenigen „Caminos“ mit dem Ziel Santiago de Compostela bündeln. Der bekannteste und auch am häufigsten von Pilgern aus aller Welt „begangene“ Weg ist der „Camino francés“, der „Französische Weg“, der von den Pyrenäen über Pamplona, Burgos, León, Astorga, Samos und Arzúa nach Santiago führt. Ein anderer Weg führt die Pilger entlang der gebirgigen Nordküste Spaniens zum Ziel, ein anderer folgt der römischen Silberstraße („Vía de la Plata“) von Sevilla nach Norden; der

„Camino portugués“ wurde vor allem von den Portugiesen genutzt, während der „Camino inglés“ englische Pilger nach Santiago geleitete, die von England bis La Coruña das Meer zu Schiff überquerten.

Andere spanische Jakobuswege gerieten demgegenüber in Vergessenheit, und erst jetzt beginnt man sich ihrer zu erinnern, sicherlich nicht nur aus historischen oder religiösen Gründen; die Erwartung, so auch den Tourismus in weniger bekannten Regionen Zentralspaniens beleben zu können, spielt sicher eine nicht geringe Rolle dabei.

Deutsch-spanische Soldatenwallfahrt 2005

Die diesjährige Soldatenwallfahrt vom 3. bis 12. Juni machte sich diese Entwicklung zunutze und vollzog sich schwerpunktmäßig auf der kastilischen Hochebene zwischen den Städten Valladolid und Sahagún, wo dieser neue Weg (der „Camino de Madrid“) in den klassischen „Camino francés“ einmündet. Die Gemeinden dieser Region sind dabei, „ihren“ Jakobusweg mit den bekannten gelben Pfeilen, aber auch mit schönen steinernen Wegmarken zu kennzeichnen (*Bild 2*). Teils muß man allerdings noch auf diese Hilfen verzichten. Unserer diesjährigen Wallfahrt kamen zwei ortskundige Begleiter der „Freunde des Camino de Santiago“ aus Valladolid zur Hilfe, um uns Um- und Irrwege zu ersparen.

Die Pilger waren in diesem Jahr – wie eigentlich immer – in Kasernen, Klöstern und abschließend in der hotelmäßig ausgebauten Anlage auf dem Monte del Gozo vor den Toren von Santiago untergebracht. Da zu dem relativ frühen Zeitpunkt der Wallfahrt der Pilgerstrom noch überschaubar war und außerdem nur ein „normales“ Pilgerjahr ist (2004 war ein „Heiliges Jakobusjahr“), war die Unterbringung eigentlich überall behaglich, für den einen oder anderen unserer Pilger sogar „zu komfortabel“.

¹ Die Araber eroberten große Teile Spaniens zwischen 711 und 718 und stießen bis in die Gegend von Poitiers vor, wo sie 732 von einem Frankenheer unter Karl Martell geschlagen und zum Rückzug hinter die Pyrenäen gezwungen wurden. In Spanien erlitten die muslimischen Eroberer 718 bei Covadonga (Asturien) eine erste Niederlage gegen ein kleines christliches Heer. Daraufhin nahmen sie von einer dauerhaften Besetzung des Nordwestens Spaniens Abstand.



Weg und Sehenswürdigkeiten

Unser Weg in Kastilien führte über knapp 100 km von Wamba über La Santa Espina, Medina de Rioseco, Tamariz de Campos, Moral de la Reina, Cuenca de Campos, Villalón de Campos, Santervás de Campos und Grajal de Campos nach Sahagún, dem Schnittpunkt des neuen Weges mit dem „Camino francés“, dessen unterschiedliche Abschnitte von unserer Pilgergruppe teils mehrfach durchwandert wurden.

Wamba ist heute ein kleines Dorf, benannt nach dem König der Westgoten Wamba, der dort gelegentlich residierte. Die romanische Dorfkirche verfügt über ein großes Beinhaus, das der Öffentlichkeit zugänglich ist.

La Santa Espina (der Heilige Dorn) ist eine mächtige Klosteranlage im Stil der Zisterzienser, deren Außenanlagen heute von einer staatlichen Landwirtschaftsschule einschließlich eines landeskundlichen Museums genutzt wird. In der Kirche, die man eher als Kathedrale bezeichnen möchte (Bild 3), wird ein Dorn der Dornenkrone Christi verehrt, den eine adelige Förderin des



Bild 3

<< Bild 2: Eines der in dieser Region noch neuen und ungewohnten Wegzeichen, die die Entfernung nach Santiago anzeigen.

Bild 4: Blick auf den „Canal de Castilla“, der einmal bis zum weit entfernten Meer gehen sollte. Die Pilger hatten Gelegenheit, etwa zwei Wegstunden mit einem Boot auf diesem Kanal zurückzulegen, dessen Trasse in etwa der des Camino de Madrid folgt.>>



Klosters aus der Kathedrale von Saint-Denis in Paris mitbrachte.

Medina del Rioseco, die „Stadt der Admiräle“, da die frühen Admiräle von Kastilien von dort kamen – trotz der großen Entfernung zum Meer – oder zumindest die Stadt förderten, hatte im Mittelalter mit 12.000 Einwohnern mehr Einwohner als das damalige Madrid, dessen Aufstieg erst richtig unter Kaiser Karl V, als spanischer König Carlos I, begann.

Man ist immer wieder überrascht von der Vielzahl gewaltiger Kirchenbauten in den kastilischen Ortschaften, so auch in Medina. Die von der kastilischen Krone gewährten Marktrechte bescherten der Stadt große Märkte mit internationalem Anspruch und einen enormen Reichtum, der sich – noch heute erkennbar – in der Innen- und Außenarchitektur niederschlug.

Der „Canal de Castilla“, ein künstlicher Wasserweg aus dem 18. Jahrhundert (Bild 5), mit dem man zum Meer gelangen wollte, nahm in Medina de Rioseco seinen Anfang, wurde aber nicht sehr weit geführt, da sich bald die Eisenbahn als das schnellere Verkehrs- und Transportmittel erwies.

Das heutige Jesuitenkloster in dem Dorf Villagarcía de Campos, in dem die Pilgergruppe drei Nächte verbrachte, verfügt über eine Klosterkirche, die „Colegiata“, die von Doña Magdalena de Ulloa, der Pflegemutter des illegitimen Sohns Karls V., Don Juan de Austria (in Regensburg geboren) gestiftet und gefördert wurde. Don Juan de Austria verbrachte

te vier Jahre seiner bewegten Kindertage in Villagarcía de Campos. Ein dem Kloster angeschlossenes Museum zeigt eine erstaunliche Vielzahl an Kunstwerken, Dokumenten und Materialien aus dem Umfeld der damaligen Zeit, z.B. ein Stück der Standarte des türkischen Flaggschiffs aus der Seeschlacht von Lepanto (1571), in der der junge Admiral D. Juan de Austria mit einer christlichen Flotte die Türken aus dem westlichen Mittelmeer vertrieb.

Auch Villalón de Campos, das ständig mit Medina del Rioseco um den ersten Platz in der Region wetteiferte, verdankt dem internationalen Handel und seiner Rolle als internationaler Finanzplatz eine lange Phase des städtischen Reichtums und allgemeinen Wohlstands.

Nach dem Einschwenken auf den „Camino francés“ in Sahagún legten wir den weiteren Weg nach Santiago de Compostela überwiegend mit dem Bus zurück. Zu Fuß wurden die letzte Phase des Anstiegs zum „Cebreiro“² (Bild 5) bezwungen (rund 10 km) sowie eine Etappe von



Bild 5: Die Pilger Glinka, Krupke und Thiele am Cebreiro-Pass. >>

² Der Berg „El Cebreiro“ – 1.300 m hoch – liegt an der Grenze der autonomen Regionen Castilla y León und Galizien. In der Kirche des kleinen gleichnamigen Weilers wird ein Kelch aufbewahrt, der an ein frühmittelalterliches Blutwunder erinnert und der deshalb auch als der „heilige Gral von Galizien“ bezeichnet wird.



etwa 20 km, die zum Monte del Gozo vor den Toren von Santiago führte (Bild 1), jenem Berg, von dem aus der Pilger erstmals die Türme der Kathedrale des heiligen Jakobus erkennen kann.

Mit der feierlichen Pilgermesse in der Kathedrale von Santiago, bei der unser spanischer Leiter, Generalmajor a.D. Francisco Castrillo Mazéres, eine öffentliche Widmung sprechen konnte (s. Kasten), endete die Wallfahrt, an der rund 70 Pilgerinnen und Pilger, darunter 16 aus Deutschland, teilnahmen. Für die deutschen Teilnehmer müssen zur Wallfahrt einschl. der gemeinsamen Rückfahrt aller Pilger von Santiago nach Madrid je ein Tag für die An- bzw. Rückreise hinzu gerechnet werden.

Die kastilische Hochebene, „Meseta“ genannt (Bild 6) – durchschnittliche Höhe 800m – ist ein von vielen Pilgern „gefürchteter Ab-

<< Bild 6: Die Einsamkeit der baumlosen „Meseta“, der kastilischen Hochebene, ist immer wieder eine Herausforderung, vor allem für den Pilger, der allein seinen Weg geht.

schnitt“. Das Klima ist rau, morgens ist es oft noch frisch, später brennt die Sonne dann gnadenlos auf die weitgehend baum- und strauchlose „Weizensteppe“; kleine Ortschaften oder der eine oder andere Baum erscheinen in flimmernder Luft am Horizont, verschwinden aus dem Blickfeld des Wanderers, wenn sein Weg ihn in eine Senke führt, erscheinen erneut, wenn die nächste Anhöhe erreicht wurde, um bald wieder zu verschwinden; der Pilger fühlt sich oft angesichts des Fehlens von zuverlässigen Referenzpunkten im Gelände von bösen Kräften oder schelmischen Kobolden genarrt – je nach seiner „mentalenen Tagesform“. Auch die Einsamkeit des Pilgers in dieser weiten Landschaft kann für manchen modernen Menschen zu einer Belastung werden.

Am Ziel: Santiago

Die Pilgermesse in der Kathedrale von Santiago de Compostela am Mittag des 12. Juni war ein großes Ereignis, da an ihr mehr als zwei Dutzend Pilgergruppen aus aller Welt – von Litauen bis Brasilien – teilnahmen, die teils ihre eigenen Priester dabei hatten, die sich zur Konzelebration mit dem für die Pilger zuständigen örtlichen Prälaten um den Altar versammelten. Leider unterblieb in diesem Jahr der stets spektakuläre Einsatz des

„botafumeiro“, des riesigen Inszenzgefäßes der Kathedrale, zum Abschluss des feierlichen Gottesdienstes. Für eine unerfreuliche Note sorgte ein Priester des Domkapitels, der in der Rolle des „Zeremonienmeisters“ in unübersehbaren Barschheit die ortsfremden und nicht immer sprachkundigen Pilgerpriester auf ihre jeweiligen Plätze am Altar wies. Kein guter Eindruck vom Klerus dieser bedeutenden und sich eigentlich als „weltoffen“ verstehenden Pilger-Kathedrale! □

Widmung an den Apostel Jakobus,

vorgetragen von Generalmajor a.D. Francisco Castrillo Mazéres am 12.06.2005 in der Kathedrale von Santiago de Compostela:

„Heiliger Apostel Jakobus:

Im Namen des spanischen Militär-apostolats und des deutschen Katholischen Militärbischofs werfen wir uns inbrünstig zu Deinen Füßen nieder. Wir sind eine Gruppe von spanischen und deutschen Pilgern des Ordens der „Peregrinos del Camino de Santiago“. Es ist unsere neunzehnte internationale Wallfahrt; fünf davon fanden in Deutschland statt. So Gott will, werden wir im nächsten Jahr auf dem alten deutschen Pilgerweg von Köln nach Trier wandern.“³

Wir pilgern zu Fuß und üben uns in Anspruchslosigkeit. Wir bemühen uns, unsere Pilgerschaft als Sinnbild unseres ganzen Lebens zu verstehen: Wir fühlen uns das ganze Jahr über als Pilger. Wir bitten Dich für Deutschland, Spanien, Europa und die ganze Welt.

Wir sind uns mit dem verstorbenen Papst Johannes Paul II. der Tatsache bewusst, dass letztlich das Gute über das Böse siegen wird. Beschütze, Heiliger Jakobus, unsere Kirche, die darauf vertraut, dass die Kräfte des Bösen nicht siegen werden.

Erhalte uns unseren Pilgergeist, und so werden wir in der gleichen inneren Haltung fortfahren Pilger zu sein, solange du es willst.“

3 Der Bundesvorstand der GKS hat inzwischen entschieden, dass die Wallfahrt 2006 nicht in Deutschland stattfinden wird. Die spanische Seite prüft die Möglichkeit, stattdessen ein Stück auf dem Pilgerweg in Asturien an der Nordküste Spaniens zu pilgern. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.



Bild 7: Wegzeichen, dass dem Pilger das baldige Ende seiner beschwerlichen Wallfahrt anzeigt.

(Fotos: Norbert Glinka)

Wie war's – war's schön?

VON LUDWIG STRAUSS

Allein schon diese Fragestellung spannt mir die Kopfhaut, ich war doch auf einer Pilgerreise, und zwar auf dem Jakobsweg nach Santiago de Compostela! Diese Frage musste ich nach Rückkehr zigmal beantworten, und jedesmal aufs Neue, hätte ich statt antworten, mich umdrehen mögen. Eigentlich bin ich schon ein ruhiger Typ, aber schon diese Fragestellung mit der jeweiligen Erwartungshaltung, stufte das Unternehmen und natürlich auch die Antwort in eine Schublade! Aber es waren eben nicht gemeinsame Schubladen! Obwohl, die Schubladen gefallen mir, wahrscheinlich bin oder gehöre ich ja auch einer dieser Schubladen an, und einmal abgelegt, ist es schwer zu wechseln. Ich wollte doch selber die Größe meiner Schublade erkunden, Höhen und Tiefen kennen lernen, Möglichkeiten der eigenen Kraft kennen lernen, vielleicht auch helle und dunkle Ecken besser zu erkennen, und überhaupt, die „Anderen“ wussten schon wieder alles viel besser. Immer geht es um das Gleiche: nicht der Inhalt ist wichtig, nur das Ereignis, nicht die Absicht, nur der Erfolg, nicht die Erkenntnis, nicht die Botschaft, nur die Schlagzeile.

Aber was zählt heute? Ein Modetrend oder das persönliche Erlebnis?

Ich war doch selber auf der Suche. Ich musste doch erst selber mir über meine Ziele im Klaren werden, woher sollte ich schon die Antworten wissen.

Nur die Umgebung und die Fragenden wussten vieles schon wieder besser. Ganz sicher könnte man sich jetzt noch über die Reihenfolge der Schubladen streiten, stellte man sich dazu die passende Kommode vor, aber das wichtigste, die Position meiner Schublade festzustellen, ist mir beim Sortieren abhanden gekommen. Aber deswegen war ich doch auf der Suche. Also doch Egotripp? Oder war es einfach die ehrliche Absicht, ein Stück Eigenes zu erkennen bzw. überhaupt die Kommode zu finden, und den Raum in dem sie steht.

Dazu dann die Reise, so viele Eindrücke, Erlebnisse Erfahrungen, wie schwer ist es da, Ordnung und

Übersicht zu erlangen. Es braucht also Zeit! Zeit die natürlich oft nicht gegeben ist, bei der Frage: *Wie war's – war's schön?* Da kommen wieder die Bilder in den Kopf – endlose Weite – spanische Meseta – Hitze – kein Schatten – den Kopf voller wirrer Gedanken – warum nur – warum bin ich hier – nur Durst – keine Antworten – niemand neben sich, der vielleicht eine Hilfe wär! – noch sechs Kilometer vor sich – die Füße schmerzen, aber keine Ordnung der Gedanken möglich! – ein neuer Tag! – ein neuer Anlauf! – und wieder keine Antworten gefunden!

Dank der ausgezeichneten Organisation dieser Wallfahrt durch die spanischen Kameraden – Verpflegung und Unterkunft für die Teilnehmer war bestens – sollte doch den Pilgern diese Sorgen genommen sein. Trotzdem ist natürlich die Umgebung, der Tagesablauf, das Klima und die Menschen für die Pilger vom gewohnten Alltag her, eine totale Veränderung. Morgengedanken :

Vater unser im Himmel,

Geheiligt werde dein Name.

Dein Reich komme.

*Dein Wille geschehe, wie im Himmel
so auf Erden. ...*

Danach Abmarsch, immer der Herde nach, oftmals zum Ordnen alter und neuer Eindrücke überhaupt keine Gelegenheit, nicht die Situation, profane Dinge, wie Quartier machen, Körperpflege, Ausruhen, Einkaufen, Pilgermesse, Essen, Schlafen, Koffer packen, Verladen, Ordnung schaffen, Besichtigungen, Kulturgeschichte aufnehmen, kleine Konversation mit dem spanischen Mitpilger, bestimmen den Tagesrhythmus. Wo bitte schön kam ich! Also verlegen des Nachdenkens auf die Nachtruhe – aber Dank Müdigkeit verschlafen. Ganz sicher sind dies allein meine Sichtweisen und hat absolut mit dem Programm nichts zu tun. Im Gegenteil, ich war doch glücklich dabei zu sein. Die Tage vergingen wie im Flug, die Zeit für Ordnung musste warten, mal Rücksicht auf die Gruppe, mal Rücksicht auf seinen Zimmerkollegen, mal auf den Zeitplan. Trotz vieler neuer Erlebnisse und emotionalen Gefühlen, war der alte

Kram im Kopf noch nicht geordnet!
Wie war's – war's schön?

In der Nachbereitung dieser Pilgerreise beschäftigen mich viele Gedanken. Ganz sicher waren schon viele falsche oder vorschnelle Antworten gesagt, wo ich doch wirklich eben erst die vielleicht wahren Antworten für mich erahnte.

Wie sollte ich dabei den Menschen erklären, wie groß meine Kommode ist, wie viele Schubladen sie beinhaltet? Ist es meine Kommode oder die Kommode dieser Welt, gibt es nur eine Kommode, oder ein ganzes Zimmer davon, wie sieht diese Kommode aus? Farbe? Größe? Stilrichtung? bayrisch-barock? Qualitätsausführung? Fragen über Fragen.

Aber bitte nur eine kurze Antwort: *Wie war's – war's schön?*

Dabei stellt ich mir vor, welche Maserung dieser alte Olivenbaumstumpf, den ich auf der Abfallhalde einer Autobahnraststätte sah, auf meiner Schubladenfrontseite wohl abgegeben hätte. Mit etwas handwerklicher Mühe, wäre da schon vieles rauszuholen.

Aufruf zum Einsteigen, Stärke feststellen, 100 km Busfahrt vor uns. Aussteigen, Aufstieg zum Gebirgspass O'Cebreiro, Wetter schwül und heiß, steiler Bergpfad, nach einer halben Stunde fühlt sich der Rucksack wie ein Riesenpflaster auf dem Rücken an, alles durchgeschwitzt, aber der Schweiß findet Lösungen, irgendwo an den Lenden wird es nass. Auch das Lunchpaket im Rucksack hat sich daran beteiligt! Zwölf Uhr Mittag, Angelusgebet! es finden sich acht, zehn Mitpilger zusammen:

„EI Angel de Senor anuncio a Maria, Y concibio por obra y gracia dei Espiritu Santo. Dios te salve Maria ...“

Hier ist etwas von der Ruhe und Geborgenheit zu spüren. Beginnt jetzt die Wallfahrt, ist dies das Erlebnis? Die Hände sind feucht, suchen ein Taschentuch, aber es ist sowieso alles feucht, also Haltung bewahren. Die nächsten Schritte sind schwer. Ich bin müde. Nach der nächsten Bergkuppe ist immer noch kein Ziel in Sicht, also stapfen wir weiter bergauf, zur nächsten Kuppe. Ich bin immer noch am Grübeln auf die richtige Antwort:

Wie war's – war's schön? □

PERSONALIA:

Georg Leber, SPD-Politiker und früherer Bundesminister, wurde am 7. Oktober 85 Jahre alt. Der gebürtige Westerwälder und gelernte Maurer war in den 50er und 60er Jahren Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden und gehörte von 1957 bis 1983 dem Deutschen Bundestag an. In der Großen Koalition und in der sozial-liberalen Ära leitete er sechs Jahre das Bundesverkehrsministerium. 1971 berief ihn Kanzler Willy Brandt zum Verteidigungsminister. 1978 übernahm er die politische Verantwortung für eine unerlaubte Abhöraktion des Militärischen Abschirmdienstes und trat zurück. Der aktive Katholik Leber engagierte sich für ein entspannteres Verhältnis zwischen seiner Partei und seiner Kirche. Als erster Sozialdemokrat wurde er 1968 in das damals CDU-dominierte Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) berufen und war dort 26 Jahre tätig. (KNA)

Dirk Tänzler (36), Soziologe und Sozialpädagoge und zuletzt Vorsitzender des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im Bistum Essen, ist zum neuen Bundesvorsitzenden des BDKJ gewählt worden. Er tritt zum 1. Januar 2006 die Nachfolge des aus dem Erzbistum Hamburg stammenden Knuth Erbe (36) an, dessen Amtszeit wegen des Weltjugendtages bis zum Jahresende verlängert worden war. Bundesvorsitzende des Jugenddachverbandes ist seit 2003 Andrea Hoffmeier (36) aus der Erzdiözese Köln. (KNA)

Matthias Wirth (25), Student, Vertreter der Kolpingjugend im Bund

der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und seit September auch Vorsitzender der Kolpingjugend Europa, ist zum Sprecher der „aktion kaserne“, die die Interessen junger Wehrpflichtiger vertritt, gewählt worden. (KNA)

Hans Joachim Stenzig, Stabsfeldwebel a.D., starb am 26. September 2005 im Alter von 59 Jahren. Während seiner aktiven Dienstzeit als Soldat hatte er sich im Laienapostolat der Katholischen Militärseelsorge im Wehrbereich III (NRW) engagiert und regelmäßig als Delegierter an den Wochen der Begegnung teilgenommen. Im April 1998 trat er dem Förderkreis der GKS bei. Auch in seine zivile Heimatpfarrei Liebfrauen in Hennef-Warth brachte er sich tatkräftig ein. Von 1999 bis zu seinem Tode war er dort als Küster tätig. □

BRIEF AN DIE REDAKTION AUFTRAG:

Lieber Herr Schulz,
vor wenigen Tagen traf die Augustnummer der von Ihnen verantworteten Zeitschrift „Auftrag“ hier ein, für deren Übersendung ich hiermit Dank sagen möchte. Mehrere Artikel fanden mein besonderes Interesse, so insbesondere der Beitrag „Weil sie Göring nicht grüßten...“ (S. 36-37). Da die Anschriften der Autoren auf Seite 87 nicht angegeben sind, sei an die Lebensbilder über Pfarrer Johannes Schulz (vgl. Band I, S. 577-580) und Dechant Josef Zilliken (vgl. Band I, S. 584-587) von Diözesanarchivar Dr. Martin Persch erinnert, die in „Zeugen für

Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts“ (Paderborn u.a. 1999; 32001) erschienen sind.

Die „Arbeitsgemeinschaft Frieden“ in Trier, deren Adresse mir unbekannt ist, will „sieben Männer der Vergessenheit entreißen“ (S. 37). Es sei mir gestattet, zu den „sieben Märtyrerpriester des Bistums Trier“ (ebd.) zu sagen, daß nach der o.g. Veröffentlichung Pfarrer Wilhelm Caroli zwar aus dem Bistum Trier stammt, er aber „Priester des Bistums Speyer“ (Zeugen für Christus. Bd. I, S. 561) war. Sollten alle Blutzugehörigen „des Bistums Trier“ (S. 37) aufgeführt werden, müssten redlicherweise auch die Ordenspriester erwähnt werden, so etwa der Koblenzer Jesuitenpater Dr. Albert Maring (vgl. das von mir mitverantwortete Lebensbild in Band II, S. 791-795) oder der Steyler Missionar P. Johannes Frank aus Niederscheidweiler (vgl. mein Biogramm in Band II, S. 864-866). Umgekehrt fehlt der Trierer Diözesanpriester Adam Schäfer, der auch im „Priesterseminar“ zu Trier war (vgl. Band I, S. 571-574). Schließlich muß es „Josef“ statt „Kaspar“ Zilliken heißen, so richtig im nebenstehenden Artikel.

Bezüglich der Rezension über die „Militärsoziologie“ von Nina Leonhard und Ines-Jacqueline Werkner (S. 84) frage ich an, ob Ihnen deren Anschrift an der Universität Potsdam (?) evtl. zur Hand ist.

Übrigens: Dr. Jörg Echternkamp vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam wird binnen weniger Wochen eine Monographie über das Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland vorlegen, insbesondere über die Personen, welche die „weiße Fahne“ in den letzten Kriegstagen gehisst haben und deshalb standrechtlich erschossen wurden. Einige von ihnen sind im deutschen Martyrologium biographisch aufgenommen.

Ihrer Zeitschrift eine weite Verbreitung wünschend, bin ich mit besten Grüßen

Ihr Helmut Moll

Prälat Dr. Helmut Moll
Kardinal-Frings-Straße 1-3
50668 Köln



Ein neues Buch von Oberst a.D. Dieter Kilian, Autor der im AUFTRAG 259 begonnen Serie über die Bundespräsidenten und die Bundeswehr (s.a.S. 48 ff.) sowie Mitautor des Sonderdrucks ISLAM (AUFTRAG Nr. 251/Juli 2003)

Religion und Kirche

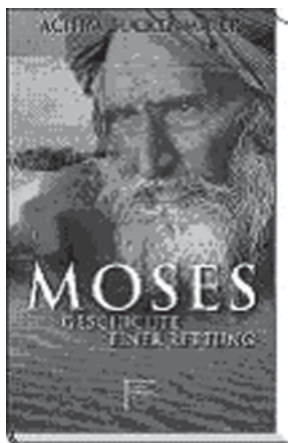


Alfred Läßle:
Guten Lebensabend! Wie Christen im Alter ihr Leben meistern können. Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2005, 176 S., kat.

Die Seminare der GKS zur Vorbereitung auf den „3. Lebensabschnitt“ in Nürn-

berg und in Stapelfeld sind sehr gefragt. Auf der Schwelle vom fordernden und oft abwechslungsreichen Soldatenalltag zum Ruhestand in relativ frühem Lebensalter fragen Viele, wie es nun wohl weiter geht. Vor allem Ehefrauen von Soldaten befürchten häufig, ob nun ein Befehlsgewohnter im Haus das Kommando übernehmen will, ohne zugleich die anfallende Arbeit sachgerecht und ohne zu murren zu erledigen.

Wie gelingt der 3. Lebensabschnitt? Auf diese Frage gibt der selbst im „Unruhestand“ lebende 90-jährige Alfred Läßle – Priester, Wissenschaftler und Sachbuchautor – Antworten. Besonders wichtig, dass es ihm nicht um den Übergang vom Berufsleben zum Ruhestand geht, sondern vor allem um die Gestaltung des Alters als einer wichtigen und nicht zu umgehenden Lebensphase. Der Autor behandelt die Würde und die Nöte des Älterwerdens. Er behandelt Fragen wie Pflegeversicherung, Patientenverfügung, Testament, Begräbnisvorsorge und Umzug ins Altersheim. Gut die Hälfte des Buches befasst sich mit den Themen „Christlich sterben“, der „Begegnung mit Gott im Sakrament“ (u.a. Krankenkommunion und -salbung) und schließlich im letzten Abschnitt mit „Würde und Trost des Gedenkens“. Es lohnt sich, dieses von Lebenserfahrung und -weisheit geprägte Buch zu lesen und sich auch mit seinem Inhalt auseinander zu setzen. (PS)



Achim Buckenmaier:
Moses. Geschichte einer Rettung. Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2005, geb. 160 Seiten.

Am Anfang dieses Buches steht die „Operation Moses“, mit der zwischen dem 18. November 1984 und dem 5. Januar 1985 mehr als

14.500 Juden aus Äthiopien nach Israel evakuiert wurden, um die äthiopischen Juden vor dem Hungertod und vor dem Bürgerkrieg zu retten. Ohne die kollektive Erinnerung Israels an den Exodus vor 3.700 Jahren aus

Ägypten wäre der Auszug aus Äthiopien trotz moderner Technik kaum realisiert worden.

Um Moses, den jüdisch-christlichen Stammvater, ranken sich geheimnisvolle Geschichten: die Auffindung des ausgesetzten Babys durch die Tochter des Pharao, der brennende Dornbusch, der Auszug aus Ägypten und die Spaltung des Roten Meeres, der Bundesschluss und die Übergabe der Zehn Gebote auf dem Berg Sinai, das Goldene Kalb, die 40-jährige Wanderschaft des Volkes Israel durch die Wüste. Achim Buckenmaier zeichnet den Weg jenes Mannes nach, dem Gott seinen Namen und ein Gesetz für die Menschheit offenbarte, das bis heute Gültigkeit hat. Der Autor stellt sachkundig dar, was jüdische und christliche Traditionen über die Texte der Bibel hinaus noch über Moses wissen.

Dr. theol. Achim Buckenmaier, Jg. 1959, ist Priester und gehört der Katholischen Integrierten Gemeinde an, die sich besonders dem jüdisch-christlichen Dialog widmet. Von ihm ist bereits das Buch „Abraham. Vater der Gläubigen“ erschienen. (PS)

Walter Mixa, Reinhold Michels:
„Selbstverständlich katholisch!“ Sankt Ulrich Verlag, Augsburg, 176 S., geb.

Marcello Pera, Joseph Ratzinger:
„Ohne Wurzeln. Der Relativismus und die Krise der europäischen Kultur“. Sankt Ulrich Verlag, Augsburg 2005, 157 S., geb.

Der vormalige Kurienkardinal Joseph Ratzinger, jetzt Papst Benedikt XVI., fand mit seinem Interview-Buch „Salz der Erde“ (1996/98), welches er in Zusammenarbeit mit dem Journalisten Peter Seewald erstellte, breiten öffentlichen Zuspruch. Mit Blick auf das Jahr 2000 stand diese Publikation unter dem Thema „Christentum und katholische Kirche an der Jahrtausendwende“. Dieses Buch war so erfolgreich, dass es einen ganzen Reigen weiterer Interview-Bücher folgen ließ. Zu nennen sind beispielsweise von Erzbischof John Patrick Foley „Gott im globalen Dorf“ im Gespräch mit Ulrich Bobinger oder von Walter Mixa „Priester für die Welt“ (2000) im Gespräch mit Norbert Matern. Von besonderer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang das Interview-Buch von Papst Johannes Paul II. „Erinnerung und Identität. Gespräche an der Schwelle zwischen den Jahrtausenden“ anzuführen, welches wenige Wochen vor dem Tode des Pontifex im Februar 2005 erschien. Diese Publikation stellt sich heute als das politisch-philosophische Vermächtnis des inzwischen verstorbenen Pontifex dar. „Erinnerung und Identität“ fußt auf Gesprächen, die Johannes Paul II. 1993 in Castel Gandolfo mit zwei polnischen Philosophen führte: Józef Tischner und Krzysztof Michalski, den Gründern des Wiener Instituts für die Wissenschaften vom Menschen. Dieses Buch wäre vermutlich nie erschienen, wenn Ratzingers „Salz der Erde“ ihm nicht den Weg geebnet hätte.

Interview-Bücher stellen in gewisser Weise eine Neuerung in der publizistischen Landschaft dar, vor allem im kirchlichen Kontext. Bislang gab es zu kirchlichen The-

men lediglich theologische Fachliteratur, in Form von Lexika, Aufsätzen oder Monographien. In den achtziger Jahren kamen dann vermehrt journalistische Publikationen zu Kirchenthemen auf, die jedoch mit reißerischen Aufmachern und spekulativen Unwahrheiten wie in David A. Yallops „Im Namen Gottes“ (1984) schlecht recherchiert waren und deshalb die gesamte journalistische Zunft in Verruf brachten. In kirchlichen Kreisen wurden Journalisten mit noch größeren Vorbehalten begegnet, als dies ohnehin schon der Fall war. Doch „Salz der Erde“ zeigte, dass es auch anders geht. Interview-Bücher sind in gewisser Weise eine Mischform zwischen theologischen und journalistischen Publikationen. Ihre Attraktivität liegt darin, theologische Sachverhalte in journalistisch aufbereiteten, verständlichen Äußerungen einer breiten Leserschaft näher zu bringen. Durch die Interviewform muss ein Buch nicht von Anfang bis Ende gelesen werden, sondern im Prinzip kann sich der Leser die Fragen und Antworten herauspicken, die ihn interessieren. Wie schon bei „Salz der Erde“ leistet ihm eine thematische Gliederung der Fragenkomplexe Hilfestellung. Durch die Frageform gewinnt der Leser zudem einen unmittelbaren Zugang zum Autor: der Leser hat das Gefühl, dem Autor selbst Fragen zu stellen und Antworten zu erhalten, ganz nach dem Motto „Was ich schon immer fragen wollte ...“.

Das vorliegende Buch „Selbstverständlich katholisch!“ kreist um die Frage: Was macht eigentlich katholisches Leben, katholische Identität, im Kern aus? Darin schließen sich weitere Fragen an: Passen christlicher Glaube und kirchliche Positionen überhaupt noch in unsere moderne Gegenwart in Zeiten von Wertewandel und Säkularisierung? Reinhold Michels, Ressortleiter für Innenpolitik bei der „Rheinischen Post“, hat bei Bischof Dr. Walter Mixa, dem volksnahen Bischof von Augsburg und Militärbischof für die deutsche Bundeswehr, nachgefragt. In „Selbstverständlich katholisch!“ wird aufgezeigt, wie katholische Christen ihren Glauben in die Welt hineintragen können, in der sie leben. Vertrauen für die Zukunft, Verständnis für die Anliegen der Menschen von heute und das Bewusstsein für unveränderliche Werte sind Eckpunkte eines offenen Gesprächs, bei dem ein profilierter Bischof und ein kundiger Journalist herausarbeiten, wie katholische Christen dazu Beitrag leisten können, ihre Welt lebenswerter zu machen.

Katholische Identität

Das Buch gliedert sich in 13 Kapitel, in der es um Fragen nach Charakteristika katholischer Christen und katholischer Identität geht. So lauten einzelne Kapitel: „Katholisch – sinnlich – sündig – selbstkritisch“, „Der Mensch denkt, Gott lenkt“, „Katholisch und radikal“ oder „Standort D – katholisch betrachtet“. Mixa macht deutlich, dass einige Dinge, die katholische Identität bestimmen, nur aus einem katholischen Milieu heraus verstehbar sind. Dazu gehört das sinnliche Erlebnis in Gotteshäusern – wie wir sie etwa aus Bayern kennen – und auch in der katholischen Messliturgie. Diese

Sinnlichkeit will zugleich einen Abglanz des Reiches Gottes vermitteln und Zeuge der wirklichen Gegenwart Gottes in der Eucharistiefeier sein. Auf die Frage, ob das Christentum in seiner katholischen Ausprägung die wahre Religion sei, antwortet Mixa: „Grundsätzlich ist festzuhalten, dass der Mensch wesentlich auf die Wahrheit hin ausgerichtet ist. So sprechen die Kirchenväter von Samenkörnern der Wahrheit, die in allen Menschen wirken. Gott ist die Wahrheit und in Christus Mensch geworden. Christus, der sich selbst als Wahrheit bezeichnet (vgl. Joh 14,6), hat die Kirche gegründet, um durch sie und in ihr das Heil zu bewirken im Heiligen Geist. Die katholische Kirche ist somit nicht aus eigener Macht wahr und heilig, sie ist und bleibt durch Christus und den durch ihn zugesagten Geist in der Wahrheit.“

Mit der Frage nach dem christlichen Glauben und katholischer Identität ist stets eng die Frage nach dem Sinn des Lebens verknüpft. Die Sinnfrage gehört ganz existenziell zum Menschsein dazu als einem geistbegabtem Wesen, einem natürlichen Sehnen, welches im Menschen zutiefst verwurzelt ist. Walter Mixa: „Die Sinnfrage mündet immer in die Gottesfrage, welche Antwort man auch darauf geben wird, denn es geht um die Frage nach dem Absoluten und der absoluten Erfüllung – oder wie es frühere Katechismen ausdrückten – nach der Erlangung der Glückseligkeit in der Anschauung Gottes nach dem irdischen Leben. Diese Ausrichtung auf ein „Endziel“ über den Tod hinaus, auf die Vollendung des Lebens in Gott hin, macht das jetzige Leben durchaus sinnvoll.“

In anderen Kapiteln wie „Die „Evangelischen“, „Der Papst“, „Kinder, Familie, Zölibat“ und „Kirche und Kapital“ werden Fragen zur katholischen Kirche behandelt. Zum Zölibat stellt der Bischof fest, dass die zölibatäre Lebensweise in der Kirche auch immer wieder ein Zeugnis dafür gewesen sei, dass letztlich Gott und seine Liebe zu uns Menschen über allen anderen Bindungen und Beziehungen stehe und dass darin die Vorwegnahme der himmlischen Lebensgemeinschaft bezeugt werde, in der nicht mehr geheiratet und zur Ehe gegeben werde, da Gott alles in allem sei.

Im Kapitel „Kirche und Kapital“ legt der Bischof dar, dass Papst Johannes Paul II. von Beginn seines Pontifikates an sich sehr deutlich gegen den gottlosen und menschenverachtenden Kommunismus ausgesprochen hat. Zugleich sagte Johannes Paul II., dass auch der extreme Kapitalismus, wenn er kriminelle Formen annimmt, genauso gottlos und menschenverachtend wie eine kommunistische Diktatur ist. Auch der Sozialismus sei mit einer katholischen Weltanschauung unvereinbar, wie dies bereits Pius XI. in seiner Enzyklika *Quadragesimo anno* feststellte: „Enthält der Sozialismus – wie übrigens jeder Irrtum – auch einiges Richtige, so liegt ihm doch eine Gesellschaftsauffassung zugrunde, die ihm eigentümlich ist, mit der echten christlichen Auffassung aber in Widerspruch steht. Religiöser Sozialismus, christlicher Sozialismus sind Widersprüche in sich; es ist unmöglich, gleichzeitig guter

Katholik und wirklicher Sozialist zu sein.“ Die katholische Soziallehre baut hingegen auf den Gesellschaftsprinzipien von Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität auf und stellt die Personwürde des Menschen als unaufgebbaren Grundsatz in ihren Mittelpunkt.

Krieg und Frieden

Kapitel X. „Krieg und Frieden, Kampf der Kulturen“ befasst sich mit Fragen, die besonders für katholische Soldaten von Interesse sind. Da geht es um das spannende Thema „Christen und Muslime“, die Rolle der Kreuzzüge und um die kriegerischen muslimischen Halbmonddritter zu Beginn des 3. Jahrtausends. Mixa macht bezüglich den Kreuzzügen im Heiligen Land deutlich, dass dort sicherlich Unrecht geschehen ist und das Handeln der damaligen Christen oftmals nicht vom Frieden bestimmt war. Jedoch war der Ausgangspunkt eigentlich der Toleranz und einen freien Zugang für alle Gläubigen zu den heiligen Stätten in Jerusalem einzufordern. Unter dem christlichen König Balduin IV. von Jerusalem und dem muslimischen König Saladin sei dies auch zeitweise gelungen. Und im Prinzip gehe es auch heute darum, einen freien Zugang zu den heiligen Stätten für alle Gläubigen zu gewährleisten. Der heutige muslimische Terrorismus dürfe jedoch nicht in einen ursächlichen Zusammenhang mit den Kreuzrittern gesehen werden. Zudem gab es mit der muslimischen Sekte der Assassinen bereits im 12./13. Jh. Selbstmordattentäter.

Im Sinne von Samuel Huntington hält Mixa einen „Clash of civilizations“, einen Zusammenprall der Kulturen, für möglich, vor allem zwischen Christentum und Islam. Umso mehr gelte es, in einen Dialog mit dem Islam einzutreten, um zu verdeutlichen, dass es keinen „gerechten Krieg im Namen Allahs“ gebe und dass die Frau die gleiche Personwürde besitze wie der Mann, sich also beide Geschlechter gleichwertig gegenüberstehen. Darüber hinaus gehe es darum, dass weltweit die Achtung fundamentaler Menschenrechte durchgesetzt werde. Gerade in vielen islamischen Staaten wie Saudi-Arabien, Iran, Irak oder den Staaten der arabischen Halbinsel komme es immer wieder zu verheerenden, systematischen Menschenrechtsverletzungen, vor allem auf dem Gebiet der Religionsfreiheit. Auch im Zusammenleben mit türkischen Bewohnern in Deutschland zeige sich oft ein anderer kultureller und politischer Hintergrund, der noch auf die Grundsätze der Vereinten Nationen umgestellt werden müsse. Bezüglich des Krieges macht Walter Mixa deutlich, dass Krieg kein legitimes Mittel darstellt, Glaubens- und Gewissensfreiheit durchzusetzen. Vielmehr müssen die Bedingungen, unter denen es einem Volk gestattet ist, sich in Notwehr militärisch zu verteidigen, genau eingehalten werden, und zwar unter folgenden vier Bedingungen:

1. Der Schaden, der der Nation oder der Völkergemeinschaft durch den Angreifer zugefügt wird, muss sicher feststehen, schwerwiegend und von Dauer sein.
2. Alle anderen Mittel, dem Schaden ein Ende zu machen, Diplomatie, Dialog,

Druck, müssen sich als undurchführbar oder wirkungslos erwiesen haben.

3. Es muss ernsthafte Aussicht auf Erfolg bestehen.
4. Der Gebrauch von Waffen darf nicht Schäden und Wirren mit sich bringen, die schlimmer sind als das zu beseitigende Übel. Beim Urteil darüber, ob diese Bedingungen erfüllt sind, muss die gewaltige Zerstörungskraft der modernen Waffen berücksichtigt werden.“

Mixa macht deutlich, dass ein Katholik nicht am Rande dieser Welt oder außerhalb der Gesellschaft lebt, sondern sich vor allem dadurch auszeichnet, dass er sich den Menschenrechten verpflichtet fühlt. Hinzu gesellen sich bei katholischen Soldaten Tugenden wie Fairness, Toleranz, Respekt, Treue und Aufrichtigkeit. Dies ist keinesfalls eine blauäugige Sichtweise. So argumentiert der katholische Militärbischof: „Von vornherein kann und muss festgestellt werden, dass ein Angriff auf das eigene Leben abgewehrt werden muss und dass vom Gesichtspunkt der Personwürde und damit des Lebensschutzes die Notwehr moralisch gesehen vollkommen berechtigt ist. Andererseits haben die Verantwortlichen in der Bundeswehr mit den Akademien zur so genannten Inneren Führung die schwerwiegende Aufgabe, den auszubildenden Offizieren die Möglichkeiten und auch die Notwendigkeit eines militärischen Einsatzes zu vermitteln, der auch im Ernstfall die Fairness nicht vollkommen zur Seite schiebt. Der Einsatz für den Schutz der Zivilbevölkerung ist bei der modernen Kriegsführung notwendiger denn je! Jeder militärische Einsatz muss eindeutig das Ziel anstreben, aufkommende Brutalität und kriegerische Handlungen – denken Sie an die ethnischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan – zu überwinden und den Frieden wiederherzustellen.“

Diktatur des Relativismus

Die zentrale Aussage des Mixa-Buches „Selbstverständlich katholisch!“ besteht in der Botschaft, dass nicht alle Normen und Werte relativierbar sind, sondern dass es moralische Normsetzungen gibt, an die keiner vorbei kann. Damit steht Walter Mixa ganz in einer Linie zum gegenwärtigen Papst Benedikt XVI., der unsere Gegenwart als eine „Diktatur des Relativismus“ charakterisiert und kritisiert. („*Zum Begriff des Relativismus bei Joseph Ratzinger und Benedikt XVI.*“ s. *AUFTRAG* 259, S. 26). Diese Überlegungen sind bei Ratzinger nicht neu: lange vor seiner Wahl zum Papst hat Joseph Ratzinger die philosophische und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit Atheisten und Agnostikern auf internationaler Ebene aufgenommen. Aktuelle Höhepunkte dieses Dialoges waren in Deutschland das Streitgespräch mit Jürgen Habermas und in Italien die viel beachtete Diskussion mit Marcello Pera, dem Präsidenten des italienischen Senats und zweithöchsten Staatsmann Italiens, der zum liberalen Flügel der Berlusconi-Partei gehört. Diese Auseinandersetzung kommt nun ebenfalls im Sankt Ulrich Verlag in Augsburg in der Veröffentlichung: „*Ohne Wurzeln. Der Relativismus und die Krise der europäischen Kultur*“ zum tragen.

In einem bisher nicht veröffentlichten

Vortrag in Subiaco unterstreicht Joseph Ratzinger die Notwendigkeit objektiver Wahrheit und christlicher Identität für die westlichen Gesellschaften ebenso wie für den Dialog zwischen den Weltreligionen. Der liberale Agnostiker Pera stellt in einem philosophisch-politischen Essay fest, dass der westliche Relativismus keine tragfähige Basis für die moderne Gesellschaft ist. In einem bemerkenswerten Briefwechsel, der auch für die Debatte in Deutschland hoch aktuell ist, kommen der inzwischen zum Papst gewählte Theologe Ratzinger und der politische Philosoph Pera zu erstaunlichen Übereinstimmungen hinsichtlich brandaktueller politischer Fragen von Abtreibung und Sterbehilfe über bioethische Themen bis hin zur Europäischen Verfassung. Das Buch von Pera und Ratzinger zeigt, dass vielfach auch dort katholisch gelebt und gedacht wird, wo es nicht ausdrücklich so benannt wird. Beide Bücher zeigen klar und deutlich auf, dass der katholische Christ sich zu unverrückbaren Werten im Sinne der katholischen Soziallehre bekennt. (Andreas M. Rauch)

Manfred Becker-Huberti, Günter A. Menn (Hrsg.): „Kölner Kirchen. Die Kirchen der katholischen und evangelischen Gemeinden in Köln“. Bachem Verlag, Köln, 2004, 262 S.

Der Weltjugendtag 2005 hat nicht nur Köln in den Mittelpunkt gerückt, sondern auch seine Kirchen und Gemeinden. Viele Pilger übernachteten in katholischen Gemeinde- und Pfarrhäusern oder waren in Kölner Kirchen zu Gast. Vor allem durch Sankt Peter und Maria, den Kölner Dom, mit seinen durchschnittlich sechs Millionen Besuchern pro Jahr, steht Köln ganzjährig im Focus öffentlichen Interesses. Auch findet alljährlich im Februar im Kölner Dom ein internationaler Soldatengottesdienst für den Frieden statt.

Neben dem Kölner Dom besitzt Köln zwölf romanische Kirchen innerhalb der Ringstrassen aus dem 10.-12. Jh. von einzigartiger Schönheit, darunter St. Aposteln, St. Gereon, St. Pantaleon und St. Maria im Kapitol. Wie etwa bei St. Gereon wurden römische Bauelemente mit in den Kirchenbau integriert oder – wie etwa bei beim Kölner Dom oder St. Maria im Kapitol – wurde auf römischen Fundamenten eine Kirche erbaut.

Darüber hinaus gibt es noch eine Vielzahl bemerkenswerter Gotteshäuser, die das Leben in der Stadt in geschichtlicher, kultureller und architektonischer Hinsicht geprägt haben. Schmuckvolle katholische Pfarr- und Klosterkirchen zählen hierzu genauso wie die ab dem Ende des 19. Jhs. steig wachsende Zahl der evangelischen Gemeindekirchen. Alle Kirchen laden ein zum Gebet und zum Gottesdienst.

(Andreas M. Rauch)

Auslandseinsätze der Bw

Andreas M. Rauch: Auslandseinsätze der Bundeswehr. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden 2006, 290 Seiten, geb., (im Buchhandel ab Januar 2006).

Die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland wird bis heute von zwei Verantwortungssträngen, dem imperialistischen Größenwahn und dem radikalen Nationalismus des Kaiserreiches (1871-1918) und dem rassistischen Lebensraumkrieg des „Dritten Reiches“ (1933-1945), begleitet, denen sie sich bei der Gestaltung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik immer wieder neu stellen muss. Der politische Begriff der „Macht“ verlor weitgehend im bundesdeutschen Politikgeschäft an Bedeutung und wurde schon seit den frühen fünfziger Jahren durch den Begriff „Verantwortung“ ersetzt.

Heute leisten Soldaten der deutschen Bundeswehr Beiträge zu Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt. Sie dienen vorrangig nicht mehr der Landesverteidigung, sondern vor allem der Bewältigung globaler Herausforderung wie der Bekämpfung des Terrorismus, dem Schutz der Menschenrechte sowie der Krisen- und Konfliktprävention. Mit dieser Entwicklung, weg von der traditionellen Landesverteidigung und hin zu einer Interventionsarmee, die weltweit einsatzbereit sein soll, musste seit Anfang der 90er Jahre sich auch ein Veränderungsprozess in der Bundeswehr vollziehen.

Im Buch werden humanitäre Einsätze der Bundeswehr dargestellt und analysiert, wie sie seit 1960 stattfinden, als Marokko mit den Folgen eines Erdbebens in Agadir zu kämpfen hatte. Internationale Konflikte und deren multinationale Auslandseinsätze werden ausführlich dargestellt und der deutsche humanitäre und gegebenenfalls militärische Beitrag dazu untersucht. Es handelt sich um die Einsätze des II. Golfkrieges 1990/91, in Somalia, in Kambodscha, in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo und in Georgien. Weiterhin wird detailliert auf „Enduring Freedom“, „Active Endeavour“, die ISAF-Mission in Afghanistan und dem deutschen Beitrag im Kontext des gegenwärtigen Irakkonflikts eingegangen.

Außerdem werden Einzelaspekte militärischer Auslandseinsätze behandelt. Es wird das bundesdeutsche Engagement in Beziehung zu den humanitären und militärischen Auslandsaktivitäten der Briten, Franzosen und US-Amerikaner gesetzt. Sodann werden zivil-militärische und militärseelsorgliche Aspekte von Auslandseinsätzen der deutschen Bundeswehr untersucht.

Das Werk die „Auslandseinsätze der Bundeswehr“ ist wissenschaftlich geschrieben, was aber keineswegs bedeutet, dass es schwierig zu lesen wäre. Besonders kenntnisreich hat der Autor die einzelnen Fallstudien zu den Ländern verfasst, indem er die Geschichte und die politischen, sozialen und ethnischen Hintergründe des jeweiligen Konfliktes (wie z.B. Religionskonflikte, Menschenrechtsverletzungen, Minderheitenunterdrückung, Ressourcenknappheit) herausgearbeitet hat.

Zudem ist von großem Vorteil, dass die Institutionen wie u.a. die NATO und die Vereinten Nationen nicht nur angesprochen, sondern auch die wesentlichen Punkte, wie z.B. die Entstehungsursache und -geschichte, geschildert, werden. Der Autor liefert zu allen wichtigen Aspekten Daten (Auflistung

der humanitären und militärischen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Kosten der Einsätze, Anzahl der Soldaten zu Anfang, Mitte und Ende einer Mission, Bevölkerung, Bevölkerungsverteilung usw.), damit der Leser sich auch ein genaues Bild von den Konfliktursachen und den jeweiligen Missionen, auch im Vergleich zu den Auslandseinsätzen anderer Staaten, machen kann. Das Buch ist so aufgebaut, dass ein Laie eine gute Einführung in die einzelnen, facettenreichen Konflikte vorfindet, die Hintergrund eines Auslandseinsatzes bilden. Aber auch noch ein erfahrener Soldat erhält neue Informationen, vor allem auch über die einzelnen Ursachen der Konflikte, ohne deren Lösung ein Auslandseinsatz letztlich nicht erfolgreich zu sein vermag.

Der Politikwissenschaftler Andreas M. Rauch kann über das Thema „Auslandseinsätze der Bundeswehr“ aus eigener Erfahrung schreiben, da er SFOR und nahezu alle Länder, in denen die Bundeswehr aktiv ist, aus eigener Anschauung kennt – sei es im Rahmen von Wahl- und Demokratiebeobachtungen für das Auswärtige Amt oder als Reisejournalist. Zudem blickt der Autor auf über 300 Veröffentlichungen zurück, die wie beim vorliegenden Buch deutlich machen, dass ihm das Schreiben leicht fällt. Rauch war wissenschaftlicher Angestellter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr und ist Lehrbeauftragter der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. (Frank Geldmacher)

II. Weltkrieg

Claus Neuber: Heißer Sommer 1944 in Weißrussland. Ein Erlebnisbericht vom Untergang der „Heeresgruppe Mitte“ und dem dramatischen Schicksal der hierbei Versprengten. Selbstverlag: Claus Neuber, Briandstr. 96, 53123 Bonn. Geb. 344 Seiten mit zahlreichen Abb. und Karten. Die Bröschüre kann beim Verfasser gegen Erstattung der Selbstkosten (10 Euro) bestellt werden.

Claus Neuber, Oberstfeldapotheker der Bundeswehr a.D., hat seinen Erlebnisbericht vom Untergang der Heeresgruppe Mitte unter den persönlichen Eindrücken der Ereignisse der Sommermonate 1944 bereits im Herbst des gleichen Jahres begonnen. Später hat er sie aber unter Einbeziehung militärgeschichtlicher Erkenntnisse aktualisiert. Neuber gehörte als Leutnant in der 18. PGD (Panzergrenadierdivision) zu den sog. Rückkämpfern, die von der eigenen Truppe abgeschnitten sich unter ständiger Todesgefahr im Feindesland bewegten und zur eigenen Linie durchschlagen bzw. durchkämpfen mussten. Es geht ihm um „Objektivität“ und eine „ehrliche Bewältigung der Vergangenheit“. Er will nicht nur seine Erlebnisse mitteilen, sondern auch und vor allem das Geschehene bewältigen, vor seinem eigenen Gewissen rechtfertigen und nicht der verurteilenden Bewertung durch die „Nachgeborenen“ überlassen.

Für Interessierte ein authentischer, lezenswerter und informativer Bericht. (PS)

Termine • Termine • Termine

Allgemeine Termine

- 18.01. Verabschiedung RefLtr II u. IV KMBA, Julius-Leber-Kaserne, Berlin
- 19.01. Internat. Soldatengottesdienst, Köln
- 25.01. Weltfriedenstag, Wilhelmshaven
- 26.01. Friedensgottesdienst, Berlin
Friedensgottesdienst, Würzburg
- 27.- 28.01. EA und Vorst ZV, Berlin, mit Empfang
MGV am 27.01. für die Vorstände
- 06.02. Feier zum 50-jährigen Bestehen der
Militärseelsorge, Berlin
- 22.02. 22. Friedensgottesdienst Hildesheim
- 20.03. Einweihung neues IThF, Hamburg
- 23.03. Internat. Soldatengottesdienst, Münster
- 20.-24.03. 49. Pfarrhelfertagung, Stapelfeld
- 21.-23.04. Seminar Justitia et Pax-GKS-pax christi-
AGEH, Bensberg
- 25.04. 65. Geburtstag MilBischof Dr. Mixa
- 26.- 30.04. I. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 28.04. 50 Jahre Militärseelsorge im Norden u.
Friedenstag, Hamburg
- 03.-07.05. Jakobuswallfahrt mit MGV, Abschluss in
Wiekirche mit MilBischof
- 08.05. Soldatengottesdienst, Kranenburg
- 08.-10.05. Muliwallfahrt nach Altötting
- 10.05. Friedensgottesdienst, Erfurt
- 10.-12.05. Haupttagung der GKMD, Fulda
- 17.-23.05. 48. Lourdes-Wallfahrt, Frankreich
- 23.-24.05. Vollversammlung ZdK, Saarbrücken
- 24.-28.05. 96. Deutscher Katholikentag, Saarbrücken
- 07.-11.06. II. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg
- 18.06. Internat. Gottesdienst zur Kieler Woche im
Marinestützpunkt Kiel
- 21.06. Weltfriedenstag, Ulm
- 23.-24.06. AGKOD-Delegiertenversammlung im KSI,
Bad Honnef
- 08.08. Weltfriedenstag, Augsburg
- 12.-13.08. Internat. Gottesdienst zur Hanse-Sail in
Rostock
- 14.08.-01.09. Friedensethische Sommerakademie
im IThF, Hamburg
- 18.-23.09. 46. Woche der Begegnung, Ludwigshafen
- 16.09. – 18.09. Vorkonferenz
- 18.09. – 21.09. ZV
- 20.09. – 23.09. BuKonf GKS
- 23.-27.10. 51. Gesamtkonferenz der kath.
Militärseelsorger, Freising
- 25.-29.10. II. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg
- 24.-25.11. Vollversammlung ZdK

Bereichskonferenzen/Arbeitskonferenzen/ Familienwochenenden

GKS Nord/Küste

10.-12.03. AK 1/06, Bad Bederkesa

29.09.-01.10. AK 2/06, Parchim

GKS Niedersachsen-Bremen

10.-12.02. AK I/06, Dassel

03.-05.11. AK II/06, Cloppenburg-Stapelfeld

GKS Rheinland-Pf/Hessen/Saarland

02.-03.03. AK I/06, Ludwigshafen

GKS Nordrhein-Westfalen

17.03.-19.03. AK I/06, Gönne/Möhnesee

23.-25.06. Bereichskonferenz 2006, Mülheim/R.

25.-27.08. AK II/06, Gönne/Möhnesee

08.-13.10. Familienwerkwochenende, Travemünde

GKS Bayern und Baden-Württemberg

24.-26.03. AK 1/06, Ellwangen

20.1.-22.10. AK 2/06, Beilngries

GKS Bereich Ost

09.-10.02. AK Berlin

02.11.-03.11. AK

GKS Bereich Ausland

24.03.-26.03. AK, Berlin

BV/EA GKS und Vorst ZV

28.01. EA, Berlin

28.01. Vorstand ZV, Berlin

03.-05.02. ZV-SA 7 „Ehe-Familie-Partnerschaft“, Berlin

09.-11.06. Vorstand ZV, Ludwigshafen

23.-25.06. BV GKS, Bamberg

GKS-Sachausschüsse

13.01. ProjGrp „Struktur der GKS“

SA „Innere Führung“ im Albertinum, Bonn:

06.02., 03.04., 10.06., 11.09., 27.11.

SA „Sicherheit und Frieden“ im Albertinum, Bonn:

10.02., 31.03., 08.09., 17.11.

zusätzlich Juni o. Juli in Berlin

Vorschau

30.5.-05.06.07 49. Lourdes-Wallfahrt

06.-10.06.2007 31. Ev. Kirchentag, Köln

22.-26.10.2007 52. Gesamtkonferenz

2008 97. Dt. Katholikentag, Ösnabrück

2010 2. Ökumenischer Kirchentag, München

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFu** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Autoren

(soweit keine Angaben beim Beitrag)

Achmann, Dr. Klaus

Oberst a.D., Bundesgeschäftsführer der GKS, Vertreter der GKS in der deutschen Kommission Justitia et Pax.

Auer, Christoph

Oberstleutnant, Mitglied und ab 2006 Vorsitzender des Internationalen Sachausschusses der GKS.

Dorndorf, Heinrich

Hauptmann a.D., Geschäftsführer der GKS im Bereich Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland, Beauftragter der GKS für RENOVABIS.

Eisenhardt, Ralf

Hauptfeldwebel, Mitglied im ZdK als Delegierter der ZV.

Geldmacher, Frank

Jg. 1979 ist Student der Politischen Wissenschaften, der Neueren Germanistik und der Erziehungswissenschaften an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und gehörte zur Zielgruppe des WJT.

Glinka Norbert

Berufssoldat a.D., Mitorganisator des deutschen Anteils der Internationalen Jakobuswallfahrt katholischer Soldaten.

Görlich, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteurop. Gesellschaften.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Verden/Aller; Berater für humanitäre Hilfe im Ausland; Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.

Keim, Dr. Martin

Oberfeldarzt, Mitglied im Vorstand ZV, Vorsitzender Sachausschuss V „Soziales Engagement“.

Kilian, Dieter

Oberst a.D., ehem. Militärattaché in Islamabad/Pakistan und in Riyad/ Saudi-Arabien.

Mayer, Prof. Dr. Hans

em. Inhaber des Guardini-Lehrstuhls an der Universität München, langjähriger Präsident des ZdK, Mitglied im ZdK.

Roth, Dr. Paul

em. Prof. für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Rauch, Dr. phil. Andreas Martin

Prof. eh. mit Lehrauftrag an der Universität Bonn.

Spieker, Manfred

Professor für Christliche Sozialwissenschaften am Institut für Katholische Theologie der Universität Osnabrück.
Beitrag aus: Die Tagespost Nr. 87, 23.07.05

Ludwig Strauss

Oberstabsfeldwebel a.D., Teilnehmer an der deutsch-spanischen Soldatenwallfahrt nach Santiago de Compostela im Jahr 2005.

Sutor, Professor Dr. Bernhard

Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, langjähriger Vorsitzender der Katholikenausschüsse im Bereich der Bayrischen Bischofskonferenz, Mitglied im ZdK.

Thiele, Franz

Oberst a.D., ehem. Militärattaché in Madrid, bis Ende 2005 Vizepräsident AMI, Organisator des deutschen Anteils der Internationalen Jakobuswallfahrt katholischer Soldaten in Spanien.

Weber, Peter

Hauptfeldwebel, Mitglied des Vorstands der ZV, Initiator und Organisator der Nachbarschaftshilfe

Foto-/Grafiknachweis:

Akademie Klausenhof: 1, Archiv: 10, Attermeier: 1, Auer: 5, Blotz: 1, Brockmeier 30, Fröhler: 3, Geldmacher: 6, Glinka: 7, Internet: 5, KMBA: 4, Roth: 12, Sikorski: 1, Verlag Schöningh: 1, Verlag St. Ulrich: 2, Wedekin: 1, Werner: 4, Wilke: 1

Geiz ist gottlos

Geben statt Geizen: Wer spart, um anderen etwas zu geben, ist nicht geizig, sondern weltoffen und weitblickend. Denn wir leben auf dem selben Planeten. Die Probleme anderer können uns nicht gleichgültig sein. Wer gibt, baut mit an einer besseren Welt.

Sie können helfen, anderen zu helfen und an dieser besseren Welt mitbauen. ADVENIAT lädt unter dem Motto „Geiz ist gottlos“ zur Teilnahme an einer Aktion ein, die konkreten Jugendprojekten in Latein-Amerika zu Gute kommen soll.

Zur Postkartenserie zur Aktion und weiteren Informationen schlagen Sie doch einmal die Internetseiten auf:

www.geizistgottlos.de
oder www.adveniat.de

(ADVENIAT)





Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur;

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 3768,
51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an:
Förderkreis der GKS (FGKS e.V.),
Pax Bank eG Aachen,
BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.